

politicum

Josef Krainer Haus
Schriften

Wissenschaft und Forschung

46



März 1990 / 10. Jahrgang

Noch erhältliche Nummern:

- Heft 40 „38–88“
- Heft 41 „Demokratie und Kontrolle“
- Heft 42 „Pflicht und Gehorsam“
- Heft 42a „Vom Patriarchat zur Partnerschaft“
- Heft 43 „Bewußter Leben“
- Heft 44 „Frauenbild und Männerwelt im Umbruch“
- Heft 45 „Leben in der Gemeinde“

Herausgeber: Josef-Krainer-Haus
Bildungszentrum der ÖVP Steiermark

Medieninhaber: ÖVP Steiermark

Ständige Redaktion:
Herwig Hösele, Ludwig Kapfer,
Dr. Manfred Prisching

Hersteller: Klampfer Ges.m.b.H., 8160 Weiz

Für den Vertrieb verantwortlich:
Helmut Wolf

Bestellungen an Josef-Krainer-Haus
Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates

- Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER
- Ass.-Prof. Dr. Wolfgang BENEDEK
- Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER
- Univ.-Prof. Dr. Anton GRABNER HAIDER
- Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY
- Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL
- Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER
- Univ.-Prof. Dr. Reinhard RACK
- Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN
- Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER
- Univ.-Prof. DDr. Gerald SCHÖPPER
- Univ.-Prof. DDr. Wilfried SKREINER
- Univ.-Prof. DDr. Ota WEINBERGER
- Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE
- Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER
- Univ.-Prof. Dr. Wolfgang ZACH

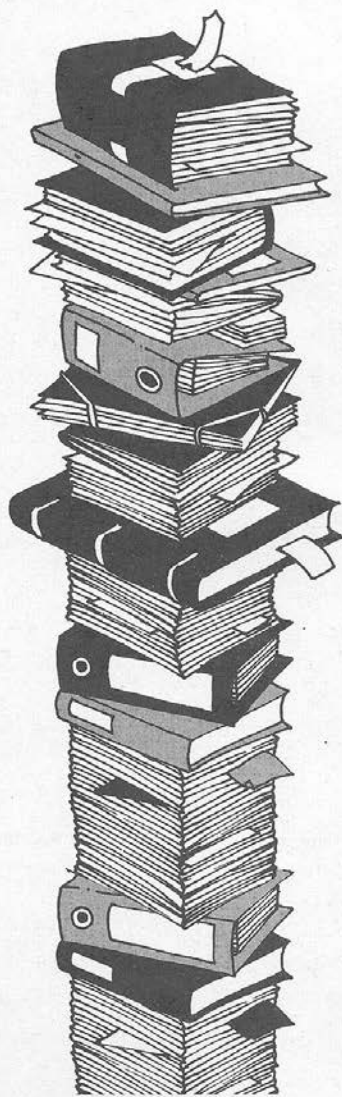
Inhalt und Autoren:

Editorial	1
Erhard Busek Universität ohne Idee? Ein Streifzug durch ihr Innenleben	3
Josef Schurz Universitätsforschung oder Forschungsuniversität?	6
Hans-Joachim Bodenhöfer Sieben Krankheiten der Universitäten	11
Reinhard Haberfellner Über die Effizienz unseres Hochschulsystems, oder: Was wir von der ETH Zürich lernen können	14
Raoul F. Kneucker Die Wissenschaftspolitik für die 90er Jahre. Das Modell der „Aktion 2000“	19
Hans-Ludwig Holzer „Massenuniversität“ und Universitätslehrer	25
Sebastian Benda Die Aufgaben einer Kunsthochschule. Die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz	31
Berghold Bayer, Rainer Uranschek Kontinuität und Wandel in der Forschungsgesellschaft Joanneum	33
Herbert Krejci Unser geistiges Kapital	36
Elisabeth Welzig Was ist Wissenschaftsjournalismus?	39
Christian Reiser Die Verständlichkeit des Unverständlichen	41
Kurt Freisitzer Wissenschaft und Politikberatung	44
Lutz Musner Österreich und die Wissenschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft	47
Eva-Maria Fluch, Gerhard Leitner, Wolfgang Pickl Ein Plädoyer für eine offensive Bildungspolitik	49
Felix Fuchs The times are a changing	55
Culturpoliticum: Heimo Widtmann Vordenken und Nachdenken — Universitätskultur zwischen politischen Kräften	57
Statisticum	60
Die Rede: Emil Breisach Fernsehen als Stimulans und zündender Funke	61
Ex libris	62
Chronik	63
Offenlegung der Richtung im Sinne des Pressegesetzes: „politicum“ versteht sich als Plattform der Diskussion im Geiste jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prinzipien, wie sie im „Modell Steiermark“ vorgegeben sind.	

EDITORIAL

Die Hohen Schulen unseres Landes waren einige Zeit aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwunden, nach all den Turbulenzen und Reformen am Ende der sechziger und in den frühen siebziger Jahren. Die „Bildungsrevolution“ hatte stattgefunden und die Zugangszahlen zu den höheren Etagen des Bildungssystems waren in eine dynamische Entwicklung geraten. Die Universitäten hatten ihren störenden „Muff“ abgebeutelt, neue partizipative Gremien sollten einen frischen Wind in die verkrusteten Hierarchien bringen. Die Sache war erledigt.

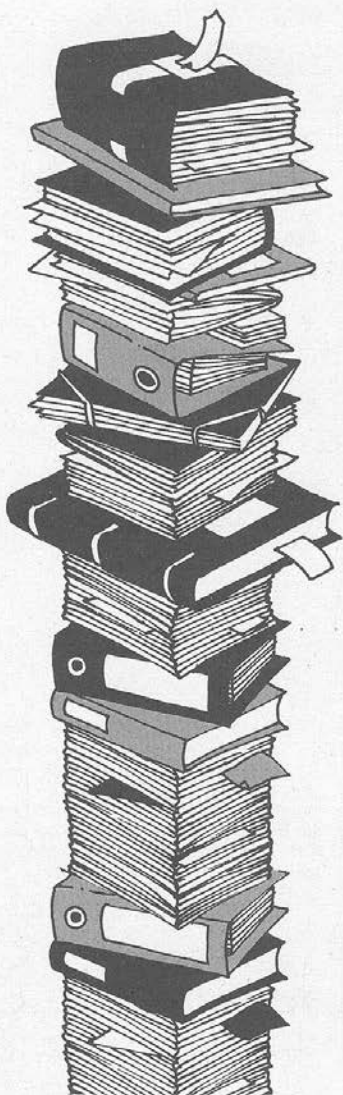
Doch das war nur die erste Runde. Seit einigen Jahren wendet man den Universitäten neuerlich Aufmerksamkeit zu. Einerseits ist es Zeit, die Reformvorstellungen von damals mit dem zu vergleichen, was in Wirklichkeit erreicht worden ist — und dabei bleiben einige Wünsche offen: Unhandliche bürokratische Verfahrensweisen und Gremien hemmen die erforderliche Flexibilität, die „Massenuniversität“ bringt Schwierigkeiten für die Lehre, ein effizienteres Verwaltungsmanagement tut not. Es wird danach gefragt, ob Österreichs Hochschulen ihr Geld wert sind. Andererseits kommen neue Anforderungen an die Hohen Schulen heran: Die Wissenschaft muß internationaler werden, sich an internationale Standards anpassen; für manche Disziplinen ist ein stärkerer Bezug auf die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Bedürfnisse der Abnehmer von Forschungsergebnissen



und Absolventen erforderlich; eine bessere infrastrukturelle Ausstattung ist überfällig; eine Verstärkung der Leistungsanreize, eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit und manches andere wird diskutiert. Eine neue Runde der Hochschulreform ist angesagt.

Eine Reihe von Fragen ist offen. Was macht man mit dem Massenandrang zur Universität, wenn kein Numerus clausus eingerichtet werden soll: abschrecken, wegprüfen, aussieben? Helfen Zwischenabschlüsse? Post-graduate-Studien? Hat die Universitätsorganisation den Triumph der Mittelmäßigkeit zur Folge, oder ist das ein bleibendes Kennzeichen von pragmatisierten Positionen, denen alle Anreize zur intensiven Forschungsarbeit fehlen? Ist die Universität nur noch das Ghetto der Arbeitslosen, mit stumpfen Studenten und verzweifelten Lehrern? Sind die österreichischen Universitäten im internationalen Wissenschaftskonzert wenigstens spartenweise konkurrenzfähig oder sind sie endgültig in den provinziellen Schlaf verfallen? Sind private Eliteinstitutionen ein Ausweg? Sind die Studenten endgültig politisch erschlaft, oder wo investieren sie ihr politisches Engagement? Fehlt es den Universitäten an gutem Personal, und in welchen Etagen der Karriere? Sind Studiengebühren ein Ausweg zur besseren Selektion oder zur Behebung der finanziellen Misere?

Nur wenige dieser Fragen können in diesem Heft angesprochen werden. Aber die Diskussion wird weitergehen.



UNIVERSITÄT OHNE IDEE?

Ein Streifzug durch ihr Innenleben

The day of the individual campus has passed. It belongs to an obsolete technology — railways and the printing press. I mean, just look at this campus — it epitomizes the whole thing: the heavy industry of the mind.“

David Lodge¹

In der öffentlichen Diskussion um Fragen der Wissenschaft und Fragen der österreichischen Hochschulen geht es immer wieder um den Begriff „Die Universität“. Mit Universität wird die Vorstellung eines besonderen Ortes innerhalb der Gesellschaft verbunden, an dem Forschung, Ausbildung, geistiges Leben, akademischer Polylog stattfinden. Die Besonderheit, die aus dem Begriff gewonnen wird, dient als Unterscheidung von anderen gesellschaftlichen Einrichtungen und Bildungsinstitutionen.

Früher war akzentuierter von der „Idee der Universität“ die Rede. Im Rückgriff auf die Tradition von Wilhelm von Humboldt² wurden der geistige Zusammenhang, die Struktur des inneren Lebens der Universität als Ausdruck einer Idee angesehen und eine Reihe von Merkmalen damit assoziiert. Karl Jaspers hat dies 1923 in seinem Buch „Die Idee der Universität“ zum Ausdruck gebracht. Darin wird in der Universität die Wirkung einer bestimmten Art von Wissenschaft festgestellt, die allein durch ihre innere Struktur die Einheit von Forschung und Lehre, die Einheit der Wissenschaft sowie die Einheit von Wissenschaft und Bildung hervorbringt. Aus dieser Bestimmung der Universität als eines privilegierten geistigen Ortes in der Gesellschaft wurde gegenüber dem Staat eine Reihe von Forderungen bekräftigt: die Forderung nach staatlich garantierter Autonomie und Wissenschaftsfreiheit, die Forderung nach selbständiger Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses (Habilitationen und Berufungen), die Forderung nach Lernfreiheit und die Forderung nach einer Einheit von Lehre und Forschung.

Obwohl die faktische Geschichte der Universität nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich diese aus dem deutschen Idealismus gespeiste Philosophie der Universität sehr bald praktisch in Frage stellte, blieb die explizite Rede von der Idee der Universität zumindest bis in die frühen 70er Jahre bestehen. Sie verlor zwar ihr philosophisches Gewand und den Weihrauchduft akademischer Festreden, in den hochschulpolitischen Diskussionen und in der Gesetzgebung blieb sie jedoch mittelbar präsent und wirksam.

Als heimisches Beispiel mögen die je-

weils einleitenden Paragraphen zweier grundlegender Universitätsgesetze gelten. Sowohl im UOG als auch im AHStG schimmert die von Humboldt ausgehende Philosophie durch den jeweils ersten Paragraphen. Das AHStG, beschlossen im Jahre 1966, nennt als Grundsätze und Ziele der Studien an den österreichischen Universitäten:

- die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre,
- die Verbindung von Forschung und Lehre,
- die Lernfreiheit,
- die Autonomie der Hochschulen nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften, und
- die Bildung für Wissenschaft.

Das UOG, beschlossen 1975, übernimmt diese Zieldefinitionen ohne wesentliche Abänderung.

Wenn auch die philosophische Bestimmung der Universität abhanden gekommen ist, wenn auch von der Einheit von Wissenschaft und Aufklärung, die für Humboldt noch unabkündbar war, nicht mehr die Rede ist, so gibt es heute dennoch vage Vorstellungen, daß die Universität etwas — wenn auch nicht näher definierbares — Besonderes sein soll.

Vor allem in ressourcenpolitisch motivierten Debatten wird die Universität dargestellt als besonderer Ort von Wissenschaftsfortschritt und Technikentwicklung. Die Hochschullehrer werden darge-

stellt als besondere Berufsgruppe, die deshalb auch ein exklusives Dienstrecht benötigt. Die Universität wird dargestellt als eine besondere Arbeitsorganisation, die einer derartigen Freiheit der Wissenschaft bedarf, daß besondere Leistungsstrukturen (Aufsichtsratsmodell) unumgänglich erscheinen. Die Universitätsausbildung wird als Monopol eingeklagt, das durch andere Bildungseinrichtungen nicht in Frage gestellt werden darf. Aber wie ist es nun wirklich mit dieser Besonderheit „Universität“ beschaffen? Gibt es in ihr noch eine Einheit und enthält sie eine besondere Botschaft?

(Post)Moderne Universität?

Die Humboldt'sche Universitätsreform des frühen 19. Jahrhunderts kreierte die moderne deutsche Universität mit Ausstrahlung im übrigen Europa. Auch die Hochschulen der K.u.K.-Monarchie orientierten sich an diesem Modell. „Modern“ kann zur Humboldt'schen Idee deshalb gesagt werden, weil sie in der Universität nicht nur eine Lehrstätte sah, so wie etwa die französischen „Ecoles“ der reinen Berufsvorbildung gewidmet waren, sondern eine Plattform von Aufklärung, die ein neues Verhältnis von Studierenden und Lehrern konstituieren, dessen Ziel der kritische und geistig innovative Dialog beider Gruppen sein sollte. Diesen auch für damalige Verhältnisse utopischen Anspruch an die Universität hat Jürgen Habermas unlängst folgend formuliert: „Überschänglich war schließlich die Idee der Einheit von Wissenschaft und Aufklärung, soweit sie die Autonomie der Wissenschaften mit der Erwartung befrachtete, daß die Universität innerhalb ihrer Mauern wie in einem Mikrokosmos eine Gesellschaft von Freien und Gleichen antizipieren könne. Die philosophische Wissenschaft schien dergestalt die allgemeinen Kompetenzen der Gattung in sich zusammenzufassen, daß die höheren wissenschaftlichen Anstalten für Humboldt nicht nur als Spitze des gesamten Bildungssystems galten, sondern als Gipfel der moralischen Kultur der Nation“.³

Dieser philosophisch-ideologische Input der Humboldt'schen Universitätskonzeption hat eine fruchtbare Spannung im System bewirkt und sicherlich auch dazu beigetragen, daß deutsche Universitäten zu Ende des 19. Jahrhunderts Vorbildwirkung nicht nur für Europa, sondern auch für die Vereinigten Staaten und Japan entfalten konnten. Die Zahl der Nobelpreisträger bis in die Zeit der Weimarer Re-

Wissenschaftlichkeit

*Wissenschaftlichkeit, das heißt: Zu wissen, was man weiß und was man nicht weiß; unwissenschaftlich ist das dogmatische Wissen. Wissenschaftlich sein, das heißt mit den Gründen zu wissen; unwissenschaftlich ist das Hinnehmen fertiger Meinungen. Wissenschaftlich ist das Wissen mit dem Bewußtsein von den jeweils bestimmten Grenzen des Wissens; unwissenschaftlich ist alles Totalwissen, als ob man im Ganzen Bescheid wüßte. Wissenschaftlich ist grenzenlose Kritik und Selbstkritik, das vorantreibende Infragestellen; unwissenschaftlich ist die Besorgnis, der Zweifel könne lähmen. Wissenschaftlich ist der methodische Gang, der Schritt für Schritt auf dem Boden der Erfahrung zur Entscheidung bringt; unwissenschaftlich ist das Spiel vielfacher Meinungen und Möglichkeiten und das Raunen.
(Jaspers 1986, S. 100).*

publik bestätigt die außerordentliche Leistungsfähigkeit dieser Wissenschafts- und Universitätskonzeption.

Allerdings haben die deutschen und in geringerem Maße auch die österreichischen Universitäten nicht nur fachliche Spitzenleistungen hervorgebracht, sondern auch viel Selbstherrlichkeit und Privilegienbewußtsein der obersten Ränge der akademischen Intelligenz. Der Begriff der Ordinariatsuniversität hat seine historischen Wurzeln in jener Zeit. Der Gedanke, daß die Universität Ort eines egalitären Verständigungsprozesses zwischen Studierenden und Hochschullehrern sein kann und damit ein Ort von Aufklärung, ist jedoch schon bald nach Humboldt von der Wirklichkeit verdrängt worden.

Die Ausdifferenzierung der Wissenschaften im 19. Jahrhundert, insbesondere aber der rasante Fortschritt von Technik und Naturwissenschaften, hat in der Organisationsentwicklung der Universitäten hierarchische Modelle bevorzugt. Das arbeitsteilig organisierte Forschungsinstitut, mit klaren Meister- und Gestaltstrukturen unter der Schirmherrschaft des Ordinarius hat sich gegenüber anderen Organisationsmodellen als effizienter erwiesen und seine deutlichste institutionelle Ausformung in den Kaiser-Wilhelm-Forschungsinstituten (später Max Planck-Instituten) gefunden. Die damit einhergehende Ausdifferenzierung der Wissenschaften, ihre Aufspaltung in viele Teil- und Teildisziplinen war wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der Universitäten im 20. Jahrhundert. Sie war aber auch Grund des Niedergangs „der Idee der Universität“, nämlich der Vorstellung, daß das Gedanken- und Aufklärung und die Philosophie grundlegende Einheitswissenschaft sein könnten und damit verbindendes geistiges Glied der Fakultäten und Institute.

Heute spricht niemand mehr davon, daß es hinter der bunten Vielfalt des Universitätsgeschehens ein verbindendes geistiges Band gibt. Auf die Frage der Einheit der Universität geben nachdenkliche Geister zumeist ironische Antworten, so wie einer der früheren Präsidenten der Universität Chicago, der darauf geantwortet hat, daß er von seiner Universität nur wisse, daß sie durch ihn und das zentrale Heizungssystem zusammengehalten werde. Darin steckt mehr als nur ein Korn Wahrheit. Die Universität heute ist kein Ganzes mehr. Sie ist ein buntes Sammelsurium von Instituten und Fakultäten, notdürftig durch gesetzliche Vorschriften und eine gemeinsame Verwaltung zusammengehalten.

Die Universität ist groß geworden. Oft ist sie wie ein Großunternehmen mit viel Kundschaft (Studenten), einem etwas veralteten Management (Universitätsverwaltung) und vergleichsweise wenig Stammpersonal (Hochschullehrer). Eine Pikanterie mag darin liegen, daß die Vorstellung einer einheitlichen, grundsätzlich gleichen „Universität“ trotz aller institutionellen Vielfalt zwischen Innsbruck und

Wien eigentlich nur noch von wenigen Hochschullehrern und Ministerialbeamten geteilt wird. Die einen hegen diese Vorstellung, weil sie zurück in die überschaubare kleine, nach dem HOG verfaßte Universität der frühen Nachkriegszeit wollen, und die anderen hegen diese Vorstellung, weil der Gesetzesvollzug leichter praktikierbar ist, wenn ein einheitlicher Maßstab unter Absehung aller Differenzierungen über die einzelnen Universitäten hinweg gelegt wird.

Demgegenüber sehen manche zeitgenössischen Kritiker in den heutigen Universitäten das perfekte Ebenbild der sogenannten Postmoderne: ein buntes Patchwork von Diskursen und Fachsprachen, ein gleichgültiges Nebeneinander von Traditionen und Ultramoderne, Talare neben Supercomputer, Immanuel Kant neben Paul Feyerabend, ein „Anything goes“ in einem Supermarkt der Ideen und Theorien.

Die Sehnsucht nach dem Vergangenen

Es ist klar, daß diese angeblich „postmoderne“ Situation der Universitäten, diese ungemeine Vielfalt von Wissenschaften und Instituten, die Mischung von klassischen Gelehrtentypen und Computeringenieuren unter den Rahmenbedingungen hoher Studentenzahlen, knapper Mittel, verstärkter internationaler Konkurrenz und gestiegenem Verwertungsdruck seitens Wirtschaft und Gesellschaft allerlei Sehnsüchte in den Köpfen der Beteiligten auslöst, die nicht immer nur nach vorne gewandt sind.

Der Umgang mit widersprüchlichen und beschleunigten Modernisierungsprozessen läßt die Sehnsucht nach dem Vergangenen blühen. Diese Sehnsucht hat verschiedene Gesichter. Sie artikuliert sich zum einen in einem Versuch zur Wiederaneignung von Humboldt, allerdings un-

ausgesprochen und unter sentimentalischen Gesichtspunkten. Humboldt wird dabei zu einem Mythos verformt, der für eine ehemals glorreiche und goldene Zeit der Universität im Gegensatz zur heutigen Tristesse steht. Die Vergangenheit wird in dieser Lesart zu einem guten Gegenbild der schlechten Gegenwart verformt. Die klassische Universität wird in diesem Mythos zu einem Ort, wo wirkliche Lehre noch möglich war (eingeschränkter Hochschulzugang und wenige Studenten), wo wirkliche Forschung noch möglich war (Eliteuniversität) und wo wirkliche Persönlichkeitsbildung noch möglich war (Schüler-Lehrer-Beziehung der klassischen Ordinariatsuniversität). Zum anderen gibt es aber auch weniger offenkundige Sehnsüchte nach der Vergangenheit. In den aktuellen Forderungen nach Interdisziplinarität steckt nicht nur das berechtigte Unbehagen an einer ausufernden Arbeitsteiligkeit der Wissenschaft, sondern auch sehr alte Ansprüche, eine neue Art von Philosophie möge das wieder zusammenbringen, was der Fortschritt getrennt hat. In der auch seitens der Wirtschaft geäußerten Forderung nach einer Ausbildung von Generalisten steckt nicht nur die berechtigte Forderung nach breiterer Qualifikation, sondern auch eine Sehnsucht nach dem klassischen „studium generale“, das freilich niemals so richtig funktioniert hat.

Produktive Ungleichzeitigkeit

Die bunte Vielfalt an den Universitäten heute, die Mischung von traditionellen Formen der Arbeitsorganisation und High-Tech-Management, das Nebeneinander von klassischen Bildungsbeständen und technischer Innovation, der Verlust der „gemündlichen Mitte“, was freilich nicht unbedingt Postmoderne heißen.

Es kann durchaus sein, daß dieser Zustand nur ein Mehl vom dem ist, was die Universitäten seit der Aufklärung in sich tragen. Max Horkheimer hat dies so gesehen: „Die innere Ungleichzeitigkeit der Momente, die in Gebilden wie der Universität sich zusammenfügen, ist nicht bloß das Schlechte und Reformbedürftige. Sie bietet auch das Refugium eines besseren Kommenden. Es ist an uns, das, was an Formen der Lehre noch gegenwärtig ist, daran zu verwenden, daß das Bewußtsein derer, für die wir Verantwortung tragen, weiter reiche als ein Zustand, der uns allesamt in Funktionäre verwandeln möchte.“⁴

Um dieses Zitat richtig einschätzen zu können, muß man wissen, daß Horkheimer ein Gegner der durch die allgemeinen gesellschaftlichen Bürokratisierungstendenzen hervorgerufenen Funktionären- und Angestelltenkultur war und daß er die Universitäten davor bewahren wollte, reine Kadernschmieden eben dieser Angestellten und Funktionäre zu werden. An anderer Stelle sagt er deshalb ganz unmißverständlich: „Der Angestellte kann

Einsamkeit und Freiheit

„Der Universität ist vorbehalten, was nur der Mensch durch und in sich selbst finden kann, die Einsicht in die reine Wissenschaft. Zu diesem Selbst-Actus im eigentlichsten Verstand ist notwendig Freiheit und hülfreich Einsamkeit, und aus diesen beiden Punkten fließt zugleich die ganze äußere Organisation der Universitäten. Das Kollegienhören ist nur Nebensache, das Wesentliche, daß man in enger Gemeinschaft mit Gleichgestimmten und Gleichaltrigen, und dem Bewußtsein, daß es am gleichen Ort eine Zahl schon vollendet Gebildeter gebe, die sich nur der Erhellung und Verbreitung der Wissenschaft widmen, eine Reihe von Jahren sich und der Wissenschaft leben.“ (Humboldt 1985, S. 114).

nicht als Erziehungsziel proklamiert werden.⁵ Dagegen hält Horkheimer den Traum vom sinnvollen Leben, das eben darum ein glückliches ist, und er sieht in der Universität jenen Ort, an dem sich der Traum konkretisieren könnte.

Als Kritiker der Einseitigkeit von Industrialisierungsprozessen wendet sich Horkheimer gegen einen Begriff von Bildung der produktionstheoretisch verkürzt ist. Bildung ist für ihn nicht ein Fertigungsprozeß, der aus menschlichem Rohstoff ein Absolventenprodukt schafft, sondern ein Prozeß der Selbstgestaltung des Individuums. „Gebildet wird man nicht durch das, was man ‚aus sich selbst macht‘, sondern einzig in der Hingabe an die Sache, in der intellektuellen Arbeit sowohl wie in der ihrer selbst bewußten Praxis.“⁶

Die alte Idee der Universität ist endgültig Vergangenheit. Keine wie immer geartete Pflege der Tradition kann sie wieder zum Leben erwecken. Die Funktionsfähigkeit von Großbetrieben wie den Universitäten heute kommt nämlich ohne die in einem ausdrücklichen Ethos versammelten Motive ihrer Mitglieder aus. Organisationsziele, das weiß die moderne Soziologie, verkörpern keine Ideen mehr. Oder wie es ein Journalist kürzlich formuliert hat: „Das Bekenntnis zu Humboldt ist die Lebenslüge unserer Universitäten.“⁷

Universität und Universalität

Was soll nun an diese Stelle treten? Soll die Universität dem reinen Spezialistentum überantwortet werden? Soll sie sich der Philosophie des modernen Managements ergeben? Soll sie den status quo ohne Murren akzeptieren? Oder soll sie auf eine aufgeklärte Bürokratie hoffen, die „väterlich“ pfleglich über die bunte Vielfalt wacht?

Ich glaube, weder Spezialistentum, noch neues Hochschulmanagement, noch aufgeklärte Bürokratie sind die alleinige Antwort auf die Frage. Auch überbordende Interdisziplinarität oder Transdisziplinarität werden keine Einheit schaffen. Von all dem Genannten soll etwas an der Universität vertreten sein. Sie muß ihre Vielfalt stärken. Sie muß ihre partiell vorhandene Enge und Provinzialität aufbrechen. Die Personen, die die Universität tragen, müssen glaubhaft hohe Ansprüche an Studium, Wissenschaft und Bildung vertreten. Staubige Seminare sollen lebendigen Ideenlabors weichen. Der Konflikt der Ideen muß stärker ausgetragen werden. Dort, wo die Wissenschaft in die Praxis gehen kann, soll sie das tun und die Spannung aushalten, die aus Theorie und Praxis erwächst. Dort, wo sie nicht im schlechten Sinne „Elfenbeinturm“ ist, muß Wissenschaft trachten, zu

einer üppigen und reichen Innenarchitektur zu kommen, die genügend intellektuelle Reize aufweist. „Splendid isolation“ rechtfertigt sich nur über formale Eleganz und theoretischen Anspruch, aber nicht über ein bloßes Desinteresse an der Wirklichkeit. Sowohl in ihrer Anwendung als auch in ihrer Selbstreflexion muß heimische Wissenschaft mehr Bemühung um „out-standing“ und weniger „average“ zeigen.

Mit dem Blick auf die Jahrtausendwende wäre die Utopie zu formulieren, daß es an den österreichischen Universitäten mehr von jenem „homo europaeus“ geben soll, den der französische Botaniker Carl von Linné schon vor 200 Jahren — also zu Zeiten Humboldts — so beschrieben hat: leicht beweglich, scharfsinnig und erfinderisch.

Literaturhinweise:

- 1) David Lodge, *Small World, An Academic Romance*, Penguin Books 1984, Seite 43
- 2) Wilhelm von Humboldt, *Gesammelte Werke IV*, Darmstadt 1964
- 3) Jürgen Habermas, *Die Idee der Universität — Lernprozesse*, in: Jürgen Habermas, *Eine Art Schadensabwicklung*, Frankfurt/Main 1987, Seite 85
- 4) Max Horkheimer, *Fragen des Hochschulunterrichts*, in: Max Horkheimer, *Sozialphilosophische Studien*, Frankfurt/Main 1981, Seite 186
- 5) Ebendort, Seite 181
- 6) Max Horkheimer, *Begriff der Bildung*, a.a.O., Seite 169
- 7) K. Reumann, *Verdunkelte Wahrheit*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24. März 1986



UNIVERSITÄTSFORSCHUNG ODER FORSCHUNGSUNIVERSITÄT?

Vorbemerkung: Der Verfasser ist Chemiker und hat sein Berufsleben in Forschungslaboratorien der Industrie sowie (überwiegend) in Universitätsinstituten verbracht. Wenn daher im folgenden von Wissenschaft die Rede ist, so sind damit Naturwissenschaft und Technik gemeint, so wie sie in den genannten Institutionen betrieben werden.

1. Universität heute

Traditionellerweise ist die Universität ein Ort für die Produktion und Vermittlung von Wissen, einschließlich des Wissens um die Methoden zur Wissensproduktion. Diese Aufgabe kann erfüllt werden, wenn beide Belange — Forschung und Lehre — in einer Hand vereinigt sind; es setzt also die Einheit von Forschung und Lehre voraus, die der Idee von der Universitas Litterarum zugrunde liegt. Diese war also als eine elitäre Einrichtung gedacht. Heute hat sich allerdings die Situation beträchtlich geändert: aus der Eliteschule ist die Massenuniversität geworden. Immer mehr Studenten studieren, weil dies eben allgemein üblich ist; ihr Antrieb ist nicht die Erwerbung von Wissen, sondern die Erlangung günstiger Voraussetzungen für das Berufsleben, und das mit möglichst wenig Anstrengung. Praktisch bedeutet das: unsere Universitäten sind überfüllt, und zwar überwiegend von Leuten, die Schulung suchen. Schulung wird als spezielle Ausbildung verstanden, die ein möglichst brauchbares und direkt anwendbares funktionelles und instrumentelles Können vermittelt. Von Bildung ist keine Rede mehr. Freilich ist es viel leichter, große Massen zu schulen als zu bilden. In die Bildung gehen nämlich auch die geltenden Wertvorstellungen ein; ja diese definieren erst, was Bildung ist. Aus der Bildung entsteht dann ein Weltbild. Alles dies fällt weg, wenn nur Schulung gefragt ist. Freilich bleibt dann meist auch die Fähigkeit auf der Strecke, zwischen Sachfragen und Wertfragen unterscheiden zu können. Die Vermengung dieser beiden Bereiche ist die Wurzel vieler unserer heutigen Probleme. Leider hat es auch den Anschein, daß eine solche Konfusion oft genug für Zwecke der Politik absichtlich herbeigeführt wird.

Um nun einerseits der Ausbildungs- bzw. Schulungsaufgabe der Massenuniversität gerecht zu werden, andererseits aber auch die Bildungsfunktion nicht gänzlich aufzugeben, wird neuerdings in Anlehnung an das angelsächsische College-System eine Teilung der Universität in einen

berufsbildenden Zweig und in einen „wissenschaftlichen“ Zweig vorgeschlagen. Eine Konsequenz daraus wäre auch eine Spaltung des akademischen Lehrers in „Lehrprofessoren“ und „Forschungsprofessoren“. Zugleich wird das Schulungsstudium streng reglementiert, was durch die neuen Studienpläne bereits realisiert erscheint. So hat heute etwa ein Chemie-Student kaum noch Zeit, sich mit Fächern wie Philosophie oder Psychologie oder was immer zu beschäftigen. Der knappe Studienplan mit den detaillierten Vorschriften läßt dafür keinen Spielraum. Das ist natürlich der Vermittlung von Bildung kaum zuträglich. Dazu kommt noch, daß die gutgemeinte Demokratisierung durch das UOG eine Fülle von Bürokratie gebracht hat, die den Begriff „Freiheit der Lehre“ in weite Ferne gerückt hat — und zwar nicht aus grundsätzlichen, sondern aus pragmatischen Gründen. Ebenso hat das UOG die Gruppenuniversität etabliert, in der die verschiedenen Gruppen — Professoren, Assistenten, Studenten — in den Gremien und Kommissionen ihre eigenen Interessen vertreten — oft genug gegeneinander. Freilich muß hier angemerkt werden, daß die Gruppenbildung bei den Professoren bei weitem am wenigsten gelungen ist, sodaß diese Gruppe sich häufig in kleinteiligen Streitereien schwächt und daher meist den kürzeren zieht.

So stellt sich uns also die derzeitige Situation der Universität als ungeklärt, als eine Übergangslage dar, in der experimentiert und improvisiert wird. Eine Konsolidierung ist so bald nicht zu erwarten. Auf der Basis dieser Unsicherheit müssen wir also die Position der Universitätsforschung untersuchen.

2. Universität und Forschung

Nach dem bisherigen Selbstverständnis soll die Wissensvermittlung auf der Universität auf höchstem Niveau erfolgen. Das bedingt die Einheit von Forschung und Lehre, das heißt, der Lehrer muß zugleich Forscher sein. Diese Auffassung erscheint einsichtig, denn nur wer selbst an der Front der Forschung steht, weiß um die Probleme seines Faches, um die offenen Fragen, Ungewißheiten, aktuellen Fortschritte, Wege und Irrwege. Lehre auf höchstem Niveau kann nur bieten, wer selbst forscht. Aus dieser Forderung ergeben sich allerdings sofort einige Probleme. Das erste ist, daß ein guter Forscher nicht unbedingt ein guter Lehrer sein muß; und wir wissen von einer ganzen Reihe hochberühmter Wissenschaft-

ler, deren Vorlesungen nicht nur wegen der Schwierigkeit des Stoffes unverständlich waren. Diese Gefahr sollte man aber in Kauf nehmen. Auf dem Niveau der Universitäts-Lehre ist die unmittelbare Nähe zur Forschung wichtiger als brillante Didaktik; man darf von einem interessierten und bemühten Studenten erwarten, daß er auch einer schwer verständlichen Vorlesung folgen und sich ihren Inhalt erarbeiten kann. Treffen allerdings hohe Forschungskompetenzen und didaktische Fähigkeiten zusammen, so haben wir den Idealfall vor uns; und er ist gar nicht so selten, wie manchmal geglaubt wird. Freilich, wie immer die didaktische Fähigkeit des Professors auch sei, der Student wird stets Mühe und Arbeit aufwenden müssen, um den Stoff zu erarbeiten. Dies aber sollte doch nicht ungewöhnlich sein.

Pflichten wir dieser Einstellung bei, dann wird die Unterscheidung „Forschungsprofessor“ und „Lehrprofessor“ sofort in Frage gestellt. Ein Lehrprofessor, der mit der Forschung nichts oder wenig zu tun hat, entspreche dem Lehrer einer höheren Schule, der angesenes Wissen vermittelt, aber der Produktion dieses Wissens fernsteht und es daher auch nicht kritisch zu beurteilen vermag. Er wäre ein Schul-Lehrer, kein Universitäts-Lehrer. Es sei zugestanden, daß es hier Abstufungen geben muß. So kann in den ersten Semestern und in den Grundvorlesungen gewiß nicht erwartet werden, daß der Dozent den gesamten Stoff als direkt beteiligter Forscher überblickt. Aber es genügt schon das Forschungs-Engagement in einem Teilgebiet, um jene kritische Sicht zu erzeugen, die jede Vorlesung durchziehen soll. Natürlich bedingt dies auch, daß ein solcher Dozent seine Vorlesung dauernd dem aktuellen Fortschritt anpaßt. Das heißt in der Praxis, daß nahezu jedes Jahr kleinere oder größere Änderungen vorgenommen werden müssen — aber gerade dies ist das Signum der Einheit von Forschung und Lehre.

Daraus ergibt sich, daß Forschung und Lehre nicht getrennt werden dürfen, wenn wir den Gedanken der Universität weiter verfolgen wollen. Ja, es widerspricht auch dieser Auffassung, wollte man der heutigen Massenuniversität die Forschung wegnehmen, um sie entweder in elitären, möglicherweise privaten Forschungsuniversitäten anzusiedeln, oder in eigenen Forschungs-Anstalten, wie wir sie heute in Österreich bereits ansatzweise in den Instituten der Akademie der Wissenschaften und in den Boltzmann-In-

stituten und in der BRD in den Max-Planck-Instituten haben. Eine solche Trennung müßte zur Verschulung der Universität und zu einer Technokratisierung der Forschungsinstitute führen, wodurch das universitäre Ziel, gut ausgebildete und zugleich gebildete Absolventen zu produzieren, ernstlich in Frage gestellt würde. Es droht die Gefahr, daß an deren Stelle nur mehr Fachidioten erzeugt werden, deren wir leider heute bereits viel zu viele haben. Eigene Forschungsuniversitäten brauchen wir nicht, auf gute Universitäts-Forschung aber können wir nicht verzichten.

Wenden wir uns nun einem ganz konkreten Problem zu. Es wird beklagt, daß das wissenschaftliche Niveau unserer Universitäten sinkt und wir bald mit der Welt-Spitzenforschung nicht mehr mithalten können. Freilich sind Spitzenleistungen nur durch gezielte Förderung erreichbar, und wenn die Gelder des Österreichischen Schiverbandes oder des Österreichischen Fußballverbandes nach dem „Gießkannenprinzip“ verteilt würden, wäre es mit unseren Erfolgen auf diesen Gebieten bald vorbei. Was aber geschieht auf den Universitäten? In mißverständlicher Demokratisierung wird genau jenes Gießkannenprinzip angewandt, das den einzelnen Instituten zuviel zum Sterben, aber zuwenig zum Leben zukommen läßt. Überdies erfährt man erst gegen Jahresmitte, oft sogar erst im Oktober/November, wieviel Geld insgesamt zur Verfügung steht. Dadurch wird natürlich jede vernünftige Forschungsplanung unmöglich. Was aber die Wertschätzung der Forschung im Ministerium in Wien betrifft, so mag berichtet werden, daß in den letzten Jahren an der Universität Graz 10 neue Planstellen in der zentralen Verwaltung geschaffen wurden, während der Schreiber dieser Zeilen seit 1974 (!) auf die Einlösung einer Berufungszusage von 2 Stellen für Forschungs-Assistenten wartet. Daß durch eine solche Einstellung hochwertige Forschung und Spitzenleistung mit Sicherheit verhindert werden, ist offensichtlich.

Auf drei Gesichtspunkte soll noch besonders hingewiesen werden. Zum ersten nimmt auf unseren Universitäten die Routine-Forschung (auch Fließband-Wissenschaft genannt) überhand, die zwar zu einer Flut von Veröffentlichungen führt, aber kaum Resultate bringt. Wir haben vergessen, daß gute Forschung sich stets an der Weltpitze messen muß. Zum zweiten stellen wir fest, daß die Leistungen der Wissenschaft von der Öffentlichkeit überhaupt nicht zur Kenntnis genommen werden. Jede Tageszeitung bringt täglich ausführliche Berichte über Leistungen im Sport, berichtet über unsere Landes- und Staatsmeister. Wer aber kennt die „Staatsmeister“ in der Wissenschaft? Mit anderen Worten: wer weiß, an wen jedes Jahr die Wissenschaftspreise der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (und anderer Institutionen) gehen? Die Tageszeitungen schweigen

sich darüber aus, wissenschaftliche Leistungen sind öffentlich uninteressant und die Presse nimmt bestenfalls vom Nobelpreis Notiz. Zum dritten aber zahlt es sich heute auch finanziell nicht mehr aus, zur Spitze zu gehören. Ob ein Professor bzw. ein pragmatisierter Beamter zur Weltpitze gehört oder gar nichts tut, hat auf sein Gehalt und auf die Dotation seines Institutes keinen Einfluß. Da überdies die Personalkommission in der Lage ist, dem Institutsvorstand einen unerwünschten Mitarbeiter aufzuzwingen, ist auch eine leistungsbezogene Auswahl vielfach nicht möglich. Die Universität ist heute eine Masseneinrichtung mit demokratischer Verfassung. Eine Elitenbildung ist daher nur schwer möglich, denn Eliten sind formaldemokratisch ungerecht und daher unerwünscht. Dazu kommt die Zwangsjacke der Bürokratie, die vom Lästigen bis zum Unsinnigen reicht. Der Ruf einer Universität aber richtet sich nur nach der wissenschaftlichen Leistung ihrer Mitglieder in Lehre und Forschung — mit dem Schwerpunkt auf Forschung — und nicht nach der Zahl der eingerichteten paritätisch besetzten Kommissionen und der Anzahl ihrer Sitzungen. Dem Universitätsforscher aber, der dennoch an der Spitze mitreden will, bleibt nichts übrig, als jenen Bund mit potenten Geldgebern einzugehen, der ihm zwar hohes Niveau seiner Forschung sichert, aber auch deren Richtung bestimmt und daher die akademische Forschungsfreiheit zur Farce macht.

3. Forschungskontrolle

Eine weitere überkommene Leitidee ist die „Freiheit der Forschung“. Damit ist gemeint, daß der menschlichen Neugier, dem Forscherdrang, keinerlei Grenzen gesetzt werden dürfen, insbesondere wo es um die sogenannte Grundlagenforschung geht. Daraus soll sich eine Art freie Marktwirtschaft der Ideen ergeben, und der Staat soll das alles finanzieren. Im Prinzip ist der Ablehnung jeder Reglementierung reiner Forschung zuzustimmen, soweit sie nicht unseren ethischen Normen widerspricht — es besteht gewiß weitgehender Konsens, daß etwa Menschenversuche abzulehnen sind. Aber hier stellt sich sofort ein Dilemma ein. Spitzenforschung ist heute auf vielen Gebieten so teuer, daß sie durch die normalen Forschungszuwendungen des Staates nicht mehr finanziert werden kann. Dies gilt bereits für die meisten Bereiche unserer naturwissenschaftlichen Universitätsforschung, die ohne Unterstützung der verschiedenen Forschungsförderungsfonds, vielfach auch der Industrie und Wirtschaft im Zuge der „Auftragsforschung“, einfach nicht mehr mithalten könnten. Die staatlichen Dotationen sind bei weitem unzureichend. Schon dadurch wird die „Reinheit“ der Grundlagenforschung getrübt. Viel mehr noch ist dies auf Gebieten der Fall, die ihrer Natur

nach sehr aufwendig sind. Würde man die Hochenergiephysiker voll unterstützen, würde kaum etwas für andere Bereiche übrigbleiben. Deshalb haben diese Gebiete begonnen, sich mit potenten Geldgebern zu verbinden, und sie haben auf diese Weise auch sensationelle Erfolge erzielt. Allein, dabei hat die Forschung ihre Unschuld verloren. Denn das Bündnis aus Kernphysik und Militär brachte uns die Atombombe, und das Bündnis zwischen Molekularbiologen und der Pharmaindustrie eröffnet uns, etwa in der Genmanipulation, eine ungewisse und nicht ungefährliche Zukunft. Natürlich bleibt bei solchen Zweck-Bündnissen die Freiheit der Forschung auf der Strecke, solange wir darunter nicht die Freiheit verstehen, ohne Rücksicht auf ethische oder auch nur ökologische Erwägungen das zu erarbeiten, was der Geldgeber erwartet.

Sollen wir also die „Freiheit der Forschung“ einschränken, oder wird sie durch die Realität unserer Zeit eingeschränkt? Dies scheint tatsächlich der Fall zu sein. Wir haben in den vergangenen Jahren gelernt, daß zwei Arten von Gesetzen unsere Wirklichkeit strukturieren und uns daher von der Natur vorgegeben sind. Das sind zum einen die Naturgesetze, die absolut gelten und denen wir vollständig unterworfen sind. Wir können sie nicht durchbrechen, wir können sie nur manipulieren. Zum anderen aber sind uns auch die Systemgesetze vorgegeben. Sie beschreiben das organisierte Zusammenwirken der Einzelbestandteile eines Systems. Nach solchen Systemgesetzen funktioniert auch unsere Wirklichkeit, unser Planet Erde. Sie basieren zwar auf den Naturgesetzen, haben aber nicht deren Stringenz. Wir können die Systemgesetze verletzen; dabei laufen wir allerdings Gefahr, das System zu zerstören. Für uns relevant sind die Systemgesetze unserer Ökologie, nach denen unsere Umwelt funktioniert und die die Lebensmöglichkeit auf der Erde sicherstellen. Diese Gesetze können wir allerdings verletzen. Solange die Zahl der Menschen auf der Erde gering war, haben ihre Tätigkeiten diese Systemgesetze nicht signifikant beeinflusst; wir waren in die Kreisläufe der Ökologie voll eingebunden. Mit der „Quantitäts-Explosion“, die wir heute erleben, hat sich dies wesentlich geändert: die Auswirkungen der wirtschaftlichen, technischen und industriellen Aktivitäten einer überbordenden Menschheit können von den ökologischen Systemgesetzen nicht mehr aufgefangen werden und diese werden massiv beeinflusst, was zu bedrohlichen negativen Auswirkungen führt. Deren Anfänge werden uns mehr und mehr bewußt: Begriffe wie Treibhauseffekt, Ozonloch, Waldsterben, Überchemisierung, Vergiftung des Grundwassers, Flußbleichen und Luftverschmutzung sind heute geläufige Phänomene, denen die zuständige Forschung allerdings ziemlich hilflos gegenübersteht. Es hat den Anschein, als hätten wir uns

sosehr auf die Erforschung und Beherrschung der Naturgesetze konzentriert, daß wir eben diese Fertigkeit benutzen, um die Systemgesetze unserer Erde zu durchbrechen und so zu verletzen. Daß wir dadurch unsere Lebensgrundlage in Frage stellen, ist offenbar den Forschern entgangen. Definieren wir die Forschung und den dadurch ermöglichten Fortschritt als eine Leistung im Dienste zum Wohle der Menschheit, dann dürfen wir uns getrost die Frage stellen, ob wir nicht bisher am Bedarf vorbeigeforscht haben? Wie aber sollen wir es besser machen? Eine Reglementierung der Forschung würde kaum mehr bringen, als daß die „Reglementierer“ nun die Richtung angeben. Was wir brauchen, ist eine Änderung der Einstellung, des Bewußtseins des Forschers. Er darf über seinen Forscher-Enthusiasmus nicht übersehen, daß eine immer tiefere Durchdringung der Naturgesetze zwar interessant, befriedigend und auch nützlich im Sinne der Naturbeherrschung ist, daß eine genaue Kenntnis unserer Systemgesetze aber lebensnotwendig ist. Damit aber ist bereits eine Richtung vorgegeben: wir sollten unsere Intelligenz, unsere fachliche Kompetenz und unsere technische Findigkeit viel mehr den Systemgesetzen zuwenden und sie dafür einsetzen, die Menschheit aus dem Schlamassel zu ziehen, in das unsere Machbarkeits-Manie sie gebracht hat. Freilich, noch fehlt diesen Forschungseinrichtungen Ansehen und Glanz und noch werden dafür keine Nobelpreise vergeben. Aber wenn wir uns klarmachen, oder besser gesagt: wenn es unserer Forscher-Elite klar wird, was daran hängt — nämlich nicht weniger als die Lebensmöglichkeit auf der Erde — können wir auf eine Änderung hoffen. Mit einer externen Forschungskontrolle werden wir dieses Ziel freilich nicht erreichen, aber wenn die Forscher freimütig mit den mündigen und informierten Bürgern die Probleme unserer Zeit, die

Ängste der Jugend und die realen Gefahren diskutieren und sich den daraus ergebenden Forderungen aufgeschlossen zeigen, dann mag es der Gesellschaft als Ganzes gelingen, die Forschung so zu lenken, daß nicht nur Naturgesetze manipuliert, sondern auch der Fortbestand unserer ökologischen Kreisläufe und damit die Lebensmöglichkeiten auf der Erde gesichert werden können. Zugleich ergeben sich daraus sofort sehr konkrete neue Aufgaben für die naturwissenschaftliche Forschung. Die Grundlagenforschung muß sich dem Studium der Systemgesetze zuwenden. Erste Anfänge sind hier gemacht. Die irreversible Thermodynamik, die allgemeine Systemtheorie und die Erforschung der Komplexität, unter dem Schlagwort „Chaosforschung“ schier zu einer Mode geworden, sind vielversprechende Ansätze. Aber auch für die angewandte Forschung ergeben sich neue Aufgaben, die im Prinzip erkannt und festgelegt sind, aber noch nicht genügend ernst genommen werden — dies kann wahrscheinlich nur über einen gewissen ökonomischen und politischen Zwang erreicht werden. Zu den wichtigsten dieser neuen Aufgaben gehören Technikfolgenabschätzung, Risiko-Forschung, Technikakzeptanz-Forschung und die viel diskutierte und wenig praktizierte Umweltverträglichkeits-Prüfung. Freilich, für die Industrie sind dies alles ungeliebte Kinder und auch auf der Universität stehen sie nicht hoch im Kurs, da man damit nur schwer wissenschaftliches Ansehen und Geld erwerben kann. Da wendet man sich schon lieber Sparten zu, die raschen Erfolg versprechen, wie der Molekularbiologie, der Halbleiterforschung, oder der Hochenergiephysik. Aber gerade die Universitätsforschung hätte hier die Chance, solchen zwar noch unpopulären, aber für unser Überleben unverzichtbaren Aufgaben zum Durchbruch und zu einem Stellenwert zu verhelfen, der ihrer Bedeutung entspricht. Das wäre wahr

Universitäts-Forschung, die der puren Zweckforschung um etliche Schritte voraus sein muß, da sie rechtzeitig erkennt, was unsere Zukunft bestimmen und gestalten wird.

4. Ethik der Forschung

Wir haben gesehen, daß uns die Wirklichkeit um uns zwei Arten von Gesetzen vorgibt, die Naturgesetze und die Systemgesetze. Die Naturgesetze sagen uns, was wir tun können. Die Systemgesetze sagen uns, was wir tun dürfen, wenn wir unser System und damit die Lebensbedingungen intakt erhalten wollen. Aber: sollen wir wollen? Wer sagt uns das? Wir brauchen daher noch Regeln, die uns sagen, was wir tun sollen, damit unser Dasein einigermaßen komplikationslos, vernünftig und menschenwürdig sei. Dafür gibt uns die Natur keine Hinweise, solche Regeln müssen wir vielmehr als geistige Leistung selbst erarbeiten. Es sind dies die ethischen Gesetze (und auf ihrer Basis die legistischen Gesetze), die unsere Wertvorstellungen widerspiegeln. Ursprünglich stammen sie aus mystischen und religiösen Vorstellungen und leiten sich so von einem transzendenten Ursprung ab. Die Ethiken der großen Religionen sind zweifellos beachtliche geistige Leistungen und haben viele Jahrhunderte lang ihren Zweck erfüllt. Heute allerdings sieht die Sache etwas anders aus. Zum einen nämlich konnten religiöse ethische Gesetze für ihre Durchsetzung die transzendenten Wesenheiten zwecks Belohnung oder Strafe bemühen und hatten so ein zumindest bei den Gläubigen wirksames Druckmittel in der Hand. Damit können wir heute kaum noch rechnen. Zum anderen waren, als diese Ethiken entstanden, viele der heutigen Probleme einfach noch nicht gegeben. So schützt zwar unsere Ethik, die im wesentlichen der jüdisch-christlichen Religion

Herausforderungen der Wissenschaft

Die politisch-gesellschaftliche Abstinenz hat den Ideologien Tür und Tor geöffnet. Die Universität der Gegenwart ist lediglich scheinbar weltoffen. Auswirkungen der Wissenschaft müßten von dieser ex cathedra, unter Anwendung der Kriterien der Wissenschaftlichkeit, reflektiert und nicht erst über den Umweg von Parteien und Ideologien — also von außen her — sozusagen durch eine Hintertür wieder in die Universität hineingetragen werden. Die wissenschaftliche Reflexion erfordert Disziplin und Beherrschung, sonst leidet die Wahrheit. Sie darf vor keiner Frage zurückschrecken und muß daher zu politischen und gesellschaftlichen Modeströmungen argwöhnisch und kri-

tisch Distanz halten.

Die politische Abstinenz der Universitäten hat die geistige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zum rechten Zeitpunkt verhindert. Infolgedessen konnte diese Ideologie schließlich die Hochschulen überwuchern. Auch in der Universität unserer Tage überläßt man die Zeitkritik wieder vorzugsweise den Ideologen, die sich an unseren Universitäten tummeln und denen die Mehrheit der Studenten indifferente gegenübersteht...

Wir leben in einem Zeitalter der Verweigerung oder — wie es Odo Marquard formulierte — „der Wacht am Nein“. Die neue Unlust oder „Die Lust am Untergang“ — nach Watzlawick — ist nicht das Ergebnis kritischen Durchdenkens, wie sie einer Wahrheitssuche angemessen wäre. Die Gefahr besteht,

daß irgendwann ein „Bildersturm“ auf die Wissenschaft einsetzen wird, der die Universität erneut zerstört. Man übernimmt Parolen, man verdammt, ohne im geringsten darüber nachzudenken, wie der Mensch mit der zweiten großen, globalen Herausforderung der Evolution, der Überbevölkerung fertig werden kann. Von einer ersten Herausforderung der Evolution, die die Entstehung des Menschen schließlich möglich machte, habe ich gesprochen. Jetzt ist es der Mensch, der die Vorräte der Natur erschöpft. Die negativen Folgen unserer Erkenntnis lassen sich allein durch tiefere, bessere Einsichten, durch mehr, nicht durch weniger Wissen bewältigen. Erst auf der Grundlage von Wissen können wir entscheiden, was wir tun dürfen und was wir lassen müssen. (Eigen 1988, S. 72–73).

entstammt, das Leben als solches, kann aber kaum Aussagen über künstliche Manipulationen am und mit dem Leben machen, wie sie heute in der Gen-Technik und in den in-vitro-Fertilisationen möglich sind und auch praktiziert werden. Daher haben diese Methoden auch unsere Ethik einfach überrollt, diese war nicht imstande, die Forscher-Begeisterung zu bremsen oder die Profitgier in die Schranken zu verweisen. Ein zweites Beispiel sind unsere ökologischen Probleme. Auch diese existierten zur Zeit der Entstehung unserer Ethik nicht, damals war in einer nur spärlich bevölkerten Erde die Devise „wachst und vermehret euch“ und „macht euch die Erde untertan“ — zwei Sätze, die heute geradezu Aporien darstellen. Wir müssen also diese neuen Gesichtspunkte in eine zeitgemäße Ethik integrieren. Aber das ist leicht gesagt, doch schwer getan. Zwar sind in der vergangenen Periode der Fortschritts-Euphorie an die Stelle der gesetzgebenden religiösen oder von Gott oder dem Volk gewählten staatlichen Autoritäten die Experten getreten, doch haben gegenwärtig auch diese ihre Glaubwürdigkeit verspielt, sodaß es zu einer wahren Expertendämmerung gekommen ist. Als Folge hat sich auch unser Wissenschaftsverständnis gewandelt und damit der Stellenwert der Forschung. Heute blickt man bei neuen Forschungsergebnissen weniger auf den Nutzen, sondern auf das Risiko. Fortschritt gilt nicht mehr als lebenserleichternd, sondern als existenzgefährdend. Die Wissenschaft wird nicht mehr als wertneutral angesehen und es wird daher der Ruf nach gesellschaftlicher Kontrolle laut. Die Trennung der Menschen in überhebliche Experten und gläubige Laien kann nicht mehr aufrecht erhalten werden. Hätten wir eine allgemein akzeptierte Ethik der Forschung und der Wissenschaft, die unseren heutigen Problemen gerecht wird, so könnte sich der Gesetzgeber (der heute hilflos und überfordert ist) daran orientieren und durch Gesetze, sozusagen Durchführungsbestimmungen der ethischen Regeln, ihre Befolgung durchsetzen. Aber wie müßte eine solche Ethik der Forschung beschaffen sein, die natürlich der so oft beschworenen Forschungsfreiheit und dem Forscherenthusiasmus gewisse Zügel anlegen würde? Wenn wir den Fortschritt nicht nur als Wissenszuwachs, sondern pragmatisch sehen, so sollten wir uns eigentlich darüber einig sein, daß es unser Bestreben sein müßte, den nächsten Generationen zumindest die gleichen, wenn möglich aber bessere Existenzbedingungen zu hinterlassen, als wir sie heute haben. Damit kommt aber die ganze Umweltproblematik ins Spiel. Wir brauchen also eine Verantwortungsethik, die sich auf die ganze Erde erstreckt und die auch

in die Zukunft reicht. Weiters müßten wir uns Regeln geben über den Umgang mit dem Leben, inwieweit wir damit experimentieren und es manipulieren dürfen. Das wiederum erfordert neue Definitionen, insbesondere auch im Hinblick auf das menschliche Leben und wann es beginnt, was auch die brisante Frage einschließt, ob Versuche mit menschlichen Foeten erlaubt sind oder ob wir foetales Gewebe verpflanzen dürfen, um Krankheiten zu heilen. Möglicherweise könnte hier die Systemtheorie Hilfestellungen leisten, die Leben kategorisiert nach dem Stand des Bewußtseins der Lebewesen. Wir Menschen, als Träger der höchsten Bewußtseinsstufe, nämlich des Selbst- und Todesbewußtseins, wären dann unbedingt schützenswert. Aber auch hier gibt es brisante Probleme: da ein menschlicher Foetus nach unserer heutigen Kenntnis noch kein Selbstbewußtsein besitzt, weil sein Gehirn noch nicht endgültig verschaltet ist, erhebt sich sofort die Frage, ob er deshalb aus dem unbedingten Schutz genommen ist. Man sieht, es sind keine einfachen Fragen, die hier zur Lösung anstehen.

Freilich wird in solche ethische Gesetze auch der Kanon unserer Wertvorstellungen eingehen müssen; und auch hier sind wir uns keineswegs einig, vielmehr sehen wir uns großen Gegensätzen der Auffassungen gegenüber. Es verdichtet sich aber die Meinung, daß wir ohne eine zeitgemäße Ethik nicht auskommen werden. Eine solche zu schaffen, ist für den menschlichen Geist eine Aufgabe, die jedes andere Problem weit in den Schatten stellt. Es müßte dies eine Gemeinschaftsleistung der Laien und Experten sein. In der heutigen Situation sind Naturwissenschaft und Technik so mächtig und daher potentiell so gefährliche Werkzeuge geworden, daß man sie nicht mehr den Experten allein überlassen kann. Es hat sich ja auch das Bild vom Wissenschaftler gewandelt. Galt er früher als der weise und unfehlbare Mentor der Menschheit, so sieht man heute in ihm das schiere Gegenteil, nämlich den Zerstörer unserer Umwelt und unserer Lebensbedingungen. War man früher dem Trugschluß erlegen, daß die Vollbringer großartiger Leistungen auch großartige Menschen sein müßten, so weiß man heute, daß Wissenschaftler natürlich mit allen menschlichen Schwächen behaftet und für Versuchungen anfällig sind wie jeder andere. Daraus erhellt die Rolle der Gesellschaft, ihre Pflicht zur Überwachung des wissenschaftlichen Fortschrittes und die Integration des Wissenschaftlers in das gesellschaftliche Leben und in dessen Gestaltung. Dafür aber ist die Schaffung einer zeitgemäßen Ethik, die allgemein angenommen wird und die verbindlich sein muß, eine unabdingbare Voraussetzung.

Freilich ist zuvor noch eine Grundsatzentscheidung darüber fällig, wie wir uns die Gestaltung der Zukunft vorstellen. Wir können nämlich auch auf die absolute technische Option setzen, die identisch mit unbegrenztem Fortschritt ist. Der Mensch hält viel aus. Wenn alle unsere Wälder zu Steppen oder Wüsten geworden sind, alle unsere Flüsse Kloaken, Trinkwasser nur mehr in Fabriken hergestellt werden kann, die Assimilation nicht mehr durch grüne Pflanzen, sondern durch Maschinen erfolgt und die Luft nicht mehr atembar ist, sodaß der Lebensraum des Menschen auf geschlossene Glaskuppeln beschränkt wird, so könnte der Mensch, mit seinen technischen Mitteln, wahrscheinlich immer noch überleben. Freilich, lebenswert wäre ein solches Leben nicht, wenigstens nach unserer heutigen Auffassung. Wenn wir aber, andererseits, die Umwelt zumindest in ihrem heutigen Zustand erhalten wollen, dann muß sich in unserer Einstellung und in unserer Wertvorstellung viel ändern und es müssen die angeführten Probleme mit Ernst in Angriff genommen werden. Freilich, wenn wir uns für die technische Alternative entscheiden, dann brauchen wir uns um all dies nicht zu kümmern, können unser System weiter vergewaltigen und unsere Systemgesetze übertreten, solange es eben geht; daß heißt, bis die Erde endgültig stirbt. Wir haben uns noch nicht eindeutig für eine der beiden Alternativen entschieden. Aber diese Entscheidung müssen wir in der nächsten Zeit treffen, sonst verliert wir unsere Chance, rechtzeitig gegenzusteuern.

Auf noch eines sei zuletzt hingewiesen: wenn wir eine neue Ethik erarbeiten, so darf sie nicht rein utilitaristisch sein. Wie leicht das Prinzip „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ mißbraucht werden kann, hat uns die unselige Vergangenheit gezeigt. Auch Kant's kategorischer Imperativ ist zwar logisch unangreifbar, aber dennoch eine Leerformel und daher als Grundlage einer Ethik nicht geeignet, da er keine Werturteile enthält und daher auch keine konkreten Handlungsanweisungen geben kann. Wir können aber auf Werturteile nicht verzichten, und das Prinzip „Mensch“ als zu schützendes Gut stellt zweifellos ein Werturteil dar. Ein Verzicht darauf wäre auch sehr folgschwer. In den Systemgesetzen der Natur hat der Mensch keine Sonderstellung und sein Verschwinden von der Erde würde völlig belanglos sein. Eine zeitgemäße Ethik, die auch der Wissenschaft und Forschung als Richtschnur dienen kann, müßte beides umfassen, die Spielregeln der Natur und das spezifisch Menschliche, sie müßte global gelten und auch unsere Verantwortung für die Zukunft einschließen.



SIEBEN KRANKHEITEN DER UNIVERSITÄTEN

Die Hochschulpolitik hat sich lange im Erfolgsausweis der raschen Expansion von Studentenzahlen, Budgetaufwand, Personalstand oder Raumkapazität der Universitäten gefallen — eines so hohen Zuwachses von Leistungskapazität und Ansprüchen an die Universitäten, daß gegenüber diesem einmaligen Wachstumsschub mit all seinen positiven Aspekten (den erweiterten und ausgeglicheneren Bildungschancen, dem erhöhten Forschungspotential und Absolventenangebot der Universitäten, der Modernisierung und Demokratisierung ihrer inneren Struktur etc.) die aufgetretenen Probleme gewisser Ungleichgewichte und Ungleichzeitigkeiten der Entwicklung nicht überbewertet werden sollten. Geht man von internationalen Vergleichsmaßstäben aus — wie dem Anteil der Studierenden an den entsprechenden Altersjünglingen, dem Anteil von Akademikern an allen Beschäftigten oder dem Anteil der Forschungsaufwendungen am Sozialprodukt — so relativiert sich dieser Erfolgsausweis der Hochschulexpansion allerdings zu einem Aufholprozeß Österreichs, der in vielen Bereichen zwar den Abstand zu fortgeschrittenen Ländern vermindert, jedoch nicht aufgehoben hat. Auch wenn die üblichen quantitativen Indikatoren auf der Makroebene der Hochschulentwicklung die tatsächliche Leistungsfähigkeit des Hochschulbereichs nur unzureichend widerspiegeln, Teilbereiche der Forschung wie die Qualifikation der Absolventen manchenorts den fortgeschrittenen Standards entsprechen, so bleibt doch insgesamt ein Nachhinken zu konstatieren, das der Hochschulpolitik neue Aufgaben stellt. Gegenüber dem Mittelbedarf der Hochschulen an Raum, Investitionen oder Personal — einer weiteren Expansion als Mehr vom Gleichen — liegen die Probleme der Hochschulentwicklung und die künftigen Aufgaben der Hochschulpolitik vor allem auch in strukturellen und qualitativen Aspekten. Diese strukturellen Mängel und qualitativen Defizite sind zum Teil als Folge der gesamten Expansion des Hochschulbereichs entstanden, zum Teil als Resultat der institutionellen Rahmenbedingungen der Hochschulentwicklung, zum Teil als Ergebnis mangelnder Reagibilität gegenüber veränderten Umfeldbedingungen. Faßt man die Mängelbefunde in „Sieben Krankheiten“ der Universitäten zusammen, so ergeben sich als notwendige Kur zwar auch insgesamt deutlich höhere Aufwendungen für den Hochschulbereich, gleichzeitig jedoch eine umfassende Reformpolitik mit dem Ziel höhe-

rer Effektivität und höherer Effizienz sowie höherer Reagibilität von wissenschaftlicher Lehre und Forschung gegenüber wechselnden Voraussetzungen für und Ansprüchen an die Hochschulen.

(1) Die augenfälligste Problemlage ergibt sich für die Hochschulen aus den Erscheinungen der Überfüllung und Überlastung, die bei rasch steigenden Studentenzahlen aus dem Zurückbleiben der personellen, räumlichen und sachlichen Kapazitäten entstanden sind, verschärft noch durch Modernitätsrückstände, die sich über einen langen Zeitraum kumuliert haben, indem die Investitionsmittel auf die Schaffung neuer Kapazitäten konzentriert und notwendige Erneuerungen und Verbesserungen (etwa von Laboreinrichtungen) zurückgestellt wurden. Dieses Nachhinken des Kapazitätsausbaus und dieser Investitionsrückstände begründen offensichtliche Beeinträchtigungen der Ausbildungsleistung wie der Forschung an den Universitäten, die nur durch ein umfassendes und großzügiges Aufholprogramm überwunden werden können. Für ein solches Aufholprogramm drängt die Zeit. Nicht nur, weil die Universitäten in den kommenden Jahren aus demographischen Gründen noch in besonderer Weise belastet sind, sondern vor allem auch, weil die bestehenden Engpässe und Mängel gravierende und lange Zeit nicht mehr korrigierbare Folgen zeitigen, die von einer hohen Rate des Studienabbruchs bis zum Auswandern der Forschung aus den Universitäten reichen.

(2) Die durch Überlastung entstandenen Beeinträchtigungen der Aufgabenerfüllung der Hochschulen sind jedoch nur ein Aspekt einer an verschiedenen Indikatoren ablesbaren und in bestimmten Strukturen begründeten mangelnden Effizienz des „Betriebs“ der Hochschulen. Deutliches Zeichen ist hier die überaus hohe Rate des Studienabbruchs an den österreichischen Universitäten sowie die überlange und tendenziell noch zunehmende Studiendauer der relativ wenigen Erfolgreichen. Neben einer generellen Zurückdrängung der Forschung unter der Last des Studienbetriebs und neben einzelnen „Inseln“ herausragender Forschungsaktivität lassen mancherlei Indikatoren und Erfahrungen auch erkennen, daß die im traditionellen Selbstverständnis der Universitäten beschlossene Einheit von Lehre und Forschung in weiten Bereichen zur nostalgischen Reminiszenz geworden ist und demgegenüber mit Passion erfüllte Aufgaben in der akademischen Selbstverwaltung, mit beträchtlichem Zeitaufwand

(und eben solchen Nebeneinkünften) wahrgenommene Aufgaben außerhalb der Universität oder schlicht auch die Präferenz für eine Art wissenschaftlicher Beschaulichkeit die Aufgabe in der Forschung auf den notwendigen Qualifikationsausweis in einer frühen Karrierephase reduziert hat. Sicher mangelt es den zu „Großbetrieben“ gewordenen Universitäten an den entsprechenden Verwaltungs- und Kontrollstrukturen; mit Auswahl, Amtszeit und Kompetenzbereich der traditionellen akademischen Funktionsträger ist das Amateurprinzip institutionalisiert, das sich in weiten Bereichen von Universitätsangelegenheiten mit einem „Öffentlichen Dienst-Syndrom“ von Regelwerken, Inflexibilität und Besitzstandenden verbindet; die aus dem Wissenschaftsprozess begründete Autonomie der Universitäten wird durch eine übermächtige zentrale Verwaltung in das Recht der Antragstellung und des Interventionsversuchs pervertiert. Was im System der Universität aber weitgehend fehlt, sind Elemente des Wettbewerbs und einer funktionsfähigen, nicht bürokratischen Kontrolle. Von Elementen des Wettbewerbs mit den verbundenen Anreiz- und Sanktionsmechanismen sind, gerade auch unter den spezifischen Bedingungen von Universitäten, insgesamt durchaus merkbare positive Wirkungen auf die Leistungsfähigkeit der Institution und der in ihr agierenden Personen zu erwarten. Hierfür sprechen nicht zuletzt die empirischen Belege, die sich aus dem Studium von Hochschulsystemen in Ländern gewinnen lassen, deren institutionelle Struktur durch ein höheres Maß an Autonomie, Wettbewerb und Leistungskontrolle charakterisiert ist und die zugleich die möglichen Beispiele dafür liefern, wie entsprechende Steuerungsmechanismen ausgestaltet werden können.

(3) Eine dritte — und durch eine der wenigen konkreten Zielvorgaben im Arbeitsprogramm der derzeitigen Bundesregierung (1,5 Prozent des BIP für Forschung) wohl bekannte — Krankheit der österreichischen Universitäten liegt in einem für die Gesamtwirtschaft, wie auch für den Hochschulbetrieb, beträchtlich hinter internationalen Vergleichswerten zurückgebliebenen Aufwand für Forschung und Entwicklung. Wenn im kommenden Jahr dieser Zielwert der Bundesregierung erreicht werden sollte, was nicht nur von der höheren Dotierung der Forschung in den öffentlichen Budgets, sondern auch von höheren Aufwendungen der noch wenig forschungsintensiven österreichischen Industrie abhängt, so be-

deutet dies keineswegs, daß Österreich damit zur Spitzengruppe der entwickelten Industrieländer aufgeschlossen hätte oder daß die Malaise der Forschung an den Universitäten damit behoben wäre. Die Lösung liegt hier auch nicht allein in höheren Budgetansätzen für die Universitätsforschung und für Förderungsinstitutionen wie den „Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung“. Gefordert sind darüber hinaus verbesserte Rahmenbedingungen der Forschungspolitik und der Forschung an den Universitäten. Diese reichen von einer verstärkten Schwerpunkt- und Projektförderung, die „kritische Masse“ schafft, über eine verstärkte Forschungskooperation der Universitäten mit internationalen Partnern und mit der Forschung in der Wirtschaft bis zu vermehrter Forschungskapazität und verbesserter Forschungsinfrastruktur an den Universitäten, bis zu höherer Attraktivität und besseren Karrierechancen für eine Tätigkeit an Universitäten, aber auch bis zu Mechanismen, die besondere Leistungen in der Forschung in stärkerem Maße belohnen, als dies unter geltenden Regeln der Fall ist.

(4) Die Leistungsfähigkeit der Universitäten wird nicht allein durch Überlastung und generelle Knappheit der personellen Kapazität beeinträchtigt, sondern zudem noch durch Ungleichgewichte und Starrheiten in ihrer Personalstruktur erschwert. Zu den Einzelsymptomen dieses Problems gehört die Verzerrung im Altersaufbau des Bestands an Hochschullehrern, die durch die Phase der Hochschulexpansion mit einer Schubartigen Stellenvermehrung entstanden ist. Die verminderte und in einigen Jahren auf Null reduzierte Ausweitung des Personalstands der Universitäten hat danach einen Karrierestau für den wissenschaftlichen Nachwuchs entstehen lassen, der zusammen mit einer langen Verweildauer und

mit einem zunehmenden Anteil von Dauerstellen im sogenannten „Mittelbau“ auch dazu geführt hat, daß sich die Chancen von Hochschulabsolventen für eine Tätigkeit im Hochschulbereich drastisch reduziert haben und die Hochschulkarriere mit der geringen Aussicht auf das Ziel einer Professorenstelle deutlich an Attraktivität eingebüßt hat. Der Effekt von „kollektiver Vergreisung“ und mangelnder Erneuerung des Personals der Hochschulen entfällt in weiterer Zukunft auch keineswegs, wenn wiederum eine schubartige Zunahme des Ersatzbedarfs für altersbedingt ausscheidende Professoren ansteht. Was sich heute als mangelnde Kreativität und Dynamik durch junge Nachwuchswissenschaftler negativ bemerkbar macht, wird sich dann durch den Mangel an hochqualifizierten jüngeren Bewerbern verstärkt und auf lange Zeit in einem verminderten Potential der Universitäten niederschlagen. Was in dieser Situation not tut, ist ein Offenhalten des Hochschulbereichs für die Fähigkeiten unter den Hochschulabsolventen, eine stärkere Strukturierung der Hochschullehrerlaufbahn, die auch Ausstieg- und Umstiegsmöglichkeiten vorsieht sowie ein Offenhalten der Berufungschancen für die Qualifiziertesten des wissenschaftlichen Nachwuchses. Anstatt Professorenstellen auf Zeit vorzusehen, wird es notwendig sein, zeitlich befristete Nachwuchsstellen zu schaffen, deren Attraktivität jedoch eine realistische Karriereperspektive voraussetzt; um den bestehenden Karrierestau aufzulösen, wäre es jedoch auch ratsam, neue Professorenstellen in dem Sinne temporär zu schaffen, als in Kompensation später erst freiwerdende Professorenstellen nicht nachbesetzt werden. Die Klage der Universitäten über Ungleichgewichte ihrer Personalstruktur und über das Unvermögen ihrer eigenen Personalpolitik ist jedenfalls durch die viel kriti-

sierten Entscheidungsstrukturen und -prozesse in Personalfragen (trotz zu korrigierender Mängel und Schwächen im einzelnen) in weitaus geringerem Maße begründet und bedingt als durch die strukturellen Probleme und die institutionellen Bedingungen der Personalentwicklung der Hochschulen.

(5) Die österreichischen Universitäten leiden unter einem Mangel an Internationalität, einem Mangel an Austausch von Personen und Ideen sowie von Kooperationszusammenhängen in Lehre und Forschung über nationale Grenzen hinweg, wie er sich für den Wissenschaftsprozess in einem kleinen Land weitaus nachteiliger bemerkbar macht als in großen Ländern mit größerem Potential und vielfältigerer Struktur im Hochschulbereich. Umso entschiedener müssen die Maßnahmen ausfallen, die helfen können, Mobilitätsbarrieren und Austauschhemmnisse im internationalen Kontakt der Universitäten zu überwinden, sei dies im Hinblick auf Auslandssemester während des Studiums und „joint studies“-Programme, im Hinblick auf internationale Kongresse und Lehr- und Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern an ausländischen Universitäten, aber auch im Hinblick auf die notwendigen Voraussetzungen an den heimischen Universitäten für eine fruchtbare und unkomplizierte Zusammenarbeit mit ausländischen Kollegen. Die internationale Orientierung der Universitäten sollte sich dabei jedoch nicht nur auf die Universitäten und Forschungsstätten des „Nordens“ richten, wie dies derzeit weitgehend der Fall ist, sondern ebenso die Einbeziehung von Hochschulen des „Südens“, von Studierenden und Hochschullehrern an Entwicklungsländeruniversitäten, zum Ziel haben. Spiegelbildlich zum insgesamt sehr geringen Engagement Österreichs in der Entwicklungszusammenarbeit fallen auch die österreichi-

Wissenschaftliche Leistung und Karriere

Daß nun der Hasard und nicht die Tüchtigkeit als solche eine so große Rolle spielt, liegt nicht allein und nicht einmal vorzugsweise an den Menschlichkeiten, die natürlich bei dieser Auslese ganz ebenso vorkommen wie bei jeder anderen. Es wäre unrecht, für den Umstand, daß zweifellos so viele Mittelmäßigkeiten an den Universitäten eine hervorragende Rolle spielen, persönliche Minderwertigkeiten von Fakultäten oder Ministerien verantwortlich zu machen. Sondern das liegt an den Gesetzen menschlichen Zusammenwirkens, zumal eines Zusammenwirkens mehrerer Körperschaften, hier: der vorschlagenden Fakultäten mit den Ministerien, an sich. Ein Gegenstück: wir können durch viele Jahrhunderte die Vorgänge bei den Papstwahlen verfol-

gen: das wichtigste kontrollierbare Beispiel gleichartiger Personenauslese. Nur selten hat der Kardinal, von dem man sagt: er ist „Favorit“, die Chance durchzukommen. Sondern in der Regel der Kandidat Nummer zwei oder drei. Das gleiche beim Präsidenten der Vereinigten Staaten: nur ausnahmsweise der allererste, also: prononcierteste, Mann, sondern meist Nummer zwei, oft Nummer drei, kommt in die „nomination“ der Parteikonvente hinein und nachher in den Wahlgang: die Amerikaner haben für diese Kategorien schon technisch-soziologische Ausdrücke gebildet, und es wäre ganz interessant, an diesen Beispielen die Gesetze einer Auslese durch Kollektivwillensbildung zu untersuchen. Das tun wir heute hier nicht. Aber sie gelten auch für Universitätskollegien, und zu wandern hat man sich nicht darüber, daß da öfter Fehlgriffe erfolgen, sondern daß eben

doch, verhältnismäßig angesehen, immerhin die Zahl der richtigen Besetzungen eine trotz allem sehr bedeutende ist...

Das akademische Leben ist also ein wilder Hasard. Wenn junge Gelehrte um Rat fragen kommen wegen Habilitation, so ist die Verantwortung des Zurechtens fast nicht zu tragen...

Jeden anderen muß man auf das Gewissen fragen: Glauben Sie, daß Sie es aushalten, daß Jahr um Jahr Mittelmäßigkeit nach Mittelmäßigkeit über Sie hinaussteigt, ohne innerlich zu verbittern und zu verderben? Dann bekommt man selbstverständlich jedesmal die Antwort: Natürlich, ich lebe nur meinem „Beruf“; — aber ich wenigstens habe es nur von sehr wenigen erlebt, daß sie das ohne inneren Schaden für sich aushielten. (Weber 1988, S. 585—588).

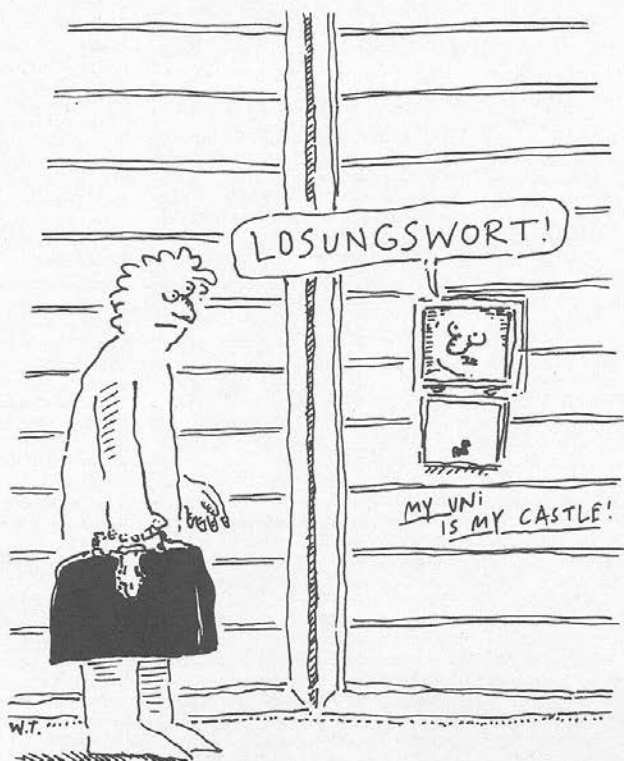
schen Universitäten im internationalen Vergleich durch ein geringes Interesse an entwicklungsorientierten Lehr- und Forschungsprogrammen, an Aufbaustudiengängen oder Weiterbildungskursen für Studierende aus der Dritten Welt, an kooperativen Forschungsprojekten oder an „university links“ auf der Ebene von Instituten oder Fakultäten auf.

(6) Die Institution der Universität weist ein großes Beharrungsvermögen ihrer Strukturen, eine ausgeprägte Trägheit der Anpassung an veränderte Umfeldbedingungen auf, die in vielfacher Weise institutionell und traditionell begründet ist. In dieser hohen Stabilität kommt eine notwendige kritische Distanz von Wissenschaft, eine Abwehr modernistischer Strömungen und wachsender aktueller Anforderungen zum Ausdruck, sie bedeutet jedoch auch die Gefahr der Vernachlässigung neuer Aufgabenbereiche der Universitäten. So schlägt sich die geringe Reagibilität und die Reformresistenz der Universitäten nieder in fehlender Anpassung und Diversifizierung ihrer Studienangebote (etwa im Hinblick auf die Tatsache, daß heute ein zehnmal größerer Anteil der betreffenden Altersjahrgänge die Hochschulen besucht als noch vor drei Jahrzehnten), im schleppenden Fortgang der Studienreform, in der Ver-

nachlässigung von Aufgaben der Weiterbildung und in der schwachen Reaktion auf neue Anforderungen an die Wissenschaft als Kooperationspartner von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gruppen und Institutionen. Ein wesentlicher Grund für geringe Reformbereitschaft und Vernachlässigung neuer Aufgabengebiete liegt jedoch auch im Fehlen von geeigneten Anreizstrukturen der Universitätsentwicklung, von Steuerungsmechanismen, die Innovationen belohnen und dadurch fördern (und nicht umgekehrt, wie derzeit — wenn auch ungewollt — eher negativ sanktionieren: so wenn Initiativen, die zu Kosteneinsparungen führen, mit Budgetkürzungen quittiert werden oder zusätzliche Einnahmen die Budgetzuweisung vermindern). Entsprechende Steuerungsmechanismen, in denen wiederum ein wettbewerbliches Element liegt, sind nicht allein für die Effizienz des ‚Betriebs‘ der Hochschulen wesentlich, sondern auch im Hinblick auf Innovationsbereitschaft und -fähigkeit des Hochschulsystems

(7) Die Entwicklung der Hochschulen in den vergangenen Jahrzehnten hat sich im wesentlichen in einem ‚naturwüchsigen‘ Prozeß vollzogen, in dem die Zunahme der Studentenzahlen in den einzelnen Studienrichtungen wohl noch das wichtigste

Kriterium für Personalvermehrung, Sachmittelaufwand und Investitionsentscheidungen — und damit auch für die Forschungskapazität in den verschiedenen Fachgebieten — dargestellt hat. Was demgegenüber gefehlt hat und fehlt, ist eine umfassende und langfristige Planungsperspektive für den Hochschulbereich. Zumindest in einem stark zentralistisch organisierten Hochschulsystem sind allgemeine Planungsvorgaben auch für die Planung auf der Ebene der einzelnen Universitäten notwendig, müssen Prioritäten und Schwerpunkte der Entwicklung von Lehre und Forschung erkennbar sein, wenn die einzelne Universität ihre Zukunft planend vorausbestimmen können — und hierfür kann das Planungsdefizit fehlender Leitlinien der Universitätsentwicklung nur zu einer Strategie des ‚Durchwursteln‘ unter dem Einfluß akut auftretender Engpässe, politischer Pressionen, relativer Geschicklichkeit in der Präsentation und Durchsetzung bestimmter Anliegen und des Prinzips einer Fortschreibung des status quo durch gleichmäßige Höherdotierung (oder Mittelkürzung) führen — nicht jedoch zur Gestaltung einer Universitätslandschaft im Umbruch, die den Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte zu entsprechen versucht.



ÜBER DIE EFFIZIENZ UNSERES HOCHSCHULSYSTEMS ODER: WAS WIR VON DER ETH-ZÜRICH LERNEN KÖNNEN

1. Vorbemerkungen

Ich schreibe diesen Aufsatz

- nach 10 Jahren Tätigkeit als (ein aus dem Ausland zurückgekehrter) Ordinarius für Unternehmensführung und Organisation an der TU-Graz;
- aus der Sicht eines jüngst abgetretenen Rektors,
- der gerade einen 4-wöchigen Aufenthalt an der ETH-Zürich abgeschlossen hat, mit der wir uns in letzter Zeit vermehrt verglichen.

Der Aufsatz enthält ein gerütteltes Maß an Kritik, die den Kennern der Szene durchaus bekannt ist, die aber trotzdem (noch?) zu keinen bildungspolitischen Konsequenzen geführt hat. Es wird nach wie vor an den Symptomen kuriert und wichtige Ursachen werden nach wie vor ignoriert.

Bevor ich mit meinem Klagelied beginne, möchte ich nicht versäumen, das viele Positive hervorzuheben, das wir ohne Zweifel auch haben. Weil ich die anderen österreichischen Universitäten nicht so gut kenne, wie die eigene, beziehe ich mich bei meinen Aussagen schwerwiegend auf die TU-Graz.

- Wir haben in praktisch keiner Studienrichtung Probleme hinsichtlich der Unterbringung der Absolventen. In den meisten haben wir deutlich zu wenige, und ein Teil unserer Studienabbrecher steigt deshalb aus, weil die Praxis sie auch „unfertig“, d.h. ohne Diplom gut gebrauchen kann.
- Die Qualität der Absolventen ist — auch international — anerkannt. Dies läßt sich aufgrund mehrerer Indikatoren erkennen: ein relativ hoher Anteil von „Auswanderern“, die sich im Ausland hervorragend behaupten können, Absolventenbefragungen hinsichtlich der Defizite bzw. Übererfüllungen der vermittelten Ausbildungsinhalte u.ä.
- Die Ausbildungsinhalte weisen aufgrund der engen Verflechtung mit der industriellen Praxis (Diplomarbeiten in der Industrie, Drittmittelforschung, Praktiker als Lehrbeauftragte bzw. als Mitglieder unserer Prüfungs-kommissionen u.ä.) ein hohes Maß an Praxisnähe auf.
- Besonders positiv sind die in den letzten Jahren deutlich verstärkten Forschungs- und Lehraktivitäten auf umweltrelevanten Gebieten, insbesondere

der umwelt- und ressourcenschonenden Technologien. Diese für uns alle so wichtigen Aktivitäten werden hoffentlich helfen, etwaige Technik-Ressentiments weiter abzubauen.

- Eine Reihe von Instituten erbringen auch international hervorragend bewertete Forschungsleistungen.

Natürlich sind wir nicht auf allen Gebieten hervorragend — dies ist aber auch an berühmteren anderen Universitäten selten der Fall. Wir haben eine durchaus gesunde Mischung von „Paradiesvögeln“, die in der Forschung internationale Ausstrahlung haben; „Arbeitspferden“, welche die Last der Massenlehreveranstaltungen tragen; Kollegen bzw. Institute, die Eigenschaften beider Kategorien aufweisen; und zugegebenermaßen auch ein paar, die weder das eine noch das andere sind.

2. Was sind unsere Probleme?

Ich will den folgenden Problemerkatalog ausdrücklich auf die Lehraktivitäten unserer Hochschulen beschränken und die Forschungsaktivitäten hier ausklammern. Die wichtigsten und am häufigsten genannten Argumente entnehme ich dem Nachrichtenmagazin „Profil“ vom 9. 10. 1989 (Aufzählungen wörtlich zitiert):

- „Die Hochschulen platzen aus den Nähten.“
- Tausende Studenten an der Technischen Universität, der Wirtschaftsuniversität und der Universität für Bodenkultur drängen in unzumutbar volle Hörsäle.
- Auf einen Hochschullehrer entfallen in Österreich mehr als 4mal so viele Studenten wie in der Schweiz.
- ... ist Busek mit seinen Personalwünschen gescheitert. Er bekommt bloß gezählte 18 zusätzliche Planposten — verlangt hat er 450.
- Busek will die Misere durch einen Kunstgriff mildern, der im Endeffekt ein österreichisches Denkmal demontiert — den Professor auf Lebenszeit.
- Trotz augenscheinlichen Ansturms auf die Universitäten zählt die Akademikerquote Österreichs mit derzeit 4,5% zu den niedrigsten in Westeuropa.
- Kaum jemand traut sich, offen auszusprechen, daß man eigentlich um noch mehr Studenten werben müßte (!!).
- Derzeit liegt die durchschnittliche rea-

le Studiendauer an österreichischen Universitäten deutlich über dem europäischen Schnitt, bei den drop-out-Quoten halten wir Weltrekorde bis zu 90%.

- Mit eine Ursache für die überlange Studiendauer ist auch die Aufsplitterung der Lehrpläne.
- Zum Vergleich wird immer wieder die angesehene Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) in Zürich herangezogen.

Intellektuelle Neugier

Ein amerikanischer Kollege, Paul von Ragau Schleyer, ein Chemiker, der kürzlich — von Princeton kommend — den Ruf an eine deutsche Universität (Erlangen) annahm, hat seine Eindrücke so zusammengefaßt: „Ein zweiter wesentlicher Nachteil des deutschen Ausbildungssystems ist der Mangel an Selbständigkeit im Denken und in der Forschung. Initiative und intellektuelle Neugier werden nicht besonders gefördert. Vielmehr ist das Studium darauf ausgerichtet, Meister im Handwerk zu entwickeln. Deutsche Studenten sind trainiert, Probleme zu lösen, und ihre Ausbildung ist zweifellos ausgezeichnet. Jedoch wird nicht von ihnen erwartet, selbst Forschungsideen zu entwickeln und zu beweisen. Sie haben nicht die Gewohnheit, die neueste Literatur zu kennen. Für sie ist es schwierig genug, ein Lehrbuch zu lesen oder eine Hausaufgabe auszuarbeiten. Man lernt eigentlich nur für ein Examen — und Examen werden nur selten gemacht... Man erwartet von amerikanischen Studenten, daß sie sich geistig mit dem beschäftigen, was sie studieren. Forschung sollte ein anregendes und ein aufregendes Erlebnis sein. Man treibt Wissenschaft, weil man von ihr begeistert ist, ja weil man ihr verfallen ist — wie so einer Art lebenslanger Liebesgeschichte. Wenn sie nur eine notwendige Arbeit ist, eine Art und Weise, seinen Lebensunterhalt in einer 40-Stunden-Woche zu verdienen, dann ist man kein wahrer Wissenschaftler.“

(Eigen 1988, S. 64—65).

gen, wo die Studenten nur rund 9 Semester zum Diplom brauchen und niemand behauptet, daß die Schweizer Techniker weniger qualifiziert seien.

• Pädagogische Dilettanten am Werk“ (die letzte Aussage ist der Titel des zitierten Profil-Artikels vom 9. 10. 1989).

Wenn man die bisherigen Aktionen unserer hochschulpolitisch Verantwortlichen Revue passieren läßt, so scheinen diese von der gleichen Einäugigkeit geprägt zu sein, wie der oben zitierte Bericht — und übrigens die meisten Medienberichte.

Es ist natürlich nicht zu leugnen, daß wir unter einer teilweise gravierenden **Knappheit** an Personal, Raum und modernen Geräten leiden; daß unsere **Lehrpläne** teilweise überfrachtet sind und eine Durchforstung bzw. Entrümpelung durchaus angebracht ist; und daß die **Didaktik** vieler Hochschullehrer zu wünschenswerten übrigen Verbesserungen fähig ist. Nur glaube ich, daß wir uns bei allen Überlegungen und Maßnahmen nicht darauf beschränken dürfen, den Hebel nur bei den **Hochschullehrern** (Lehrpläne, Didaktik) bzw. den **Politikern** (Ressourcen) anzusetzen und die **Studierenden** in fast peinlicher Art und Weise aus unseren Überlegungen ausklammern.

In jüngster Zeit kommt hier allerdings durchaus etwas in Bewegung. Dazu einige Zitate vom diesjährigen „Wissenschaftstag“ der „Österreichischen Forschungsgemeinschaft“ (Kleine Zeitung vom 28. 10. 1989): „Josef Taus sprach sich ... für eine rigorose Studienzeitbegrenzung aus. Eine Forderung, die vom neuen Vorsitzenden der Österreichischen Rektorenkonferenz, Werner Biffl, vehement unterstützt wurde.“ „Zum Vergleich wurde immer wieder die straff organisierte Eidgenössische Technische Hochschule in Zürich herangezogen: Dort darf eine Prüfung nur einmal wiederholt werden, an den österreichischen Universitäten ... fünf (!) Mal“.

Bevor ich auf die m.E. entscheidenden Unterschiede zum ETH-System eingehe, zunächst ein paar quantitative Daten, die unsere eigentlich beschämende Ineffizienz verdeutlichen.

3. Effizienz in Zahlen

Zunächst das Positive: Es mag überraschen, aber auch bei uns kann man schnell studieren. 25% der TU-Absolventen schließen ihr Studium in 12 oder weniger Semestern ab. Das sind weder lauter Genies noch verbissene „Streber“, die nichts anderes als ihr Studium ken-

nen. Das sind vor allem junge Menschen, die in hohem Maße eigenmotiviert sind, die wissen, was sie wollen, sich die Zeit und ihr Studium einteilen können und eben auf gescheiterte Art mit der „akademischen Freiheit“ zurechtkommen. Weitere 25% schaffen es bis zum 15. Semester. Die durchschnittliche Studiendauer ist dabei in den letzten Jahren nicht länger geworden.

Erhöht hat sich allerdings die drop-out-Rate, weil die Anzahl der Absolventen trotz rapid steigender Zahl der Immatrikulierten in den letzten 15 Jahren kaum gestiegen ist: Im Studienjahr 1988/89 war die Zahl der Immatrikulierten mit 10.200 praktisch 3mal so hoch wie 1972/73 (3.500), die Anzahl Graduierungen ist aber lediglich von 330 auf 370 gestiegen (und diese Erhöhung liegt im Bereich der zufälligen Schwankungen). Auch die Anzahl der 1. Diplomprüfungen (nach dem 4. Semester möglich) stieg nicht signifikant an und liegt mit derzeit 480 praktisch auf dem Niveau von 1983/84, wo es 465 waren. Die Feststellung, die wir aus dieser Beobachtung ableiten müssen, ist, daß sich der **Wirkungsgrad** unserer TU als Ausbildungsinstitution in besorgniserregender Art verschlechtert.

Diese Fakten sind unbestreitbar. Hinsichtlich der Ursachen sind die Auffassungen allerdings geteilt. Wie bereits vorher erwähnt, werden die schlechte Personal- und Raumsituation bzw. die überfrachteten Lehrpläne vielfach als Hauptursachen für die hohen drop-out-Raten bzw. langen Studiendauern betrachtet.

Gehen wir diesen Argumenten ein wenig näher nach: Die Anzahl an Semesterwochenstunden liegt an der TU-Graz derzeit zwischen rd. 180 (Technische Mathematik) und rd. 270 (Technische Chemie, Architektur). Bei einer Regelstudienzeit von 10 Semestern heißt dies, daß pro Semester wöchentlich rd. 18—27 Lehrstunden zu absolvieren sind. An der ETH-Zürich sind es rund 220—240 (in beiden Fällen inkl. Diplomarbeit). Die Unterschiede hinsichtlich der Stundenzahlen sind also nicht gravierend (an der ETH kommt zusätzlich in den meisten Studienrichtungen noch ein obligatorisches Industriepraktikum dazu).

Hinsichtlich der Personalsituation und des finanziellen Budgets schneidet die ETH allerdings wesentlich besser ab (Zahlen für 1988): vgl. Abb. 1.

Die ETH „produziert“ jährlich fast gleich viele Absolventen wie alle österreichischen Technischen Universitäten

zusammen (TU-Wien, TU-Graz, Universität für Bodenkultur, Montanuniversität). Wenn wir einen fairen Vergleich ziehen wollen, müssen wir also die Summe der Budgets und Personalzahlen aller österreichischen Technischen Universitäten mit den Zahlen der ETH vergleichen; da sind wir zwar immer noch etwas ärmer, aber nicht mehr viel.

Hinsichtlich der Studentenzahlen sind wir sogar verschwenderischer „reich“. Um rd. 1.600 Absolventen zu „produzieren“, brauchen alle österreichischen TU's mehr als 36.000 Studenten, statt 11.000 wie die ETH. Das eingangs zitierte Profil-Argument, daß wir eigentlich um mehr Studenten werben müßten, ist also in Kenntnis dieser Zahlen ausgesprochen naiv. An **inskrribierten Studenten** haben wir **keinen Mangel**, wohl aber an jenen, die zielgerichtet und effizient studieren.

Qualitätswahrung in der Gelehrtenrepublik

Die große Gegenwartsaufgabe der Universität ist Qualitätswahrung unter den Bedingungen verschulter und bürokratischer Massen- und Gruppenuniversität, die keine „Belohnung“ der besonders guten und keine „Bestrafung“ der besonders schlechten Leistung zu kennen scheint...

Haben wir alle Anstrengungen unternommen, um fachspezifische Bedingungen der Kreativität und Innovation zu erforschen? Alles gipfelt in der Sorge um die 5 bis 10 Prozent Hoch- und Höchstbegabten, um den in schwieriger Lage befindlichen wissenschaftlichen Nachwuchs, der seine produktivsten Jahre in unerfreulichen, ja deprimierenden Verhältnissen verbringen muß und für den kein Weg ins Freie zu führen scheint. Da sind gerade wir Etablierten gefordert, wenigstens die immaterielle Seite des Forschens aufs beste zu pflegen. Es müßte Gewissenspflicht jedes Habilitierten, zumal jedes Professors sein, zumindest mit seinen Diplomanden, Dissertanten, Assistenten und Habilitanden eine fruchtbare, helfende, aber auch kritische Werkstattatmosphäre ohne beifallsheischende Kumpanei und billige Gefügigkeit aufzubauen und durchzuhalten...

Wer — wie ich — die Habilitation für den zentralen Qualifikationsnachweis hält, der meist mit dem Lebenshöhenpunkt wissenschaftlicher Leistungskraft verbunden ist, der sieht sich freilich mit dem spannungsgeladenen Problem konfrontiert, daß die aus Habilitierten bestehende „Gelehrtenrepublik“ eine Binnendifferenzierung in Dozenten, Extraordinarien und Ordinarien aufweist, die keineswegs immer einer Leistungsabstufung entspricht. (Mantl 1989).

	TU-Graz	Alle österr. TU's	ETH
Personal	1.200	—	4.200
Budget	600 Mio. öS	—	600 Mio Fr.
Inskribierte Studenten	10.200	ca. 36.000	11.000
Absolventen (Dipl.-Ing. und Dr.)	430	1.656	1.621

Abb: Vergleiche in Zahlen (1988/89)

4. Was ist das Erfolgsgeheimnis der ETH?

Die Hauptursache für die hohe Effizienz der ETH liegt für mich darin begründet, daß die Schweizer unsere unverbindliche Art zu studieren nicht kennen. Wer in die ETH eintritt, hat dort recht bald auch Leistung zu bringen. Der Studienplan ist straff geregelt und regt ganz offensichtlich zu ernsthaftem und speditivem Studieren an.

Das Tempo, in dem die Studierenden ihr Prüfungspensum erledigen, kann nicht individuell gewählt werden, sondern ist Bestandteil des Ausbildungskonzeptes: Am Ende des 2. Semesters ist für alle Kandidaten die erste Vordiplomprüfung angesetzt, bei der eine vorgeschriebene Prüfungsleistung zu erbringen ist.

Bei positivem Prüfungserfolg erhalten die Kandidaten bald einen positiven Feedback im Sinne einer Bestätigung „Ich eigne mich offensichtlich für dieses Studium und habe bereits 1/5 meines Pensums erledigt“. Bei negativem Prüfungserfolg gibt es die Möglichkeit der einmaligen Wiederholung, die innerhalb eines Jahres zu erfolgen hat. Wird diese Frist ohne Vorlage ausreichender Gründe versäumt, wird der Studierende exmatrikuliert. Analoges gilt nach dem 4. Semester; zu diesem Zeitpunkt ist die 2. Vordiplomprüfung fällig. Dasselbe gilt nach dem 8.

Semester, in dem die Abschlußprüfungen gemacht werden, an welche die Diplomarbeit anschließt. Als Konsequenz dieser straffen Organisation schließt der überwiegende Anteil der Studierenden sein Studium im 9. Semester ab, die Zahl der Absolventen haben wir bereits genannt. Bemerkenswert ist, daß dieses Modell ohne Numerus Clausus und ohne Eingangselektion auskommt. Jede über eine eidgenössisch anerkannte Maturität verfügende Person kann das Studium aufnehmen. Allerdings mit der klar definierten Spielregel „nach 2 Semestern ist erstmals zu zeigen, daß sowohl die Leistungswilligkeit als auch die Leistungsfähigkeit vorhanden sind“.

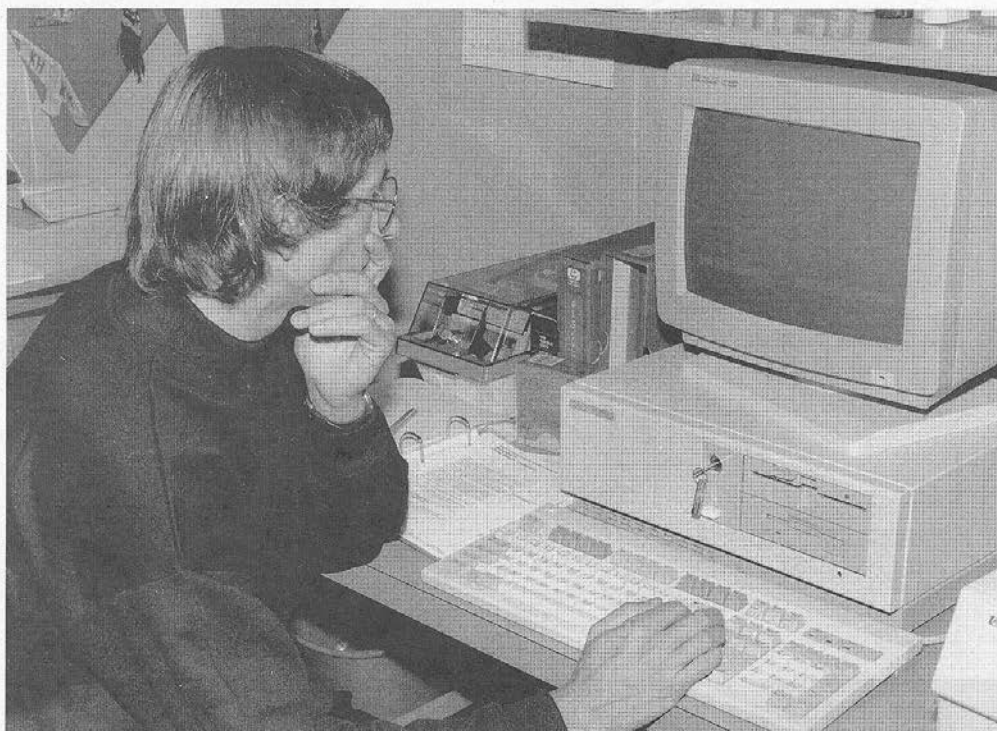
Ich habe dieses Modell schon vielen Leuten innerhalb und außerhalb der Universität erläutert und war eigentlich immer enttäuscht darüber, wie wenig Anklang es in Österreich findet. Warum eigentlich? In akademischen Kreisen sieht man vielfach das hohe Gut der akademischen Freiheit bedroht. Besteht diese heute wirklich vor allem darin, den Zeitpunkt selbst zu wählen, wann man Prüfungsleistungen erbringen will? Haben wir vergessen, daß nicht die Freiheit zum „Trödeln“ damit gemeint sein kann, sondern die geistige Freiheit vor staatlichen oder sonstigen Autoritäten?

Ich bin überzeugt davon, daß sich die Zeit zur Absolvierung der AHS bzw. BHS so-

fort merklich verlängern würde, wenn der Zeitpunkt der Ablegung von Prüfungen und Schularbeiten frei gewählt werden könnte. Es gäbe vermutlich wenige, die sogar in einer kürzeren als der Mindestzeit fertig wären, einige, die es in der heutigen Zeit schaffen und die große Mehrheit, für welche diese Freiheit verführerisch wäre und die mehr Zeit beanspruchen würden, ohne die gewonnenen Freiräume sinnvoll nützen zu können.

Von studentischer Seite wird vor allem die „Verschulung“ abgelehnt, besonders Pfiffige weisen darauf hin, daß die ETH ja nach wie vor eine Technische Hochschule und keine Technische Universität sei. Auch unsere TU war vor der Einführung des UOG eine Technische Hochschule. Mit Ausnahme der Mitbestimmungsrituale ist mir kein „Qualitätsschub“ besonderer Art bekannt, der dadurch ausgelöst wurde.

Auch das scheinbar böse Wort des „numerus selectus“ wird immer wieder in die Diskussion gebracht. Ich weiß nicht, wen man damit erschrecken will, mich schreckt dieser Begriff gar nicht. Nachdem die Mittelschulen nicht mehr oder zu wenig selektieren, müssen dies die Hochschulen tun — und tun es heute ja auch, wie die hohen drop-out-Raten zeigen. Wir reden heute auch viel von Europareife. Unabhängig davon, ob Österreich nun der EG beitreten wird oder nicht, werden



wir uns den Herausforderungen eines großen Wirtschaftsblocks zu stellen haben.

Es gibt meines Wissens kein Land, in dem jungen Leuten ein derart unverbindlicher Eintritt und Verbleib in einem Universitätssystem möglich ist, wie dies in Österreich der Fall ist. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit möchte ich einige Selektionsmechanismen in europäischen Ländern anführen:

- In der BRD existiert in vielen Studienrichtungen ein „Numerus Clausus“ aufgrund der Noten im Maturazeugnis.

- In Schweden geben die Universitäten die Anzahl ihrer Ausbildungsplätze bekannt, über die sie in den einzelnen Studienrichtungen verfügen. Eine staatliche Auswahlkommission füllt diese Plätze dann mit Studierenden auf, die nach definierten Kriterien gereiht werden.

- In Holland gelten bei Überschreiten einer bestimmten Studiendauer progressiv steigende Studiengebühren.

- In Frankreich und Belgien gelten ähnliche Regelungen wie in der Schweiz.

Ich hätte nichts dagegen, auf einer „Insel der Seligen“ zu sein, sofern sie dies tatsächlich wäre. Was mich eigentlich besonders stört, ist, daß die „Seligen“ ihr selbstgewolltes Glück so lautstark beklagen und die Schuld dann den anderen zuschieben.

5. Zusammenfassung und Abrundung

1. Bei Kennzahlen, welche den Wirkungsgrad unserer TU auf dem Gebiet der Lehre bzw. die Erfolgsquote unserer Studierenden beschreiben, schneiden wir, wie alle österreichischen Universitäten, sehr schlecht ab.

2. Wir haben keinen Mangel an inskribierten Hörern, aber einen solchen an gezielt und konsequent Studierenden.

3. Bei rapid steigenden Studentenzahlen hat sich weder die Anzahl der Absolventen noch die durchschnittliche Studiendauer merklich verändert. Dies läßt den Schluß zu, daß der Anteil der aus eigenem Antrieb gezielt und konsequent Studierenden sich durch bildungspolitische Entscheidungen, wie z.B. die massive Ausweitung der AHS und BHS nicht nennenswert erhöhen ließe.

4. Wenn ein offensichtlich großer Anteil der Studierenden nicht bereit oder nicht in der Lage ist, sich den Ablauf seines Studiums selbst effizient zu organisieren, sollten die Universitäten hier aktiv werden dürfen.

5. Die Einführung von zeitlich vorgeschriebenen Prüfungswochen nach dem ersten und nach dem zweiten Studienjahr, in denen die Studierenden zu einer Prüfung über die im vergangenen Jahr abgehaltenen Lehrveranstaltungen anzutreten haben, halte ich für sehr sinnvoll. Mehr Freiheiten und Wahlmöglichkeiten im zweiten Studienabschnitt könnte ich viel abgewinnen.

6. Ich erwarte mir von einer derartigen Regelung ein stärkeres Bewußtwerden der Ernsthaftigkeit der Situation vor allem bei jenen Studierenden, welche die Universitäten teilweise oder überwiegend als Besinnungsphase vor dem Übergang ins ernsthafte Leben betrachten und die sich damit eigentlich große Privilegien gegenüber ihren nicht studierenden Gleichaltrigen zubilligen.

Als Wirkung verspreche ich mir eine zweifache: Erstens eine Reduktion der Anzahl auf jene Studierenden, die dies ernsthaft beabsichtigen. Damit eine Entlastung der Lehrveranstaltungen der unteren Semester, weniger Wiederholungen von Prüfungen mit allen dazugehörigen administrativen Aufwendungen und beidseitigen Frustrationen (heute viermalige Wiederholung möglich und in Kenntnis einiger Tricks, wie z.B. Wechsel der Studienrichtung, sogar noch häufiger). Zweitens eine deutliche Erhöhung der Anzahl erfolgreich Absolvierender durch eine bessere und straffere Ablaufplanung, die vor allem jenen Studierenden nützt, die weniger inneren Antrieb, weniger Disziplin und Konsequenz mitbringen.

7. Vielfach wird argumentiert, daß viele junge Menschen einfach mehr Zeit für ihre Persönlichkeitsbildung benötigen. Ich glaube, daß man seine Persönlichkeit am besten unter Beanspruchung entwickelt, Leistungsentfaltung und Persönlichkeitsbildung also keine sich ausschließenden „Aktivitäten“ sind.

8. Den bisweilen geforderten Ausbau des zweiten Bildungssektors (z.B. in Form von Akademien etc.) betrachte ich nicht als eine notwendige Voraussetzung für die Straffung des Hochschulsektors. Im

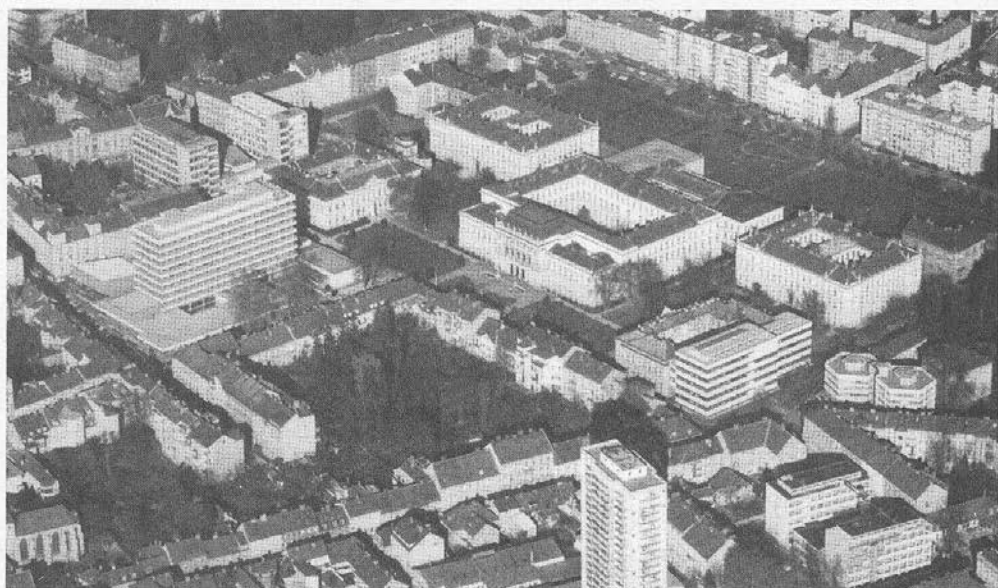
technischen Bereich haben wir ja bereits etwas Vergleichbares in Form der HTLs. Diese haben zu keiner Entlastung der technischen Universitäten geführt, ich vermute sogar das Gegenteil: 40% unserer Neueintretenden sind HTL-Absolventen, die an sich bereits eine Berufsausbildung hätten. Ich möchte natürlich niemanden und schon gar keine begabten und leistungswilligen HTL-Absolventen von der Hochschule mit dem Hinweis ausschließen „Du hast ja schon eine Ausbildung“. Nur glaube ich, daß die Einführung von HTLs nicht zu einer Entlastung der Hochschulen geführt, sondern zusätzliche Absolventen an die einschlägigen Studienrichtungen herangebracht hat. Dies sollten wir wissen, wenn wir die Straffung des Hochschulsektors von der Existenz verschiedener berufsbildender Akademien abhängig machen wollen.

9. Das ETH-Modell der Verpflichtung zur zeitlich definierten Leistungserbringung vermeidet einen Numerus Clausus, den ich selbst nicht befürworte, und die Einführung von Studiengebühren sowie die damit verbundene Diskussion über soziale Ungerechtigkeiten etc. Das ist ein wesentlicher Vorteil dieses Modells.

10. Die Beschränkung auf Maßnahmen der Technikreform allein (Reduktion der Semesterwochenstunden auf 200) wird ohne begleitende Maßnahmen weder die durchschnittliche Studienzeit, noch die drop-out-Rate nennenswert beeinflussen. Das ist meine feste Überzeugung.

11. Die bisweilen geäußerte Bezeichnung „Numerus Selectus“ schreckt mich nicht. Das ETH-Modell bietet offene und faire Regeln an, die natürlich nicht nachträglich eingebracht, sondern für die Zukunft mit einer entsprechenden Übergangszeit zu definieren wären. Wem diese Art von Selektion unakzeptabel erscheint, der sollte bedenken, daß diese heute ja in extremer Art stattfindet. Die heutigen drop-out-Raten sind ja im Grunde genommen nichts anderes, als eine Selektion, nur versteckt und heimtückisch und damit viel brutaler als klare und straffe Regeln — und außerdem zu einem viel späteren Zeitpunkt.

Sollte dieser Beitrag die Inhalte unserer hochschulpolitischen Diskussionen um eine mir substantiell erscheinende Dimension erweitern können, hätte ich meine Absicht erreicht.



DIE WISSENSCHAFTSPOLITIK FÜR DIE 90ER JAHRE

Das Modell der „Aktion 2000“

Den Entwicklungen im Politikbereich „Wissenschaft und Forschung“ ist die Herausforderung gemeinsam, daß die Lehr- und Forschungsstätten — zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit — die Qualität ihrer Leistungen nach internationalen Standards erhöhen müssen. Daraus folgt eine Planung, Organisationsgestaltung und Finanzierung der Lehr- und Forschungsstätten auf der Grundlage von Leistungsbeurteilungen nach internationalen Kriterien; und eine Planung, Regelung und Durchführung des wissenschaftlichen Unterrichts auf Grund internationaler Vergleiche.

War die Wissenschaftspolitik bis vor kurzem im wesentlichen „input“-orientiert, vor allem normativ-legislativ bestimmt und über traditionelle Budgettechniken finanziert, so muß eine neue Wissenschaftspolitik, die der Herausforderung des internationalen Wettbewerbs erfolgreich begegnen will, „output“-orientiert sein, d.h. von Leistungen und Ergebnissen der Lehre und Forschung, die international anerkannt werden, bestimmt sein und auf diese Ziele hin finanziert werden. Die Entwicklungen verlaufen in allen Industriestaaten gleichzeitig; die Herausforderung gilt für sie alle. Einen neutralen, in seinen Ressourcen beschränkten Industriestaat, wie Österreich, trifft sie ganz besonders hart.

Die Öffentlichkeit in Österreich beginnt, die Herausforderung des internationalen Wettbewerbs zu erkennen; sie sieht, wie Österreich von den internationalen Prozessen erfaßt worden ist. Die von den Entwicklungen betroffenen Forscher und Lehrer, Manager und Studierenden werden und müssen eine Leistungsorientierung nach internationalen Maßstäben akzeptieren.

Nach zehn Jahren ist die Wissenschafts- und Forschungspolitik, vor allem die Hochschulpolitik, wieder in Bewegung geraten; neue Kräfte formieren sich an den Universitäten, um Reformen zu beraten und in Angriff zu nehmen. Trotz der enormen Schwierigkeiten, vor die sich der Universitätsbereich gestellt sieht, erscheint eine Sanierung grundsätzlich möglich. In einer Vielzahl von Diskussionen unter den Betroffenen gibt es dazu ein buntes Spektrum von Vorstellungen. Diese inoffizielle Diskussion muß „offiziell“ werden. Analoges gilt für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Die Gruppen an den Universitäten dürfen sich nicht in Frustration auf sich selbst zu-

rückziehen, sondern müssen in einem intensiven Dialog zu gemeinsam verantworteten Ergebnissen kommen. Die staatlichen Stellen haben zahlreiche Expertengremien für die Sachfragen berufen oder eingesetzt; z.B. im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung die Kommissionen für die Studienreform, für die Schwerpunktbildung und die Planung der Grundaussstattung an Universitäten, die Evaluationsgruppen für einige außeruniversitäre Forschungsstätten. Unabhängige hochschulpolitische Arbeitskreise haben sich gebildet; z.B. in der Österreichischen Forschungsgemeinschaft die Hochschulpolitische Arbeitsgemeinschaft. Die Ergebnisse dieser Expertenarbeiten sind beachtet worden.

Am vorliegenden Konzept haben Professoren, Assistenten, Studierende, Forscher der außeruniversitären Institutionen, Beamte, Vertreter der Sozialpartner und Industriemanager mitgewirkt.

Das Konzept nennt (I) die Anforderungen an die Wissenschaftspolitik in den nächsten Jahren und bezeichnet (II) die Maßnahmen, die geeignet erscheinen, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Der Zeithorizont der Analyse und der Maßnahmen ist mittelfristig; die Vorschläge sollten in der nächsten und übernächsten Legislaturperiode umgesetzt werden. Kurzfristige oder langfristige Anforderungen und Maßnahmen, so schwer die Abgrenzung zu den mittelfristigen fällt, bleiben außerhalb der Betrachtung.

Raoul F. Kneucker, Vorsitzender des AK „Wissenschaftspolitik“ der Aktion 2000

I.

1. Die Dynamik der internationalen Verflechtungen

Wenn eine internationale „scientific community“ Maßstäbe zur Bewertung von Forschungsinteressen und -ergebnissen schafft, so nehmen Wissenschaftler an einem internationalen Wettbewerb teil. Für diesen „Markt“ sind die Kriterien wissenschaftlicher Natur: Der Wert der Forschungsergebnisse drückt sich im Ruf von Forschern aus, aber auch im Interesse des wissenschaftlichen Nachwuchses an einer Mitarbeit in der Forschung und in der Nachfrage nach einem hohen Ausbildungsstand für die wissenschaftlichen und industriellen Stäbe.

Wenn internationalisierte arbeitsteilige Verfahren — von der Themenwahl und Forschungsplanung, von der koordinierten Finanzierung bis hin zu Verwertungen und Umsetzungen in Strukturpolitik —

grenzüberschreitend organisiert werden, so bildet sich ein zusätzlicher internationaler Wettbewerb heraus. Für die Bewährung auf diesem „Markt“ sind zwar die wissenschaftlichen Stärken und eine gute wissenschaftliche Ausstattung an Personal, Räumen und Geräten ausschlaggebend, doch sind auch andere Stärken relevant, nämlich Interaktionsfähigkeiten und Marktverhalten, vor allem Fremdsprachenkenntnisse, Verständnis für andere Kulturen, Erfahrung und Fortbildung im Forschungsmanagement und in der Forschungs- und Technologiepolitik. Diese „Forschungsmärkte“ treten zu anderen Märkten hinzu; sie helfen, andere aufzubauen, oder werden von anderen beeinflusst. Dies gilt ganz besonders dann, wenn wissenschaftliche Forschung und Lehre in soziale oder wirtschaftliche Entwicklungen integriert werden, weil sie für die Strukturpolitik notwendige Vorbereitungen leisten.

Im Bereich der wissenschaftlichen Lehre wird bei einem „europäischen Binnenmarkt“ die Mobilität zunehmen; Lehrer, Forscher und Studierende werden ihre Wahl der Forschungs-, Lehr-, Aus- und Fortbildungsstätten in einem „gemeinsamen Markt“ nach der Qualität der Angebote treffen. Gemeinsame Studiennurungen und gemeinsame Diplome werden erlauben, Studien arbeitsteilig zu absolvieren und abzuschließen. Die Niederlassungsfreiheit für akademische Berufe wird — nach den EG-Regelungen — auch für andere europäische Bürger in Österreich erweitert werden; sie wird vielleicht überhaupt neu gestaltet werden — ohne nationale Grenzen und ohne die traditionellen Fesseln des europäischen Berufsrechts. Die Aufnahme in die Gemeinschaft wird ein wichtiges Vehikel für viele ohnehin notwendige Strukturveränderungen sein, ohne daß sich die Kooperation auf den Bereich der Gemeinschaftsländer beschränken wird. Im Bereich des Normen- und Prüfwesens bilden sich gemeinschaftliche Bereiche heraus. Auch hier gilt: Wer die Normen zu setzen (mit) in der Lage ist, gestaltet die Wettbewerbsbedingungen.

In der Forschung ist ein (europäischer) „Binnenmarkt“ de facto heute schon verwirklicht. Der Ausbau der „Marktpositionen“ in der Forschung und Technologie ist mit Mut voranzutreiben. Für einen neutralen, in viele wissenschaftliche Prozesse eingegliederten Industriestaat wie Österreich werden die Kooperationen in Forschung und Lehre mit Partnern in an

deren Kontinenten aufrecht bleiben und daher über Europa hinausreichen müssen.

2. Der Strukturwandel der österreichischen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes

Die Industriestaaten stehen heute vor größeren und radikaleren Umwälzungen als zur Zeit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts; und sie müssen den sozialen und wirtschaftlichen Wandel für alle Bewohner — und dazu noch schneller als vor 150 Jahren — bewältigen. Die Strukturwandlerfordernisse sind wieder vor allem durch die internationale Konkurrenz und durch die Globalisierung in vielen Sektoren — z.B. im Umweltschutz — und der Märkte insgesamt bedingt.

Der Strukturwandel der Wirtschaft wird eine systematische Politik zur verstärkten Produktion und technologischen Umweltschäden vermindern oder verhindernde Umsetzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse erfordern. Dabei wird die Zeit, in der es gelingt, Umsetzungen zu erreichen, von wachsender Bedeutung für den Erfolg der Innovations- und Industriepolitik sein. Für die österreichische Wirtschaft wird die Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung übrigens nur dann fruchtbar werden, wenn sie selbst aufnahmebereit für Strukturverbesserungen wird, wenn von ihr Forschung und Entwicklung mit einer höheren Risikobereitschaft als bisher betrieben werden. Diese Bereitschaft ist zu fördern. Sie ist daher in Zukunft die eines Auftrags der Förderungsaktionen; die andere Aufgabe ist die systematische Hilfe beim Wissenstransfer und bei der Weiterbildung.

Der Strukturwandel der Wirtschaft — vor allem der verstärkte Wettbewerbsdruck auf die Unternehmen und freien Berufe — wird Differenzierungen im Ausbildungsbereich erfordern; zu den üblichen Qualifikationen werden die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen und zur Mobilität, die Vorbereitung auf den mehrfachen Berufswechsel und in neue, radikal veränderte Berufsverwendungen zählen. Die Anforderungen an die Absolventen der Universitäten von den unterschiedlichen Nachfragern am Arbeitsmarkt werden die Aufnahme neuer fachlicher und persönlicher Qualifikationen in die Studiengänge, die internationale Orientierung der Studienziele und -inhalte und die Flexibilisierung der Studienorganisation erfordern.

3. Die demographische Entwicklung Österreichs

Die demographische Entwicklung wird wesentliche, zur Zeit allerdings schwer abschätzbare Auswirkungen auf die Universitäten und akademischen Berufe haben. Berechtigt sind heute schon folgende Annahmen, die sich auf den gesamten Arbeitsmarkt beziehen:

- durch schwächere Altersjahrgänge wird sich die relative Nachfrage nach Ar-

beitsuchenden, vor allem mit naturwissenschaftlich-technischer Kompetenz, steigern;

- die zunehmende Bedeutung des lebenslangen Lernens wird von den Universitäten verstärkt, die Weiterbildung der Absolventen und die Erwachsenenbildung verlangen;
- die Nachfrage nach Lehrern traditioneller Art wird sinken; ihr Berufsbild wird sich verändern, neue Lehrberufe können erwartet werden;
- der offene Hochschulzugang wird wegen geringerer Studentenzahlen global erleichtert sein und nur in bestimmten Bereichen weiterhin Platz- und Ausbildungsprobleme schaffen.

II.

Längerfristige Politik im allgemeinen und mittelfristige Wissenschaftspolitik im besonderen muß in Zukunft die Unsicherheit verschiedener Projektionen zugeben lernen; sie muß vorsichtig die Alternativen erkunden und die Weichen für eine gedeihliche Entwicklung stellen. Die mittelfristige Wissenschaftspolitik muß Signale setzen und Zwischenschritte wagen. Vorzuschlagen sind daher Steuerungsmaßnahmen.

Neben den auf Funktionalität zielenden Überlegungen ist jedoch die soziale und emotionale Situation der Betroffenen in den Universitäten und den außeruniversitären staatlichen und industriellen Forschungsstätten stärker als bisher zu berücksichtigen. Die Zufriedenheit von rund 200.000 Personen im Universitätsbetrieb oder von rund 20.000 Forschern in wissenschaftlichen und industriellen Labors ist für die Qualität der Ergebnisse in Forschung und Lehre nicht unerheblich. Für die erste Garnitur wissenschaftlicher Forscher und Lehrer muß es attraktiv sein, ihre Tätigkeit in Österreich auszuüben! Gleiches gilt für die soziale und emotionale Situation von Studierenden und Studienabbrechern, für die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses im allgemeinen, der für eine Arbeit im Dienste Österreichs gewonnen werden muß.

1. Die Gewährung ausreichender Mittel für Forschung und Lehre

Entscheidend wird — um keinen Illusionen nachzuhängen — das Ausmaß der zur Verfügung stehenden Mittel für wissenschaftliche Forschung und Lehre sein. Dieses Maß muß auf eine international vergleichbare Höhe gebracht werden. Mittelfristiges Ziel muß ein Prozentsatz und Entwicklungsanteil von 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes sein, und in diesem Rahmen werden vor allem die Ausgaben für wissenschaftliche Forschung und Lehre entsprechend anzusetzen sein. Dabei sind die personellen und gerätemäßigen Grundausrüstungen sicherzustellen und nach international vergleichbaren Standards zu definieren. Erst diese Art von Hochschul- und Forschungsplanung wird die Basis für die Einwerbung von weiteren Förderungsmitteln aus staatli-

chen und privaten Quellen schaffen. Das Steuerrecht und das Stiftungsrecht haben Anreize zu schaffen, daß in einem international üblichen, in Österreich aber noch fremden Stil aus der Wirtschaft, aus wissenschafts- und kulturbehafteten Vermögensträgern Spenden und Stiftungen zu wissenschaftlichen Zwecken stimuliert werden.

2. Finanzautonomie und finanzielle Dotierung nach Leistungsbeurteilungen; Schwerpunktbeurteilungen

Angelpunkt eines Verfahrens, das in Lehr- und Forschungsstätten Förderungsmittel effizient planen und einsetzen möchte, ist eine verstärkte finanzielle Autonomie der Universitäten und der anderen Forschungseinrichtungen. Dort beherrscht man die Sach- und Detailkenntnisse; Selbstbestimmung motiviert. Mit der Autonomie würden die vielfachen Beschränkungen und Schwierigkeiten, die sich derzeit aus dem starren Haushalts- und Organisationsrecht ergeben, hinfällig werden.

Den Lehr- und Forschungsstätten sollen Globalmittel nur nach ihrer Leistungsfähigkeit zugewiesen werden, deren Verwendung intern wiederum nach den Kriterien der Leistung erfolgen soll, — zumal die Gesamtleistung der Einrichtung für die spätere Mittelführung wieder entscheidend sein wird. Voraussetzung dafür ist (intern wie extern) eine regelmäßige Evaluation von Lehre und Forschung sowie der dafür eingesetzten Verwaltungsorganisation.

Für die Bewertung von Lehre und Forschung stehen auf Grund internationaler Erfahrungen zahlreiche geeignete Instrumente zur Verfügung; beispielsweise

- das internationale und nationale „peer review“-System in der Forschung und bei der Schwerpunktbeurteilung an Universitäten und Kunsthochschulen;
- die Organisation eines feed-backs der Absolventen aus der Sicht mehrjähriger Praxis;
- Erhebungen über die Annahme von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft, Politik und Verwaltung; die Bewertung der Ausbildung der Universitäten durch die Wirtschaft;
- Evaluation durch Studierende;
- die Nennung der Prüfer und Beurteiler von Diplomarbeiten und Dissertationen in den Zeugnissen; der Einsatz von Prüfern aus anderen Universitäten/Kunsthochschulen bei Diplomprüfungen/Rigoren.

Basis für jede zusammenfassende Bewertung ist eine kontinuierliche Berichterstattung über die tatsächliche Lehr- und Forschungstätigkeit. Ein geeigneter Ansatzpunkt könnte z.B. die Weiterentwicklung der schon im UOG vorgesehenen Institutsberichte sein, wenn deren Aussagekraft durch Einbeziehung objektivierbarer Indikatoren erhöht werden kann. Sofern — je nach Lage des Faches — die internationalen EDV-gestützten Informationssysteme und die Zitierrindizes aussa-

gekräftigt sind, wären auch diese quantitativen Bewertungen mitzubetrachten. Als Grundprinzip für die Finanzausstattung aller Wissenschaftseinrichtungen gilt, daß zwischen einer „Existenzsicherung“ der Einrichtungen („Grundausstattung“) und deren personellen und materiellen Ausbau („Sonderinvestitionen“) zu unterscheiden sein wird. Im universitären Bereich muß z.B. für die Ausbildung im Diplomstudium österreichweit ein einheitliches Niveau an Infrastruktur realisiert sein; erst dann ist es sinnvoll, für Doktoratsstudien, Forschungsbereiche usw. Schwerpunkte nach Leistungskriterien zu setzen.

Schwerpunkte dienen für die einzelnen Lehr- und Forschungsstätten als Chance einer wissenschaftlichen Profilierung; sie gibt den staatlichen und nichtstaatlichen Stellen eine wichtige Orientierung und erlaubt eine gezielte Konzentration des Mitteleinsatzes. Um eine leistungsorientierte Mittelzuteilung zu erreichen, um Teambildung anzuregen, um „kritische Massen“ in der Forschung zu schaffen und um regional differenzierte, aber ausreichend breite Studienangebote zu gewährleisten, sollte dabei der Ausbau vorhandener Stärken im Vordergrund stehen. Die Planung der Schwerpunkte sollte in einem Vorgang „von unten nach oben“ erfolgen und die Schwerpunkte der Bundesregierung beachten. Sie darf die Spontaneität der wissenschaftlichen Forschung nicht behindern oder verzerren.

Die Erhöhung der Mittel für die Förderung der wissenschaftlichen und angewandten Forschung soll bei den streng (international) begutachtenden Institutionen, wie z.B. den beiden Forschungsförderungsfonds, erfolgen.

3. Institutionenübergreifende Kooperationen

Im Sinne einer allgemeinen Prioritätensetzung und Schwerpunktbildung müssen die Universitäten, ihre Fakultäten bzw. Institute, aber auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen möglichst aus Eigenem durch Kooperationen untereinander zu einer Erhöhung der Wirksamkeit der zur Verfügung stehenden Mittel kommen. Teambildungen sollen die Lehr- und Forschungsleistungen intensivieren, sollen die optimale Nutzung von Großgeräten sichern. Neue Ressourcen dürfen nicht vor dem Nachweis der zweckmäßigen Nutzung vorhandener Ressourcen zugeführt werden; Schwerpunkte sind zwischen den verschiedenen Institutionen abzustimmen.

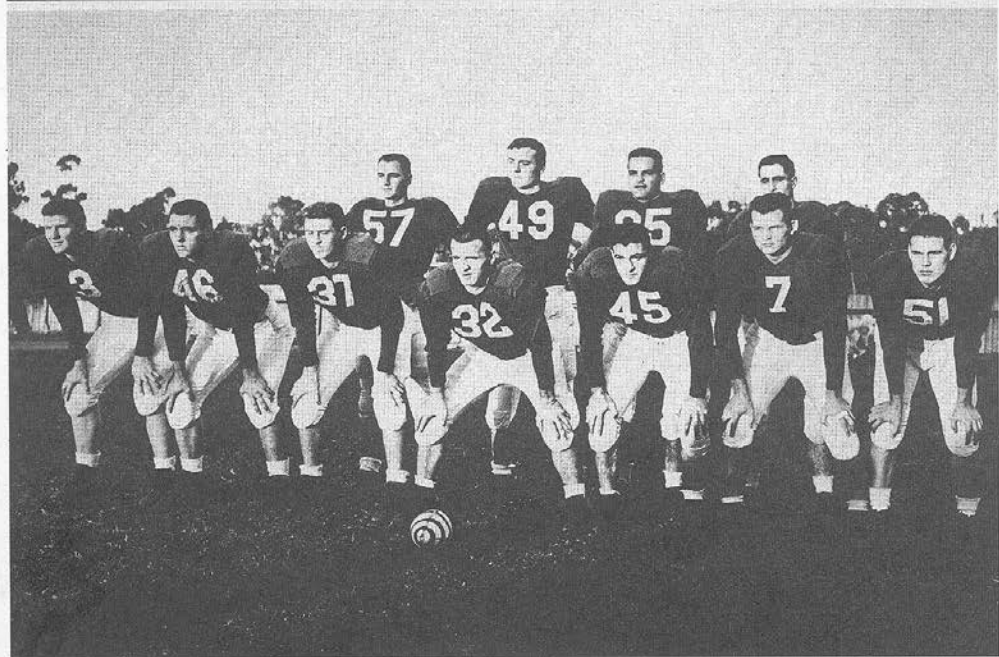
4. Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen

Außerhalb der Universitäten mit ihrer spezifischen Verbindung von wissenschaftlicher Lehre, Grundlagen- und angewandter Forschung besteht eine vielfältige Landschaft außeruniversitärer, öffentlich, paraöffentlich oder kooperativ getragener Forschungseinrichtungen.

Diese haben unverzichtbare Aufgaben wahrzunehmen:

- spezifische Beiträge zur weiteren Entwicklung der Wissenschaft in Österreich, Übernahme nationaler Forschungsaufgaben im Bereich der wissenschaftlichen Forschung;
 - vorwettbewerbliche Aufgaben im Bereich zwischen Grundlagenforschung und Entwicklungstätigkeit der einzelnen Unternehmen;
 - Aufgaben im Versuchs-, Prüfungs- und Normungswesen, unter Einschluß der dazu notwendigen Forschung und Entwicklung;
 - spezifische Dienstleistungsfunktionen für andere Forschungseinrichtungen im Bereich des Wissenschaftstransfer;
 - Koordinations- und Serviceaufgaben im Rahmen internationaler Forschungsprogramme, die nicht von den Bundesministerien oder Interessenvertretungen abgedeckt werden können.
- Um diese Aufgaben für eine internationalisierte österreichische Wissenschaft und Wirtschaft zu sichern, bedarf es — nach dem allgemeinen Prinzip der öffentlichen Dotierung nach Leistungsbewertung — Veränderungen in der und für die Tätigkeit der außeruniversitären Forschungseinrichtungen:
- Die langfristigen wissenschaftlichen Forschungsvorhaben, vor allem wenn sie nationale Bedeutung besitzen, sind (bei ausreichender Dotierung) in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

STANFORD FOOTBALL LETTERMEN



zu konzentrieren.

- Im Bereich des Steuerrechts ist die Gleichstellung aller Forschungseinrichtungen sicherzustellen. Die Grundaussatzung ist für die staatlichen Institutionen der außeruniversitären Forschung in einem international vergleichbaren Ausmaß budgetär zu gewähren.

- Die Kooperation der außeruniversitären Forschungsstätten auf dem Gebiete der angewandten Forschung und Technologie mit den Universitäten ist insbesondere durch personelle Querverbindungen zu erleichtern.

- Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sollten im vermehrten Maß untereinander Arbeitsgemeinschaften bilden.

- Die internationale Kooperation und gegebenenfalls auch die unternehmerische Verflechtung mit jeweils ähnlichen Einrichtungen im Ausland ist anzustreben und zu fördern.

- Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, auch bei unterschiedlicher Rechtsform und -trägerschaft, sollten nach Möglichkeit in „Forschungszentren“ räumlich zusammengeführt werden, um Synergieeffekte nutzen zu können.

5. Institutionen auf Zeit — Experimentierfähigkeit der Universitäten; Stimulierungsverfahren für wissenschaftliche Lehre und Forschung

Um das Prinzip der Dotierung von Lehr- und Forschungseinrichtungen über Leistungskontrollen zu verwirklichen, wird es notwendig sein, ganze Einrichtungen — von Arbeitsgruppen und Abteilungen, über die Institute und Fakultäten bis zu Forschungsschwerpunkten der Universitäten, der Forschungsförderung und der außeruniversitären Forschungsstätten — nicht auf Dauer, sondern auf Zeit zu errichten. Dann können Redimensionierungen, Auflösungen, neue Aufgabenstellungen u.ä. auf Grund der Ergebnisse der kurz- und mittelfristigen Evaluation greifen, — dann können aber auch bewährte Einrichtungen legitim bestehen bleiben. Um rasch auf neu auftauchende Anforderungen in der Forschung oder Lehre reagieren zu können, sollte den Universitäten „seed-money“ für neue Tätigkeitsfelder zur Verfügung stehen. Wenn damit befristete Unternehmungen begonnen werden, dann kann sichergestellt werden, daß eine experimentelle Einrichtung nicht versteint, sondern daß ihr Fortbestand in Konkurrenz mit bestehenden Einrichtungen — ebenso wie diese — zu rechtefertigen ist.

Die Experimentierfähigkeit der Universitäten und der staatlichen außeruniversitären Forschungsstätten ist zur Zeit durch eine allzu straffe rechtliche Regelung ihrer Tätigkeitsbereiche und ihrer Organisationsformen stark eingeschränkt. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, analog z.B. zu Studienversuchen, auch neue Organisationsformen zu erproben. Obwohl es derzeit oft auch neben den

Formalstrukturen möglich wäre, sind doch die faktischen (z.B. materiellen) Hindernisse nicht zu unterschätzen, die einem solchen Reformunternehmen entgegenstehen. Daher sollten analog den Schulversuchen Organisationsänderungen, vor allem im Bereich der Universitäten, erprobt werden können.

Neue Organisationsformen könnten auch zur Folge haben, daß die Universität als Lehr- und Forschungsanstalt im Wege der Auslagerung an Betriebsstätten oder an Projektorte zu einer völlig neuen Struktur der Universität als Arbeits- und Dienstleistungsorgan führen könnte. Ansätze hierzu finden wir in Technologiezentren. Nach diesem Muster könnte eine Fülle von Einsatzgebieten wissenschaftlich und innovatorisch durchdrungen werden.

6. Private Universitäten?

Die Privatisierung der Universitäten oder die Gründung privater (Voll)universitäten erscheint aus Mangel an Stiftungskapital mittelfristig nicht realistisch. Teilfunktionen der Universität sollen jedoch durch die Konkurrenz privater Angebote verbessert werden. Experimente sind zu begrüßen und zu fördern; einige private Angebote sind bereits vorhanden (z.B. ausländische Universitäten in Österreich, deren rechtlicher Status geklärt werden sollte). Ein besonderes Interesse an Teilfunktionen der Universität in privater Form dürfte vor allem im Bereich der internationalen Studienabschlüsse und der postgraduierten Weiterbildung bestehen. Es sind geeignete Formen der Kooperation zwischen den privaten und den staatlichen Universitätseinrichtungen zu finden, sowie eine „Waffengleichheit“ für die staatlichen Universitäten herzustellen (Einrichtung von „Centers of excellence“, Ausbau der Weiterbildungsmaßnahmen in den „Außeninstituten“ der Universitäten und Kunsthochschulen).

7. Managementstrukturen an Lehr- und Forschungsstätten; Autonomie der Universitäten

Wesentliche Barrieren zur Verwirklichung der hier vorgeschlagenen mittelfristigen Maßnahmen an den Universitäten, sind die gegenwärtigen Managementstrukturen. Verantwortliche Organe müssen nämlich die erforderlichen Planungs- und Verwaltungsapparate zur Verfügung haben, um Entscheidungen vorzubereiten, darüber zu verhandeln und sie umzusetzen. Dabei sind mehrjährige, laufend fortschreibende Planungen, aber auch Instrumente eines spezifisch auf die Universitäten abgestimmten Controlling von Bedeutung. Besonders bei der Erprobung neuer Organisationsformen wird eine Verbesserung der Informationsbeschaffung und der Entscheidungsgrundlagen für die Organe im Vordergrund stehen. Dies ist zweifellos eine Aufgabe der Universitätsverwaltung, die von dieser heute nur unzureichend erkannt und wahrgenommen wird. Nur bei einer entsprechenden Organisation wird aber die Um-

gestaltung wirksam werden können. Schließlich fehlen effektive Marketing- und PR-Einrichtungen für die wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsstätten, die eine Voraussetzung für die Konzeption einer Dienstleistungsorganisation darstellen (Wissenstransfer und Kooperation mit der Wirtschaft, Aus- und Weiterbildung, Berufsentwicklungsforschung u.ä.).

Den bisher betriebswirtschaftlich zu wenig erfolgreichen autonomen Lehr- und Forschungsstätten darf nicht entgegengesehen werden, daß sie zur Autonomie nicht bereit oder auf die effiziente Erledigung autonomer Entscheidungen nicht vorbereitet seien. Die Universitäten haben im Rahmen der bestehenden Hochschulstruktur wenige Chancen einer Bewährung gehabt. Die Chance sollte ihnen mittelfristig gegeben werden. Dies entspricht dem Leitprinzip, möglichst viele autonome Entscheidungsstrukturen in unserer Gesellschaft aufzubauen; das allein — innerhalb fördernder Rahmenbedingungen — kann eine selbstverantwortliche Entwicklung von Institutionen sichern.

8. Die Selbstergänzung der Universitäten — zur Neugestaltung der Universitätsstruktur

Für die Erhöhung der Lehr- und Forschungsqualität erscheinen internationale Begutachtungen bei Berufungen und (zumindest) nationale Begutachtungen bei Habilitationen unabdingbar.

Für alle Daueranstellungen und Berufungen auf Positionen der Lehre, Forschung und Verwaltung sollte eine qualifizierte Forschungs-, Verwaltungs- und Lehrtätigkeit an ausländischen Instituten und in internationalen Forschungsvorhaben und -programmen eines der wesentlichen Elemente der Entscheidung bilden. Die Internationalisierung bedarf generell der verstärkten Förderung auf allen Ebenen: vor allem die Erhöhung der Reisemittel zur Teilnahme am internationalen Wissenschaftsgeschehen, die großzügige Dotierung der ausländischen Forscher, wenn sie an österreichischen Lehr- und Forschungsstätten mitarbeiten; die Beseitigung bürokratischer Barrieren für die internationale Mobilität, die im Dienst- und Angestelltenrecht noch bestehen, die Schaffung von Gästehäusern und/oder Wohnräumen u.ä.

Ein besonderes Problem stellt zur Zeit die Gewährleistung attraktiver Arbeitsplätze als Berufungsmöglichkeit für Ausländer oder für aus dem Ausland zurückkehrende Österreicher dar. Dabei geht es sowohl um die Mittel für entsprechende wissenschaftliche Arbeitsbedingungen (die durch die skizzierte Neuorientierung der Mittelvergabe freilich besser als bisher gelöst werden könnte), aber auch um flexiblere besoldungsrechtliche Regelungen.

In ca. fünf bis zehn Jahren wird eine sehr große Zahl an Universitätslehrern verschiedener Stufen durch Pensionierung und Emeritierung den Universitätsbe-

reich verlassen; die derzeitige Nachwuchsförderung im Bereich der Planstellen reicht nicht aus, die freierwerbenden Stellen dann wieder qualitativ optimal nachzubetzen. Der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung sollte mit der Durchführung einer personalpolitischen Aktion zur Überbrückung betraut werden, die den „Heisenberg“- und „Fiebigler-Professuren“ oder dem Schweizer Start- und Score-Programmen analog gestaltet sein könnte. Durch zusätzliche Mittel könnten nämlich für eine beschränkte Zeit mehr Personen schon jetzt an die Universitäten berufen werden, die dann in freierwerbenden Positionen einrücken können. Die Zielsetzung einer intensiven internationalen Kooperation sollte auch dazu führen, systematisch zu prüfen, inwieweit frei werdende Dienstposten von Universitätsprofessoren umgewandelt und/oder durch Gastprofessoren ersetzt werden können. Im Bereich des „Mittelbaus“ sollte verstärkt auf die Personalmittel der Forschungsförderungsfonds bzw. auf Drittmittel gesetzt werden, nicht nur um eine größere Zahl von Nachwuchskräften heranzubilden, sondern um Daueranstellungen erst nach einer qualifizierten Teilnahme in Lehr- und Forschungsprojekten vorzunehmen. Das gegenwärtige Hochschullehrerdienstrecht ist insgesamt zu wenig flexibel und gestattet eine zu geringe Weiterentwicklung; es bedarf daher selbst wieder mittelfristig einer Überprüfung, Evaluation und unter Umständen einer Neugestaltung der jüngst beschlossenen Regelungen.

9. Information für Studierende

Eine verstärkte öffentliche Präsentation der erzielten Leistungen an Universitäten – eventuell sogar ein „ranking“ von Instituten – ist zu fordern; dieses Instrument im Dienste der Studierenden tritt zu den allgemeinen Marketing-Aufgaben der Lehr- und Forschungsstätten hinzu. Ein vernachlässigtes Steuerungsmittel für den Zugang zu Studien stellt dar

- eine inhaltliche, von der Lesbarkeit her verbesserte Information über Studieninhalte und -abläufe (eine neue Art von Vorlesungsverzeichnis wird gefordert) und
- über Berufsbilder, Arbeitsmarktchancen und alternative Bildungsangebote (wichtige Hilfestellungen bieten der Ausbau des Beratungswesens generell sowie die kommentierten Lehrveranstaltungsprogramme der Universitäten).

10. Studienreform

Einige postsekundäre, aber nicht universitäre Studiengänge werden in Zukunft aus sachlichen Gründen Hochschulrang erhalten müssen (z.B. Lehrer-, Ingenieur-, Militärausbildung, medizinisch-therapeutische Berufe); damit werden neben und statt den in Aussicht genommenen Zwischenabschlüssen an Universitäten sinnvolle Alternativen zum Universitätsstudium geboten. In einigen Universitätsstu-

dien sind Zwischenabschlüsse denkbar (z.B. Rechtspfleger, Informatikberufe), ohne daß (für Studierende und Arbeitgeber) der Eindruck entsteht, ein Studium sei nicht bewältigt worden, und ohne daß junge Menschen in Universitätsstudien gelockt werden, die ihnen keine Chancen eröffnen. In einem System des lebenslangen Lernens können solche Absolventen durch Fortbildung, durch „Brücken und Übergänge“ u.a. auch zum Abschluß eines universitären Studienganges angeregt werden.

In der Regel ist die gegenwärtige Studiendauer fast aller Studiengänge zu lang. Eine akademische Generation, die gezwungen sein wird, mehrfach Berufswechsel vorzunehmen, und die einer lebenslangen systematischen Fortbildung unterliegen wird, ist eine lange Studiendauer bis weit in ihre kreative Berufssphase hinein menschlich und ökonomisch nicht zumutbar. Soweit die Verkürzung durch die Beseitigung materieller Mängel erfolgen kann, sind die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Da aber in vielen Fällen der langen Dauer Fehlplanungen der Studienstruktur zugrunde liegen, bedarf es mittelfristig auch einer neuen Studienreform.

Wichtige Ansatzpunkte dieser Studienreform werden dabei sein:

- Die Studieneingangsphase muß dem Studierenden durch Beratung, Information und Studien- bzw. Prüfungsverfahren erlauben, seine ursprüngliche Studienwahl zu einem sinnvollen Zeitpunkt noch einmal zu überdenken und unter Umständen zu revidieren.
- Die Studien sollen generell von einer wesentlich stärkeren Verklammerung von Unterricht und Berufspraxis gekennzeichnet sein. Dafür sind einerseits geeignete Kooperationsformen – unter Umständen bis zur räumlichen Integration mit den Praxisfeldern – zu entwickeln, andererseits wird die Didaktik wesentlich stärker als bisher auf simulierte Praxis, z.B. Fallstudien, setzen müssen.
- Die Studieninhalte sind stärker auf das wesentliche Basiswissen einzuschränken, das auch bei Berufswechsel Bestand haben wird. Das „Korsett“ der Scheine und Einzelprüfungen ist in Frage zu stellen; eine fachspezifische Neugestaltung des Prüfungssystems wird in Angriff zu nehmen sein.
- Ein kostengünstiges Mittel zur Intensivierung der Studien und damit der Erhöhung der Studienqualität scheint ein Einbau von Fernstudienelementen mit Fachtutorien in den Lehr- und Forschungsstätten zu sein.
- Die geänderten Herausforderungen an die Lehr- und Forschungsstätten aus dem gesellschaftlichen Umfeld verlangen, den Studierenden nicht als – den „end user“ eines Systems, sondern als Mitarbeiter einzubinden. Studenten sind so bald wie möglich in Forschungsprojekten auf der jeweils zumutbaren Ebene zu engagieren; sie können dabei nicht nur im Wege eines

„learning by doing“ ihre Ausbildung verbessern, sondern zugleich der Forschung an den Universitäten einen sinnvollen Dienst erweisen. Diplomarbeiten/Disser-tationen sind öffentlich aufzulegen.

- Das Studienrecht muß flexibler als bisher gestaltet sein; auf viele Normen kann ohne Einbuße an Lehr- und Studienqualität verzichtet werden. Die autonomen Universitätsgremien in einem System von regelmäßigen Evaluationen werden sehr wohl in der Lage sein, Entscheidungen nach internationalem Standard zu treffen.
- Das Prinzip der Internationalität bedeutet für die Studienreform: die Internationalisierung der curricula, die Erhöhung der Mobilität und der Auslands-erfahrungen von Universitätsabsolventen, die Durchführung von „joint study programmes“. In der EG bestehen finanzierte Programme zur Förderung von Studien an Universitäten und anderen Forschungsstätten in verschiedenen Ländern. Erst ein Beitritt Österreichs zur EG wird den österreichischen Studierenden den Zugang zu solchen neuen Studienmöglichkeiten voll erschließen. In Hinblick auf die Europäische Gemeinschaft ist von Österreich aber eine gemeinsame Durchführung von Studienprogrammen von Universitäten verschiedener Länder schon jetzt zu erleichtern und effektiv zu dotieren. Für Graduierte der Universitäten anderer Länder soll die Mitarbeit in österreichischen Lehr- und Forschungsstätten ohne bürokratische Hemmnisse ermöglicht werden.

11. Wissenschaftstransfer, universitäre Weiterbildung und Erwachsenenbildung 23

Die bestehenden Ansätze zum Ausbau des Wissenschaftstransfers zwischen Universitäten und Wirtschaft – in beiden Richtungen – sind durch weitere Einrichtungen und die nationale und internationale Vernetzung von Transferzentren zu intensivieren.

Durch den raschen gesellschaftlichen Wandel und durch den beschleunigten Erkenntnisgewinn in den Wissenschaften selbst wird der Weiterbildung, die schon jetzt Aufgabe der Universitäten ist, von diesen aber nicht ausreichend wahrgenommen wird, ein wesentlich höheres Gewicht als bisher zukommen, und zwar für die Fortbildung im Fach selbst und in fachgebundenen Qualifikationen. Die systematisch organisierte Weiterbildung für Absolventen von Universitäten und beruflich qualifizierten Personen stellt geradezu eine Voraussetzung des Wissen-schaftstransfers, zugleich eine der wirk-samsten Formen des Wissenstransfers von den Universitäten in die Wirtschaft dar.

Dabei sind von den Universitäten und Kunsthochschulen in didaktischer Hinsicht die Erfahrungen aus der Erwachsenenbildung zu verwerten und die (neuen) Medien verstärkt einzusetzen. Organisatorisch ist auf eine marktgerechte Kon-

struktion des Angebotes der Weiterbildung und auf eine Konkurrenzfähigkeit mit privaten Anbietern zu achten, die bereits begonnen haben, die Universitäten aus diesem Gebiet zu verdrängen. Die „Außeninstitute“ der Universitäten und Kunsthochschulen, die Fortbildungs-, Wissenschaftstransfer-, PR- und Marketingaufgaben wahrnehmen sollten, sind für diese vier Aufgabenbereiche durch ausreichend große und professionell differenzierte Stäbe auszustatten.

In einer Freizeit- und Bildungsgesellschaft werden unabhängig von der Absolutenfortbildung vermehrte Ansprüche an eine allgemeine Erwachsenenbildung durch Universitäten und Kunsthochschulen entstehen. Die Universitäten sollten im eigenen Interesse prüfen, ob sie durch eine entsprechende Nutzung der vorhandenen Ressourcen nicht attraktive Angebote erstellen können. In der Folge könnten solche Maßnahmen für sie zusätzliche Mittel bedeuten; das Raumangebot der Universitäten könnte ökonomisch genutzt und die gesellschaftliche Relevanz der Lehr- und Forschungsstellen unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen erneut nachgewiesen werden.

12. Neue Aufgabenstellungen des Bundesministeriums

Eine mittelfristige Neugestaltung der Struktur, Management an Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen,

würde die Übernahme von Funktionen durch diese Institutionen bedeuten, die derzeit von ministeriellen Stellen wahrgenommen werden. Konsequenterweise werden sich für das Ressort „Wissenschaft und Forschung“ neue, zum Teil veränderte Aufgabenstellungen ergeben:

- Wie jede Autonomie bedarf auch eine verstärkte institutionelle Autonomie, wie sie hier vorgeschlagen wird, der Kontrolle, die allerdings den Kontrollaufgaben entsprechend personell und fachlich besetzt und dimensioniert sein muß. (Ein Vergleich der Kontrolle der Gemeindeautonomie zeigt deutlich, daß im Bundesministerium Überkapazitäten bestehen.)

- Die Evaluation, die eine Basis für die Vergabe von Mitteln entsprechend den Leistungen von Forschungs- und Lehreinrichtungen darstellen soll, muß ministeriell organisiert werden. Sie wird in Form eines unterstützenden Services für die universitären und außeruniversitären Einrichtungen und im internen Bereich des Ressorts eine Aufgabe des Bundesministeriums sein.

- Die Koordinationsfunktionen zwischen den Bundesstellen und zwischen Bund und Ländern auf den Gebieten Forschung und Technologie sind eine typische ministerielle Aufgabe, deren Bedeutung in Zukunft wachsen wird; dazu zählt insbesondere die Abstimmung der Schwerpunktbildungen, des Großgeräteinsatzes, die Lösung der Schnittstellenproble-

me zwischen Forschung-Entwicklung-Anwendung (z.B. Gesundheitswesen, Telekommunikation).

- Das Bundesministerium trägt darüber hinaus in erster Linie die politische Verantwortung für die ausreichende Mittelaufbringung. Das kann sich nicht allein auf legislative Maßnahmen und die Herbeiführung entsprechender Haushaltsentwürfe beschränken. Das Ressort muß bei der Erschließung externer Finanzierungsquellen Hilfestellungen leisten. Für beide Aufgabenbereiche ist eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung für den Ressortbereich unverzichtbar. Marketing-Strategien für Wissenschaft, Forschung und Technologie sind vom Bundesministerium aus zu entwickeln und umzusetzen.

- Einschneidende Änderungen der Organisationsstruktur sind vorzusehen und Arbeitsmethoden des Managements sind einzusetzen für: die grundsätzliche, längerfristige Schwerpunktsetzung für die universitäre und außeruniversitäre Forschung, die Technologiepolitik, die Konzepterstellung und die Abwicklung der internationalen Beziehungen im Wissenschafts- und Forschungsbereich, was von klassisch hoheitlichen Aufgaben bis hin zu serviceartigen Unterstützungen aller Forschungseinrichtungen reichen muß.



„MASSENUNIVERSITÄT“ UND UNIVERSITÄTSLEHRER

Eine sehr persönliche Betrachtung

Im folgenden wird versucht, kritische Anmerkungen zum Zustand der Universität und vor allem zum Status der Universitätslehrer vorzulegen. Diese Analyse ergibt sich aus dem naturwissenschaftlichen Umfeld und dem Engagement und hochschulpolitischen und gesamtuniversitären Ebenen des Berichtstatters. Mit Dankbarkeit denke ich an die zahlreichen wertvollen Gespräche und Anregungen, die sich aus diesen ausgreifenden Aktivitäten ergeben haben, wobei sich sehr deutlich gezeigt hat, daß die hier allgemein vorgetragenen Kritikpunkte in manchen Bereichen schon lange überwunden wurden. Kollegialität vor Macht- oder Rechtsansprüchen, Qualifikation vor Gruppenegoismen, Interdisziplinarität vor Spezialisierung, sinnvoller Einsatz aller auf der Tagesordnung stehen. Ihnen als Vordenkern und Vorlebern sei dieser Artikel gewidmet.

Seit die Zahl der Studierenden an den österreichischen Universitäten und Hochschulen (im folgenden Universitäten genannt) jenes Maß überschritten hat, das den Universitätslehrern gerade noch akzeptabel erschien, ihren Aufgaben in Forschung und Lehre nachzukommen, findet sich die Zustandsbeschreibung „Massenuniversität“ in der hochschulpolitischen Diskussion, ebenso wie sich trotz der Einbindung der ehemaligen Technischen Hochschulen unter den Begriff Universität im Gesetz für die Hauptmasse der Angehörigen der Begriff Hochschullehrer gegenüber Universitätslehrern durchgesetzt hat. Nur eine Wortklaubelei?

Dieses behindernde Ungleichgewicht Universitätslehrer/Studierende trat in den verschiedenen Fachbereichen/Fakultäten/Universitäten zu unterschiedlichen Zeitpunkten ein, eine gesamthafte Diskussion setzte erst vor wenigen Jahren ein, zuvor und heute auch werden Einzelinteressen vor das Gesamtgefügeinteresse gestellt. Die Ruhigstellung durch das verantwortliche Bundesministerium erfolgt ähnlich, indem ohne zukunftsweisendes Konzept in Form von Befriedung einzelner (Institute, Fakultäten, etc.) reagiert wurde.

Die ministeriellen Reaktionen wurden umso schneller herausgefordert, als es den Universitäten gelang, öffentliches Interesse zu erwecken, indem der allgemeinen Öffentlichkeit ein Einblick in das Universitätsgeschehen ermöglicht wurde. Ohne Übertreibung kann die Wissenschaftsausstellung im Rahmen der

400-Jahr-Feier der Karl-Franzens-Universität 1985, an der sich fast alle Institute beteiligten, als ein Höhepunkt und Ausgangspunkt für weitere außenwirksame Aktivitäten beurteilt werden. Viele Universitätslehrer, die mit Ablehnung oder Skepsis diese Ereignisse verfolgten, waren höchst erstaunt und überrascht, mit welchem Interesse die Öffentlichkeit die damalige Ausstellung und die dazugehörigen Angebote verfolgte: ein sichtbares Zeichen, wie groß der Wunsch des Bürgers, der durch seine Steuerleistung diese Institution finanziert, war und ist, in den „Elfenbeinturm Universität“ Einblick zu erhalten und vor allem mit dem darin Forschenden und Lehrenden ins Gespräch zu kommen.

Diese Zeichensetzungen sind im Zusammenhang mit den in den letzten zwanzig Jahren zum Teil revolutionären Veränderungen im inneruniversitären Leben wie auch in den Beziehungen nach außen zu sehen. Leider waren diese Veränderungen nicht in der Lage, unter anderen die Problemkreise

- stark steigende Zahl der Studierenden,
- Personalzahleentwicklung,
- steigende Raumnot und räumliche Aufsplitterung von Fachbereichen, einer sinnvollen Lösung zuzuführen.

Vom Wandel des universitären „Innenlebens“

In den Siebzigerjahren schien die rasante Entwicklung in den einzelnen Wissenschaftszweigen und der Ansturm von Studierenden die althergebrachten strukturellen Zustände in Organisation und Lehre zu überrollen, radikale Veränderungen wie im Ausland wurden vor allem von den Studierenden eingefordert. Die Ergebnisse dienten einerseits der Anpassung an die gegebene Situation, wenige waren zukunftsweisend, wie die nur sehr selten im Grundsätzlichen kritisierte legalisierte Mitsprache und die Einbindung aller am Universitätsgeschehen beteiligten Universitätslehrer, der Studierenden und des nichtwissenschaftlichen Personals in das Entscheidungsgefüge. Diese revolutionäre Veränderung, verbunden mit einem Paradigmenwechsel, löste das unter Frau Bundesminister Dr. Herta Firnberg, die vor wenigen Monaten ihren achtzigsten Geburtstag gefeiert hat, 1975 in Kraft getretene Universitäts-Organisationsgesetz aus.

Waren bis dahin alle Entscheidungen auf

das ausschließliche Gutdünken der Professoren aufgebaut, sollte nunmehr die Entscheidungsfindung von allen Universitätsangehörigen getragen werden. Fanden sich bis 1975 ausschließlich Professoren zusammen, um über finanzielle, personelle und strukturelle Fragen zu befinden, sind seither in abgestuften Modellen alle aufgerufen, das Geschehen auf den Universitäten zu gestalten.

Bei jenen Professoren, die ohne gesetzlichen Auftrag Kollegialität und kollegiale Entscheidungsfindung pflegten, sind kaum spürbare Veränderungen eingetreten. Den übrigen war jedoch offensichtlich der Machtverlust anfänglich unerträglich, der Alleinanspruch auf Führungssagen, ohne sich jemals einer Wahl stellen zu müssen, wurde als unabdingbare Grundlage des Funktionierens des Universitätsbetriebes bezeichnet.

Wie sollte es möglich sein, so stellte man sich die Frage, daß Assistenten, unter ihnen zwar gleichrangig durch die Lehrbefähigung qualifizierter Forscher und Lehrer, oder gar Studierende, viele von ihnen zwar durch ihre Arbeiten an einer Dissertation ins Forschungsgeschehen eingebunden, wie sollten die bis dahin als Lehrlinge, Ausführungsgehilfen und allenfalls fleißig Mitforschende eingestuft Angehörigen plötzlich in der Lage sein, Mitverantwortung zu tragen, selbständig in Lehre und Forschung, als Betreuer von Dissertationen und Diplomarbeiten offiziell aufzutreten? Offensichtlich wurde bei all den Fragen vergessen, daß sich aus diesem Pool des Nachwuchses der Großteil der Professoren rekrutiert hat, oder war dies aus dem Bewußtsein des eigenen Vorlebens als Student oder Assistent unbegreiflich?

Die Katastrophengemälde, angekündigt und zur Selbstverteidigung an die Öffentlichkeit verteilt, sind Legende. Diejenigen, die der einstigen Ordinariatsuniversität nachtrauern, werden von den Fakten des geänderten Universitätsaltages in einer gelebten Demokratie belehrt. Schwerkfalligkeiten, Unzulänglichkeiten, horrender Zeitaufwand, Fehlentscheidungen und vieles andere mehr sind nicht dem System, sondern denen aufzulasten, die bewußt oder unbewußt das System behindern oder verhindern wollen. Vieles gilt es zu verbessern, kaum jedoch das Grundprinzip des Miteinanders.

Das 1988 in Kraft getretene neue Dienstrecht für alle Hochschullehrer kann hingegen bestenfalls als längst fällige Anerkennung der Arbeiten und der Aufgabenbewältigung der nichtprofessoralen Uni-

versitätslehrer bezeichnet werden, denn im Dienstrecht der Professoren erfolgten kaum Änderungen des faktischen Status. Es war und ist für mich völlig unbegreiflich, daß man offensichtlich mit der Akzeptanz der Verantwortlichen die Meinung vertreten konnte und kann, daß alt-hergebrachte und wie überall nicht immer sinnvoll genützte Vorrechte einer Gruppe für alle Zeiten als gültig und auch durch wesentliche Änderungen des Umfeldes als nicht antastbar bezeichnet werden können. Als inmitten dieses Wandels Stehender und am Geschehen direkt Beteiligter kann ich festhalten, daß alle Versuche, sich intensiv mit dem notwendigerweise neuen Bild des Universitätsprofessors zu beschäftigen, bis jetzt als gescheitert betrachtet werden müssen. Ansätze, die von anderen Gruppen eingebracht wurden, werden als unzulässige Eingriffe heftig und öffentlichkeitswirksam bekämpft, die eigene Aufarbeitung des Problems wird als weitgehend überflüssig erachtet.

Was sind also die Änderungen, die ein Umdenken erfordern?

Es sind dies

- die explosiv anwachsende Zahl der Studierenden, die neue Belehrungssysteme einführen, um in den Kernbereichen der Ausbildung ausreichend Freiräume für Lehrer und Lernende zu schaffen;
- die durch die Einführung von Studienplänen überbordenden Lehraufgaben der Universitätslehrer, hervorgerufen durch unflexible Studienordnungen mit dazugehörigen Regelungen, die im Rahmen der autonom zu gestaltenden Studienpläne kaum Möglichkeiten offenlassen;
- die durch das Universitäts-Organisationsgesetz notwendigen Aufgabenerweiterungen;
- die Übernahme von Aufgaben, die sich aus einer falschen Personalstruktur ergeben;
- die Kosten- und Know-how-Explosion durch den ständigen Wechsel und den damit verbundenen Erneuerungsbedarf von technischen Hilfsmitteln für die Forschung und Ausbildung; und unter anderem
- das Ausufern der Spezialisierungstrends, welche Strukturen in Frage stellen.

Die angeführten Neuerungen und tiefgreifenden Veränderungen hatten wesentlichen Einfluß auf das wissenschaftliche Personal auf den Hohen Schulen.

Forderungspakete an die Öffentlichkeit

Sieht man von unverständlichen Grabenkämpfen zwischen den schon durch die neueren Gesetze nur mehr künstlich aufrechterhaltenen Universitätslehrgruppen — hier die Professoren und dort die bunt zusammengewürfelte Gruppe der Assistenten, bestehend aus dem dissertie-

renden Nachwuchs bis zum habilitierten Universitätslehrer —, hat die Öffentlichkeit immer wiederkehrende Problemkreise mit dazugehörigen Forderungen registriert, die sich vor allem auf den Universitätslehrerpool beziehen:

1. *Steigende Zahl von Studierenden und die Einführung der neuen Studienordnung erfordern die Anhebung der Personalplanken.*

Trotz aller Neuerungen durch Dienstrecht und Strukturgesetze war und ist zur Zeit noch vorgesehen, daß die Lehre ausschließlich von den Professoren anzubieten ist, sieht man von den wenigen Pflichtstunden der Dozenten und der Lektoren ab. Das übrige wissenschaftliche Personal — die Universitätsassistenten — hatten und haben nur über spezielle Lehraufträge die Möglichkeit, den durch die Personalsituation verbliebenen Rest zu übernehmen. In den letzten Jahren hat sich das Bild insofern gewandelt, als gerade letztere einen Großteil der Lehrveranstaltungen abhalten, bei Umfragen und Statistiken finden sich Werte bis 75% des Gesamtkontingentes. Besonders kraß ist hierbei die Situation bei den abzuhaltenden Übungen, Proseminaren und arbeitsaufwendigen Lehrveranstaltungen, wo die Assistenten lange Zeit auch ungenannt die Durchführung übertragen bekommen haben.

Man ist wohl anfänglich aus finanziellen Gründen bei der Ausweitung der Lehraufgaben auf den vorhandenen Pool von potentiellen Lehrern ausgewichen, statt die Zahl der zur Lehre aufgerufenen Professoren im notwendigen Ausmaß zu erhöhen. Interessant ist dabei, daß diese Aufgabenüberwälzung ohne Widerstand der Professoren erfolgt ist, denen dadurch kein finanzieller Verlust entstand, im Gegensatz zu Zeiten, als die Studierenden für die Kosten der Übungen aufkamen und diese Mittel unter den Lehrveranstaltungsleitern aufgeteilt wurden. Ein tieferer Hintergrund dürfte sich wohl aus der Tatsache ableiten, daß eine starke Ausweitung der ordentlichen Professorenstellen

- die strukturelle Aufstockung der Wissenschaft in eine unüberschaubare Landschaft von Lehrkanzeln hervorgerufen hätte;

- eine verstärkte Konkurrenzierung Gleichrangiger in angestammten Bereichen bewirkt hätte; und

- die Aufteilung der Machtbefugnisse, die Verteilung der knappen werdenden Mittel und die unüberblickbare Vergrößerung der Entscheidungsgremien unlösbar Probleme eingebracht hätten.

Auch die Ausweitung der Zahl der außerordentlichen Professoren hätte ähnliche Auswirkungen gezeigt, zumal sie in den wählbaren Kreis der Institutsvorstände aufrückten und das neue Dienstrecht kaum mehr Unterschiede in den Aufgaben vorsieht. Während die anderen Gruppen von Anfang an daran gewöhnt wurden, in die entscheidenden Gremien lediglich Repräsentanten zu entsenden,

Spezialisierung der Wissenschaft

Zwar ist es unumgänglich: Wir werden in den Wissenschaften nur dann heimisch, wenn wir uns spezialisieren, wenn wir irgendwo das Handwerk bis zur Meisterschaft lernen, wenn es ein, und sei es noch so kleines, Gebiet des Erkennens gibt, von dem wir sagen dürfen: hier weiß niemand besser Bescheid als ich. Wir müssen daher in unserem Studium nicht sofort, aber bald wählen, an welcher Stelle wir mit Gründlichkeit uns einarbeiten wollen. Aber all dieses Bemühen wird für das eigentliche Erkennen vergeblich und in der Praxis zu bloßer Routine, wenn es nicht im Zusammenhang bleibt mit dem Ganzen des Erkennens. Dieses Ganze treibt uns voran, ist als Keim in uns von Anfang an, ist das geistige Leben, ist der lebendige Geist, der sich entfaltet auf den Wegen der Spezialisierung. (Jaspers 1986, S. 218).

sieht das Gesetz vor, daß die Gesamtzahl der vorhandenen Professoren die Zahl der übrigen Mitglieder bestimmt (Institutskonferenz, Fakultät). An dem Beispiel läßt sich aufzeigen, welche Vernetzungen zwischen den Entscheidungsbereichen bestehen und welche Hintergründe im Strukturgestrüpp für eingeschlagene Wege sein könnten.

Aber auch für den nichtprofessoralen Nachwuchs ergaben sich schwerwiegende Folgewirkungen. Mit der Ausweitung der „billigeren“ Lösung kam es zu einem Ungleichgewicht im Verhältnis Professoren/Assistentenstellen, was in der Folge die universitären Karrierechancen für den Nachwuchs wesentlich beeinträchtigt hat, bedenkt man dazu noch die durch die Nachkriegssituation entstandene Alterspyramide des Personals.

Bei den Diskussionen rund um das neue Dienstrecht jedoch konnte dem nichtprofessoralen Universitätslehrer der Status des Lehrers nicht mehr vorenthalten werden, es war somit die Basis für das neue Bild des wissenschaftlichen Kollegen in Lehre und Forschung gelegt.

Es bleibt somit dabei, daß die Entwicklung der Zahl der Hörer(innen) ein offenkundiges und gut fundiertes Argument für die Ausweitung des Universitätslehrerpool geblieben ist. Denn mit jeder Wochenstunde, die in der Lehre eingesetzt wird, geht ohne Frage Zeit für die Forschung verloren, nunmehr nicht nur den Professoren, sondern auch dem Nachwuchs, den neben den dissertierenden Studierenden ein gewichtiges Maß für Innovationen im Forschungsalltag zukommt.

Neben der anwachsenden Zahl der Studierenden ist aber auch ein das Lehrgebäude neu strukturierendes Gesetz für

den Zuwachs an Stunden verantwortlich zu machen. Es ist dies das noch in Zeiten der „Ordinarienuniversität“ entstandene „Allgemeine Hochschulstudien-Gesetz“ aus dem Jahre 1965 und den daraus abzuleitenden Studienordnungen und Studienplänen. Waren bis dahin vor allem auf den „klassischen“ Universitäten mit Ausnahme praxisnaher Ausbildungsgänge (Rechtswissenschaften, Medizin, Pharmazie, Lehramt u.a.) vom Gesetz (!) kaum Studienvorschriften für den Studiengang hin zum Doktorat vorgesehen (Inskription von acht Semestern, Dissertation und Rigorosen), wurden bereits in den vom Gesetzgeber fixierten Studienordnungen (!) nach Beratungen mit den damals noch allein für das Universitäts-geschehen verantwortlichen Professoren ein äußerst enges Korsett für die autonom zu erstellenden Studienpläne vorgegeben. Alle, die sich damals an der Erstellung dieser Studienordnungen beteiligt haben, hatten vergessen, daß sie damit dem autonomen Spielraum der Universitäten/Fakultäten/Fachbereiche einen entscheidenden Schlag versetzt hatten. Hinzu kam auch noch der Einschub des Universitätsabschlusses in Form des Diploms vor dem Doktorat.

Wohl dem Zeitgeist entsprechend, aber auch den damaligen professoralen Personalstand widerspiegelnd, fand sich die Wissenschaft nunmehr in zahllosen Studienrichtungen und Studienzeilen wieder, dem Trend der Spezialisierung bereits im Ausbildungsstatus folgend oder ihn fördernd. Der Abkoppelung von einer breit ausgelegten Wissensbasis, die sich schon damals als gefährlich für die Bewältigung der Probleme im Rahmen des globalen Ökosystems hätte zeigen müssen, wurde Vorschub geleistet, dem Augenblick und der egozentrischen Sicht der Vorzug gegeben.

Entscheidende Probleme im Bereich des Personalstandes und auch des Ausbildungsmodus könnten dadurch gelöst werden, daß sich der Gesetzgeber in den Studienordnungen auf die grundsätzlichen Anforderungsmaßstäbe, die aus gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und zukunftsbeachtender Sicht notwendig sind, zurückzieht und die Ausformung des Inhaltes des Studiums selbst den autonomen Institutionen (interuniversitären Gremien/Senat/Fakultäten/Studienkommissionen/Fachgruppen/Universitätslehrer/Studierenden) überläßt. Diese Übertragung der Verantwortung für die Ausformung der Inhalte würde einen ständigen Prozeß der Beschäftigung mit den Inhalten eines Wissenschaftsbereiches nach sich ziehen, und dies nicht nur in Auswirkung auf die Lehrinhalte. Weitergedacht, müßte auch der Ausbildungsmodus an den Mittel-/Haupt-/Volksschulen in diese Grundsatzdiskussion eingeschlossen werden, v.a. deshalb, weil der Lehrerpool für die Mittelschulen auf den Universitäten herangebildet wird. Aus der Erkenntnis, daß selbst kleine Korrekturen einen großen Aufwand für die Überwindung von

Egoismen und angestammten Rechten erfordern, sind diese umfänglichen Veränderungen trotz der drohenden Krisen im Kontaktbereich Lebensraum, Mensch und Umwelt kaum im Ansatz zu erreichen.

2. Die Einheit von Forschung und Lehre soll erhalten bleiben.

Neben der wohl oft mißbräuchlichen Ausdeutung der im Grundgesetz verankerten Freiheit der Forschung prägt die von Wilhelm von Humboldt geforderte Einheit von Forschung und Lehre das Universitätsgeschehen. Diese Einheit bezieht sich nicht nur auf die zur Lehre und Forschung errichteten Institutionen (Universitäten), sondern auch darauf, daß Lehrende zugleich Forschende sein sollten.

Wie sich aus dem vorhergehenden Kapitel aufzeigen ließ, haben sich bereits bei der Struktur des Lehrbereiches scheinbar unüberwindbare Probleme durch den zu geringen Personalstand ergeben. Der Forschungsbereich kann als Hauptleidtragender dieser Situation bezeichnet werden. Daher stellt sich die Frage, ob sich dieses „Ideal“ weiter aufrecht erhalten läßt, ohne daß einer der Bereiche oder beide darunter so leiden, daß überall untragbare Qualitätsverluste eintreten.

Überträgt man dem Forschenden im Rahmen seiner verbrieften Freiheit jenes Maß an Verantwortlichkeit, daß Forschung nicht nur der Erweiterung des Wissens, sondern über dieses Wissen um die Zusammenhänge auch der Erhaltung unseres Lebensraumes zu dienen hat, könnte diese Forderung nach Aufrechterhaltung der Verknüpfung von Lehre und Forschung für jedermann verständlich sein. Die Entwicklung im Forschungs-geschehen, in dem der momentane Erfolg ohne Rücksicht auf zukünftige Auswirkungen zählt, der rasante Fortschritt kaum Zeit für die kritische Bewertung zuläßt, die weltweite Konkurrenzierung lokale, in einer Kultur gewachsene Moralvorstellungen nur hinderlich erscheinen läßt, im Heranbildungsgang für den wissenschaftlichen Nachwuchs kaum Lehrinhalte zur Bedeutung der Verantwortung des Forschers im Wissenschaftsgebäude zu finden sind; diese Entwicklung läßt die Antwort schon unsicherer erscheinen. Bindet man die von den Betroffenen mit-errichteten Studienvorschriften in die neuen Studienordnungen mit ein, kommen große Zweifel auf, ob diese Kombination zukunftsweisend sein könnte. Einen zukunftsweisenden Katalog von Forderungen an den Lehrer und Forscher von seiten des Gesetzgebers wird man ebenfalls vergeblich suchen, selbst zukunftsgerichtete Konzepte sind von den Gegenwartsproblemen verschüttet oder nicht vorhanden.

Ich denke oft daran, wie sehr sich Forscher und Lehrer an den Universitäten über den Ausbildungsstand der Maturanten beklagen, und dies öffentlichkeitswirksam mit Zustimmung ehemaliger Absolventen, ohne zu bedenken, daß sie

es sind, die die Lehrer für die höheren Schulen ausbilden. Auch hier sind die vorhandenen Kapazitäten offensichtlich überfordert, im Rahmen der Lehr- und Forschungsaufgaben ein spezielles Angebot, bezogen auf den zukünftigen Lehrer auf Mittelschulen, zu gewährleisten.

Ich möchte als eingeschworener Vertreter der Zusammengehörigkeit von Forschung und Lehre, wie ich sie in der Diskussion um das neue Dienstrecht und an anderer Stelle auch publizistisch begründet habe, diese die Universität grundlegend formende Forderung erst dann mit allem Nachdruck wieder einklagen, wenn strukturelle Vorgaben den zukunftsweisenden Aspekt begründbar machen. Hierzu gehören die Erfüllung der Forderungen nach

- gleichberechtigter Einbindung aller Qualifizierten in den Forschungsbetrieb auf Grundlage erbrachter Leistungen;
- hierarchischen Ordnungssystemen, die ausschließlich auf die wissenschaftliche Problemstellung bezogen sind, das bedeutet Fluktuieren von strukturellen Einheiten und Mobilität der Ordnungsprinzipien;
- Leistungsüberprüfung von Teams, welche eine Institution ausmachen, unter Berücksichtigung der Freiräume des einzelnen; und nach
- dem Nachweis der Einbindung und Überprüfung von Forschungsergebnissen im Rahmen der Auswirkungen in übergeordneten Wissenschaftsbereichen bis hin zum globalen Ökosystem.

Erst dann, wenn sich der unbestritten bedeutsame „Einzelkämpfer“ im Team wiederfindet und sich jederzeit auch außerhalb der geschlossenen Gesellschaft (im „Elfenbeinturm“) der Spezialisten (scientific community of specialists) kritisch überprüfbar sind, ist es möglich, den Forscher als bedeutenden Lehrer für den Nachwuchs anzusehen. Erst dann, wenn in Forschung und Lehre neben dem Spezialisierungsweg Interdisziplinarität nicht nur möglich, sondern auch gefördert wird, werden die Universitäten jenen Nachwuchs erhalten, der den zukünftigen Aufgaben gerecht werden kann.

3. Mehr Mobilität des wissenschaftlichen Personals.

Im Umfeld der Gestaltung des neuen Dienstrechtes prallten in der Diskussion um die Definitivstellung eines Teiles der nichtprofessoralen Universitätslehrer die Meinung der vom Zeitpunkt der Ernennung (Berufung) an definitiv gestellten Professoren und der unter z.T. menschenunwürdigen Kettenverträgen angestellten Assistenten und Dozenten heftig aufeinander. Ohne auch nur im Ansatz die eigene statische und eventuell unflexible Situation zu diskutieren, wurde von seiten der Professoren das Bild der „versteinerten“ Universität an die Wand gemalt. Ein griffiger und vor allem vom nachdrängenden Nachwuchs vielfach mißverständener Spot wurde verwendet, um die Gesamtverantwortung für diese Probleme einer bis 1975 ohne jegliche Entscheidungsbe-

fugnisse versehenen Gruppe aufzulasten, einer Gruppe, in der ein großer Teil nach Aufgabenstellung in Lehre und Forschung kaum von den Professoren unterscheidbar war und ist.

Die ausgelösten Abwehrmechanismen bei den Betroffenen wurden öffentlich als Wunsch nach Sicherstellung mit reduziertem Leistungsnachweis oder als Versperren der Wege für den begabten Nachwuchs angeprangert, während das Zugeständnis, das Emeritierungsalter bei den Ordinarien von 70 auf 68 herabzusetzen, als zu weitgehend betrachtet wurde. Ohne an andere Modelle zu denken, war der Kostenzuwachs bei früherer Emeritierung ein griffiges Argument. Im Gegensatz dazu hat sich der wissenschaftliche Nachwuchs, dienstrechtlich als Hochschulassistenten im Anstellungsschema ausgewiesen, sehr wohl dem Problemkreis Mobilität und Fluktuation gestellt und dem allein auf sich gestellt Rechnung getragen.

In den Mitteilungsblättern der Karl-Franzens-Universität Graz für das Studienjahr 1988/89 finden sich folgende ausgeschriebene Stellen:

- 49 Universitätsassistenten-(Assistenten-

arzt-)stellen;

- 70 Vertretungsstellen (exkl. Eigenfinanzierte);
- 10 ordentliche Professorenstellen; und

- 2 außerordentliche Professorenstellen.

Daraus ergibt sich eine Fluktuationsrate im nichtprofessoralen Anteil von etwa 13% und bei den Professoren von etwa 5,6% bezogen auf den Planstellenbestand. In diese „Fluktuationsrate“ eingerechnet sind auch die neu errichteten Planstellen. Wie sollten die Kennwörter „Mobilität“ und „Fluktuation“ vom Nachwuchs begriffen werden, wenn diese von den Vorgesetzten kaum vorgelebt wurden? Wie sollte man sich der internationalen Qualifikation stellen können, wenn „nachwuchserne“ Arbeiten und Pflichten den Alltag zu sehr belasten? Das neue Dienstrecht für alle „Hochschul“-Lehrer sieht jedenfalls für den Berufsweg des Nachwuchses strenge Qualifikationsprüfungen und Leistungsnachweise vor, die Definitivstellung in Konsequenz dazu ist als eines unter vielen anderen Zielen zu sehen. Die heftig in Diskussion gestellte Definitivstellung läßt sich sehr wohl begründen, vor allem dann, wenn diese für die Pro-

fessoren unabdingbar erscheint. Setzt man voraus, daß verwaltungswirtschaftliche Hierarchien im Lehr- und Forschungsbereich nur zur Förderung dienen könnten, nicht jedoch um untergebene Qualifizierte zu gängeln, könnte man sich andere Systeme der Unabhängigkeit von außenwirksamen Eingriffen in die Kernzonen von Forschung und Lehre vorstellen.

Ergeben sich jedoch für alle Abgesicherten (definitiv Gestellten) keine gleichartigen Forderungen nach Leistungsnachweis, sondern werden solche lediglich auf einen Teil übertragen, oder werden keinerlei Möglichkeiten der Weiterentwicklung im Rahmen einer vorgegebenen Stelle angeboten, wird der Aspekt der Definitivstellung hauptsächlich negative Folgewirkungen in allen Gruppen zeigen.

So sind seit eh und je die Professoren ab dem Zeitpunkt der Ernennung (Berufung) im definitiven Dienstverhältnis. Obwohl sich diese Gruppe stets mit den Fragen und den Folgen der Sicherstellung der übrigen, bei Definitivstellung meist gleichrangig Qualifizierten beschäftigt haben und beschäftigen, werden kaum Diskussionen zur Fluktuation, Mobilität und über Inhalte nach Eintreten in ihre ei-

Freiheit des Studiums

Die Studienzeit ist die Zeit der größten und vollsten Freiheit von äußerer Nötigung, die das Leben gewährt; vorher und nachher engt es mit Pflichten und Notwendigkeiten aller Art ein; der Student ist ganz frei, um ganz seiner Aufgabe zu leben: sie selbst zu einer selbständigen Persönlichkeit zu bilden. Aus dem Elternhaus herausgetreten, ordnet er seine äußeren Verhältnisse selbständig: er richtet sich nach eigenem Ermessen seine häuslichen Verhältnisse ein, er verfügt über sein Einkommen, er wählt seinen Umgang, seine Freunde. Ebenso verfügt er über seine Zeit: wurde dem Schüler täglich aufgegeben, was er leisten und lernen sollte, so wählt der Student wie das Studium, so die Universität, die Lehrer, die Vorlesungen. Und frei steht er auch innerlich dem, was der Lehrer bietet gegenüber; der Schüler mußte Aufgegebenes lernen und aneignen, der Student lernt nicht, sondern „studiert“, er steht dem, was er hört oder liest, mit freier Kritik gegenüber; er kann auch seinen Platz im Hörsaal überhaupt leer lassen; niemand stellt ihn darüber zur Rede, niemand fragt ihn, warum er es tut und was er treibt, wenigstens keine Person in offiziellem Auftrag. So unbedingte Freiheit kommt im Leben nie wieder. Später nehmen Beruf und Amt, Familie und Gesellschaft mit täglichen Pflichten und Sorgen in Anspruch; der Student gehört ganz sich selber, er ist niemandem und für niemanden als sich selber verantwortlich...

Das Korrelat der Freiheit ist die Selbstverantwortlichkeit. Je weniger äußere Nötigung, desto unabweisbarer die Pflicht der Selbstkontrolle und der Selbstsucht. Wer die Freiheit zur Ziellosigkeit gebraucht, der mißverstehen ihren Sinn: nicht sich gehen lassen, sondern sich selber zurechtfinden und regieren zu lernen ist sie gegeben.

Die Aufgabe ist nicht leicht, die Gefahr, das Rechte zu verfehlen, nicht klein. Manche finden sich anfangs wohl in Verlegenheit gesetzt durch das Übermaß ungewohnter Freiheit, ja leiden darunter: sie wissen nicht recht, was mit sich und der Zeit anfangen; sie versuchen es mit diesem oder jenem, sehen in diese und jene Wissenschaft hinein, fassen dies und das an, um es bald wieder fahren zu lassen. Man wird darüber nicht zu hart urteilen; nicht selten ist es auch ein instinktiver Drang, zu mannigfacher Berührung mit Dingen und Menschen zu kommen, der zunächst die Schritte unsicher macht; die Zeit ist nicht verloren, wenn dabei Weitung des Wesens erreicht und allmählich ein Gefühl für das der eigenen Natur Gemäße gewonnen wird...

Anders wird die Freiheit, verbunden mit der Unsicherheit über den Weg, zum Anlaß, fürs erste sich sorglos dem Augenblick zu überlassen und ziel- und wahllos die Freuden und Genüsse des Studentenlebens durchzukosten. Auch das mag hingehen; vielfach stellt sich bei uns solche Ausspannung als die natürliche Reaktion gegen die Überspannung der letzten Schulzeit dar. Wenn auf eine nicht zu lange Zeit der Ruhe

und Ungebundenheit neue und kräftige Triebe zur Arbeit sich hervordrängen, dann mag die Gehirntrache hygienisch gerechtfertigt sein; und auch die Erfahrung wird dann nicht ohne Nutzen gemacht sein, daß es nicht möglich ist, das Leben und Lebensglück auf die Genüßtriebe zu gründen.

Erstern wird die Gefahr, wenn die Gewöhnung an ein Leben ohne Arbeit und Pflicht allmählich zu einem Herabsinken in trübes Hindämmern führt, das, jeweils durch gute Vorträge und vergibliche Anläufe unterbrochen, zuletzt in eine Art habitueller Willenserschaffung ausläuft. Es ist eine Gefahr, der die indolente Natur bei unseren Einrichtungen ausgesetzt ist. Die Plötzlichkeit des Übergangs vom langen, streng gebundenen Schulkursus zu der unbedingten Freiheit eines während einer Reihe von Jahren ganz der eigenen Einsicht und Energie überlassenen Studiums trägt bei sie zu vergrößern. Und dann führt das Unbehagen und der Überdruß, die mit dem Leben im Müßiggang unabtrennbar verbunden sind, zu den mannigfachen Betäubungsmitteln, wodurch sich die Menschen über die innere Leere hinwegzutäuschen suchen. Fichte hat diesen Zusammenhang bezeichnet:

„Die Faulheit ist die Quelle aller Laster. So viel als immer möglich zu genießen und so wenig als immer möglich zu thun, das ist die Aufgabe der verdorbenen Natur; und die mancherlei Versuche, welche gemacht werden, um sie zu lösen, sind die Laster derselben.“ (Paulsen 1902, S. 340–343).

gene Position geführt.

Hätten sich seit jeher die Spitzen der Hierarchie — bis 1975 dazu noch die einzig Entscheidungsbefugten und seither noch immer die einzig Befugten zur Besetzung wichtiger hierarchischer Positionen (Institutsvorstand, Dekan, Rektor, Kommissionsvorsitz etc.) mit diesen Problemkreisen inhaltlich beschäftigt und dabei ihre eigene Position eingeschlossen, hätte in allen Bereichen des Universitätsgeschehens ein evolutionärer und autonom gesteuerter Prozeß des Wandels stattfinden können.

Aus diesen Vorbedingungen ist das Ergebnis des Dienstrechtes 1988 für alle Universitätslehrer zu verstehen. Es war kaum möglich gewesen, die Diskussionen

- nach dem Status der Qualifikation zu führen, sondern erzwungenmaßen nach Gruppenzugehörigkeit oder gar
- nach den faktischen Aufgabenstellungen gemäß Qualifikation, sondern nach vorgegebenen Positionen.

Eine alle Gruppen erfassende Aufarbeitung hätte sicher ein von allen unter diesen Prämissen gewünschtes Dienstrecht, abgekoppelt vom Beamtendienstrecht, eingebracht; so aber waren historisch gewachsene, jedoch längst durch die Realität überrollte Gruppengrenzen für das Ergebnis entscheidend. Es hätte auch ein Dienstrecht werden können, in dem die Qualifikation für Forschung und Lehre und nicht die hierarchische Position den Inhalt bestimmt hätte.

Der jüngste Wunsch nach einer gesamt-österreichischen Professorenkonferenz zeugt davon, wie sehr sich das Gruppendenken versteifend und statuierend fortsetzen läßt, statt nach neuen Ufern Ausschau zu halten. Wo bleibt hier die zukunftsgerichtete Gesinnung, die dem Forscher und Lehrer innewohnen sollte, wo sind die Modelle (Paradigmen), die die Reminiszenzen an alte Strukturen von der Verteilung der Macht überwinden läßt? Soll Geschichte zum Aufbruch führen oder dem Statischen Gründe liefern?

Nach diesen Betrachtungen verbleibt also die Umsetzung von Mobilität und Fluktuation vor allem im Bereich des Nachwuchses. Im neuen Dienstrecht sind die Aufgabenbereiche, die Verantwortlichkeit und das Maß der Eigenständigkeit in Forschung und Lehre, abgestuft nach erbrachten Leistungen, wie z.B. die Lehrbefähigung als Universitätsdozent, beim Nachwuchs entscheidend erweitert worden. Mit der Übernahme der Verpflichtungen wurde dem Ruf nach Mobilität mehr Rechnung getragen als der Suche nach Wegen, die Möglichkeiten des Auswechsels von dienstlich untergeordneten Personen zu erhöhen.

Denn unter Mobilität wird wohl mehr die Fähigkeit zu verstehen sein, sich anstehenden und zukunftsweisenden Problemen stellen zu können, nach wissenschaftlich fundierten Lösungsmöglichkeiten Ausschau zu halten und bestehende Paradigmen kritisch zu analysieren. Es wird wohl auch gemeint sein, sich und

seine Ideen, Lösungsvorschläge und Durchführungswege und seine höchst persönliche Begabung in ein Team einzubringen und gegebene Positionen der Aufgabenstellung unterzuordnen. Inwiefern hervorragende Leistungen in Forschung und Lehre verwirklichtbar sind, wird also auch

- von den strukturellen Vorgaben und den personellen Gegebenheiten an den Universitäten abhängen,
- von der Ausstattung der Institute, von der Möglichkeit institutsübergreifender Aktivitäten und
- von der sinnvollen Einbindung des Personenpools in alle Aufgaben.

Das gegenwärtige Bild der Universität

- Einem enorm angewachsenen Studierendenpool stehen Universitätslehrer gegenüber, denen als Aufgabe neben der Lehre auch die Forschung und die verantwortliche Mitwirkung bei der Strukturierung ihres Arbeitsbereiches, der Universität, aufgetragen ist.

• Das Gesamtsystem ist geprägt von einer uneinheitlichen Verteilung der Leistungsüberprüfung. Sind die obersten — dienstrechtlich und organisationsrechtlich — vorgegebenen Sprossen der universitären Karriere erreicht, finden sich keine einfordernbare Leistungsnachweise in den entsprechenden Gesetzen. Andererseits stehen die am Beginn der Universitätslaufbahn Stehenden vor dem Faktum, daß sie zwar unentbehrlich in Forschung und Lehre sind, ihnen jedoch beinahe ausschließlich forschende Leistungen für ihr Fortkommen aufgerechnet werden. Dazu kommt, daß sich die Überprüfungsmechanismen weitgehend an quantitativen Maßstäben orientieren statt an qualitativen, manch berühmter und in den Annalen der Wissenschaftsgeschichte festgeschriebener Forscher hätte das heutige System nicht überlebt.

- Der entscheidende Schritt, zur Einzelleistung die Leistung eines in strukturellen Einheiten zusammengefaßten Teams (Abteilung, Institut, Fakultät, Universität) einer Prüfung zu unterwerfen ist bislang nur im Ansatz, aber ohne Folgewirkung, verwirklicht.

- Die vielfach von Entscheidungsschwächen in allen Bereichen eingeforderten engen Korsette gesetzlicher Vorgaben haben Wege nach zukunftsnotwendigen Veränderungen versperrt oder zumindest behindert.

- Überholte Gruppengrenzen, die sich aus Amtstiteln, nicht jedoch aus den Aufgabenstellungen ergeben, behindern eine sinnvolle Aufgabenverteilung in Forschung und Lehre.

- Gesetze, die die Strukturen und Aufgaben vorgeben, bedingen eine Aufstockung des wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Personals, um für den einzelnen Forscher und Lehrer Freiräume für kreative Leistungen, Gruppenarbeit,

Vertiefungs- und Weiterbildungsaktivitäten in Aussicht zu stellen.

- Gesetze verhindern, daß jede(r) einzelne Studierende nach Erarbeitung der Grundlagen im gewählten Wissenschafts- (Berufs-)bereich aufgefordert ist, eigeninitiativ Schwerpunkte zu setzen.

Fragmente zu einem Ausblick

Der Blick vom Satelliten auf unseren Planeten — er wird sich in bald auch einem Österreicher eröffnen — sollte dem Menschen schonungslos aufgezeigt haben, wie klein und begrenzt der Lebensraum — das globale Ökosystem wirklich ist. Dieses Bewußtsein mit dem dazugehörigen Wissen und dadurch geförderten Verständnis zu entwickeln, erfordert eine grundlegende Neugestaltung unseres Ausbildungs- und Bildungsgebäudes.

Solange auf den Universitäten die Lehrer der Gymnasien ausgebildet werden, solange übernehmen die Universitätslehrer auch die Verantwortung für die Heranbildung der Maturanten. Es erweist sich vielfach als fatal, daß die Kompetenzen auf zwei (!) Ministerien aufgeteilt sind. Ein beinahe klassisches Beispiel aus meinem engeren Betrachtungsraum sei angeführt: Der ehemalige Professor für Naturgeschichte wurde mit der neuen Fachbezeichnung „Biologie und Umweltkunde“ versehen. Der Ausbildungsgang hierfür auf der Universität heißt „Biologie und Erdwissenschaften“. Der ursprüngliche Begriff, der einen umfassenden Naturlehrbereich umschrieb, wurde zugunsten einschränkender Bezeichnungen fallen gelassen. Dort, wo schon in der vor-

universitären Heranbildung interdisziplinäre Aufarbeitung von Problemen des globalen Ökosystems, das Aufzeigen des komplexen und höchst sensiblen Wechselspiels (der „Vernetzung“) zwischen den „Welten“ (Litho-, Hydro-, Atmo- und Biosphäre) unseres Planeten im Sonnensystem möglich und einforderbar gewesen wäre, wo Biologen, Erdwissenschaftler, Physiker, Chemiker, Geographen und a.m. gemeinsam oder ausgebildete Ökosystemkundler jenes Maß an Wissen von den Grenzen des Möglichen erarbeiten hätten können, wurde ein weiteres Spezialgebiet eingeschoben und dies noch nach neuesten Vorschlägen zeitlich eingeschränkt.

Wo liegen die Ursachen solcher Fehlentwicklungen? Entsprechen die Ausbildungsgänge an den Universitäten nicht mehr den Erfordernissen der zukünftigen Ausbildungs- und Bildungsnöten, wann werden die Weiterbildungsangebote eingerichtet, die der rasante Wissenszuwachs erzwingt? Wie lange müssen sich die Universitätslehrer außenwirksame Weiterbildungsaktivitäten in Form von Besuchen von Tagungen, Forschungsarbeiten an anderen Institutionen, Vortragstätigkeit etc. weitgehend selbst finanzieren?

Wann werden die Zeichen, die die Um-

welt uns gibt, zum Anlaß genommen, entscheidende Veränderungen vorzunehmen? Sind die „Elfenbeintürme“ der Spezialistengemeinschaften zu hoch vermauert, um den unendlich und unüberwindbar erscheinenden verbindenden Zwischenraum besiedeln zu können?

Alle Universitätslehrer sind aufgerufen, eine breit angelegte Diskussion über das zu beginnen, was und wie gelehrt und geforscht werden soll, wie das Gesamtsystem der Heranbildung des Nachwuchses erstellt sein sollte, welche übergeordneten Paradigmen Spezialforschung steuern könnten, sollten diese nicht in Form von ausengesteuerten Regelungen in ein nach Autonomie rufendes System eingebracht werden. In der unübersehbaren Hast des Alltages geht offensichtlich unser aller Zukunft verloren.

Ansätze für Veränderungen auf den Universitäten, die allenthalben in Diskussio-

nen geäußert wurden, könnten sein:

- die Förderung von interdisziplinären Forschungs- und Lehraktivitäten, insbesondere von interdisziplinären Teamarbeiten;
- Lockerung der verwaltungsvorgegebenen Einheiten für übergreifende Lehr- und Forschungsaufgaben bis hin zur Ermöglichung der Bildung zeitlich begrenzter, ausschließlich auf Problemstellungen bezogener Einheiten, Befristung von Leitungsaufgaben und Einsetzbarkeit aller hierzu Qualifizierten in Leitungspositionen;
- Schwerpunktsetzung in Lehr- und Forschungsbereichen an verschiedenen Universitäten durch Konzentration von Mitteln und Personal über die Norm hinaus mit dazugehörigem Leistungsnachweis;
- Förderung der Weiterbildungsmöglichkeiten für Absolventen und Universitätslehrer;

- Einsatz der Universitätslehrer in Forschung und Lehre nach ausgewiesener Qualifikation; und

- Berücksichtigung der Notwendigkeit unterschiedlicher Strukturkonzepte im Forschungs-, Lehr- und diesen unterzuordnenden Verwaltungsbereich.

Alle hier aufgeführten Problemkreise und Vorschläge zu Änderungen können nur als subjektive Äußerungen eines einzelnen aufgefaßt werden, der im Laufe seiner Universitätskarriere nicht nur seinen in Forschung und Lehre zu vertretenden Bereich besiedelt hat, sondern sich besonders auch für Zusammenhänge in der Institution Universität interessiert hat: Dies aus der vielleicht auch bitteren Erfahrung heraus, daß die Umfeldvorgaben entscheidenden Einfluß auf die Entfaltung, die Entwicklung und den Leistungsoutput nehmen, ohne sich darauf berufen zu können.



DIE AUFGABEN EINER KUNSTHOCHSCHULE

Die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz

Unsere Studenten

Jeder kennt das schöne Palais Meran in der Leonhardstraße, das Zentralgebäude unserer Musikhochschule mit seiner Verwaltung und vier seiner fünf Institute. Unsere Hochschule ist eine der drei Musikhochschulen in Österreich, die für die höhere Ausbildung von Künstlern und Pädagogen zuständig sind; mit ihren neun Abteilungen und fünf Instituten, sowie einer Expositur in Obersiebenbrunn im Burgenland, bietet sie einer ständig wachsenden Zahl von Studenten aus dem In- und Ausland eine große Fülle von Kursen und Veranstaltungen.

Zur Zeit studieren über 1.500 Studenten bei uns, die aus Graz, der Steiermark, anderen Bundesländern und aus dem Ausland kommen, um im künstlerischen oder wissenschaftlichen Bereich Kenntnisse zu erlangen oder diese zu vertiefen. Unter ihnen sind auch Studenten aus dem Fernen Osten, wie z.B. aus Japan, Südkorea, China oder Taiwan.

Unsere Aufgabe

Unsere Musikhochschule ist in erster Linie eine Institution, die der Lehre dient. Doch diese Feststellung wäre unvollkommen, wenn man die Aufgabe der Musikhochschule allein als die Vermittlung von Wissen definieren würde.

Wie ich schon oft gesagt habe, sind die Ziele einer Hochschule wie der unsrigen mannigfaltig, doch liegen sie alle im Bereich der Kultur und der kulturellen Erziehung im weiteren Sinn. Unsere Institution soll zugleich Dienerin einer großen Tradition im Sinne der Erhaltung künstlerischer Werte der Vergangenheit und Verteidigerin einer vorwärtstrebenden Avantgarde sein. Ihre kulturelle Verantwortung liegt also nicht nur im künstlerisch-pädagogischen und im wissenschaftlichen Bereich, wo unsere Arbeit den Studenten unmittelbar zugute kommt, sondern auch ganz besonders in dem Beitrag, den eine solche Institution zum allgemeinen Kunstverständnis leisten kann, indem sie als Mitträgerin und -gestalterin des Kulturgeschehens wirkt, das für die Menschheit ein Gegenpol oder besser gesagt eine Ergänzung zur rein wirtschaftlichen Entwicklung darstellen könnte.

Über die „Nützlichkeit“ der Kunst

Im September dieses Jahres war ich zusammen mit 300 Rektoren aus den verschiedensten Ländern Europas in Durham (England), um an der Tagung der 9. Generalversammlung der CRE (Permanente Europäische Rektorenkonferenz) teilzunehmen. Unsere Musikhochschule ist seit vorigem Jahr als einzige Kunsthochschule ordentliches Mitglied der CRE, und es war erstaunlich festzustellen, daß ich als Vertreter unserer Musikhochschule und einziger Rektor einer europäischen Kunsthochschule an der Tagung teilnahm.

In Bezug auf das Jahr 1992 und die damit zusammenhängenden Probleme der EG-Länder wurden in interessanten Beiträgen brennende Themen besprochen. Eines davon war „Kultur und kulturelles Erbe“. Prof. Brian Morris stellte in seinem Referat die Frage nach der sogenannten „Nützlichkeit“ im universitären Denken und betonte, daß die Art der Beantwortung dieser Frage den Kern der Kultur, ihrer Bewertung und ihres Ranges in der Gesellschaft trifft. Er sprach dabei nicht von Forschung, sondern von Exponenten der Kunst, von Musikern, Dichtern und Malern.

In einer Universität sind alle Fakultäten und Institute von größter Wichtigkeit; dennoch werden oft Zweifel an der tatsächlichen Verwertbarkeit jener Kenntnisse geäußert, die im Nützlichkeitsbegriff nicht an erster Stelle stehen. Der Gedanke der praktischen Nützlichkeit liegt bei all dem nahe, was zur wirtschaftlichen Entwicklung und Förderung und auch zur Regelung der gesellschaftlichen Bedürfnisse beitragen kann. Inwieweit Kunst und Kultur sich auf dieser Ebene des Nützlichkeitsgedankens mit der Wirtschaft messen sollen oder können, ist für viele Menschen fragwürdig. Auch werden in manchen Ländern kulturelle Projekte zugunsten von militärischen Ausgaben für die Sicherheit der Nation zurückgestellt.

Vielleicht kann man dazu sagen, daß die Kunst und die mit ihr verbundene Kultur eines Landes nicht an dem Nützlichkeitsbegriff allein gemessen werden können, daß aber die Geschichte der Menschheit und ihrer Kulturentwicklung ohne Kunst undenkbar wäre. Anders formuliert: Die Kunst mag zwar nicht nützlich sein, dafür aber ist sie unentbehrlich!

Die Kunst in unserer Zeit

Nach den zwei Weltkriegen ist der technische Fortschritt und die Verwirklichung der kühnsten wissenschaftlichen Träume, auch in der Erforschung des Kosmos, besonders bemerkenswert. Diese Entwicklung der technischen Möglichkeiten und die besonderen Leistungen des rationalen Denkens mit seinen unglaublichen Resultaten verhalten den Menschen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem Selbstbewußtsein, das möglicherweise zur Bildung einer materialistischen Weltanschauung beitrug. Als Künstler darf man dazu sagen, daß der Kunstausdruck und die Kunst im allgemeinen als unersetzlicher Ausgleich für das rationale Denken den Menschen in unserer Zeit und im bald beginnenden 21. Jahrhundert vor der totalen Beherrschung durch den Materialismus schützen könnte.

Man kann davon ausgehen, daß sich die Kunst in ihrer Form und ihrem Inhalt weiterentwickelt, während die Wissenschaft auf ihre Weise durch die immer neuen Lösungen ihrer Probleme fortschrittlich ist. Entwicklung und Fortschritt sind auf beiden Gebieten nicht nur wünschenswert, sondern auch unerlässlich. Nur muß betont werden, daß in dieser Entwicklung die Aufgaben der Kunst anders geartet, wenn auch ebenso wichtig wie diejenigen der Wissenschaft sind, und daß ihre Leistungen daher mit anderen Maßstäben gemessen werden müssen.

Kunst und Kultur: Ein „Politicum“

Österreich zählt in der Welt zu den Ländern der Musik und der darstellenden Kunst. Denken wir nur an unsere Tradition der großen Wiener Klassik, mit Mozart, Haydn und Beethoven, und an die zweite Wiener Schule mit Arnold Schönberg, Alban Berg und Anton von Webern. Die Wiener Staatsoper, aber auch unser Opernhaus und Schauspielhaus in Graz werden sowohl von unserem kulturell interessierten Publikum als auch von internationalen Gästen besucht.

Unsere Musikhochschule trägt eine große Verantwortung für den Nachwuchs auf diesen Gebieten der Kunst. Das Kulturleben in Österreich, das durch bedeutende Künstler auf allen Gebieten getragen wird, muß durch unsere Kunsthochschule die Impulse bekommen, ohne die dieses

hohe Niveau in Zukunft nicht erhalten bliebe.

Unsere Politiker wissen, daß die Weiterentwicklung der Kultur, abgesehen von ihren rein politischen Aufgaben, von ihnen abhängt. Gerade auf dem Gebiet der Kunst ist Österreich international anerkannt, und diesen Stellenwert müssen wir beibehalten, um unseren Ruf als Kulturland zu bewahren. Kultur und Kunst ist für eine Bevölkerung nicht nur eine Bereicherung des Lebensinhaltes, sondern auch ein Beweis des Lebensstandards, welcher nichts mit Komfort oder materiellen Vorstellungen zu tun hat.

Kunst und Kultur dürfen kein Privileg einer Klasse sein, sondern müssen immer mehr Bürgern dabei helfen, im Kontakt mit kulturellen Werten ihr Weltbild zu gestalten. In der Vergangenheit — ich denke etwa an die mittelalterlichen Kathedralen als Symbol der Verbindung von Kunst und Religion — war die Kunst im Volk verankert. Aber auch heute noch sind die Kunst und die Kulturarbeit eine Angelegenheit aller Bürger, eine *res publica* — also ein „*politicum*“ im wahrsten Sinne des Wortes.

Die Musikhochschule in der Öffentlichkeit

Auf unsere Musikhochschule nochmals zurückkommend, möchte ich betonen, daß unsere Institution über die Lehre hinaus und aus den Mauern unserer Gebäude hinaus in die Öffentlichkeit wirkt. Bekannt ist, daß der Zyklus unserer Abonnementkonzerte einen neuen Kreis von Interessenten und Kunstliebhabern geschaffen hat. Dieser Abonnementzyklus zählt in der Konzertsaison 1989/90 24

Veranstaltungen, welche im Stefanien-saal, im Dom, im Minoritensaal, im Theater im Palais und im Schloß Eggenberg von unserer Musikhochschule in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft der Freunde unserer Institution veranstaltet wird.

Unter den berühmten Künstlern, die als Solisten in unseren Konzerten auftraten, möchte ich u.a. Gundula Janowitz, Christa Ludwig, Walter Berry und Maurizio Pollini nennen. Regelmäßig tritt der Zagreber Akademiechor unter Milan Horvat auf sowie das Gustav-Mahler-Jugendorchester, zweimal bereits unter der Leitung von Claudio Abbado, Chefdirigent der Wiener Staatsoper, der kürzlich zum künstlerischen Leiter und Chefdirigenten der Berliner Philharmoniker ernannt wurde. Neben diesen bekannten Namen ist auch für junge Künstler ein Platz eingeräumt, und zwar im Rahmen des Europäischen Podiums junger Solisten, in dem heuer im ersten Konzert unserer Konzertsaison das „Trio di Torino“ mit großem Erfolg spielte. Auch unsere besten Studenten haben Auftrittsmöglichkeiten in Kammerkonzerten.

Ein Desiderat: Der eigene Konzertsaal

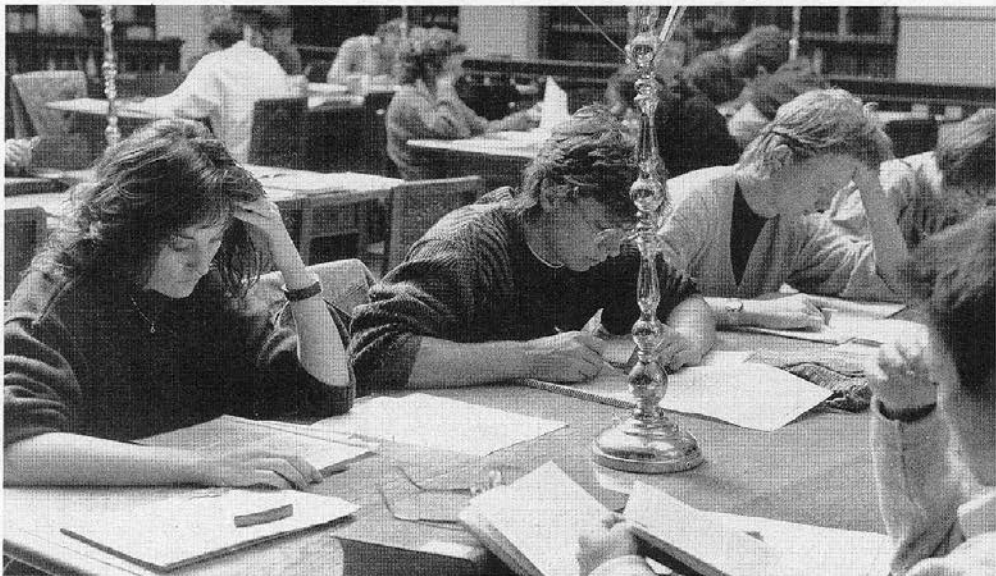
Was uns noch sehr fehlt, ist unser eigener Konzertsaal. Damit könnten wir nicht nur die Proben unseres Symphonischen Hochschulorchesters, diejenigen unseres Chors sowie eine sinnvolle Einteilung der Termine unserer öffentlichen Veranstaltungen, die von über 700 Abonnenten besucht werden, ermöglichen, sondern wir würden auch für unser Instrumentarium (Konzertflügel, Schlagzeug, etc.) einen

ständigen Platz zur Verfügung haben.

Eine Aula ist in einer Universität eine Selbstverständlichkeit. So muß wiederholt werden, daß ein Konzertsaal ein unentbehrlicher räumlicher Bestandteil einer Musikhochschule ist, und dies umso mehr, als eine solche Institution ihre Arbeit der Öffentlichkeit eben besonders durch Konzerte präsentieren muß.

Wir sind sehr glücklich über das Interesse des Landes Steiermark und des Magistrats der Stadt Graz und über die Unterstützung durch führende Politiker des Landes und der Stadt und hoffen sehr, daß diese hohen Vertreter der Politik uns beim Ministerium für Wissenschaft und Forschung wie beim Finanzministerium in Wien bei diesem Plan zur Verwirklichung des Baues eines Konzertsaals durch Gespräche auf hoher Ebene unterstützen werden. Dieser Konzertsaal würde als kulturelle Bereicherung auch der Bevölkerung von Graz zugute kommen und außerdem Arbeitsplätze für den Bau schaffen.

Die Kulturstadt Graz kann auf ihre Karl-Franzens-Universität, auf ihre Technische Universität und auf ihre Hochschule für Musik und darstellende Kunst stolz sein. Diese Institutionen verleihen unserer Stadt den Charakter einer Universitätsstadt von Rang. So hoffen wir auch in Zukunft, daß für unsere Jugend von seiten unserer Regierung weiterhin im Einvernehmen der Universitäten und der Musikhochschule Unterstützung geleistet wird und daß wir den Erfordernissen unserer Kunsthochschule für die Lehre wie den kulturellen Aufgaben mit Hilfe von Bund, Land und der Stadt Graz gewachsen sein werden.



KONTINUITÄT UND WANDEL IN DER FORSCHUNGSGESELLSCHAFT JOANNEUM

Die Forschungsgesellschaft Joanneum ist ein Produkt des Weitblicks und der Fortschrittlichkeit, die die Technologiepolitik der Steiermark bereits in den sechziger Jahren auszeichneten. Mitte der achtziger Jahre kam die als Verein organisierte Gesellschaft ins Kreuzfeuer der Kritik, und diese schwierige Phase in der Geschichte des Joanneums leitete einen umfassenden und tiefgreifenden Erneuerungsprozess ein.

In den fast dreißig Jahren seines Bestehens ist das Joanneum immer wieder die Wirkungsstätte herausragender Forscherpersönlichkeiten gewesen, die ihre Institute zu internationalem Ansehen führten. Alle Schritte, die seit der Umwandlung des Vereines in eine Ges.m.b.H. im Juni 1987 gemacht worden sind, dienen dazu, dieses hervorragende geistige Potential zum besten Nutzen der Steiermark einzusetzen. Das wichtigste Zwischenergebnis im Reorganisationsprozeß, der die Neuordnung der inneren Struktur ebenso beinhaltete wie die Schaffung eines neuen Erscheinungsbildes, ist das Forschungsprogramm für die kommenden Jahre. Die konsequente Durchführung dieses Programmes, das sich an den Schlüsseltechnologien der neunziger Jahre orientiert, wird einen wesentlichen Beitrag zum Strukturwandel in der steirischen Wirtschaft leisten.

Die steirischen Investitionen in Forschung und Entwicklung

Rund 20% der Ausgaben aller österreichischen Bundesländer für Forschung und Entwicklung werden von der Steiermark getragen — ein Prozentsatz, der nur von Wien übertroffen wird, und mit dem die Steiermark weit vor allen anderen Bundesländern liegt. Ausschlaggebend dafür ist der schon in den frühen sechziger Jahren gefaßte Entschluß der Landesregierung, die anwendungsorientierte Forschung besonders zu fördern. Damals entstand eine Reihe von Forschungseinrichtungen, die eng mit den Universitäten zusammenarbeiteten und eine doppelte Funktion erfüllten: die Förderung des Wissenstransfers von den Universitäten in die Wirtschaft bzw. Verwaltung und die Durchführung anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung. Im Laufe der Zeit entwickelte sich daraus die Forschungsgesellschaft Joanneum, die heute zu den größten außeruniversitären Forschungsunternehmen Österreichs gehört.

Ein Drittel des Aufwandes wird mit einer Basisubvention des Landes Steiermark gedeckt. Zwei Drittel müssen aus der Auftragsforschung verdient werden; dieser zu erwirtschaftende Anteil liegt höher als bei vergleichbaren Forschungsunternehmen und verpflichtet uns zu höchster wirtschaftlicher Effizienz.

Die strukturelle Veränderung des Joanneums

Bei der 1987 erfolgten Umwandlung in eine Ges.m.b.H. legte der Eigentümer, das Land Steiermark, den Unternehmensauftrag neu fest: Die Forschungsgesellschaft Joanneum muß sich an der Wirtschafts- und Technologiepolitik des Landes orientieren und einen Beitrag zum Technologietransfer und zum Strukturwandel in der Steiermark leisten. Die neue Geschäftsführung hatte die Aufgabe, diese Vorgaben in ein detailliertes Unternehmenskonzept umzusetzen. Bei der Erstellung dieses Konzeptes, das als Dreijahresplan 1988—1991 vorliegt, standen drei Fragen im Vordergrund:

1. Welche Anforderungen müssen wir als moderner Forschungsbetrieb erfüllen?
2. Wie können wir in einer Zeit der Internationalisierung von Wissenschaft, Forschung und Technologie konkurrenzfähig sein?
3. Was können wir tun, um verstärkt auf die Bedürfnisse der heimischen Wirtschaft einzugehen?

So entstand ein Konzept, das die Unternehmensziele präzisiert, die zur Erreichung dieser Ziele förderliche Organisationsstruktur festlegt und die technologiepolitisch relevanten Forschungsschwerpunkte definiert. Betriebswirtschaftliche Kennzahlen beschreiben die Leitlinien der künftigen unternehmerischen Tätigkeit.

Dieser Reorganisationsprozeß hat sehr konkrete Auswirkungen. Die ursprünglich 37 Forschungseinheiten wurden auf 21 Institute reduziert, die sich mit Zukunftstechnologien befassen, und der Personalstand hat sich von knapp 300 Mitarbeitern auf 250 verringert. Strategisch unwichtige Beteiligungen wurden abgestoßen. Die eingesparten Mittel wurden in die Zukunft des Unternehmens investiert: in die Modernisierung und Ausweitung seiner Infrastruktur und in neue Forschungsinstitute.

Ein neues Erscheinungsbild zeugt von neuen Inhalten

Die Maßnahmen der vergangenen zwei Jahre haben eine neue Dynamik in allen Forschungsbereichen bewirkt. Diese war auch Anlaß für eine sorgfältig ausgearbeitete Corporate Design Strategie, um besser, nachhaltiger und international zu kommunizieren. So sind wir von dem Namen Forschungsgesellschaft Joanneum bzw. der Kurzbezeichnung FGJ im Sprachgebrauch abgegangen. Wir präsentieren uns unseren österreichischen Partnern unter dem von vielen seit jeher verwendeten Namen **Joanneum** und bieten unsere Leistungen international als **Joanneum Research** an. Diese Bezeichnung und das neue Logo, dessen klare und unverwechselbare Struktur an einen Daumenabdruck erinnert, drücken die Dynamik, die Internationalität und die Einmaligkeit aus, die wir anstreben.

Zukunftsorientierte Leitbilder des Unternehmens

Als modernes Forschungsunternehmen mit den Zielen Technologietransfer und wirtschaftlicher Strukturwandel will das Joanneum eine Brücke zwischen den steirischen Universitäten und der Wirtschaft sein. Wir engagieren für die Durchführung bedarfsgerechter, interdisziplinärer Forschung und Entwicklung vorrangig Universitätsabsolventen und bereiten sie darauf vor, später Führungsfunktionen in der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Verwaltung einzunehmen. Wir fördern innovative und unternehmerisch denkende Wissenschaftler und erwarten anerkannte wissenschaftliche Qualität, die Erzielung eines gesamtwirtschaftlichen Nutzens und die Beachtung der Verpflichtungen, die sich aus der Gemeinnützigkeit unserer Gesellschaft ergeben.

Wir haben uns daher aus jenen Dienstleistungen und Forschungsaktivitäten zurückgezogen, die von den Universitäten — unter anderem aufgrund der erweiterten Rechtsfähigkeit gemäß UOG-Novelle 1987 — selbst wahrgenommen werden können. Weiters wurden alle Aktivitäten eingestellt, bei denen die Gefahr einer unfairen Konkurrenzierung privatwirtschaftlicher Unternehmen, z.B. von Zivilingenieurbüros und Softwarehäusern, besteht. Das Joanneum konzentriert sich heute auf die Durchführung von angewandten Forschungs- und Entwicklungs-

arbeiten, die einen hohen Anteil an Vorforschung und den Einsatz modernster wissenschaftlicher Geräte erfordern.

Die Ausrichtung auf die Schlüsseltechnologien der neunziger Jahre

Im technologiepolitischen Konzept der Bundesregierung sind folgende Schwerpunkte der Technologieförderung ausgewiesen: Mikroelektronik und Informationsverarbeitung, Biotechnologie und Gentechnik, umweltfreundliche Technologien, neue Werkstoffe, Weltraumforschung und Weltraumtechnik. Damit ist der Rahmen gegeben, innerhalb dessen die steirische Forschung Schwerpunkte setzen und Forschungsfelder auswählen muß, die aufgrund besonderer eigener Stärken und des Bedarfs der heimischen Wirtschaft aussichtsreich erscheinen. Das Joanneum arbeitet marktorientiert, um sich auf diese Weise den Zugang zu Forschungsaufträgen zu sichern, und bemüht sich um international anerkannte Kompetenz in ausgewählten Nischen, die ihm eine Vorreiterrolle sichern. (Vgl. Abb. 1: Organisation der Forschungsgesellschaft Joanneum).

Diese Überlegungen waren für die Neugründung dreier Institute ausschlaggebend: das Laserzentrum Leoben, das Institut für Elektronische Systementwicklung und das Institut für Bio- und Umweltverfahrenstechnik. Gleichzeitig übernahm das Joanneum verstärkt Großaufträge in der Weltraumforschung. Das größte Interesse in der Öffentlichkeit fand dabei das Projekt **Austromir**, der Flug eines österreichischen Wissenschaftskosmonauten zur Raumstation Mir im Jahr 1991, mit dessen Management das Joanneum beauftragt wurde.

Dieselben Richtlinien wurden bei der Straffung der Organisationsstruktur und der Neuordnung der Forschungseinheiten angewandt. Einander ergänzende Forschungsaktivitäten wurden zusammengefaßt und bestehende Forschungsschwerpunkte überdacht. In einigen Fällen führte die notwendige Schwerpunktverlagerung zu einer Neubenennung des betreffenden Instituts. Forschungsbereiche, die nicht im Einklang mit den neuen Unternehmenszielen standen, subkritische Forschungseinheiten und Aktivitäten, die keine Aussicht auf nachhaltigen Erfolg im internationalen Forschungswettbewerb erwarten lassen, wurden ausgelagert bzw. aufgegeben. Gewisse Aktivitäten werden durch einen anderen Träger mit eigener Finanzierung weitergeführt. In jedem Fall wurde eine Auslaufstrategie angestrebt, die den geordneten Abschluß laufender Arbeiten ermöglichte.

Im Rahmen dieser Umstrukturierung entschied sich eine Anzahl von Mitarbeitern dazu, eigene Firmen zu gründen und ihre Aktivitäten in diesen fortzusetzen. Damit wurde ein konstruktiver Schritt zu Erfüllung eines unserer Unternehmensziele,

nämlich der Ausbildung von Fach- und Führungskräften für die Wirtschaft, getan.

Klare Zuordnung von Entscheidungskompetenz und Verantwortung

Bei der Umwandlung in eine Ges.m.b.H. wurden folgende Aufsichtsorgane bestellt: ein Wissenschaftlicher Beirat zur

sichtsorgan, in das Vertreter der Politik entsandt wurden.

Alle wichtigen Angelegenheiten sind dem Wissenschaftlichen Beirat zur Begutachtung und dem Aufsichtsrat zur Prüfung vorzulegen, bevor sie im Gesellschafterausschuß und gegebenenfalls in der Generalversammlung beschlossen werden. Somit liegt die Entscheidungs- und Aufsichtskompetenz weitgehend in den Händen von Fachleuten, wodurch das Einfließen von hoher Sach- und Fachkompetenz



sachbezogenen Zweckkritik, ein Aufsichtsrat zur Vollzugskritik und ein Gesellschafterausschuß als Organ des Eigentümers. (Vgl. Abb. 2: Organe der Forschungsgesellschaft Joanneum).

Im Wissenschaftlichen Beirat sind Vertreter der Universitäten, der Wirtschaftsforschung und der Forschungsförderung tätig. Zu Aufsichtsräten wurden führende Persönlichkeiten aus international renommierten Forschungsunternehmen, Vertreter der Aufsichtsbehörde und Experten aus dem Wirtschaftsprüfungs- und Sozialpartnerbereich bestellt. Eine Drittelparität im Aufsichtsrat wird von Mitgliedern des Betriebsrates gebildet. Der Gesellschafterausschuß ist das einzige Auf-

sichtsorgan, in das Vertreter der Politik entsandt wird.

Die im Ges.m.b.H.-Statut vorgegebenen Führungs- und Verantwortungsstrukturen haben die Unternehmenskultur wesentlich beeinflusst. Klare Organisationsstrukturen, die völlige Transparenz aller Entscheidungsprozesse und die Weitergabe von umfassenden wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Informationen geben den Institutsleitern und den Mitarbeitern die Möglichkeit, das Unternehmen als Ganzes zu überblicken und im Sinne unserer Unternehmensziele aktiv zu werden. In der Praxis gibt es heute mehr Zusammenarbeit auf allen Ebenen und eine bessere Nutzung der Ressourcen, ob es

sich nun um Know-how, um Serviceleistungen oder um wissenschaftliche Geräte handelt.

Neue Aufgaben und Herausforderungen in den neunziger Jahren

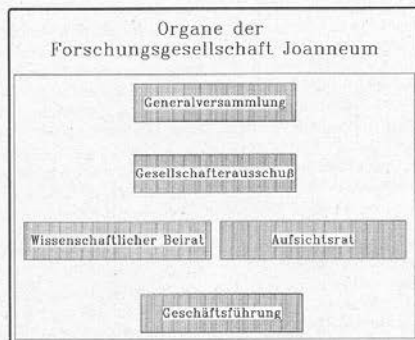
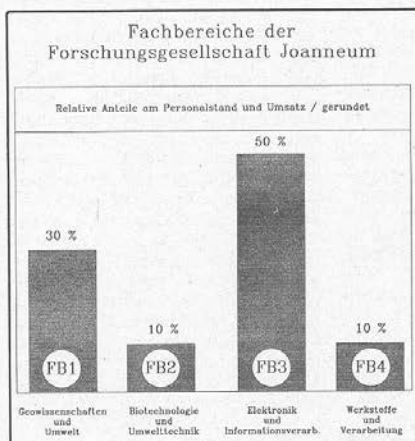
Der Anteil der vier Fachbereiche am Personalstand und am Umsatz ist derzeit noch nicht ausgewogen: Während der Fachbereich Elektronik und Informationsverarbeitung 50% der Mitarbeiter beschäftigt, arbeiten 30% im Bereich Geowissenschaften und Umwelt, und nur jeweils 10% in den Fachbereichen Biotechnologie und Umwelttechnik bzw. Werkstoffe und Verarbeitung. Die beiden letztgenannten Fachbereiche haben somit die ihrer aktuellen Bedeutung entsprechende Kapazität noch nicht erreicht. (Vgl. Abb. 3: Fachbereiche der Forschungsgesellschaft Joanneum).

Es ist geplant, zuerst diese beiden Fachbereiche und den Schwerpunkt Sensorik stärker auszubauen. Die Finanzierung soll zum Teil aus den durch die Reorganisation erzielten Einsparungen, zum Teil aus zusätzlicher Förderung durch die öffentliche Hand erfolgen. Die entsprechenden Konzepte werden in Kürze zur Beschlussfassung vorliegen.

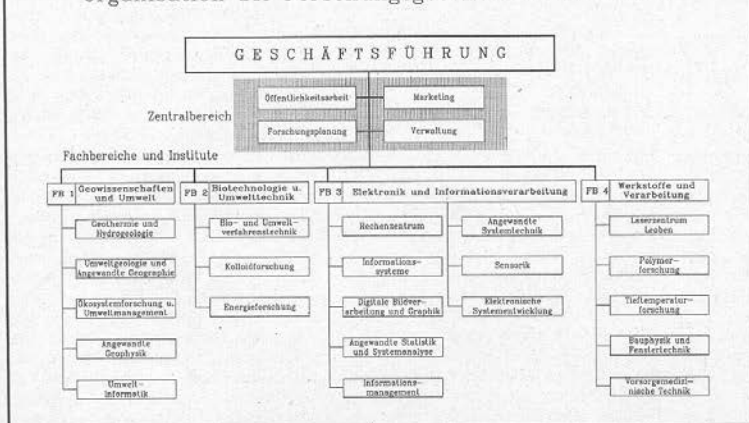
Wenn man die Entwicklung des Joanneum studiert, erkennt man zwei Gründerphasen: Die sechziger Jahre, in denen mit der Anschaffung von Großgeräten der Grundstein gelegt wurde und die Zeit von 1975 bis 1980, in denen der Einstieg in die Geowissenschaften, Umwelttechnik, Softwareentwicklung und Weltraumforschung erfolgte. Mit der Gründung neuer Institute und dem Ausbau bestehender Schwerpunkte ist nun eine dritte Gründerphase eingeleitet worden.

Mit über 250 Mitarbeitern, darunter einer großen Zahl hochqualifizierter Wissenschaftler und Techniker, zahlreichen

freien Mitarbeitern und Konsulenten verfügt das Joanneum über ein hervorragendes Potential, das nun — eingebunden in ein neues Unternehmenskonzept — verstärkt für die Steiermark wirksam wird. Als Forschungsgesellschaft, die im Wissens- und Technologietransfer tätig ist, reagiert das Joanneum besonders sensibel auf geänderte Bedingungen und Wertvorstellungen im technologischen, politischen und wirtschaftlichen Umfeld. Es ist ein innovativer Partner für die Wirtschaft und die Verwaltung, indem es Groß- und Mittelbetrieben bei der Entwicklung neuer Produkte bzw. Verfahren hilft und die Verwaltung bei technologischen Entscheidungen unterstützt. Kontinuität und Wandel charakterisieren die neue Forschungsgesellschaft Joanneum, die sich an die forschungspolitische Situation der ausklingenden achtziger Jahre angepaßt und für die Herausforderungen der neunziger Jahre gerüstet hat.



Organisation der Forschungsgesellschaft Joanneum



UNSER GEISTIGES KAPITAL

Die Studenten der Volkswirtschaftslehre werden umlernen müssen: Nicht mehr allein die drei klassischen Produktionsfaktoren — Boden, Arbeit und Kapital — sind es, die über eine Volkswirtschaft bestimmen, dazu tritt an ganz maßgeblicher Stelle die Bildung im weitesten Sinne des Wortes, vermehrt auch noch durch die ausdrückliche Erwähnung des unternehmerischen Elements (nicht nur auf den Unternehmer im sozialpartnerschaftlichen Organisationschema bezogen).

Was wir derzeit in aller Welt erleben, ist geradezu eine bildungspolitische Aufbruchstimmung, wobei einander allerdings Einsicht und Handeln meist — leider — nicht die Waage halten; zu verkrustet sind die politischen und administrativen, natürlich auch die gedanklichen Strukturen.

In diesem Sinne beschäftigen sich auch internationale Organisationen — wie etwa die OECD oder die EG — sehr intensiv mit Bildungs- und Qualifikationsfragen, in der Erkenntnis, daß die menschlichen Ressourcen und deren planvolle und großzügige Entwicklung maßgeblich über die Wettbewerbsfähigkeit einer Wirtschaft, aber auch die geistig-seelische Verfassung einer Gesellschaft entscheiden, umso mehr wenn diese zunehmend durch die Faktoren Information und Freizeit gekennzeichnet wird.

36 Erstmals haben sich Spitzenmanager der europäischen Industrie im Rahmen einer umfassenden Studie „Education and European Competence“ diesem Thema gewidmet.

European Round Table of Industrialists

Der ERT — „European Round Table of Industrialists“ — hat sich zum Ziel gesetzt, die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Industrie auch international zu stärken. Eine äußerst umfangreich gehaltene Bildungsstudie wurde aus folgenden Gründen erarbeitet:

1. Die Wissensintensität der Industrie, aber auch der Produkte nimmt rapide zu.
2. Bildung und Qualifikation sind von strategischer Bedeutung für die Konkurrenzfähigkeit europäischer Unternehmen.
3. Obwohl die EG Bildungs- und Mobilitätsprogramme durchführt, sind die Aktivitäten der EG und der EFTA im Bereich Bildung und Qualifikation unzureichend, in der EFTA und zwischen EG und EFTA sind sie nicht existent. Nach wie vor herrschen regionale Egoismen vor, Bildungsfragen werden als rein nationale Angelegenheit betrachtet, und neue Anforderungen, um ein integriertes Europa konkurrenzfähig zu machen, werden kaum erkannt.

4. Befähigt unser Bildungssystem also die Menschen, die Komplexität der Lebenszusammenhänge in einem Europa des 21. Jahrhunderts zu meistern? Wird Europa in der Lage sein, im internationalen Wettbewerb mithalten bzw. neue Akzente zu setzen, wenn zum Beispiel auf Grund der demographischen Entwicklung die europäischen Techniker in naher Zukunft 10 bis 20 Jahre älter sein werden als ihre asiatischen Mitbewerber?

Es wurde festgestellt,

- daß die Diskrepanz zwischen den Qualifikationsanforderungen in einer immer moderner werdenden Industrie einerseits und dem Qualifikationsangebot der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte andererseits immer größer wird und daraus eine Gefahr für die Konkurrenzfähigkeit Europas resultiert.

• daß die technische Entwicklung rascher vor sich geht als die Anpassung der Fähigkeiten und Fertigkeiten, daß aber Kompetenz, Fertigkeiten und Wissen der Mitarbeiter die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Nationen prägen, und

- daß die demographische Entwicklung, das steigende Durchschnittsalter, die geringer werdende Zahl an Jugendlichen die Situation zusätzlich verschärfen, umso mehr als auch die Bereitschaft und die Fähigkeit älterer Mitarbeiter zur Weiterbildung abnehmen.

Als Hauptergebnisse der ERT können festgehalten werden (wegen der Knappheit des Platzes nur in „Überschriftenform“):

1. Dringende Notwendigkeit einer Neubelebung („Revitalisation“) und Dynamisierung einer breiten Grundbildung.
2. Intensivierung der Kooperation zwischen Industrie und Bildungsinstitutionen.
3. Anhebung der Bedeutung technischer Bildungswege.
4. Europäische Bildungskoooperation zwecks Verbesserung der Vergleichbarkeit und länderübergreifenden Zusammenarbeit.
5. Lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung.

Nachstehend aufgliedert die Meinung der Industrie zur Bildung:

1. *Primary and secondary education*: generelle Notwendigkeit der Niveaubehaltung; insbesondere wird das Fehlen von Schlüsselqualifikationen, wie Kommunikationsfähigkeit, Teamarbeit, Problemlösung, aber auch das geringe Wissen von der wirtschaftlichen Umwelt und dem Wesen des Wirtschaftens wie der Bedeutung des Gewinnes beklagt. Zentrale Rolle der Lehrer: geringe Flexibilität, geringe Motivation; allerdings werden auch fehlende Anreize beklagt.
2. *Berufsausbildung und -weiterbildung* („Voca-

tional education and training): Die Aussagen differierten nach Regionen. In den deutschsprachigen Regionen: Zufriedenheit mit dem System, weitere Verbesserung jedoch notwendig, wie z.B. Sprachentraining und mathematische Grundkenntnisse, aber auch Problemlösungskapazität und Teamarbeit wurden genannt.

Lateinische Länder: Bildungsinstitutionen und Industrie scheinen sich auseinander zu entwickeln, insbesondere im technischen und im Sprachenbereich, auch die Lernfähigkeit war zu gering ausgeprägt. *Skandinavien*: relative Zufriedenheit mit Aus- und Weiterbildung. — In allen Regionen wurde das Hauptproblem der internationalen Transferfähigkeit und Vergleichbarkeit von Abschlüssen, Graden und Inhalten festgestellt. Ein besonderer Weiterbildungsbedarf wurde erhoben: insbesondere Fremdsprachen, aber auch Informationstechnologie, Elektronik, Mechanik, Mathematik, Management und wirtschaftliche Fertigkeiten. An Bedeutung gewinnen auch Umweltfragen.

3. *Higher education* (Colleges und Universitäten): Die befragten Unternehmen beschäftigen rund 10 Prozent Akademiker bzw. Post-graduate-Absolventen. Eine technische Bildung bringt die größte Garantie für eine gute Beschäftigung in der Industrie. Es ist schwierig, die notwendige Zahl an Ingenieuren zu bekommen, insbesondere für Elektronik, Computerwissenschaften, Chemie, Informationstechnologie, Logistik etc.

Nun zurück nach Österreich. Nach der intensiven Reformphase der Siebzigerjahre ist deren Langzeitwirkung — nicht nur im positiven Sinne — heute noch spürbar: Überdemokratisierung der Universitäten mit damit verbundenem Absinken des Niveaus, Bildungspolitik als Vehikel der Gesellschaftspolitik, politische Bildung als Spielball divergierender Interessen, Gleichhaltungstendenzen im Bildungsbereich, um nur die wichtigsten zu nennen. Nun stehen wir am Beginn einer neuen Reformphase. Es ist erfreulich, daß auch in den Reihen aufgeschlossener Sozialisten sich die Sachzwänge durchsetzen und etwa das Wort „Elite“ nicht mehr Reizcharakter hat.

Ganz allgemein läßt sich sagen, daß überall erkannt wird, daß die Bildungspolitik nicht nur zögernd reagiert, sondern offensiv und vor allem sehr kreativ und vorausschauend agieren muß. Die Vereinigung Österreichischer Industrieller mißt darum der Bildungspolitik höchste Priorität zu und ist stolz darauf, daß sie auch auf diesem Gebiet seit vielen Jahren eine Vorreiterrolle beanspruchen darf. Scharf ausgedrückt: Bildungspolitik ist mindestens so wichtig wie etwa Steuer- oder

Handelspolitik, um nur zwei Gebiete zu nennen.

Die VÖI arbeitet daher auch sehr intensiv in allen Gremien, die sich mit Bildungsfragen beschäftigen, mit. Vor dem Sommer 1989 wurde vom Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, auch unter Mitwirkung der Industriellenvereinigung, eine umfassende Studie „Qualifikation 2000“ erstellt. Ihre Ergebnisse können wie folgt zusammengefaßt werden:

Arbeitsmarkt

- Bis 2000 wird es zu keinem *globalen* Arbeitskräftemangel kommen; weiterhin Verschiebungen in Richtung höherer formaler Bildungsabschlüsse (Bildungsverhalten, demographische Entwicklung, nur mehr kleiner Prozentsatz ohne Berufsausbildung).
- Streben nach formal höherer Bildung trifft sich mit steigenden Qualifikationsanforderungen der Arbeitswelt.
- Zahl der Lehrlinge wird deutlich sinken; Betriebe müssen sich darauf einstellen (Attraktivität der Berufsausbildung, Arbeitsplatzangebot).
- Mangel an „Facharbeitern“ ist oft Mangel an Arbeitskräften mit bestimmten Berufsqualifikationen, spezifischen Erfahrungen, über Erstausbildung hinausgehender Berufsbildung; Lebensalter und Entlohnung besonderes Problem.
- Arbeitskräftemangel ist vielfach ein Mangel an (zusammenhängenden) Hilfskräften.
- Ausweitung der Berufsbildung notwendig (Zahl der Anfänger sinkt, technischer Wandel).
- Weiterbildung: Ausgleich zwischen beruflicher Weiterbildung für konkreten Arbeitsplatz und transferierbaren Qualifikationen.

Bildungswesen

Die Beiratsstudie konzentriert sich auf berufliche Bildung und auf die sozialen und beruflichen Kompetenzen:

- Das letzte Jahr der Pflichtschule läßt sich heute unterschiedlich absolvieren; ungleicher Wettbewerb zwischen einzelnen Bildungswegen, unterschiedliche Chancen der jungen Menschen.
- Gleiche Startvoraussetzungen sollten für weiterführende Bildungsgänge nach der Pflichtschule geschaffen werden. Modelle: 5. Volksschuljahr, Orientierungsjahr, Gesamtschule, 5. Hauptschulklasse etc.
- Alle Änderungen bedeuten eine echte Integration der 9. Schulstufe in das Pflichtschulsystem und eine gemeinsame Zäsur nach dem 9. Schuljahr; gravierende Auswirkungen auch auf alle weiterführenden Schulen.
- Duale Berufsausbildung: Aufwertung der Lehrausbildung; Berufsausbildung enthält zunehmend allgemeinbildende Elemente; muß verstärkt auch Inhalte wie Persönlichkeitsbildung, soziale Kompetenzen und Lernfähigkeit vermitteln.

Wichtig ist auch die Transferierbarkeit beruflicher Qualifikationen.

- Vermehrung zwischenbetrieblicher Ausbildungsmaßnahmen macht Überlegungen für neue Finanzierungsmodelle notwendig (Ergänzung und Absicherung).
- Bedarfs- und Bildungsplanung der Betriebe gewinnt an Bedeutung.
- Absolventen der Lehrlingsausbildung sollen spezifische, auf die vorhergegangene Berufsausbildung aufbauende Bildungsgänge angeboten werden, die zu einer „beruflichen Reife“ (mit Hochschulberechtigung) führen.
- Solche Aufbaulehrgänge sollten für verwandte Berufsgruppen gemeinsam geführt werden, ein Anspruch auf staatliche Unterstützung (Höhe der Arbeitslosenunterstützung) soll für die Dauer des Lehrgangs bestehen.
- Maturanten: Steigende Zahl der AHS-Maturanten erfordert neue Bildungsalternativen zum Hochschulstudium. Ausbau der Kollegs flächendeckend und auch in Abendform. Darüber hinaus neuartige Bildungsgänge für Maturanten in Kooperation zwischen Betrieben, berufsbildenden Schulen und/oder Universitäten bzw. Erwachsenenbildung (eventuell nach Muster von Berufsakademien).
- Hochschulen, Universitäten: Probleme der überdurchschnittlich langen Studienzeiten, einer schleppenden Modernisierung, Schwachstellen der Infrastruktur. Neue Phase der Studienreform notwendig (flexible und inhaltliche Erneuerung, Verkürzung der tatsächlichen Studienzeiten).
- Schwerpunkt Bildung sowohl in Ausbildung als auch in der Forschung.
- Ziel einer langfristigen Forschungspolitik muß sein, den Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben rasch zu erhöhen, insbesondere im Unternehmenssektor; Internationalität der Universitäten verbessern; qualitativen „Leistungswettbewerb“ steigern; Infrastruktur verbessern; Prioritätensetzung bei der Mittelverwendung; verstärkte Internationalisierung (Studienanrechenbarkeit, Austausch von Studenten, Assistenten, Professoren).
- Im Vergleich zur Gesamtzahl der Studierenden ist Anzahl der Doktorsabschlüsse sehr niedrig (OECD-Prüfbericht); dem Nachwuchs für Berufsaufbahnen einerseits wie dem steigenden Bedarf der Wirtschaft an Ingenieuren, Managern und hochspezialisierten Fachkräften andererseits muß Rechnung getragen werden.

Weiterbildung

- Weiterbildung gewinnt an Bedeutung (technisch-wirtschaftlicher, gesellschaftlicher Wandel, Verhaltensweisen, Wertungen verändern sich, Internationalisierung).
- Anteil der Erwerbspersonen: Alter 25–35: 41,8% (1990) auf 35,6% (2000);

Alter 35–55: 34,3% auf 50,6%. Daher gewinnen Requalifizierung und neue Qualifizierung der bereits im Erwerbsleben Stehenden (auch älterer Personen und Frauen) an Bedeutung.

- Moderne Berufsausbildung als Voraussetzung, damit technischer Fortschritt in Innovationen umgesetzt werden kann.
- Bei Arbeitslosigkeit ist Anpassung und Anhebung von Qualifikationen Voraussetzung für Wiedereingliederung; vorbeugende Höherqualifizierung von Beschäftigten wird heute schon von der Arbeitsmarktverwaltung gefördert, eine Ausweitung würde eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis erfordern.
- Zugang zur Weiterbildung für die Per-

Zur Durchfallsquote

Der Student soll die schwierige Kunst lernen, sich selbst zu regieren, aus eigenem Antrieb zu arbeiten; sie kann nur in der Freiheit gelernt werden. Ein Engländer fragte mich einmal: Wie kommt es, daß die Deutschen, die sonst so sehr auf Ordnung halten, in der Schule und im Leben, den Studenten auf der Universität eine so unbedingte Freiheit geben, viel mehr als in England der Fall ist? Ich erwiderte: es wird wohl das instinktive Gefühl dazu geführt haben, daß es notwendig sei, irgend einmal den Einzelnen auf sich selbst zu stellen, soll anders ein Mann aus ihm werden. Die Universitätsjahre sind die Probe, ob in dem jungen Menschen ein Mann steckt, der sich selber und dann auch Andere leiten und regieren kann. Wer es nicht lernt, der geht zu Grunde und wird auf diese Weise ausgeschieden. Gewiß, das ist bitter für die Beteiligten. Aber für den Staat ist es eine notwendige Sicherung gegen die Unvernunft der Gesellschaft. Man hat den Jungen, trotz lauten Protestes der Natur, durch das Gymnasium geschoben und gepeitscht und schickt ihn nun auf die Universität, um ihn dann als Amtsanwärter dem Staat zur Versorgung aufzubürden. Aber hier scheitert, wer an intellektueller Begabung oder an Willensenergie allzuwenig aufzubieten hat; und das ist für die Gesamtheit kein Verlust, im Gegenteil eine Sicherung gegen intellektuelle oder moralische Unzulänglichkeit. Die Eltern pflegen dann die Schuld auf die Universität zu schieben: sie habe ihn nicht zu halten und zur Arbeit zu führen gewußt. Gewiß, sie hat ihn nicht, wie man es dem Gymnasium zur Pflicht gemacht hat, genötigt und geschoben; aber sie hat ihn auch nicht zu kommen gebeten: sie ladet nur den ein, der sich als Freier um die Gaben bewirbt, die sie anbietet.

(Paulsen 1902, S. 372–373).

sonen, die im Arbeitsprozess stehen, am mühsamsten; schwierig auch der Übergang von Beschäftigung in Bildungssystem (Aufnahme eines zweiten Bildungsweges).

- **Erwachsenenbildung-Informationspool** soll gegründet werden, Nutzung der im Aufbau befindlichen Berufsinformationssysteme.
- **Anbieterseite** von Erwachsenenbildungseinrichtungen der Interessenvertretungen dominiert; unzureichend die Aktivitäten der Universitäten und der berufsbildenden Schulen.
- **Regelung der Anrechnung** von im Rahmen der beruflichen Erwachsenenbildung erworbenen Qualifikation auf formale Bildungsgänge erscheint dringlich.

Europäische Integration

Bildungspolitik nur begrenzte Aufgabe der EG (wegen Autonomie); Hinweis auf verstärkte Konkurrenz der Absolventen; Ansicht der EG, die Möglichkeiten der Bildungsstellenstellung auszuweiten; verstärkte Bemühungen zur gegenseitigen Anerkennung erworbener Qualifikationen wünschenswert; verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bildungsreich.

Für eine neue Bildungsoffensive

Die Vereinigung Österreichischer Industrieller hat seit Jahren immer wieder ihre bildungspolitischen Vorstellungen der Öffentlichkeit präsentiert („Bildungskonzept '80“, zuletzt Überlegungen für eine „Bildungsoffensive 2000 — Acht Anliegen an die Bundesregierung“).

Angesichts des Zusammenhanges zwischen wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit, Bildung und Qualifikation der Bevölkerung (40 Prozent des Wirtschaftswachstums sind auf Investitionen in Bildung zurückzuführen) und der demographischen Entwicklung, die bis zur Jahrtausendwende einen drastischen Rückgang des Anteils an Jugendlichen bringen wird (Anteil der Jugendlichen unter 25 Jahren 1981: 36,7 Prozent, 2000: 28,7 Prozent) gebietet sich eine neue Qualifikationsoffensive.

Der Mangel an qualifizierten Fachkräften ist in der Industrie besonders spürbar. Umfragen zeigen, daß (1989) 34 Prozent der Industrie eine Behinderung der Produktion durch Fachkräftemangel und 46 Prozent (fast jeder zweite Betrieb) Fachkräftemangel melden. Dem stehen zunehmende Beschäftigungsprobleme von Maturanten (insbesondere der AHS) und Akademikern wirtschaftsfremder Studienrichtungen entgegen.

Anliegen der Industrie:

1. **Internationalisierung vorantreiben und Europaerziehe** unseres Bildungswesens verbessern

Mobilität der Jugend, Studenten, aber auch Lehrer fördern; Fremdsprachen; Auf- und Ausbau internationaler Schulen; Aus-

landserfahrung für Hochschullehrer. Europäische Integration: Vorbereitung auf EG; Information über das Thema EG und Österreich; Europa ohne Grenzen bringt Wettbewerb, Anerkennung von Abschlüssen, Anforderungen an die Mobilität. EG intensiviert Mobilitäts- und Bildungsprogramme, wie ERASMUS, YES, COMETT, SPES etc.; frühzeitige Mitwirkung Österreichs daran notwendig.

2. Den qualifizierten Fachkräftenachwuchs sichern

Trend zu höheren Schulen, sinkende Geburtenzahlen, vor allem aber steigende Anforderungen an den „Facharbeiter der Zukunft“ verschärfen Nachwuchsprobleme der Industrie, trotz hervorragender Berufs- und auch Einkommensmöglichkeiten; Aufwertung der praktischen handwerklichen Arbeit, Klima für diese Berufe verbessern, Bildungs- und Berufsinformation intensivieren.

Attraktivität der dualen Berufsausbildung (internationale Orientierung, Fremdsprachen, Flexibilität) erhöhen; neue Wege einer Kombination zwischen praktischer Ausbildung in den Betrieben und ergänzender schulischer Bildung (Modell der Berufsakademien der Bundesrepublik Deutschland) bieten.

Vor allem Chancengerechtigkeit zwischen Berufsausbildung und weiterführenden Schulen (in die Berufsausbildung kann man erst nach der Pflichtschulzeit einsteigen) durch eine umfassende Bildungsstrukturreform herstellen, auch weil der Polytechnische Lehrgang im städtischen Bereich zur Restschule gehört.

3. Verbesserung der Grundlagen

Breite Grundlagenbildung im Schulwesen (Kulturtechniken, Denken lernen, Umgehen mit Informationen), Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, wie Entscheidungsfähigkeit, Verantwortungsbereitschaft etc., gewinnen an Bedeutung; Strategien gegen das bloße „Erledigen“; Wissen ist mehr als das Abprüfen von Gelehrtem, alle Absolventen sollen über grundlegende Kenntnisse naturwissenschaftlich-technischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge (die Bedeutung des Wirtschaftens, Unternehmertum etc.) verfügen.

4. Universitäten

Wettbewerbsfähigkeit nicht nur, aber besonders im Lichte der EG überprüfen; Universitäten sind für die Industrie nicht nur Ausbildungseinrichtungen, sondern besondere Stätten der Bildung; angesichts der Massenuniversität müssen die Universitäten ihre eigenen Aufgaben neu überdenken; Bekenntnis zur Qualität und Notwendigkeit der Elite; Schaffen von „Centers of Excellence“ als Gegenstrategie gegen die Massenuniversität.

Verbesserung der Rahmenbedingungen (bessere Ausstattung, bessere Relation Lehrer — Studierende), jedoch bei gleichzeitiger Leistungskontrolle notwendig.

Österreichs Studenten studieren länger als notwendig; die Studiendauer in technischen Bereichen liegt in Österreich um 30 Prozent höher als im EG-Raum.

Wirtschaftsfremde Hochschulexpansion;

Hochschulstudienabschlüsse sind gegenüber den Siebzigerjahren um 70 Prozent gestiegen; in den technischen Fächern ein Zuwachs von 13 Prozent, in den Geisteswissenschaften um 123 Prozent. Erfreulich, wenn in den letzten Jahren der Zuwachs an den Technischen Universitäten besonders hoch war (Technische Universität Wien und Graz 6 bis 8 Prozent), jedoch bei einer Drop-out-Rate von 75 Prozent (TU Wien). ERT-Studie beklagt, daß das Bildungsinteresse im technischen Bereich nicht mit der großen Bedeutung der technologischen Entwicklung übereinstimmt. Im europäischen Schnitt entfallen 34 Technikanfänger auf 100.000 Einwohner, verglichen mit den USA und Japan mit 77 bzw. 76 Prozent; in Österreich sind es — neben den Technischen Lehranstalten — rund 54 Prozent bei einer durchschnittlichen Drop-out-Rate von mehr als 50 Prozent.

Neues Problem: In den nächsten Jahren werden rund 50 Prozent der Hochschulprofessoren an naturwissenschaftlich-technischen Universitäten in Pension gehen; heute bereits europaweit Mangel an Technikern und Ingenieuren; Wettbewerb um hochqualifizierte Kräfte innerhalb Europas wird zunehmen.

5. **Deregulierung und Entbürokratisierung** Bildungswesen reagiert viel zu träge auf Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft; z.B. Einführung der Fremdsprachen in den Sozialwissenschaftlichen Studien; Einbau neuer Techniken im universitären Bereich.

Stärkung der finanziellen Autonomie sowohl der Schulen als auch der Universitäten; Ausbau der Verantwortung als Ausweg.

Größere Freiräume für Institute und Universitäten auch in der Kooperation mit Industrie und Wirtschaft (richtiger Schritt: Ermöglichung der Drittmittelfinanzierung durch Änderung des UOG).

Mut zur österreichischen Prioritätensetzung, mehr Flexibilität bei der Gründung, Veränderung und Schließung von Bildungseinrichtungen.

6. Zusammenarbeit zwischen Bildungswesen und Wirtschaft und Industrie

ERT hat festgestellt, daß in Europa die Zusammenarbeit zwischen Bildungsinstitutionen und Industrie weit geringer ausgeprägt ist als in den USA bzw. Japan. In Österreich eine Fülle guter Ansätze, z.B. „Wissenschaftler für die Wirtschaft“. Die Einrichtung von „advisory boards“ sowohl an Schulen als auch Universitäten käme der Jugend (praxisbezogene Ausbildung) und der Bildungsinstitution zugute.

Das geistige Kapital nutzen

Eine Frage zum Abschluß: Ist das alles so neu und revolutionär? Hieß es nicht schon vor Jahrhunderten: „Wissen ist Macht“? Eines ist gewiß: Österreich verfügt in seinen Menschen über einen Reichtum besonderer Art. Dieser muß nur gepflegt und aktiviert werden, so wie jedes andere Kapital auch. Denn Kapital will „arbeiten“!

WAS IST WISSENSCHAFTS-JOURNALISMUS?

Als Wissenschaftsjournalistin bei einer Tageszeitung hat man einen permanenten Zweiftenkampf zu führen: Einmal sind die Kollegen im eigenen Haus von der Wichtigkeit eines Themas zu überzeugen. Das heißt, wenn an einem Tag ein Mord und zwei Raubüberfälle passiert sind und außerdem noch eine tollwütige Katze eine ganze Familie infiziert hat, dann bleibt auch für den interessantesten Wissenschaftskongress bestenfalls ein sogenannter „Einspalter“ übrig. Platz ist in unserem Metier eines der wertvollsten Güter und darum muß jeden Tag auf's Neue gefeilscht werden. Der andere Kampf gilt den Informationen: Man hat in der Hektik des Tagesgeschehens möglichst schnell an möglichst leicht verständliche Informationen zu kommen. Bisher hat es aber kaum institutionalisierte Kommunikationsschienen zwischen den Universitäten und den Medien gegeben; man war in erster Linie auf private Kontakte angewiesen, und dementsprechend willkürlich fiel oft die Berichterstattung aus. Mit der Installierung der Außeninstitute wurde ein erster Schritt zu einer Verbesserung dieser Situation gesetzt. Aufgrund ihrer zahlreichen Aufgabenstellungen und knappen personellen Besetzung sind sie aber bloß ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Diese Erfahrungen aus meinem beruflichen Alltag haben mich veranlaßt, das Forschungsprojekt „PR-Arbeit an der Universität Stanford/Schlußfolgerungen für österreichische Universitäten“ im Wissenschaftsministerium und beim Forschungsfonds einzureichen. Die Tatsache, daß es bewilligt wurde, ist ein Zeichen dafür, daß auch die österreichischen Wissenschaftsverwalter allmählich die Bedeutung einer professionellen Öffentlichkeitsarbeit erkennen. Schließlich werden sich die Universitäten künftig nur behaupten können, wenn sie dem Bürger, der sie finanziert, verständlich machen, was mit seinem Geld geschieht. Die Öffentlichkeit kann nicht angehalten werden, „Geheimwissenschaftler“, die ihre Erkenntnisse nur Insidern präsentieren können, zu unterstützen. Umso besser das Image einer Universität ist und umso mehr Vertrauen die Öffentlichkeit in ihre Arbeit setzt, desto leichter ist es für sie, Geld — auch in Form von Drittmitteln — aufzutreiben. Es geht aber nicht nur um die Information aus pekuniären Gründen, es geht auch um den beidseitig befruchtenden Austausch zwischen den Universitäten und der Gesellschaft: Die Universitäten können sich nur weiter entwickeln, wenn die Gedanken, die in ihnen entstehen, auf eine Resonanz stoßen. Diese

Kommunikation ist Voraussetzung dafür, daß die Universitäten auch einen kulturellen Beitrag leisten und ihre Funktion als „Dienstleistungsbetriebe“ in Konflikt-situationen wahrnehmen können.

In Kalifornien hatte ich die Möglichkeit, Vollprofis in der universitären Öffentlichkeitsarbeit auf die Finger zu schauen, wobei mir klar wurde, daß wir diesbezüglich tatsächlich ein Entwicklungsland sind. Dabei muß man allerdings berücksichtigen, daß die Situation der Universitäten in den USA grundsätzlich eine andere ist: Die Universitäten werden in Amerika nicht vom Staat monopolisiert, und ohne „Fundraising“ (Aufreiben von Drittmitteln) kann keine Universität, ob staatlich, oder privat, überleben.

Beispiel: Stanford

Die Universität Stanford ist eine Privatuniversität. Ihre Öffentlichkeitsarbeit hat daher drei klar abgesteckte Ziele:

1. Sie hat den guten Ruf der Universität zu erhalten und zu pflegen und dafür zu sorgen, daß sie für renommierte Wissenschaftler und für die Wirtschaft attraktiv bleibt.
2. Sie hat — in Konkurrenz mit Yale, Princeton, Harvard und MIT — um die besten Studenten zu werben.
3. Sie hat die Fundraising-Aktivitäten der Universität zu unterstützen. Um welche Größenordnung es sich bei diesen Spendenaufufen handelt, sei an einer Zahl veranschaulicht: Zur Zeit läuft aus Anlaß der 100-Jahr-Feier der Universität eine 6-Jahres-Fundraising-Kampagne. Ziel dieser Kampagne ist es, 1,1 Milliarden Dollar hereinzubekommen. Während der ersten Hälfte dieser Kampagne — von 1985 bis 1988 — wurden bereits 617 Millionen Dollar gespendet, es ist also zu erwarten, daß das hochgesteckte Ziel erreicht wird.

Die Universität Stanford ist eine kleine Universität mit 1350 Professoren und rund 13.000 Studenten.

Konkrete Struktur der Öffentlichkeitsarbeit

Dem „Vize-President for Public Affairs“, der für jede Art von Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist, sind 110 Angestellte unterstellt.

Diese 110 Angestellten arbeiten in vier Büros:

- News and Publications Service
- Community Relations
- University Relations
- University Events and Services

Als Journalistin hat mich natürlich das Büro für „News and Publications Service“ besonders interessiert. In dem perfekt ausgestatteten Großraumbüro arbeiten ein Chefredakteur, sechs Redakteure, zwei Fotografen und acht Sekretärinnen. Alle Redakteure wurden von renommierten Tageszeitungen abgeworben, unter ihnen ist auch ein Pulitzer-Preisträger. Das Büro hat ausschließlich die Aufgabe, Zeitungen und Zeitschriften herauszugeben und die Journalisten mit „News“ zu versorgen.

Zu den Publikationen gehören:

- Eine wöchentliche Universitätszeitung, der „**Campus Report**“, er ist jeden Mittwoch in Boxen am Campus frei erhältlich.
- Eine Zeitung für die Eltern der Studenten und für die Absolventen, sie erscheint achtmal im Jahr.
- Ein „Community Report“, den zwei Mal im Jahr die Haushalte der umliegenden Gemeinden als Postwurfsendung bekommen.
- Eine Zeitung, die um die besten High-School-Absolventen wirbt.
- Ein ausgewählter Pressespiegel für die Universitätslehrer.

Das wichtigste Medium ist zweifellos der wöchentliche „**Campus Report**“. Es gibt weder einen Studenten, noch einen Hochschullehrer, der die Universitätszeitung nicht regelmäßig durchblättert.

Ich möchte den Chefredakteur des „**Campus Report**“, Bob Beyers — er ist in den ganzen USA ein anerkannter Fachmann für universitäre PR-Arbeit — wörtlich zitieren, wenn er die Grundprinzipien seiner Arbeit erklärt:

1. Wir wollen die Leute wissen lassen, was an der Universität geschieht.
2. Wir sagen nicht: „Das neue Gebäude wurde eröffnet“, sondern wir erklären, warum wir dieses Gebäude brauchen und was wir dort tun. Wir bieten in unseren Geschichten Gründe an, warum ein Projekt finanziell unterstützt werden soll, aber wir machen nie bloße Werbung.
3. Wir geben auch schlechte Nachrichten weiter, die Leute sollen wissen, wenn wir Fehler gemacht haben. Genaue Information setzt unqualifizierte Kritik herab.
4. Auf die Zahl der Angestellten kommt es nicht an. Wir brauchen Topjournalisten und eine gute Technologie. Ein guter, teurer Journalist ist mir lieber als zehn mittelmäßige.
5. Das Wichtigste für unsere Arbeit ist Freiheit und Professionalität.
6. Nur die exakte Recherche macht uns in der Öffentlichkeit vertrauenswürdig. Wir sind kein Sprachrohr der Universitätshierarchie.

Diese Grundprinzipien sollten auch das Leitmotiv der universitären Öffentlichkeitsarbeit in Österreich sein: Wissenschaftsjournalismus hat die Aufgabe, zu übersetzen und zu berichten. Lob und Hudel-Geschichten sowie lange Forderungskataloge sind uninteressant. Der/die gute Wissenschaftsjournalist(in) erklärt einer möglichst breiten Öffentlichkeit, was in den geheimnisvollen Labors geschieht und warum das sinnvoll und notwendig ist. Reine Leistungsberichte sind gut für das Altpapier und reine Forderungen („wir brauchen mehr Geld“, „wir brauchen größere Gebäude“) sind nur lästig. Dieses Verständnis-Wecken, der Transport von Informationen ist aber ein eigenes Handwerk, das einer entsprechenden Ausbildung bedarf. Nicht jeder Akademiker und auch nicht jeder Wissenschaftler ist ein guter Journalist.

Beispiel: University of California

Um dem Einwand, daß sich die Situation einer Privatuniversität eben nicht mit jener der österreichischen Universitäten vergleichen lasse, zuvor zu kommen, möchte ich noch kurz die Öffentlichkeitsarbeit der staatlichen UC (University of California) skizzieren.

Zur UC gehören neun Campuses mit insgesamt 160.000 Studenten. Der leitende PR-Manager der UC vergleicht das System der UC mit einer Bank, die mehrere Branchen hat. Ein Vergleich, der das professionelle Marketing-Denken der PR-Leute an der UC demonstriert. Dem Präsidenten der UC untersteht ein PR-Büro in Oakland mit insgesamt 45 Angestellten, von denen vier Redakteure sind. Dieses Büro befaßt sich aber nicht mit der Arbeit an den einzelnen Universitäten, sondern nur mit Vorgängen, die das gesamte UC-System betreffen.

Welchen Stellenwert die Öffentlichkeitsarbeit an der UC hat, sei am Beispiel der UCLA, dem größten Campus der UC in Los Angeles, aufgezeigt: Die Universität ist größtmäßig mit 33.000 Studenten in etwa vergleichbar mit der Karl-Franzens-Universität in Graz: An der UCLA sind 50 Leute für die Öffentlichkeitsarbeit angestellt, davon sind 15 Redakteure ausschließlich für die Kontakte mit den Journalisten zuständig. 18 Referenten betreuen die Publikationen der UCLA, die gleich wie in Stanford vom Universitätsprospekt bis zur Nachbarschaftszeitung reichen.

Das sollen nur zwei Beispiele für professionelle Öffentlichkeitsarbeit sein. Ich habe noch sieben weitere kalifornische Universitäten auf ihre PR-Aktivitäten hin untersucht und es hat sich gezeigt, daß die Struktur überall ähnlich ist.

Was kann nun Österreich davon lernen?

Das wichtigste Instrument in der medialen Öffentlichkeitsarbeit sind die Universitätszeitungen. Sie dienen der internen und externen Kommunikation und sind ein wesentliches Vehikel zur Identifizierung der Universitätsangehörigen mit ihrer Universität — ein in Österreich besonders trauriges Kapitel. (Welcher Grazer Student ist schon stolz darauf, ein „Grazer“ zu sein und daher dann auch später, als Absolvent, bereit, seine einstige Universität zu unterstützen?) Für diese Universitätszeitungen gelten dieselben Regeln wie für die Tageszeitungen: Sie müssen attraktiv, gefällig und unbürokratisch gemacht sein: die Artikel müssen journalistisch professionell, das heißt gut recherchiert und leicht lesbar, verfaßt sein.

Konkret schlage ich für Österreich zwei Ziele vor, und zwar ein kurzfristiges und ein mittelfristiges:

1. Das kurzfristige Ziel ist eine attraktive gesamtösterreichische Universitätszeitung, die von professionellen Journalisten und Layoutern gemacht ist. Es ist den Wissenschaftlern nicht zuzumuten, daß sie ihre Forschungsergebnisse auch gefällig verpacken und vermarkten können.

Die Übersetzung eines Forschungsberichtes in eine spannende Wissenschafts-story ist Sache des Journalisten.

2. Als mittelfristiges Ziel schlage ich vor, dieser Universitätszeitung einen lokalen Innenteil für jede Universität zu geben. Als Journalistin einer Bundesländerzeitung weiß ich, daß den Leser die Dinge, die ihn unmittelbar betreffen, also der Lokalteil, am meisten interessieren. Voraussetzung für alle medialen Strategien ist aber ein Umdenken der Wissenschaftler und der Journalisten: Die Wissenschaftler dürfen die Öffentlichkeitsarbeit nicht länger als lästiges, zeitraubendes Beiwerk verstehen, und sie sollte für sie auch nicht nur Verpflichtung sein. PR-Arbeit ist auch eine Orientierungshilfe für den Wert der wissenschaftlichen Arbeit und damit Chance für eine Qualitätsverbesserung.

Umgekehrt müssen die Journalisten — und damit meine ich jetzt die außeruniversitären Journalisten (andere gibt es ja in Österreich auch noch kaum) — einsehen, daß Wissenschaft Zukunft bedeutet und daher eigentlich spannender ist, als der Sport- oder Motorteil einer Zeitung. Erreichen würden wir damit, daß endlich auch die österreichische Öffentlichkeit den Wert der Universitäten erkennt.



„ICH BIN FÜR ÖFFENTLICHKEITS-
ARBEIT, WEIL HÖHEPUNKT &
KRISE DER SPÄTROMANTIK
AM BEISPIEL DES FREIHERRN
VON EICHENDORFF ALLE
ANGEHEN!“

DIE VERSTÄNDLICHKEIT DES UNVERSTÄNDLICHEN

Da in Österreich die Universitäten staatliche Einrichtungen und Wissenschaftler Beamte sind, war die Wissenschaft bisher nicht sehr abhängig davon, was die Bevölkerung von ihr hielt. Sparbudgets, knappe Ressourcen und härter werdende Verteilungskämpfe haben diesen Zustand verändert. Es geht ums Geld, oder feiner ausgedrückt, um Forschungsmittel. Wissenschaft und Forschung werden zur Lösung anstehender existentieller Probleme dringend gebraucht. Die Wirtschaft kann sich ohne Forschung nicht innovativ weiterentwickeln und die Universitäten können die an sie gestellten neuen Aufgaben nur dann lösen, wenn sie über die Medien das Verständnis für die Wissenschaft in der Öffentlichkeit wecken und wachhalten können und wenn deren Wert erkannt wird. So gesehen wird der Wissenschaftsjournalismus für die Wissenschaft immer wichtiger.

Dennoch empfinden viele Wissenschaftler Öffentlichkeitsarbeit als unfein, lästig und zeitraubend. Schließlich sind ihre Aufgaben Lehre und Forschung und nicht die Vermarktung ihrer Leistung. Abgesehen davon sind sie oft nicht in der Lage, komplizierte Materien so zu präsentieren, daß sie von der Öffentlichkeit verstanden werden oder es fehlt ihnen der Mut zur nötigen Einfachheit. Sie sehen eher die Verpflichtung der Medien, sich die Informationen zu holen, während sich jene darauf berufen, daß die Wissenschaftler die Informationen zu bringen haben. Die Journalisten klagen über die komplizierten Wissenschaftler, die Wissenschaftler klagen über die Oberflächlichkeit der Journalisten. Woran liegt das? Immerhin verbindet beide Berufe die Neugier, das Streben nach Neuem. Außerdem werden beide bei der Themenwahl von den Erwartungen der Bevölkerung beeinflusst.

Hier beginnen allerdings schon die Unterschiede, die letztlich zu jenem gespannten Verhältnis führen, das eher die Regel als die Ausnahme ist. Während der Wissenschaftler, will er Karriere machen, an Ansehen gewinnen und im Wissenschaftsbetrieb anerkannt werden, möglichst viel publizieren muß, so erstreckt der Journalist förmlich in einer Nachrichtenflut und würde gerne das eine oder andere weglassen. Er muß filtern und, wenn er erfolgreich sein will, ein großes Publikum ansprechen, denn auch Journalisten stehen in Konkurrenz zueinander. Sie müssen gelesen, gehört, oder gesehen werden. So wählt der Journalist aus dem Überangebot an Informationen vor allem jene Themen aus, die die

Allgemeinheit am ehesten interessieren könnten. Und das ist alles, was spektakulär oder gerade in Mode ist und weniger das Weisse und Wichtige. Das hat zur Folge, daß es gravierende Unterschiede in der Arbeitsweise der beiden Berufsgruppen gibt, ja, sie ist geradezu konträr. Daraus resultieren viele Mißverständnisse und Schwierigkeiten.

Der Journalist ist Generalist, er wendet sich an die breitere Öffentlichkeit, während der Wissenschaftler Spezialist und seine Arbeit auf ein Fachpublikum gerichtet ist. Der Journalist muß, kompromißbereit, schon allein aus Platzmangel vieles verkürzen, er muß für seine Leser vereinfachen, das Kuriose hervorheben. Das Spektakuläre hat allemal größere Chancen gelesen zu werden als das Langsame, Leise und dennoch Wichtige.

Wissenschaft verständlich machen

Die Universität soll die Wissenschaft den weitesten Kreisen zeigen. Man verlangt Popularisierung. Das aber ist zweideutig.

Teilnahme am Geist ist am Ende immer nur durch eigene Erarbeitung zu gewinnen. Ohne Mühe wird kein reichliches Ergebnis erreicht. Darum ist die Leistung der Universität nicht unmittelbar für die breite Bevölkerung zugänglich. Die Universität ist nicht „Volkshochschule“. Gerade das Voranschreiten im Wissen auf der jeweils erreichten höchsten Stufe macht ihr Wesen aus. Man braucht viel Zeit, um darin mitwirken, aber auch um nur wirklich verstehen zu können.

Etwas anderes ist das hohe Ergebnis, wenn in der Wissenschaft etwas wieder einfach wird und mit dem Einfachen das Weltbewußtsein im Elementaren zu verwandeln vermag. Aber dies bleibt beschränkt auf das, was als allgemeinverständlich auch in der Kürze sachgemäß begriffen werden kann. Weiter ist es eine besondere Aufgabe, nicht des Gelehrten als solchen, sondern des Schriftstellers in ihm, den Wert auch des nicht unmittelbar Verständlichen gleichsam in einer Übersetzung begreiflich zu machen. Die Forderung des Einfachen und der Wunsch nach solcher Übersetzung sind Ansprüche, die den lebendigen Geist in wirksamste Mittelbarkeit drängen, ihn selber steigern. (Jaspers 1986, S. 236).

Das muß dem Wissenschaftler, der vor allem an der Erkenntnis und an der „Wahrheit“ interessiert ist und einen hohen Begründungsbedarf hat, einfach suspekt sein. Da der Journalist ständig unter Zeitdruck arbeitet, sucht er nach Geschichten, die ihm bei der Recherche nicht allzuviel Zeit kosten und leicht in eine verständliche Sprache gebracht werden können. Er fordert vom Wissenschaftler präsentierbare Ergebnisse seiner Arbeit, die er möglichst auch noch in einer Schlagzeile zusammenfassen kann. Für diese Arbeitsweise hat der Wissenschaftler selten Verständnis, denn er muß, will er seriös bleiben, differenzieren; für ihn ist nicht alles so einfach, wie es der Journalist gerne schreiben möchte, und am liebsten setzt er hinter jeden Gedanken vorsichtshalber ein Fragezeichen. Die Journalisten sprechen in diesem Zusammenhang gerne von der im Grunde „ergebnisscheuen Forschung“, kritisieren die für sie zeitraubende, unverständliche Fachterminologie, die vielfach verlausulierte, langweilige Sprache, die für eine interessante Darstellung ungeeignet erscheint und werfen den Wissenschaftlern vor, daß sie nur an sich, nicht aber an die Leser denken. Tatsächlich sind Fachleute, die Zusammenhänge erläutern und wissenschaftliche Ergebnisse spannend darstellen können, die ihr Publikum fesseln und ihm vermitteln können, daß sie durch Wissenschaft mehr über die Welt und sich erfahren, eine Rarität. Andererseits gibt es natürlich auch bequeme Journalisten, die aus einem anderen Grund, als zur besseren Verständlichkeit vereinfachen, Agenturmeldungen zu Eigenberichten verfremden, über Vorträge berichten, die sie nicht gehört haben, und mißverständlich über Dinge schreiben, die sie selbst nicht verstanden haben.

Der unterschiedliche Umgang mit der Sprache ist wohl die größte Barriere im Kommunikationsfluß. Der seriöse Wissenschaftsjournalist ist um Verständlichkeit bemüht und weiß, daß sich nicht alles beliebig vereinfachen läßt. Selbst mit einer schlichten, präzisen und verständlichen Sprache stößt er bald an Vermittlungsgrenzen. Die Berücksichtigung der Knappheit der öffentlichen Aufmerksamkeit und der in der Regel beschränkte Platz, der zur Verfügung steht, um eine komplexe Thematik zu erklären, geht auf Kosten der Ausführlichkeit, was zur Verwirrung des Lesers beitragen kann. Eine weitere Vermittlungsgrenze liegt in der Tatsache begründet, daß zum Verständnis oft umfangreiche Vorkenntnisse beim Leser notwendig sind. Eine so umfassende Vorbildung kann jedoch nicht vorausge-

setzt werden, was zur Folge hat, daß auch eine korrekte Darstellung unverständlich bleibt. Der Journalist darf aber auch nicht grenzenlos simplifizieren, denn mit jeder Simplifizierung geht Information verloren. Er muß sich zwar um Verständlichkeit bemühen, aber diese läßt sich nicht immer für alle erreichen.

Vor allem jenen Wissenschaftlern, die mit ihren Aussagen ohnehin schon sehr vorsichtig sind, ist die Verkürzung und Vereinfachung oft ein Greuel. Sie sehen ihre Leistung öffentlich entstellt, haben die kleine Minderheit der Fachleute in der Leserschaft im Auge und machen sich Sorgen darüber, daß sich Kollegen über sie lustig machen könnten, oder daß sie letzten Endes für unseriös gehalten werden. Nur ungern sind sie bereit, das akademisch hochstehende Niveau der Vermittlung zu verlassen. Der Journalist sieht das natürlich anders: Er hat nicht die Absicht zu verfälschen, er steht vielmehr vor der schwierigen Aufgabe, mit wenigen Worten möglichst viel zu sagen, etwas so journalistisch wie möglich und gleichzeitig so theoretisch wie notwendig zu beschreiben. Um Wissenschaftsergebnisse darzustellen und Zusammenhänge zu entflechten — und das wird mit der weiter zunehmenden Spezialisierung immer schwieriger — sind spezifische Fachkenntnisse notwendig. In mehreren Fachbereichen so kompetent zu sein wie ein Spezialist, stellt für jeden Wissenschaftsjournalisten eine Überforderung dar. Wenn er sich und seinen Lesern das nicht eingestehen will und versucht, mit selbstherrlichen Urteilen, mit Ansichten statt Einsichten, sein Nichtverstehen zu kaschieren, tut er genau das Gegenteil von dem, was seine eigentliche Aufgabe wäre. Verständlichkeit ist aber auch oft für schlechte Wissenschaftler die Achillesferse, die sie am liebsten mit einer schwer verständlichen Fachterminologie schützen wollen. Wird die Wissenschaft verständlich, so kann ihr Wort leichter erkannt und in Frage gestellt werden.

Es genügt aber nicht, eine Fachsprache in allgemeinverständliches Deutsch zu übersetzen. Vielmehr soll aus einem oft trockenen Stoff eine interessante, spannende, zum Lesen anregende Geschichte, eine spannende Wissenschaftsstory gemacht werden. Kein Wunder, daß die Wissenschaftsberichterstattung oft als das schwierigste journalistische Arbeitsfeld bezeichnet wird.

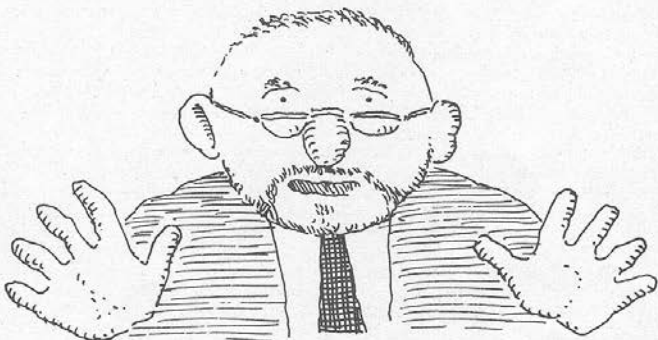
Wenn die Informationen von einer breiten Öffentlichkeit aufgenommen werden sollen, ist aber nicht nur die Form, also die interessante und verständliche Darstellung, von großer Bedeutung, sondern natürlich vor allem der Inhalt. Der Medienkonsument interessiert sich am meisten für das, was ihn persönlich betrifft, das sind in erster Linie Themen aus dem medizinischen, naturwissenschaftlichen und technischen Bereich. So werden sich von neuen Erkenntnissen, über die Möglichkeiten, HIV-positiv zu werden, über die schädlichen Auswirkungen von Formal-

dehyd in Preßspanplatten oder über die Gefährlichkeit von Treibgas in Spraydosen mehr Leser angesprochen fühlen als von einer Geschichte über die Rechtsstellung der Sklaven im Römischen Recht oder einer neu entdeckten Urkunde, die ein Detail im Leben eines Liederdichters oder eines Romanciers klärt. Der Themenwahl werden von den Tageszeitungen aus praktischen Gründen zusätzlich Grenzen gesetzt, wobei allzuoft zum Beispiel die Geisteswissenschaften stark benachteiligt werden.

Viele Wissenschaftler wollen nicht sehen, daß manche Ergebnisse ihrer Arbeit für die breite Öffentlichkeit nicht interessant sind. Sie appellieren realitätsfern an die Pflicht der Journalisten zu berichten und meinen, sie hätten ein Recht darauf. Die Schwierigkeiten des Wissenschaftsjournalisten beginnen aber schon in der Redaktionssetzung, wenn er jenen Kollegen, die sich allzu leichtfertig wirtschaftlichen Zwängen unterwerfen, klar machen muß, warum sein Wissenschaftsthema zumindest nicht unwichtiger ist als der aktuelle Mord oder das letzte verlorene Fußballspiel, das als nationale Tragödie dargestellt werden soll. Das weiß der Wissenschaftler in der Regel nicht, er vermag es sich vielleicht nicht einmal vorzustellen, was den Leser anregt oder abstoßt. Daß zum Beispiel von Gastvorträgen heimischer Wissenschaftler im Ausland, so wichtig sie für den Wissenschaftsbetrieb sein mögen, die Medien kaum Notiz nehmen, weil sie die breite Leserschaft eher langweilen, liegt auf der Hand. Dennoch gibt es hin und wieder Wissenschaftler, die sich von der PR-Abteilung ihrer Universität eine Presseausendung über ihren Auslandsaufenthalt wünschen und mit Unverständnis reagieren, wenn sie ihren Namen nicht in diesem Zusammenhang in der Tageszeitung lesen können.

Im Bemühen und in der an sich löblichen Absicht, sein Forschungsergebnis öffentlichkeitswirksam zu präsentieren oder ein Projekt als besonders wichtig darzu-

stellen, schießt auch ab und zu ein von seinen Ergebnissen geblenderter Wissenschaftler übers Ziel hinaus, übertreibt, vergißt den branchenüblichen Konjunktiv. Hier müßte nun der Journalist Fakten und Hypothesen prüfen und andere Wissenschaftler über mögliche Einwände und Kritik befragen. Abgesehen davon, daß dazu im Alltagsjournalismus oft zu wenig Zeit bleibt, gibt es auch Journalisten, die ihrem Berufsstand nicht gerade zur Ehre gereichen, weil sie nur allzugerne vordergründig mit Sensationellem Aufsehen erregen möchten und deshalb bewußt nicht weiterrecherchieren und Unklarheiten fehlinterpretieren. Aber auch unpräzise, oft zu vorsichtige Aussagen der Wissenschaftler erschweren dem Journalisten die Arbeit und führen letztlich zu unbefriedigenden Ergebnissen. Von der Praxis des Gegenlesens durch einen Fachmann bevor der Artikel über ein kompliziertes Thema in Druck geht, wird nur sehr selten Gebrauch gemacht. Das liegt am ständigen Zeitdruck und an der Sorge, der Wissenschaftler könnte zu viele Änderungswünsche haben, die zum Umschreiben zwingen würden. Die Angst des Journalisten, daß die Korrektur seiner Formulierungen durch den Wissenschaftler wieder eine Verkomplizierung zur Folge haben könnte, ist nicht unbegründet. Als zum Beispiel in der „Unizeit“, der Zeitung der Karl-Franzens-Universität Graz, über ein Wissenschaftsprojekt zur Vermeidung von Tierversuchen berichtet wurde, mußte der Journalist über die Formulierung, daß Störungen der Herztätigkeit den „Tod“ herbeiführen können, ernsthaft diskutieren, da der Wissenschaftlerin der Ausdruck „Tod“ nicht wissenschaftlich genug war. Verantwortungsvoller Wissenschaftsjournalismus ist zeitaufwendig und schwierig, sowohl was die Recherche als auch was die Umsetzung anbelangt. Hier liegt wohl auch der Grund dafür, daß fundierte und gut aufbereitete Wissenschaftsberichte eine Seltenheit sind. Wissenschaftskriti-



„ICH BIN FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT,
DAMIT DIE LEUTE WISSEN, DASS AUCH
UNÖFFENTLICH HART GEARBEITET WIRD!“

sche Artikel dagegen sind viel leichter zu schreiben, denn, um über verheerende Auswirkungen von Wissenschaft und Technik zu berichten, muß nicht viel recherchiert werden. Es ist auch leichter, eine positive Geschichte in die Medien zu bringen, die keiner schwierigen Erklärung bedarf. Als der Karl-Franzens-Universität Graz von einem Geldinstitut Dienstfahrräder geschenkt wurden, war das Medienecho enorm. Fernsehen, Radio und eine Menge Journalisten und Fotografen von Tageszeitungen scharten sich bei der Übergabe der Fahrräder — ein Rad, das dem Rektor übergeben wurde, zierte die Aufschrift „Rektorrad“ — vor dem Hauptgebäude. Die Universität erhielt ein umweltfreundliches Image, und es wurde gleichzeitig auf die Raumprobleme — die Universität ist auf 68 Standorte in der ganzen Stadt zersplittert — aufmerksam gemacht. Ohne diesen medienwirksamen Aufhänger wäre über diese Probleme der Universität nur sehr spärlich berichtet worden.

Der Steuerzahler bemerkt zunehmen, daß Wissenschaft und Forschung viel Geld

kosten, das letzten Endes er bezahlt, und er hat in einem demokratischen Gemeinwesen ein Recht zu erfahren, was mit seinem Geld geschieht. Die Öffentlichkeit soll über den gesellschaftlichen Nutzen und über die Bedeutung der Erkenntnis als Kulturgut informiert werden. Um neue Forschungsprojekte finanzieren zu können, müssen die Entscheidungsträger — und das sind in der Regel Personen, die ihrer Karriere wegen schon nach der öffentlichen Meinung schielen — von deren Wichtigkeit überzeugt werden. Umso wichtiger ist es für die hohen Schulen, mit Hilfe der medialen Berichterstattung über Themen aus dem Bereich der Wissenschaft und Forschung der Bevölkerung zu zeigen, wie wichtig Investitionen in die Wissenschaft und damit in die Zukunft sind.

Sowohl Wissenschaftler als auch Wissenschaftsjournalisten, die auf die Qualität ihrer Arbeit Wert legen, sind zur Zusammenarbeit aufgerufen. Der Journalist, der im Lauf der Zeit gelernt hat, was die Öffentlichkeit interessiert, muß sein Wissen weitergeben. Er ist auf Informationen des

Wissenschaftlers angewiesen, und der Wissenschaftler seinerseits muß sich darüber im klaren sein, daß Fehler, die er beklagt, oft auf mangelnde oder unzuverlässige Informationen zurückzuführen sind. Der Journalist muß sich unter Umständen einem großen Lernaufwand beim Recherchieren stellen, er muß beharrlich nachfragen, bis er hinreichend fachkundig ist und seine Story kompetent aufbereiten kann.

Wissenschaftler und Journalist müssen Partner sein, sie müssen ihre persönlichen Kontakte pflegen und so die oft sehr schwierigen Rahmenbedingungen des anderen kennenlernen und dafür Verständnis aufbringen. Wissenschaftler als Gäste oder Praktikanten in den Redaktionen von Tageszeitungen, Institutsführungen für Journalisten, Gesprächsmöglichkeiten im Rahmen geeigneter gemeinsamer Veranstaltungen können unter anderem dazu beitragen. Beide Seiten können viel voneinander lernen. Ihr gemeinsames Ziel muß sein, daß die Öffentlichkeit Sinn und Wert von Wissenschaft und Forschung erkennt.



NEUE WEGE IN DER POLITIKBERATUNG

Aus meiner Sicht, um das nur in einem Satz vorweg zu sagen, tun wir zwar gut daran, harte methodische Grundsätze zu verfechten, gewissermaßen idealtypisch die wichtigen Vorstellungen zu formulieren. Im täglichen Leben dann ebensowenig wie in wissenschaftlichen Arbeiten, schon gar nicht in der Politikberatung gelingt es uns, nur entweder Dr. Jekyll oder Mr. Hyde zu sein. Wir haben schon einige Male gehört, die Grenzen zwischen Wissenschaft und Politik fließen, was unserem Ideal nichts anhaben soll; und wenn es mir gelingt, dies einigermaßen plausibel deutlich zu machen, dann hätte ich den Zweck dieser Darlegungen erfüllt.

„Neue Wege in der Politikberatung“: Es gibt, wie mir scheint, mehrere Gründe dafür, daß die Erarbeitung und die Erprobung neuer Formen der wissenschaftlichen Politikberatung immer wichtiger werden. Politische Entscheidungsschwäche und Fehlscheidungen sind einerseits Folgen einer gewissen Hilflosigkeit gegenüber einem neuen Demokratieverständnis, das tradierte Formen der repräsentativen Demokratie nicht mehr oder nicht immer zur Kenntnis nimmt. Andererseits geht es zunehmend um sehr weitreichende komplexe Entscheidungen, die durch eine enge Verflechtung und Vernetzung ganzer Problemfelder — man denke etwa an die Umweltprobleme — notwendig werden.

Selbst wenn es eine engere Partnerschaft zwischen Politikern und Wissenschaftlern gäbe, blieben noch viele Schwierigkeiten, die es zu bewältigen gilt. So wie viele Politiker mit den neueren emanzipatorischen Demokratieansprüchen nicht so recht fertig werden, behindert die extreme Spezialisierung in den Einzelwissenschaften die Kommunikationsfähigkeit der Vertreter der einzelnen Fachdisziplinen untereinander. Mir scheint, es ist ganz wichtig, darauf hinzuweisen, wenn man von Politikberatung spricht, zunächst einmal die eigene Kommunikationsfähigkeit der Wissenschaftler, der Vertreter der einzelnen Disziplinen untereinander, ins Auge zu fassen.

Die Folge dieses Zustandes ist nicht nur die vielzitierte Politikverdrossenheit, sondern auch der Verlust des Vertrauens in die Problemlösungskapazitäten der Wissenschaften. Ganz peinlich ist aus der Sicht der Wissenschaftler die gelegentlich nicht ganz unzutreffende Meinung der Öffentlichkeit, daß die Befassung von vier Fachexperten fünf oder sechs unter Umständen sehr stark voneinander abweichende Ergebnisse beschreiben kann. Nach meiner Meinung liegt die Ursache für

mannigfache ungelöste Probleme nicht so sehr im mangelnden Fortschritt der Einzelwissenschaften, sondern darin, daß geeignete Techniken fehlen, zumindest aber nicht konsequent genug angewendet werden, die imstande wären, Menschen und Ideen aus verschiedenen Disziplinen zusammenzufügen und konsequent an anstehenden Problemlösungen arbeiten zu lassen. Dies möchte ich im folgenden noch ausführlicher behandeln.

Durch die erwähnten Schwierigkeiten gibt es beträchtliche Unsicherheiten in Politik und Verwaltung. Die Konsequenz ist sehr oft eine Art Sündenbocktheorie, die in folgende Maßnahmen mündet:

- man tauscht den politisch verantwortlichen Mandatar aus, weil er tatsächlich oder vermeintlich seiner Aufgabe nicht wirksam nachkommt;

- man tauscht verantwortliche Spitzenbeamte der Verwaltung aus, weil sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen scheinen; man ersetzt sie durch tatsächlich oder vermeintlich ideenreichere.

- schließlich kann man auch die innere Verwaltungsorganisation von Gebietskörperschaften etwa für die Bewältigung von Aufgaben als ungeeignet ansehen; man ändert häufig Geschäftsordnungen bzw. Geschäftseinteilungen;

- natürlich kann man an der Qualität beigezogener freiberuflicher Experten zweifeln, man tauscht sie ebenfalls aus. Im Grunde wird mit keiner dieser Maßnahmen das entscheidende Problem extrem komplexer Aufgabenstellungen gelöst, denn keine der Personen und keine der verwaltungsinternen Geschäftsordnungen kann die Hürde eines tiefer liegenden Dilemmas überspringen. Daher kommen und gehen die Personen, und daher wechseln die Geschäftsordnungen und die Geschäftseinteilungen, ohne daß sich die erhofften Wirkungen einstellen. Es sind daher Fragen nach Art und Weise des Zusammenwirkens von Politik und Wissenschaft zu stellen. Es wäre aber der Anschaulichkeit zur Problemstellung und Problemanalyse nicht gedient, würde man dies auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau gleichsam in der dünnen Luft oberster Prinzipien tun und aus Noblesse die Niederungen der Wirklichkeit meiden. Daher bemühe ich konkrete Beispiele aus meinem Heimatland, die die Notwendigkeit innovativer Verfahren und die Diskussion hierüber demonstrieren sollen.

Die Realität österreichischer Innenpolitik zeigt seit einiger Zeit — jedenfalls nach Meinung vieler zu lange — eine fatale Schwäche bei der Vorbereitung weitreichender und komplexer Entscheidungen.

Ein ungezügelter Kernkraftwerk Zwentendorf — es wurde heute schon erwähnt — bedeutet — verglichen mit einsichtigen Größenordnungen — einen Gegenwert von 10.000 Wohnungen oder, was wegen der Kompetenzlage wahrscheinlicher ist, Strompreiserhöhungen, die die verlorene Investition von rund 10 Milliarden Schilling wiederum hereinbringen müssen. Da es sich beim Donaukraftwerk Hainburg ganz anders verhält, sind in diesem Fall „lediglich“ die bisher eingesetzten Kosten zu berücksichtigen; sie betragen ca. 80–100 Millionen Schilling. Geschockt ist aber die Öffentlichkeit vor allem über die 10 Milliarden Fehlinvestition Zwentendorf.

Als noch schwerwiegender betrachte ich persönlich jedoch den Umstand, daß viele kleinere Projekte dasselbe Schicksal erleiden. In Graz baute man beispielsweise mit rund 2 Milliarden Schilling Aufwand einen Tunnel von rund 10 km Länge, nicht — wie üblich — quer, sondern längs durch den Berg. Er sollte eine andere Westtangente ersetzen, was er deshalb nicht kann, weil diese zu rund 85 % dem Ziel- und dem Quellverkehr dient, also diese Verteilerfunktion zu bewältigen hätte. Im aufwendigen Tunnel werden die rund 15 % des Durchzugsverkehrs abgewickelt. Verlorene Planungskosten der wegen des Einschreitens von Bürgerinitiativen aufgegebenen Westtangente sind mit einigen -zig Millionen Schilling zu veranschlagen. Eine bereits fertiggestellte Brücke im Werte von 35 Millionen Schilling wurde deshalb gesprengt. Sie stand im Weg.

Neben diesem Beispiel gibt es zahlreiche andere Projekte, wo zwar die vollen Planungskosten investiert wurden, aufgrund von Widerständen politisch wirksamer Gruppen jedoch die Realisierung unterblieb. Es wäre eine löhrende Aufgabe, all diesen verlorenen Investitionen nachzugehen und Geldverschwendung nachzuweisen und damit den Zustand jener katastrophalen Hilflosigkeit mit all den damit verbundenen volkswirtschaftlichen Verlusten aufzuzeigen. Eine schlichte Addition der — vollständig allerdings schwer erreichbaren — Daten würde interessierten Mitbürgern die Augen öffnen. Sie würden angesichts dieser Bilanz die Verantwortlichen wahrscheinlich davonjagen — ohne Unterschied, ob diese in der Politik oder unter den Fachexperten zu finden sind.

Vor rund eineinhalb Jahrzehnten wurden von der Bundeshauptstadt Wien im Zusammenhang mit der Stadplanung Möglichkeiten der Entwicklung von Verfahrensinnovationen in der Politikberatung

eröffnet. Anlässlich eines üblichen städtebaulichen Wettbewerbs im Zusammenhang mit Maßnahmen des Hochwasserschutzes konnte sich so die ursprüngliche Jury zu einer Beratergruppe entwickeln, die in regelmäßigen klausurähnlichen Tagungen Empfehlungen an die Adresse der politisch verantwortlichen Mandatäre erarbeitete. Die dort gefundene Verfahrensinnovation bei der Lösung komplexer Entscheidungsprobleme — besser eigentlich: die verallgemeinerungsfähigen empirischen Befunde aus diesem Verfahren — war für mich Anlaß, die Österreichische Rektorenkonferenz dazu zu befassen. Die Rektorenkonferenz faßte in der ersten Plenarsitzung 84/85 (24./25. Oktober 1984) den einstimmigen Beschluß, die auf dieser Grundlage erstellten Vorschläge betreffend die Gestaltung gutachterlicher Verfahren bei komplexen Entscheidungsproblemen an die politischen Instanzen weiterzuleiten.

Was ist nun der wesentliche Inhalt dieser von der Österreichischen Rektorenkonferenz übernommenen Vorschläge an die Adresse der Politiker? Die Rektorenkonferenz stellte fest, daß es in den Einzelwissenschaften zwar große und unbestreitbare Erkenntnisfortschritte gibt. Diese reichen jedoch nicht hin, um gesamtgesellschaftlich bedeutsame und extrem komplexe Entscheidungsprobleme zu lösen. Daher sollte verstärkt nach geeigneten sozialen Innovationen gesucht werden, die das Zusammenspiel von Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Kunst und Bevölkerung zum Nutzen aller verbessern. Hierfür boten die Österreichische Rektorenkonferenz und die Hohen Schulen des Landes ihre Mitarbeit an.

Komplexe Entscheidungsprobleme erfordern ein interdisziplinäres Verfahren unter Einbeziehung der besten Fachleute. Nur so ist die Erarbeitung einer sinnvollen Grundlage für Entscheidungen der Behörden und der politischen Mandatäre möglich. Demgegenüber vermitteln die bisherigen Verfahren den Eindruck, als sei die Wahl von Gutachtern eher zufällig. Überdies kann der Eindruck gewonnen werden, daß anstelle einer ernsthaften wissenschaftsinternen Diskussion „zum Fenster hinaus geredet“ wird. Denn die Diskussion in der Öffentlichkeit setzt meist nach der Fertigstellung von Einzelgutachten ein, ohne daß diese von interdisziplinär zusammengesetzten Expertengruppen ausdiskutiert worden wären.

Anzustreben ist daher ein Verfahren, in dem ein interdisziplinär zusammengesetztes Team hochrangiger Wissenschaftler in klausurähnlichen Veranstaltungen die bestmögliche Problemlösung erarbeitet und den Behörden bzw. den politischen Instanzen empfiehlt. Damit soll eine demokratische Entscheidungsvorbereitung auf Expertenebene bereits sichergestellt werden. Denn exakte einzelwissenschaftliche Befunde legen nicht automatisch bestimmte Problemlösungen nahe. Die einzelwissenschaftlichen Befunde sind zu gewichten. Auch ist abzu-

wägen, welche Vorteile bestimmte Problemlösungen haben bzw. welche Nachteile bewußt in Kauf zu nehmen sind. Es muß daher die Möglichkeit geschaffen werden, die Empfehlungen und die Entscheidungsgründe für die als bestmöglich angesehenen Lösungen öffentlich zu diskutieren.

Die bisher üblichen behördlichen und politischen Verfahren sind nicht geeignet, komplexe Entscheidungsprobleme zu lösen. Die Verwaltungsverfahren gehen davon aus, daß routinisierte Aufgaben auch routinisiert werden sollen. Dies bietet zwar normalerweise den schätzenswerten Vorteil der Verhaltenssicherheit. Gleichartiges wird gleich behandelt, was zum Beispiel potentiellen Investoren rationale Orientierungsmöglichkeiten bietet; kostspielige Fehlplanungen können jedoch mit den eingeübten Routineverfahren oft nicht vermieden werden. Und spätestens seit der Errichtung des Kernkraftwerkes Zwentendorf — dies aus österreichischer Sicht — muß davon ausgegangen werden, daß diese Verfahren nicht mehr hinreichen, um größeren volkswirtschaftlichen Schaden auszuschließen.

Bei dem in behördlichen Verfahren üblichen Konsekutivverfahren — so haben wir in Ermangelung eines besseren Terminus dieses Routineverfahren genannt — wird häufig aneinander vorbeigeredet. Äußerungen bewirken Gegenäußerungen. Nur selten kommt es zu einer umfassenden Diskussion. Die vorgeschlagenen klausurähnlichen Veranstaltungen von Experten bieten den Vorteil, ein sogenanntes Simultanverfahren in Gang zu setzen, bei dem es möglich ist, Positionen und Gegenpositionen in direkter Rede und Gegenrede abzuhandeln. Im Prinzip werden damit die bekannten gruppendynamischen Mechanismen für die Verbesserung von Entscheidungen genützt.

Das im Planungsprozeß Donaubereich Wien entwickelte Verfahren hat sich bewährt. Dazu skizzenhaft die folgenden Rahmenbedingungen:

1. Einsetzung einer interdisziplinären Kommission, bestehend aus Experten des In- und Auslandes.
2. In dieser Kommission waren sowohl Fachleute der Universitäten als auch hochrangige Experten aus der Beamenschaft vertreten, was den Vorteil bot, eine optimale Mitarbeit der zuständigen Verwaltungsstellen zu erreichen. Überdies war es jederzeit möglich, zusätzliche Experten der freien Berufe einzubinden. Es war ein völlig offenes Verfahren, in dem es möglich war, auftretende Informationsmängel durch Heranziehung geeigneter Experten möglichst zu beseitigen.
3. Bei den periodischen drei- bis fünftägigen Klausursitzungen konnten Gutachterpositionen und sonstige Expertenurteile in direkter Rede und Gegenrede behandelt werden.
4. Dieser Prozeß führte zu einer gründlichen Abwägung der ursprünglich sehr unterschiedlichen Standpunkte und ließ in der Regel einstimmige Beschlüsse der

Expertenkommission zu, die in Form von Empfehlungen an die verantwortlichen Politiker weitergereicht wurden.

5. Jederzeit war es möglich, zusätzlich Gutachten oder Detailplanungen in Auftrag zu geben, um bestehende Unsicherheiten bei der Erarbeitung der Empfehlungen auszuschalten oder Informationslücken zu schließen.

Was meines Erachtens in der bisherigen Diskussion noch zu wenig beachtet wurde, ist: Die Gestaltung — wenn man es ganz verallgemeinernd sagt — die Gestaltung unserer physischen und psychischen Umwelt braucht den Umgang mit Ungewissheiten, die Reduktion, die mögliche Reduktion dieser Ungewissheiten, die Minimierung des Risikos. Man tut auf der Seite der Wissenschaft so, als hätten wir die Exaktheit gepachtet und hätten es nicht mit entsetzlichen Ungewissheiten zu tun. Die theoretischen Physiker haben sich allmählich an stochastisches Denken gewöhnt. Ich glaube, daß dieser Gesichtspunkt noch zu wenig in den Einzelwissenschaften verbreitet ist.

6. Das Verfahren hatte zudem den Vorteil, daß Vertreter verschiedener Fachrichtungen eine gemeinsame Sprache fanden und mehr Verständnissfähigkeit entwickelten, entwickeln mußten, als dies etwa bei interdisziplinär zusammengesetzten ad-hoc-Veranstaltungen (Typus Enquête) der Fall ist.

7. Auf der politischen Ebene gab es zu Beginn des Verfahrens heftige Kontroversen über die anzustrebende Art des Hochwasserschutzes von Wien, der die umfassendere Planung „Donaubereich Wien“ ursprünglich auslöste. Die sorgfältige Aufbereitung der Empfehlungen und die bestmögliche Ausschöpfung aller vorgebrachten Ideen zur Problemlösung führten schließlich dazu, daß parteipolitische Konflikte hintangestellt wurden und die endgültigen Beschlüsse der zuständigen politischen Organe einstimmig gefaßt werden konnten.

Nun, das mag etwas theoretisch klingen. Dies, was dort geplant wurde, war ein Hochwasserschutz mit einem totalen Entlastungsgewinn über 22 km unzugängliches Ufer, also ein reiner Zweckbau. Was daraus geworden ist, können Sie bereits besichtigen, es ist fertiggestellt. Ein Erholungsgebiet 22 km durch Wien, die neue Donau hat annähernd Trinkwasserqualität, also ein Nahzeit-Freizeit-Erholungsparadies, das so entstehen konnte. Der seltene Fall, wo man bei einer Großplanung mitwirkt, die innerhalb eines halben Jahrzehnts realisiert worden ist. Im Grunde zielt das Verfahren auf eine soziale Innovation ab. Es wird davon ausgegangen, daß Schwierigkeiten bei komplexen Entscheidungen — wie schon erwähnt — nicht im mangelnden Fortschritt der Einzelwissenschaften liegen, sondern darin, daß zur Verfügung stehende intellektuelle, aber auch ethische Potential voll zu nützen, das heißt, in geeigneter Weise in den Entscheidungsprozeß einzubringen. Das bedeutet das Zusammen-

führen von Menschen und Ideen und die Schaffung einer Art Drehscheibe für die interdisziplinäre, aber auch demokratische Auseinandersetzung. (Ausführliche Begründungen, eine ausführliche Darstellung dieses Versuches einer Verfahrensinnovation in der Politikberatung finden Sie in: Kurt Freisitzer und Jakob Maurer, Hrsg.: „Das Wiener Modell – Erfahrungen mit innovativer Stadtplanung.“ Empirische Befunde aus einem Großprojekt, Wien, 1985. In dieser Schrift haben wir versucht, die verallgemeinerungsfähigen empirischen Sätze aufzulisten und zu erläutern.)

Für Verfahren zur Lösung sehr komplexer Entscheidungsprobleme gibt es nur ganz selten zielführende Problemlösungen. In der erwähnten Publikation versuchen wir zu zeigen, welche Formen der Anpassungsfähigkeiten gegeben sind, jedenfalls ein Verfahren, das Interdisziplinarität nicht als Lippenbekenntnis oder als Programm nur behandelt, sondern in Form einer direkten und unmittelbaren Konfrontation mit den Problemen, die dort der Lösung harren. Denn erst dort und in der Auseinandersetzung mit Vertretern anderer Fachdisziplinen stellt sich – und das scheint mir ganz wichtig zu sein – der relative Wert des eigenen Fachbeitrages heraus. Hier findet etwas statt, was sonst in der scientific community selbstverständlich erscheint, es setzen sich nur solche Argumente durch, die sich in der Argumentation, in der Diskussion bewähren können.

Schafft man überdies eine klausurähnliche Arbeitssituation mit Entscheidungsdruck, dann zwingt dies auch zu einer dem gebildeten Laien zugänglichen Spra-

che, die sowohl den Politikern als auch die Bevölkerung eher erreichen kann. Ein weiterer nützlicher Effekt ergibt sich daraus, daß sich jedermann genötigt sieht, seine Argumente kurz und treffend zu erläutern. Man kann sich in diesem Simultungsverfahren nicht hinter den üblichen Bergen von Papier oder Plänen verstecken. Sie würden sich wundern, wie hochgestochene Experten in Verlegenheit geraten, wenn sie das erste Mal gefragt werden: Und was ist jetzt der harte Kern dieses Berges Papier? Nicht wenige begannen zu stottern, bis sich das Verfahren eingespielt hatte. Wiederholte klausurähnliche Arbeitssitzungen setzen in sehr brutaler Art die Maßstäbe für die Beurteilung fachlicher Kompetenz und für die Beurteilung persönlicher Integrität. Fluchtwege gibt es kaum, weil man allfälligen Kontrahenten wiederum – etwa beim Mittag- oder beim Abendessen – gegenüber sitzen muß, ihnen in die Augen schauen können sollte und ja auch vor allen anderen Teilnehmern schließlich bestehen möchte. Gruppendynamische Effekte werden so gemäß den bekannten sozialwissenschaftlichen Einsichten sowohl der interdisziplinären Kooperation bei der Erarbeitung der Empfehlungen als auch den politischen Entscheidungen selbst nutzbar gemacht.

Ich hoffe, Sie sehen den harten Kern: Der Abklärungsprozeß findet im Kreis der Wissenschaftler, findet im interdisziplinär zusammengesetzten Kreis statt, so daß eine ausgereifte Empfehlung, wenigstens eine dort abgesprochene Empfehlung, weitergereicht werden kann.

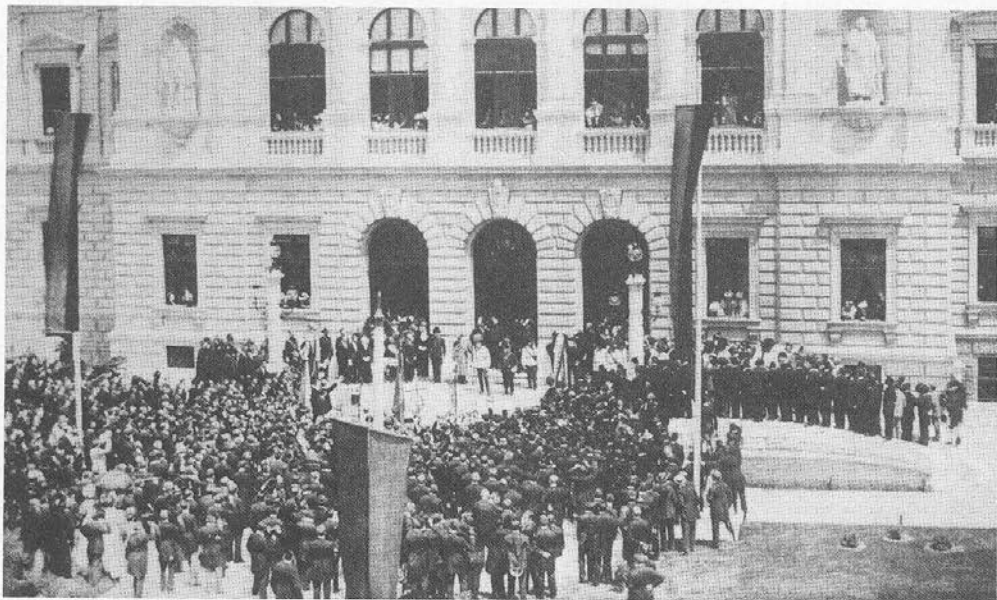
Die zumindest aus österreichischer Sicht zielführenden neuen Verfahren werden in

Wien für die Lösung größerer stadtplanerischer Entscheidungsprobleme bereits regelmäßig eingesetzt. Ich selbst nehme bereits am vierten Verfahren teil, zusammen mit Experten aus dem In- und Ausland. Es geht dabei jeweils um eine Ergänzung der bestehenden Verwaltung, es geht nicht um das Ersetzen dieser, es geht in diesen Fällen um eine zeitlich begrenzte, auf den besonderen Zweck abgestellte Projektorganisation zur Unterstützung von Politik und Verwaltung.

Warum die große Bedeutung dieser klausurähnlichen Situation? Wahrscheinlich hat jeder von uns schon herausgefunden: Wichtiges wird geschrieben, noch Wichtigeres vielleicht erst diskutiert, das Allerwichtigste wird bloß gedacht. Man Sorge für eine Situation, in der in freier Aussprache unter Umständen kühne, aber um so wichtigere Ideen uns allen nutzbar gemacht werden können. Die von uns eingeleitete Dokumentation und Publikation der verallgemeinerungsfähigen Erfahrungen eines neuen Weges in der Politikberatung müßte die notwendige Diskussion – so hoffen wir – fördern.

Literaturhinweise:

- 1) Freisitzer, K. Maurer, J., Hrsg.: Das Wiener Modell, Erfahrungen mit innovativer Stadtplanung, Empirische Befunde aus einem Großprojekt, Wien 1985.
- 2) Freisitzer, K., Konkrete Soziologie – Erfahrungen mit menschlichem Verhalten in Entscheidungssituationen, in: Freisitzer, K. – Maurer, J., Hrsg.: Das Wiener Modell, Wien 1985.
- 3) „Wohnwertforschung und Politikberatung“ und „Schlußfolgerungen und Ausblicke“, in: Interdisziplinäre Methoden und Vergleichsgrundlagen zur Erfassung der Wohnzufriedenheit, Ergebnisse der Grundlagen- und Methodenentwicklungstudie in fünf Wiener Wohngebieten, Hrsg. Institut für Stadtforschung, Wien 1988.
- 4) Freisitzer, K.: Empirische und theoretische Grundlagen komplexer Entscheidungsprozesse – ein sozialwissenschaftlicher Beitrag, in: Festschrift für Prof. Dr. J. Maurer: Aspekte der Raumplanung in Europa, Zürich 1990.



Eröffnung des Hauptgebäudes der Universität Graz durch Kaiser Franz Joseph I. 1895.

ÖSTERREICH UND DIE WISSENSCHAFTSPOLITIK DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

In den letzten Jahren hat sich die Europäische Gemeinschaft (EG) nicht nur als europäische Wirtschaftsgemeinschaft profiliert, sondern auch Akzente in der Wissenschafts- und Forschungspolitik gesetzt. Großangelegte Programme zur Förderung der studentischen und akademischen Mobilität wurden entwickelt und implementiert (ERASMUS und COMETT), Richtlinien für eine europaweite Anerkennung von Hochschuldiplomen wurden beschlossen und große Finanzmittel in die Förderung vor allem der technologieorientierten Forschung investiert.

Damit hat die Gemeinschaft dem Bereich Wissenschaft und Forschung einen neuen Stellenwert in ihrer Politik eingeräumt und deutlich zu erkennen gegeben, daß für sie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Förderung von Forschung und Technologie ein Teil einer globalen Wettbewerbsstrategie sind, die darauf abzielt, mit Japan und den USA im technologischen Wettlauf um neue Märkte konkurrenzfähig zu sein. Nicht zufällig heißt es im „Ersten Bericht über den Stand von Wissenschaft und Forschung in Europa“, den die EG-Kommission 1988 dem Europäischen Parlament vorgelegt hat, daß Europa mit der wesentlichen Herausforderung konfrontiert ist — nämlich der „Stärkung der Fähigkeit, seine eigenen technologischen und wissenschaftlichen Optionen zu entwickeln und zu realisieren.“⁽¹⁾

Schlüsselthemen

Der erwähnte Bericht der EG-Kommission führt auch die künftigen Schlüsselthemen der EG-Wissenschafts- und Technologiepolitik an. Nicht nur die Verbindungen zwischen Industrie und Universitäten sollen intensiviert werden, sondern auch die Grundlagenforschung, die als Ideenlieferant Maßnahmen der Innovationspolitik und des Technologietransfers Hilfestellung anbieten soll. Nicht nur kleine Länder in Europa haben das Problem, daß engagierte und begabte Hochschulforscher in hochentwickelte Forschungszentren außerhalb Europas, vor allem in die USA, abwandern. Dieser „Brain drain“ soll gebremst werden und konkurrenzfähige Zentren der Grundlagenforschung in Europa aufgebaut werden. Das EG-Programm SCIENCE, an dem nunmehr auch Österreich mitwirkt, ist eine Strategie unter anderen, die naturwissenschaftliche Grundlagenfor-

schung in Europa international konkurrenzfähig zu machen. Für qualitativ hochwertige Forschungsprojekte gewährt die EG-Kommission finanzielle Unterstützung, die der Förderung von Auslandsaufenthalten junger Forscher und damit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit dienen sollen. Weiters werden originelle Pilotinitiativen sowie mehrere Länder umfassende Laborpartnerschaften finanziert. Ziele des Programms SCIENCE sind die Schaffung eines europäischen Raumes für Wissenschaft und Technik sowie die Unterstützung von Forschungsvorhaben, die aus rein nationalen Ressourcen der Mitgliedsländer nicht finanzierbar wären. Letzteres verweist auf einen wichtigen Pfeiler der EG-Wissenschaftspolitik. Nationale Anstrengungen auf dem F & E-Sektor sollen durch die EG nicht substituiert werden, sondern in der Weise ergänzt werden, daß die länderübergreifenden Stimulierungsaaktionen zu wissenschaftlichen und technologischen Potentialen führen, die einzelne Länder allein nicht hätten aufbauen können.

Die Förderung der Kooperation zwischen Industrie und Unternehmen ist eine andere Säule der Gemeinschaftspolitik. Sie wird zum einen gefördert durch spezielle Programme, die der Technologieentwicklung dienen und dabei natürlich Technologien auf den Sektoren Informationstechnologien, Neue Werkstoffe, Biotechnologie und Energie. Akronyme wie ESPRIT, RACE, BRIT und EURAM verbergen komplexe, europaweite Förderungsprogramme in diesen Bereichen, die vorwettbewerblichen Charakter haben und solche Vorlaufzeiten haben, daß breite Impulse für neue Produktentwicklungen und industrielle Verfahren garantiert sind. Zum anderen wird die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft mit Programmen zur Förderung der Technologieausbildung gefördert, die das Ziel haben, den Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen zu stimulieren und die Ausbildungsinhalte dem technischen Fortschritt anzupassen. COMETT ist in diesem Zusammenhang das ambitionierteste Programm. Wie wichtig die Gemeinschaft diesen Bereich einstuft, zeigt allein der Finanzrahmen, der für die zweite Phase von COMETT in den Jahren 1990 bis 1994 vorgesehen ist: 200 Millionen ECU, was umgerechnet fast 3 Milliarden Schilling entspricht. Ein weiterer wichtiger Bereich der EG-Wissenschaftspolitik ist die Förderung der Mobilität hochqualifizierter Forscher,

aber auch Studierender zwischen den Mitgliedsstaaten. Dies geschieht durch eigene Förderungsprogramme, wie dem erwähnten COMETT-Programm, oder durch generelle Mobilitätsprogramme, die für alle Fachbereiche gleichermaßen Bedeutung haben, wie dem ERASMUS-Programm. ERASMUS (Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten) hat darüber hinaus die Besonderheit, daß es in einigen Jahren europaweit die Anerkennung von Teilstudien, die Studenten im Ausland absolvieren, vollkommen garantieren soll und somit Auslandsstudien zu keinerlei Studienverzögerungen wegen fehlender Grundlagen der Anrechnung von Prüfungen mehr führen werden.

Aber nicht nur Studienteile sollen innerhalb der Gemeinschaft kompatibel werden, auch die Hochschuldiplome sollen aufgrund einer gemeinsamen Richtlinie in allen Mitgliedsstaaten anerkannt werden können und somit die berufliche Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit in den Mitgliedsstaaten garantieren.

Diese Richtlinie sieht vor, daß Diplome in einem anderen Mitgliedsland dann prinzipiell anerkennungsfähig sind, wenn erfolgreich eine mindestens dreijährige Postsekundärausbildung absolviert wurde. Die Richtlinie paßt nicht Studiengänge wechselseitig an, sondern Vorschriften, die Berufszugänge regeln. Zum Ausgleich wesentlicher Unterschiede in den Ausbildungsgängen kann der Aufnahmestaat gewisse Anpassungslehrgänge oder Eignungsprüfungen verlangen. Wesentliche nationale Rechtsvorschriften, wie z. B. Zugangsregelungen zum öffentlichen Dienst, werden von dieser Richtlinie jedoch nicht tangiert.

Herausforderung für Österreich

Diese grob skizzierten Grundlinien der Gemeinschaftspolitik in den Bereichen Wissenschaft und Technologie konfrontiert Österreich mit einer Reihe neuartiger Problemstellungen.

Allein die für das 3. Rahmenprogramm der EG für F & E-Gemeinschaftsaaktionen vorgesehene Finanzsumme in der Höhe von 5,7 Milliarden ECU, die in den Jahren 1990 bis 1994 verausgabt werden soll, konfrontiert Österreich mit ganz anderen, schwindelerregenden Dimensionen der Finanzierung von Forschung und Entwicklung. Bei einer Vollmitgliedschaft

Österreichs in der Gemeinschaft wäre der allokative Finanzierungsanteil pro Jahr mit 500 Mio. Schilling anzusetzen und damit eine beträchtliche Steigerung der nationalen Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung vorzunehmen. Aber die Herausforderung Österreichs durch die Wissenschaftspolitik der EG ist nicht nur eine finanzielle. Sie ist auch eine organisatorische und eine von der Managementphilosophie her. Die effiziente Mitwirkung an den Stimulierungsprogrammen der Gemeinschaft erfordert eine flexible, rasch agierende Bürokratie, die weder an lieb gewordenen Kompetenzgärten noch an der „Vurschiff“ allein ausgerichtet werden kann. Vielmehr sind neue Formen des Managements, ähnlich wie in der Privatwirtschaft, gefragt. Hochschulinstitutionen müssen budgetär eigenständig arbeiten können, Dienstreisen ins Ausland dürfen keine umständliche Genehmigung erfordern und die Kunst der Antragstellung für Projekte und Partnersuche im Ausland muß professionell beherrscht werden. Dazu kommen noch kompliziertere Fragen des Patentschutzes und der wirtschaftlichen Verwertung von F & E-Ergebnissen, für die selbst österreichische Unternehmen, geschweige denn Hochschulinstitutionen, noch ungenügend vorbereitet sind. Das „Lobbying“ in Brüssel zur Einflußnahme auf Entscheidungsträger in Verwaltung und Politik ist ein zusätzliches diplomatisches Problem, das geeigneter institutioneller Vorkehrungen und erfahrener Persönlichkeiten bedarf. Auf einen Nenner gebracht, kann gesagt werden, daß eine erfolgreiche Integration Österreichs in der neu entstehenden europäischen Wissenschaftslandschaft nationale Begleitprogramme erfordert, die von der Modernisierung von Verwaltungsstrukturen bis hin zu neuartigen Managementqualifikationen im Hochschul- und Unternehmensbereich deutliche Akzente setzen müssen.

Vorteile durch die EG

Die Internationalisierung der österreichischen Wissenschaft mit einem deutlichen Schwerpunkt in der Europäischen Gemeinschaft dürfte nach derzeitigem Diskussionsstand ziemlich unumstritten sein. Die wissenschaftliche Randlage Österreichs in bezug auf die europäischen Zentren wissenschaftlicher Produktivität vor allem in Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland legt nahe, sehr enge Kooperationsformen mit der Europäischen Gemeinschaft auf dem Sektor von Wissenschaft und Technologie zu suchen. Die Vorteile, die sich aus der Kooperation ergeben, bestehen vor allem in einem Modernisierungsschub für die Hochschulforschung und die Ausbildungsstrukturen in den Hochschulen, in einem stärkeren Wettbewerb der Kopf- und Arbeiter, die sich international und nicht nur national bewähren müssen, und in der Teilhabe an den großen F & E-Programmen, die seitens der Gemeinschaft lanciert werden. Natürlich wird es auch zu zusätzlich Geld für Wissenschaft und For-

schung in Österreich geben; Geld vielleicht, das ohne eine Mitwirkung an den Programmen der EG national nicht aufzubringen gewesen wäre. Die von der EG geförderte Mobilität wird weitere Vorteile bringen, da Studenten mehr Auslandsaufenthalte und damit mehr Wissen und Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt mitbringen. Mobilitätsfördernde Maßnahmen und Programme werden sich aber auch auf die Hochschullehrer und Hochschullehrer positiv auswirken, da damit eine „Blutaufrischung“ und neuartige Forschungseinsätze ins Land kommen. Langfristig am bedeutsamsten könnte sich allerdings der Modernisierungsdruck auf die Verwaltung erweisen, da die Gemeinschaft die nationalen Forschungsbürokraten vor große Herausforderungen stellt, die nur durch Kooperation und bessere Managementstrategien bewältigbar sind. Dieser externe Erneuerungsdruck könnte sich als heilsam für manche Schrüllen und Exotica der nationalen Hochschul- und Forschungsverwaltung erweisen und liebgewordene Gewohnheiten und Erstarrungstendenzen aufbrechen.

Offene Fragen

Die EG ist natürlich trotz allem kein Heilmittel, und ein „Ja“ zu ihrer Wissenschaftspolitik kann nur ein qualifiziertes JA sein, wie G. Tichy unlängst konzipie ausgeführt hat.²⁾ Denn ohne budgetäre und organisatorische Begleitprogramme und Unterstützung bringt die Teilnahme am „Wissenschaftsraum Europa“ für Österreich wenig, ja kann in einzelnen Fällen sogar dazu führen, daß österreichische Forschungsergebnisse stärker als bisher von Ausländern umgesetzt werden.³⁾

Offene Fragen bei der EG-Wissenschaftspolitik stellen sich einmal durch die grundlegende Zielrichtung (dominante Technologieorientierung) und zum anderen durch ihre flankierende Funktion, die nicht die nationalen Politiken ersetzen, sondern durch grenzüberschreitende Maßnahmen ergänzen will.

Offen zum Beispiel ist die Frage nach den Geistes- und Sozialwissenschaften. Die EG fördert ja in erster Linie naturwissenschaftliche Forschung und technologieorientierte Entwicklungsvorhaben. Das ist nicht nur in der Forschung so, sondern auch bei den neuen Maßnahmen und Programmen, die mit Ausbildung zu tun haben. Gefördert wird zwar ein breiter Qualifikationsbereich, was das Erlernen von Sprachen angeht, die eigentliche Entwicklung der Geistes- und Sozialwissenschaften zur Bewältigung der modernen Lebenswelt und ihrer Fragen bleibt jedoch ausgeklammert und auf die nationale Forschungsförderung verwiesen. Aber gerade in diesem Bereich scheint ein deutliches Defizit erkennbar zu sein. In vielen gesellschaftlichen Bezügen – von der Umwelt bis hin zu Lebensformen in städtischen Ballungsräumen – wird immer klarer, daß eine reine Technologieorientierung nicht mehr hinreicht und daß

eine soziale und geistige Verarbeitung und Bewältigung des technologischen Fortschritts unbedingt notwendig ist. Diese geschieht aber noch nicht selbst, sondern bedarf einer gezielten Untersuchung durch „Reflexionswissen“, einem Wissen also, das gerade in geistes- und sozialwissenschaftlichem Kontext entsteht.

Offen ist auch die Frage der nationalen Forschungs- und Wissenschaftspolitik. Diese wird durch die EG nicht gelöst. Die Gemeinschaft öffnet zusätzlich Optionen und Entwicklungsräume, aber sie löst nicht das Problem, eine eigenständige, zukunftsgerichtete Forschungs- und Wissenschaftspolitik zu entwerfen. Und hier sind wir in Österreich besonders gefährdet, da wir allzu leicht in die Versuchung kommen, unangenehme, hausgemachte Politikprobleme durch einen „großen Bruder“ von außen lösen zu wollen.

Offen ist weiters die Frage nach der Förderung des begabten heimischen Nachwuchses. Die Gemeinschaft eröffnet zwar über ihre Programme neuartige Entwicklungschancen auch für österreichische Wissenschaftler, aber im Lande halten müssen wir sie schon selbst. Wenn es in Österreich nicht gelingt, attraktive Arbeitsbedingungen für den begabten Nachwuchs und arrivierten Spitzenforscher zu schaffen, dann kann europäische Forschungsintegration auch Abwanderung der guten und sehr guten Leute ins Ausland heißen.

Offen ist auch die Frage nach der Transparenz der Gemeinschaftspolitik. Gerade seitens der deutschen Hochschulen und ihrer Vertretungen ist öfters Kritik daran geübt worden, daß zuwenig Information über die Konzipierung und Durchführung der F & E-Programme gegeben sei und daß die Entscheidungen innerhalb der Brüsseler Verwaltungsstellen über Weichenstellung der gemeinschaftlichen Wissenschafts- und Forschungspolitik zu wenig transparent seien. Dieses Informationsproblem ist auch in Österreich schon spürbar, und das Gefühl, einer mächtigen Zentralbürokratie in Brüssel gegenüberzustehen, wird sich sicherlich verstärken. Das ist nur eine Auswahl von Fragen, mit denen wir durch die EG-Wissenschaftspolitik konfrontiert werden. Ein leichter Weg nach Brüssel ist also nicht zu erwarten. Die europäische Integration Österreichs in den Bereichen Wissenschaft und Forschung wird schwierig.

Andererseits lassen uns die Dynamik und bisherige Erfolge des neu entstehenden „Wissenschaftsraum Europa“ kaum eine andere Wahl, als daran so aktiv als möglich teilzunehmen. Tun wir dies nicht, so droht die Gefahr eines Abkoppelns und der Isolierung der heimischen Wissenschaftsszene.

Literatur:

1) Erster Bericht über den Stand der Wissenschaft und Technologie in Europa, COM (89) 647 endg., 28. November 1988, Brüssel

2) G. Tichy, Österreich und die Integration der europäischen Forschung, Wien, Signum-Verlag 1987

3) Ebenda, S. 103

EIN PLÄDOYER FÜR ENE OFFENSIVE BILDUNGSPOLITIK

Stichworte: Jugendarbeitslosigkeit. Facharbeitermangel. Chancenlose AHS-Maturanten. Krise der Hauptschule. Akademikerarbeitslosigkeit. Eine willkürliche Auswahl an Katastrophenmeldungen zur aktuellen Situation des österreichischen Bildungswesens. Kritik ist oft verbunden mit Schuldzuweisungen, an die Lehrenden bzw. Verantwortlichen der jeweils anderen Schultypen. Der Vorwurf wird erhoben, man gehe nicht genügend auf die Erfordernisse des Berufsalltags und der Wirtschaft ein. Andererseits geht es in den Bereichen, die ideologisch vorbelastet sind (ganztägige Schulformen, Eliteausbildung versus Massenschulen), seit Jahren um keinen Zentimeter vorwärts. Und dazu kommt in jüngster Zeit ein beschämender Konkurrenzkampf unterschiedlicher Schultypen, ja verschiedener Schulen um jeden einzelnen Schüler, da bei sinkenden Schülerzahlen die Gefahr besteht, daß Lehrerrposten eingespарт werden.

Ein wenig hoffnungsvolles Szenarium kurz vor der Jahrtausendwende, die eines sicherlich in petto hält: Herausforderungen und grundlegende Veränderungen der sozialen Strukturen, angesichts derer es angebracht scheint, Form und Funktion des gegenwärtigen Bildungswesens in Österreich grundsätzlich in Frage zu stellen.

Wir haben uns bemüht, hier solche grundsätzlichen Überlegungen anzustellen. In einem ersten Abschnitt soll auf die Entwicklungen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich eingegangen werden, die den Hintergrund dessen, was wir als Krise unseres Bildungswesens ansehen, bilden. Danach wird versucht, die aktuelle Situation im österreichischen Schulsystem zu durchleuchten und Fragestellungen bezüglich seiner Veränderung zu formulieren. Darauf aufbauend hat der abschließende dritte Teil ein Plädoyer für eine Gesamtreform des österreichischen Bildungswesens zum Inhalt.

Gesellschaft im Wandel — Schule im Stillstand?

Wir sind der Meinung, daß die momentan heftig geforderte Anpassung des Schulwesens an die wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes nur dann sinnvoll ist, wenn man sie vor dem größeren Hintergrund zukünftiger gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Entwicklungen sieht. Solange Schulreformen kleine kosmetische Veränderungen innerhalb eines unantastbaren stabilen Rahmens bleiben, wird sich nicht viel ändern, da jede

Schulreform in Österreich mit einem mehr oder weniger klar umrissenen Etikett versehen ist.

Im gegenwärtigen System sind Erziehung und Bildung auf Arbeit ausgerichtet. Der Beruf, den ein Schulabgänger ergreift, bestimmt wiederum seinen sozialen Status, ist der gesellschaftliche „Platzanweiser“. Bessere (und das ist auch längere) Bildung bedeutet den Zugang zu besserem sozialem Status. Nach der Gleichung „Beruflicher Erfolg = Sozialer Erfolg“ entsteht der Schluß „Schulbildung = Beruflicher Erfolg“. So drängen Schüler — vor allem in Ballungsräumen — zur nach wie vor prestigeträchtigen AHS-Matura und an die Universitäten. Dies wird heftig als „falsches Prestigedenken“ kritisiert, von den einen (Ideologen), weil die AHS-Langform die Chancengleichheit fördere, von anderen (Wirtschaftstreibern), weil diese möglichst sofort auch weniger allgemein gebildete Fachkräfte zur Verfügung haben wollen. Doch der Traum vom sozialen Aufstieg läßt sich nicht so leicht abqualifizieren, er ist die Triebfeder in dem am Geld orientierten System. Wenn es um die Zukunft des eigenen Kindes geht, ist jedem das eigene Hemd am nächsten. So besuchen die Söhne und Töchter jener hochgestellten Politiker, die prinzipiell für die Gesamtschule eintreten, konfessionelle Privatschulen. Und der Sohn eines Arztes wird nach wie vor nicht Dreher werden, während das Kind eines Drehers durchaus Hörer an der medizinischen Fakultät sein kann. Der eigene Sprößling soll „es einmal besser haben“, und dieses Streben der Eltern nach einer sozialen Besserstellung ihres Kindes kann nicht als „falsches Prestigedenken“ abgetan werden.

Gerne wird die Schuld am Facharbeitermangel im Schulsystem gesucht. Die eigentliche Ursache für die mangelnde Bereitschaft Jugendlicher, eine Facharbeiterausbildung anzugehen, liegt jedoch vielmehr in der geringen Wertschätzung manueller Arbeit im allgemeinen. Wenn eine Branche eklatante Arbeitsplatzverluste hinnehmen muß, so leidet auch unweigerlich das Image dieser Berufe. Ein besonders krasser Mangel an Arbeitskräften herrscht folgerichtig in jenen schrumpfenden Branchen, die bisher von den billigen, wenig ausgebildeten jugendlichen Arbeitskräften profitierten. Als unangenehm eingestufte Arbeitsbedingungen sind oft der wahre Grund für das Auseinanderklaffen von Facharbeiternachfrage und Lehrstellenangebot. So gibt es auf der einen Seite einen großen Andrang zum Beruf der Friseurin — verbunden mit einem großen Lehrstellenangebot, dem

kein entsprechendes Angebot an Facharbeiterarbeitsplätzen gegenübersteht. Auf der anderen Seite bietet sich die Situation im Gastgewerbe als Beispiel an. Die schlechten Arbeitsbedingungen (saisonelle Schwankungen im Bedarf an Personen, niedriges Grundeinkommen, als unangenehm empfundene Arbeitszeiten) erklären, warum die verzweifelte Suche nach Fachkräften oft erfolglos bleibt.

Die Erwartung, daß das Schulsystem in erster Linie sofort verwertbare berufliche Fähigkeiten vermitteln soll, ist falsch. Für diese Art von Krisenmanagement sind die Mechanismen des Arbeitsmarktes zu komplex. Eine grundlegende Reform des Bildungswesens muß daher längerfristige Ziele verfolgen und jene unwalzenden Veränderungen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Natur im Auge haben, die sich heute unmißverständlich ankündigen.

Die Altersstruktur unserer Bevölkerung verändert sich rapide. Zur Zeit sinkt die Geburtenrate in Österreich (von 1,7 Kindern pro Frau im gebärfähigen Alter im Jahre 1982 auf 1,4 Kinder im Jahr 1987), während die Lebenserwartung steigt (1978: 72,1 Jahre; 1988: 75,3 Jahre). Augenfällige Konsequenz daraus ist, daß die momentane Lebensentteilung in die drei Phasen Ausbildung, Berufstätigkeit und Ruhestand zunehmend überholt ist. Die „untätigen“ Jungen und die „untätigen“ Alten müssen sich von der immer schmäler werdenden „Mittelschicht“ der Erwerbstätigen erhalten lassen. In Zukunft werden sich Phasen der (beruflichen wie persönlichen) Weiterbildung in irgendeiner Form abwechseln müssen. Dies umso mehr, als das Heranziehen von „Arbeit“ als Gradmesser für „Nützlichkeit“ eines Menschen für diejenigen, die „ausgegliedert“ werden oder bleiben, einen enormen psychischen Druck bedeutet.

Die Energie und Arbeitskraft von Frauen wird nicht mehr vorwiegend in Mutterschaft und Haushalt kanalisiert werden. Daß dies auf Dauer gesehen nicht unbedingt gleichzusetzen ist mit weiterhin sinkenden Geburtenraten (ein beliebtes Argument, um Frauen aus dem Arbeitsmarkt zu drängen bzw. sie in ihren „angestammten“ Sparten zu belassen), zeigt das Beispiel Schweden, wo die Geburtenrate seit 1983 wieder im Steigen begriffen ist (1983: 1,6 Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter; 1987: 1,8 Kinder) — und das, obwohl in Schweden prozentuell mehr Frauen berufstätig sind als in Österreich. Jedenfalls werden die vermehrten beruflichen Interessen der Frauen mehr ganztägige Schulformen, bzw.

eine Anpassung der Arbeitszeiten nötig machen, wie auch die größere Anzahl allerziehender Elternteile die Nachfrage nach neuen Formen der stundenweisen Kinderbetreuung und Lernhilfe steigern dürfte.

Der Begriff **Arbeit** bedarf in Hinkunft einer Neudefinition. In prägnanter Form faßt Fritjof Capra die Paradoxie der gegenwärtigen Arbeitswelt zusammen: „In unserer Gesellschaft wird Arbeit mit dem Arbeitsplatz identifiziert. Man arbeitet für einen Unternehmer und für Geld; unbezahlte Tätigkeit gilt nicht als Arbeit... Andererseits ist Arbeit an bezahlten Arbeitsplätzen nicht für jeden verfügbar. Arbeitslos zu sein ist ein soziales Stigma... Zugleich müssen einige Menschen Tätigkeiten ausüben, auf die sie nicht stolz sind, die sie zutiefst entfremdet und unzufrieden sein lassen.“ (Fritjof Capra, *Wendezeit*, S. 253.)

Daß der Österreicher unter seiner Arbeit leidet und fehlende Selbstentfaltung mehr **Unzufriedenheit** mit dem Beruf bringt, konstatiert auch Marie-Theres Hemberger in einem Bericht über eine IMAS-Studie im April 1989 in der Presse. Wenn die Arbeit in sinnentleerten, anspruchlosen Jobs als zunehmend unbefriedigend erlebt wird, so steht dies in krassem Gegensatz zu den Anforderungen, die die **Freizeitgesellschaft** der Zukunft an den einzelnen stellt. Kürzere Arbeitszeiten steigern den Produktivitätsdruck in bereits jetzt als unangenehm fremdbestimmt empfundenen Arbeitssituationen. Dies fördert psychischen Druck und Stress, der teilweise in die nun vermehrt zur Verfügung stehende Freizeit übernommen wird. Die Freizeit übernimmt die Pathologie des Berufslebens: Prestige- und Rollenzwang, Wettbewerb, Einzelkämpfertum, Spezialistentum — kurzum: die Wochenend- und Urlaubsplanung artet zum „Freizeitstress“ aus. Auf den Bereich der Freizeit ist der Arbeitnehmer in keiner Weise vorbereitet. Die neue Berufsgruppe der „Freizeitanimatoren“ setzt nur ein Krisensignal.

Veränderungen in der Art der Arbeit, von denen noch die Rede sein wird, bewirken ein weiteres Auseinanderdriften von **Wohn- und Arbeitsorten**. Abgesehen von einem verstärkten Verkehrsaufkommen ist die Folge ein Zunehmen des Stadt-Land-Gefälles in der Versorgung auch mit Bildungseinrichtungen. Zentrale Orte mit Agglomerationsvorteilen sind in diesem Spiel die Gewinner. Eine Reform des Bildungswesens muß diese Entwicklung zumindest vorhersehen. Dann die zunehmende Zentralisierung von Bildungseinrichtungen zeitigt Folgekosten, ebenso wie der oben erwähnte psychische Druck, dem Arbeitnehmer in fremdbestimmten Tätigkeiten ausgesetzt sind. Die gegenwärtigen Bedingungen der Arbeitswelt fördern ein Steigen solcher **sozialer Kosten**, die aus jeder Statistik fallen, von sozialen Einrichtungen, Krankenkassen, Bundesministerien und der Wirtschaft jeweils aus den eigenen Bilanzen herausge-

halten und im ganzen System hin- und hergeschoben werden. Ein solches Beispiel im Bildungsbereich ist der Schwarzmarkt an Nachhilfestunden, der Schwachstellen des Schulsystems und der Lehrerbefähigung äußerst notdürftig ausbessert.

Wurde Arbeit bisher immer spezieller, unter Zeit- und Rationalisierungsdruck immer eintöniger und immer mehr auf einige wenige Handgriffe reduziert, so wird die **Art der zu verrichtenden Arbeit** im postindustriellen Zeitalter eine andere sein. Die Statistik zeigt, daß Österreich anderen Industriestaaten auf dem Weg in eine Dienstleistungsgesellschaft folgt. Hilfsarbeit und anspruchslose manuelle Arbeit verlieren an Bedeutung, während geistige Arbeit produktiver werden muß. Wissen ersetzt als grundlegender Wirtschaftsfaktor das Kapital. Arbeit wird komplexer. Nur einige der zu nennenden Entwicklungen: flexiblere Arbeitszeitregelungen und Lebensarbeitszeiten; häufigerer Wechsel der Aufgabenfelder; Wechsel der Produktion und des Personals; größere Aufgabenfelder; schnellere Anpassung an neue Bedingungen.

Abstrakte Fähigkeiten in Kombination mit technischem Wissen in bestimmten Bereichen gewinnen vor diesem Hintergrund massiv an Bedeutung. In einer Dienstleistungsgesellschaft kommt dem Zugang zu Wissen enorme Relevanz zu. In einer Phase revolutionärster Umwälzungen auf dem Gebiet der **Informationsvermittlung und -verarbeitung** ein weites und wichtiges Betätigungsfeld von Bildungseinrichtungen in allen Lebensphasen (Stichwort: „Computer-Analphabetismus“). In seinem Buch **Neuland des Denkens** spricht Frederic Vester von einer geistigen Lücke innerhalb unserer Gesellschaft, da diese mit der technischen Entwicklung nicht mitgewachsen sei. Er spricht von der Unfähigkeit des einzelnen, mit dem Gelernten umzugehen und es mit der Realität in Beziehung zu setzen (vgl. S. 469). „**Vernetztes Denken**“ wird zur Grundvoraussetzung, um immer komplexer werdende Tätigkeiten und Prozesse zu durchschauen.

Auch wird man der weitgehenden **Internationalisierung** von Produktion und Know-how in irgendeiner Weise Rechnung tragen müssen. Die den Österreichern zum Vorwurf gemachten mangelnden Fremdsprachenkenntnisse erscheinen hier besonders tragisch. Wir wissen noch nicht, wie sich der Europäische Binnenmarkt entwickeln wird, noch wie weit in einen „Gemeinsamen Markt“ der EG integriert sein wollen und werden. Gorbatschows „Perestroika“, ein neuer Präzident in den USA, schwindelerregende Inflationsraten in Argentinien, ein durch Korruptionsfälle erschüttertes Japan und eine durch die jüngsten Ereignisse in Peking mehr denn je verunsicherte Wirtschaftsmetropole Hongkong stehen beispielhaft für weitere Fragezeichen, wenn es um Prognosen über die zukünftige

Entwicklung der Weltwirtschaft geht. Es wird auch für Österreich von Bedeutung sein, ob materieller Wohlstand und technischer Fortschritt sich in Hinkunft ebenso rasant weiterentwickeln oder ob eine **Neubewertung der Parameter** stattfindet. Für eine Neuorientierung sprechen einerseits die ökologische Bedrohung unseres Planeten, andererseits steigende Rohstoffpreise infolge knapper werdender Ressourcen sowie Sättigungstendenzen in den Industriestaaten bei langlebigen Gütern. Eine Ausweitung des Marktes für diese Produkte ist nicht möglich, da es den weniger hoch entwickelten Ländern an Kapital und Infrastruktur mangelt. Die Nachfrage in den Entwicklungsländern läßt sich nicht steigern, da das Wohlstandsviertel der Menschheit bekanntlich drei Viertel der mineralischen Rohstoffe für sich beansprucht. Es steht eine Entscheidung zwischen quantitativem und qualitativem Wachstum an, und dies vor dem Hintergrund eines brisanter werdenden Ungleichgewichts zwischen nördlicher und südlicher Hemisphäre. Was ist die Konsequenz aus dieser Analyse eines globalen Wandels? In einem Artikel in der Zeitschrift *Trend* (7/88) zog Helmut A. Gansterer folgenden Schluß: „Gewiß an der Zukunft ist lediglich die Ungewißheit. Und des dürfte nur einen Weg geben, sich auf Ungewisses vorzubereiten: gescheiter zu werden.“

Da von der Planung bis zur Realisierung von Schulreformen erfahrungsgemäß zu mindest etwa 20 Jahre vergehen (man nehme als Beispiel die AHS-Oberstufenreform), ist es nicht möglich und nicht zweckmäßig, in Schulen kurzfristiges wirtschaftspolitisches Krisenmanagement zu betreiben. Ein neues Bildungswesen muß eine ganzheitliche Ausbildung für Arbeitswelt und Freizeit gewährleisten. Es muß langfristige Weichenstellungen vornehmen. Der Schwerpunkt muß auf der Entwicklung von Persönlichkeitsstrukturen einerseits und von Denkfähigkeiten andererseits liegen, auf Denkfähigkeiten, „die sich weniger auf den einzelnen Wissensstoff als auf den Umgang mit diesem Stoff konzentrieren. Dies umso mehr, als unsere Gesellschaft auch nicht mehr mit dem für das ganze Leben geltenden statischen Berufsbild existieren kann und sich immer mehr in Richtung auf eine Lerngesellschaft unter öfterem Wandel der Aufgabenbereiche und Aktionsebenen bewegt.“ (Frederic Vester, *Neuland des Denkens*, S. 470).

Vermittelt das Regelschulsystem dem Schulabgänger erst einmal eine grundsätzliche Einsicht in Zusammenhänge und Strukturen, die ihn in seinem Arbeitsleben und in seinem Leben im Staatsgebilde betreffen, so kann dann ein sich über das Leben erstreckendes Studium und Erkenntnis sammeln folgen, verbunden mit einem „Nachjustieren“ überall dort, wo sich die Randbedingungen ändern. Entscheidend ist, daß die Schule lehrt, wie man zu Informationen kommt, wie man sie bewertet, wie man

mit ihnen umgeht. Edward de Bono, Professor an der Universität Cambridge und Leiter eines weltweit angesehenen Instituts, das Denken als spezifische Fähigkeit lehrt, argumentiert sehr überzeugend zum Denken in der Informationsgesellschaft: „Information ist kein Ersatz für Denken, und Denken ist kein Ersatz für Information. Das Dilemma ist, daß nie genug Zeit vorhanden ist, die gesamte Information zu lehren, die nutzbringend gelehrt werden könnte.“ *The direct teaching of thinking as a skill*, in: Phi Delta Kappa).

Das Motto lautet: **ein Mehr an Schule**. Sowohl quantitativ, in Form einer längeren Schulpflicht, die die Jugendlichen durch mehr Allgemeinbildung auf die vermehrten Anforderungen vorbereitet, als auch qualitativ, durch mehr Lehrer, kleinere Gruppen, die dem einzelnen Lernenden gerecht werden, und durch veränderte Inhalte.

Schule — wie sie heute ist, kann sie morgen nicht mehr sein!

Im ersten Teil haben wir uns mit dem gesellschaftspolitischen Rahmen beschäftigt, in dem Schule an der Jahrtausendwende existiert. Darin wurden zwei wesentliche Punkte formuliert, von denen einer scheinbar eine Binsenweisheit ist: 1. Bildung wird immer wichtiger. 2. Schulformen können nicht aus wirtschaftspolitischen Motiven (die Wirtschaft braucht in einem Jahr 500 Maurer, daher wird in der 4. Klasse Hauptschule ein zweimonatiges Projekt: „Alles Wichtige übers Häuserbauen“ installiert), sondern müssen aus gesellschaftspolitischen Gründen durchgeführt werden. Der zweite Teil beschäftigt sich mit dem Ist-Zustand der Schule, mit der Analyse des bestehenden Schulsystems.

Über die gegenwärtige Situation der österreichischen Schule wird in der Öffentlichkeit sehr viel diskutiert. Man spricht vom „Sanierungsfall Bildungssystem“ oder von der „Zeitbombe Bildungspolitik“, die tickt: Offensichtlich ist es so, daß die wissenschaftlich-technische Revolution, das sogenannte Computerzeitalter, unserem „guten alten Schulsystem“ keine Überlebenschancen geben wird. Die Bildung braucht eine Gesamtreform, um den Anforderungen des 3. Jahrtausends gewachsen zu sein.

Zurück zu den Fakten. Da ist zuerst einmal die Tatsache, daß die Schülerzahlen sinken. Nehmen wir den Trend für die Steiermark, so hat es im Schuljahr 1980/81 193.589 Schülerinnen und Schüler gegeben, im Schuljahr 1986/87 165.347. Bei dieser Größenordnung wird sich die Schülerzahl bis auf weiteres eependeln. Unseres Erachtens erleichtert diese gesellschaftliche Erscheinung, mit der alle hochindustrialisierten Länder konfrontiert sind, die Durchsetzung von Reformen, die eine Senkung der Klassen-

schülerhöchstzahl erreichen wollen. Die Schülerzahlen gehen in wirtschaftlichen Randbereichen besonders drastisch zurück. Der Trend zu höherer Bildung hält weiter an. Während auch in Graz die Zahl der Volksschüler rückläufig ist, steigt die Gesamtzahl der Schüler trotzdem, weil durchschnittlich mehr Schülerinnen und Schüler in eine AHS beziehungsweise eine berufsbildende mittlere oder höhere Schule gehen.

Was beweist dies? Einzig und allein, daß der Wunsch nach mittlerer und höherer Bildung zunimmt. Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Grundsätzlich wird den meisten Schülern anscheinend eine Ahnung vermittelt, daß man in Zukunft mit besserer Qualifikation leichter wird bestehen können. Ein weiterer ganz handfester Grund ist, daß spätestens seit 1976 die Zahl der Lehrstellensuchenden die offenen Lehrstellen bei weitem überboten hat. Die Möglichkeiten, einen Beruf zu erlernen, waren in den letzten ein- einhalb Jahrzehnten eingeschränkt oder nicht für alle, die einen Beruf erlernen wollten, vorhanden.

Ein dritter wesentlicher Grund war und ist, daß viele Berufe vom Verdienst, von den Arbeitsbedingungen oder der Arbeitszeit wirklich nicht erstrebenswert sind. „Der unternehmerische Boom hat einen Haken, von dem man nicht gern spricht: die Arbeit ist in den meisten Firmen so erniedrigend für den menschlichen Geist, daß viele begabte Menschen davon abgeschreckt werden.“ (John Naisbitt und Patricia Aburdene, *Megatrends Arbeitsplatz*, S. 107).

Eine der Hauptursachen für die Tendenz zur höheren Bildung ist unseres Erachtens die schwierige Wirtschaftslage der 80er Jahre und die wissenschaftlich-technische Revolution im allgemeinen. Die Argumentation, daß es sich dabei um „Prestigedenken“ handelt, schiebt die Verantwortung auf diejenigen, die bis zur Matura lernen wollen. Es gibt ja außerdem praktische Gründe — abgesehen von Geld und Prestige —, sich mehr Wissen anzueignen. Die Statistik beweist, je niedriger der Schulabschluß, desto höher ist der Anteil an den Arbeitslosen.

Darüber hinaus wird die Entwicklung der Arbeitsplätze hin zu höherer Qualifikation weiter zunehmen. „Ein Blick über die Bretter des österreichischen Gartenzaunes: Der Akademikeranteil an den Erwerbstätigen ist in Schweden mehr als doppelt so hoch wie in Österreich. Die schwedische Arbeitslosenrate betrug 1988 1,8% (Österreich 5,3%). In Schweden geht man davon aus, daß zur Jahrtausendwende rund 25% der Erwerbstätigen in „knowledge handling occupations“ beschäftigt sein werden. Zu diesem Zweck sollen die Kapazitäten der Universitäten in den nächsten 10 Jahren um weitere 50% erweitert werden.“ (Dr. Roman Obrovsky, *Standard*, 11. 3. 1989).

Wir können davon ausgehen, daß der Drang nach mehr Bildung anhalten wird, und das kann für eine Nation grundsätz-

lich nicht schlecht sein. Die Bildung und Ausbildung wird in Zukunft noch mehr Geld kosten, Sparen an der Bildung heißt, wie ein Schlagwort sagt, Sparen an der Zukunft. Deswegen geht das Arbeitsübereinkommen der SPO-ÖVP-Koalition im Bildungsbereich in die verkehrte Richtung. Man braucht nur das Verhalten der Verantwortlichen für die österreichische Bildungspolitik zum „Volksbegehren zur Senkung der Klassenschülerhöchstzahl“ als Beispiel zu nehmen. Dazu Frau Minister Hawlicek: „Angesichts der budgetären Situation ist es abzuwägen, ob zum derzeitigen Zeitpunkt eine weitere Absenkung vorzunehmen ist.“ Im selben Zusammenhang spricht sich VP-Bildungssprecher Schaffner gegen eine generelle Senkung der Klassenschülerhöchstzahl aus.

Doch nun wieder zu den Kritikpunkten an der Bildungspolitik, die vielfältig sind, und den Konzepten zu einer Veränderung, die unterschiedlich ausfallen. So ist die „Neue Hauptschule“ aus parteipolitischen Gründen noch immer umstritten, bietet die AHS keine berufliche Vorbildung, die BHS zu wenig Allgemeinbildung, mit der Lehrlingsausbildung kann man auch nicht glücklich sein.

Die Konzepte dagegen — abgesehen von denen, die Werbefeldzüge für oder Rufmord an Schultypen aus wirtschaftlichen oder politischen Motiven sind — sind sicher ehrlich gemeint und formulieren insofern seriöse Anliegen:

● Die Hauptschullehrer und Ausbilder basteln an der Hauptschule 2000.

● AHS-Lehrer und -ausbilder erarbeiten eine AHS-Reform,

● die AK fördert eine offensive Bildungspolitik und eine Reform der Berufsausbildung,

● die Bundeswirtschaftskammer will u.a. den Euroingenieur.

Dabei geht der Gesamtzusammenhang verloren, die heutige Methode, ein Reformchen da, eines dort, hat zur Konsequenz, daß die Schultypen sich immer weiter voneinander entfernen und damit die Angriffsflächen noch größer werden. Die Wirklichkeit wird Österreich dazu zwingen, eine Gesamtreform des Bildungswesens durchzuführen, die zwei allgemeine Ziele verwirklichen hilft:

1. das Bildungsniveau allgemein zu heben, und
2. das Bildungsniveau auf dem Land noch stärker zu fördern, um es dem der Stadt noch weiter anzunähern.

Wie die Grundzüge einer solchen Reform aussehen könnten, behandelt der dritte Teil.

Eine Gesamtreform des österreichischen Bildungswesens ist unumgänglich

„Wissen ist das einzige Produktionsmittel, das nicht dem Gesetz des abnehmenden Ertragszuwachses unterliegt“ (J. M. Clark). Die Entwicklung der Massenme-

dien hat die Welt in ein Dorf verwandelt, und die weltweite Götterdämmerung in puncto technischen Fortschritt wird durch immer größere, vom Menschen verursachte Umweltkatastrophen beschleunigt. Die von den Bildungssystemen „gezüchteten“ Experten haben längst das Image der fachlichen Unfehlbarkeit verloren und müssen immer mehr mit dem bitteren Beigeschmack des „Fachidioten“ leben, der die umfassenden Folgen seiner Aktivitäten nicht ausreichend absehen kann. Wenn früher oft nicht getan werden konnte, was erlaubt war, so trifft der technische Fortschritt heute immer öfter auf die Frage, ob alles, was machbar ist, auch ethisch erlaubt ist.

Die Krise der Bildungssysteme ist deshalb global. US-Präsident Bush erklärte im Wahlkampf, als „Bildungspräsident“ in die Geschichte eingehen zu wollen, und die Reform des amerikanischen Bildungswesens war ein zentrales Thema des Präsidentschaftswahlkampfes. Der „sekundäre Analphabetismus“ in den USA — in erster Linie durch die 24-stündige TV-Berieselung verursacht — „bedroht“ die amerikanische Sicherheit, weil ein Viertel der Rekruten die schriftlichen Sicherheitsvorschriften im militärischen Bereich nicht versteht. Andererseits kostet die Streitmacht eines atombetriebenen Flugzeugträgers soviel wie die komplette vierjährige Ausbildung von 90.000 College-Studenten. Die jahrzehntelange Vernachlässigung der Allgemeinbildung und Lehrerausbildung in den öffentlichen Schulen in den USA, die — verbunden mit schlechter Bezahlung — zu einem niedrigen sozialen Status der Lehrenden geführt hat, hält den Amerikanern heute deutlich eine ihrer Volksweisheiten vor Augen: „You get what you pay for.“ Allfällige Parallelen zur Bildungsdebatte in Österreich dürfen uns jedoch keineswegs dazu verleiten, das US-amerikanische Bildungssystem mit dem österreichischen zu vergleichen. Eine umfassende Reform des Bildungswesens in Österreich kann nur auf langfristigen Überlegungen beruhen. Der Herausgeber des Wirtschaftsmagazins *Trend*, Helmut A. Gansterer, stellt daher fest: „Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt. Niemand weiß es — außer einigen professionellen Kaffeesudlern. Man kann auf relativ kurze Sicht prognostizieren, welche Berufe eine Zukunft haben und welche nicht. Aber auf lange Sicht, eine Generation im voraus, wissen wir so gut wie gar nichts“ (*Trend*, 7/1988).

Die Reform kann nicht über den derzeit laufenden Konkurrenzkampf AHS gegen Neue Hauptschule und Berufsschulen bzw. Berufsbildende Schulen erfolgen, weil dieser zumeist einseitig (oft in überlauer Weise manipuliert) und nicht einseitig geführt wird. Peter Dusek vergleicht ihn in den Salzburger Nachrichten vom 26. April 1989 mit einer Debatte darüber, ob man Fieberthermometer besser mit Fahrenheit oder Celsius messen sollte. „Wir haben heute im wesentlichen das

gleiche Erziehungssystem, das wir in der industriellen Gesellschaft hatten, und wir erwarten von ihm, daß es uns das Rüstzeug für das Informationszeitalter gibt. Das ist das wirkliche Problem beim heutigen Erziehungswesen, und nur das System zu verbessern, wird uns nicht weiterbringen. Wir müssen uns vielmehr fragen: Wie würde Erziehung aussehen, wenn wir sie jetzt erfinden müßten? Welche Fertigkeiten verlangt die Informationsgesellschaft von uns? Wir müssen uns bemühen, schlüssige Antworten auf diese Fragen zu finden, und wir müssen bereit sein, wenn nötig das Erziehungssystem von gestern zugleich mit dem Industriezeitalter, für das es geschaffen worden war, untergehen zu lassen.“ (John Naisbitt und Patricia Aburdene, *Megatrends Arbeitsplatz*, S. 156f.). Aus dem Geschilderten ergeben sich für eine umfassende Reform vielmehr folgende Ziele:

(1) Ganzheitliche, qualitativ hochstehende Ausbildung als Lebensvorbereitung, daher **zuerst Allgemeinbildung soviel wie möglich** als Ansatzpunkt für vernetztes Denken. Individuelle Begabung und Kreativität dürfen nicht durch Ausbildung zu „Fachidioten“, zur einseitigen Sicht von komplexen Zusammenhängen führen. Die Zeit eigenbrötlicher Genies ist vorbei. Das explodierende Fachwissen macht die Fähigkeit zur Teamarbeit und Kommunikation zur Grundvoraussetzung effizienten Arbeitens.

(2) Danach von **Berufsfeldern auf eine Spezialisierung so tief wie möglich** für die beruflichen Anforderungen.

(3) **Lebenslange Fortbildung**, da das Wissen ständig und rasch weiterwächst und deshalb eine geringe „Halbwertszeit“ hat. Diese Halbwertszeit, d.h. der Zeitraum, in dem sich der allgemeine Wissensstand verdoppelt, lag 1920 bei 20 Jahren, 1950 bei 15 Jahren und zu Beginn der achtziger Jahre bei 7 Jahren (in der gerade in der Innovationsphase befindlichen EDV liegt sie zur Zeit bei 6–8 Monaten). Das möglichst große „lexikalische Wissen“ des einzelnen ist daher sehr relativ. Sein „intimer Gedächtnisspeicher“ muß — ständig erweitert durch neue Ergebnisse anderer Konkurrenten (besser: „Mitarbeiter“) — zu einer „Echtzeitdatenbank“ — werden, die nur unter elektronischer Mithilfe möglich ist. Eine umfassende Reform des österreichischen Bildungswesens muß daher zunächst die versagenden, starren Nahtstellen zwischen den Schultypen verändern. Die immer höher werdenden Ansprüche an das Bildungswesen können somit nur durch **Integration** und nicht durch **Separation der unterschiedlichen Bildungswege** befriedigt werden. Die im folgenden beschriebenen Modelle basieren auf diesen grundsätzlichen Überlegungen. Das Modell für eine neue Regelschulwesen geht davon aus, daß

(a) eine Verlängerung des Pflichtschulalters um ein Jahr nötig ist, um der Allgemeinbildung auf allen Ebenen vermehrt

Rechnung tragen zu können (das 10. Pflichtschuljahr ist in vielen Industrieländern längst eingeführt),

(b) durch mehrere Umstiegsmöglichkeiten in kürzeren Abschnitten von zumeist zwei, höchstens jedoch drei Jahren ab dem 11. Lebensjahr eine hohe Flexibilität des Systems gewährleistet wäre, und damit vor allem der individuellen Entwicklung der 11–16-jährigen besser entsprochen werden könnte,

(c) eine der allgemeinbildenden Schulpflicht folgende berufsbildende Schulpflicht bis zum 19. Lebensjahr die Zahl der sozial immer stärker mißachteten Hilfsarbeiter verringern hilft. Zugleich könnten damit auch die Aussteiger aus den Mittleren und Höheren Schulen integriert werden, deren Anzahl steigt. Die Drop-out-Quote liegt nach der ersten Klasse der Berufsbildenden Mittleren Schulen über 35%, sie steigt in den Berufsbildenden Höheren Schulen von 12,3% in der ersten Klasse auf 34% am Ende der Schulform, während bei der AHS die Quote von 7,4% bis zur Matura auf 18,2% klettert.

Auf die Vermittlung von Bildung an den Volksschulen wird hier deshalb nicht eingegangen, da dieser Schultyp inhaltlich am wenigsten umstritten ist. Die Forderungen nach der Wiedereinführung von Aufnahmeprüfungen für die Unterstufen der AHS (und bestimmte Oberstufenformen) sind unter diesen Gesichtspunkten als kontraproduktiv zu bezeichnen. Als Gipfelpunkt der Ideen- und Konzeptlosigkeit ist wohl auch der Wunsch anzuführen, bereits im Volksschulalter Leistungen im Sachkundeunterricht als Entscheidungskriterien für den weiteren Bildungsweg heranzuziehen. Mit derartigen restriktiven und selektiven Maßnahmen in den Erziehungsprozeß von 10-jährigen eingreifen zu wollen, bedarf besonderer pädagogischer Ignoranz und einer Extraportion politischer Verantwortungslosigkeit.

Allerdings ist diese Argumentation, die ja auch für die Gesamtschule der 11–14-jährigen verwendet wird, insofern zu relativieren, als die Förderung von Begabten im kontinuierlichen Rahmen der AHS-Langform leichter möglich ist. Die Annäherung an die Gesamtschule könnte unter Beibehaltung der Langform der AHS dadurch gewährleistet werden, daß der Fächerkanon und die Fachlehrpläne identisch sein sollten und damit die jetzige Hauptschule als „Allgemeinbildende Schule“ (AS) den Unterstufen der AHS gleichgestellt würde, wobei jedoch das Prinzip von Kleingruppen in der AS die Förderung der unterschiedlichen Begabungen stärker berücksichtigen müßte. Diese Kleingruppen (in möglichst allen Gegenständen) sollten vor allem in einer **Orientierungsstufe der 11–12-jährigen** nicht ausschließlich als Leistungsgruppen unter Notendruck zustande kommen, sondern aufgrund einer intensiven schulpädagogischen Zusammenarbeit zwischen Lehrern, Schülern und Eltern.

Derartige Kleingruppen müssen auch keineswegs zu einer Zerreißung des Klassenverbandes führen, wenn sie in adäquaten Formen des Team-teachings betreut werden. Im Rahmen dieser Orientierungsstufe könnte man auch an den AHS viel mehr auf die individuellen Probleme der Kinder eingehen, die, aus unterschiedlichen Schulen kommend, meist vom familiären Rahmen kleiner Volksschulen in Institute mit an die tausend Schülern im Alter von 11–20 verpflanzt, zu Beginn oft unter enormen psychischen und sozialen Streß stehen. Diese Orientierungsstufe sollte es ermöglichen, sich in kleinen Gruppen an die verschiedenen Lehrer und Mitschüler genauso zu gewöhnen, wie den Übergang zu den akademischen Aspekten des weiteren Schullebens (verschiedenste Fächer mit unterschiedlichen Ansprüchen) leichter bewältigen zu können.

Eine Sekundarstufe I der 13–14-Jährigen sollte an der AS das Prinzip dieser Kleingruppen fortsetzen, um weiterhin eine optimale Förderung individueller Möglichkeiten zu haben, wobei in AS und AHS eine Teilung in einen technisch-mathematischen bzw. einen fremdsprachlichen Zweig eine erste Entscheidungsebene bilden könnte. Diese Teilung sollte jedoch nicht anhand von alternativen Pflichtgegenständen erfolgen, sondern im Rahmen von Stundentafeln, die eher Sprachkenntnisse oder technisch-mathematische Kenntnisse betonen sollten. Durch spezielle Förderkurse könnten etwaige — durch die unterschiedlichen Stundentafeln bedingte — Mängel ausgeglichen werden, sodaß nach der 8. Schulstufe weiterhin alle Wahlmöglichkeiten ohne Aufnahme- oder Übertrittsprüfungen offen stünden. Die generelle Einführung der zweiten lebenden Fremdsprache in der 7. Schulstufe (bei gleichzeitiger Reduzierung toter Fremdsprachen auf die AHS-Oberstufe) würde einerseits den Forderungen nach mehr Fremdsprachenkenntnissen entgegenkommen, andererseits auch die Integration AS-AHS fördern.

Als dritter Schultyp würden nach der 8. Schulstufe die **Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS)** die Wahlmöglichkeiten bereichern.

Aber auch sie müßten in ihrer „Unterstufe“ (1. und 2. Klasse) der Allgemeinbildung insofern Rechnung tragen, als in allen drei Schultypen mit 16 Jahren zum Abschluß der Pflichtschulzeit ein Zeugnis der „**Mittleren Reife**“ ausgestellt werden sollte (mit 5–7 allgemeinbildenden Prüfungsgegenständen). Damit wäre auch in diesem Alter der Umstieg in einen anderen Schultyp als Regelfall vorgesehen. Die AHS könnte ihre beiden Grundtypen bis zur Mittleren Reife fortführen, wobei eine Aufstiegsmöglichkeit in der 5. Klasse ebenso wünschenswert wäre wie eine weitere Differenzierung auf Stundentafelbasis. Mit der Mittleren Reife wäre ein anerkannter Ausstieg aus den AHS und BHS möglich und somit die

Gefahr von Drop-outs an den Oberstufen dieser Schulen verringert.

Die schwerwiegendsten Änderungen blieben aber den AS vorbehalten. Der Polytechnische Lehrgang müßte abgeschafft werden und zusammen mit dem 10. Pflichtschuljahr zu einer „**Allgemeinbildenden Mittleren Schule**“ zusammengefaßt werden (einer Art Oberstufe der AS). Dabei sollten die allgemeinbildenden Fächer leistungsdifferenziert unterrichtet werden, wobei der Abschluß der Mittleren Reife in der ersten Leistungsgruppe den Umstieg in die Oberstufen der AHS und BHS ermöglichen sollte. Durch eine Gliederung in drei Typen (technisch, ökonomisch, sozial-humanbildend) könnte eine Vorbereitung auf Berufsfelder durch verpflichtende Praktikumsabschnitte (z.B. in Form kurzer Schnupperlehren) erfolgen. Schülern, die nicht im 10. Schuljahr die Mittlere Reife erlangen, muß die Gelegenheit gegeben werden, sie in weiteren Schuljahren zu erreichen bzw. in einem „Aufbaulehrgang Mittlere Reife“ anstreben zu können.

Die Abgrenzung der AS zum Ghetto der **Sonderschulen** muß ebenfalls überdacht werden, denn allzuoft sind es soziale und disziplinäre Ursachen, die Kindern eine Sonderschulbildung zuweisen und sie damit meist für ein Leben lang ins Abseits stellen. Ein intensives Bemühen um diese Schüler in Richtung auf einen anerkannten — und nicht diskriminierenden — Schulabschluß ist dafür die Grundvoraussetzung.

Was die weitere schulische Berufsbildung anbelangt, erscheint eine Ausbildung in Berufsfeldern sinnvoller, als die Spezialisierung auf derzeit 224 Lehrberufe und 400 Formen berufsbildender Schulen. Die Dualität dieses Ausbildungssystems könnte insofern gefördert werden, als die Ausbildung im Spezialberuf am besten wohl im Betrieb forciert werden kann, während die Kenntnisse im Berufsfeld hauptsächlich in der Berufsschule vermittelt werden können, da die für Österreich typischen Klein- und Mittelbetriebe oft nicht im gesamten Berufsfeld ausbilden können. Ein Teil der Berufsschulzeit sollte für diejenigen den Aufbaulehrgang Mittlere Reife verpflichtend vorsehen, die diesen Schulabschluß nicht am Ende der Pflichtschulzeit erreichten.

Selbstverständlich ist unter diesen Gesichtspunkten mehr Berufsschulzeit nötig, da reines „Anwendungswissen“ auch hier nicht ausreichend ist, und eine Verbesserung der Allgemeinbildung (u.a. Fremdsprachen) angebracht erscheint, um die berufliche Flexibilität, soziales Engagement, Fähigkeit zu Teamarbeit, Kommunikation und Entwicklung von Problemlösungen zu steigern. Ein Tischler sollte z.B. auch über die Vermarktung seiner Produkte ausreichend Bescheid wissen und seinen Arbeitsplatz und -prozess mitgestalten und mitbestimmen können. Produktivitätssteigerung ist nicht nur durch erhöhten Leistungsdruck zu er-

reichen, sondern ebenso durch höhere Arbeitszufriedenheit und ist in zunehmendem Ausmaß eine Frage von Kreativität und vernetztem Denken!

Im Bereich der **Berufsbildenden Schulen (BBS)**, wo bereits heute eine Ausbildung in Berufsfeldern in den Grundtypen Landwirtschaft (Agronomie), Ökonomie, Technik und Sozial-Humanbildend erfolgt, ist sicherlich ein erhöhter Bedarf an technischen Schulen gegeben. Für die Ausbildung an diesen — heute „**Mittlere Schulen**“ genannten — Lehranstalten wäre genauso wie für die Oberstufen der BHS anzustreben, technische Fachkenntnisse mit entsprechender Allgemeinbildung zu verbinden. Insgesamt ist wohl auch die Wahl der Schultypen und Schulstandorte aus regionalpolitischen Aspekten kritischer zu hinterfragen als dies bisher der Fall war.

Die AHS-Oberstufen sollten zur Angleichung an die BHS durch eine 9. Klasse ergänzt werden (was bereits in den sechziger Jahren diskutiert und geplant wurde). Dabei könnte das 1990/91 erstmals in Kraft tretende System der Wahlpflichtfächer am sinnvollsten zu berufsorientierten Oberstufentypen ausgebaut werden. Die Wahlmöglichkeiten würden sich dann auf Fachgruppen erstrecken, sodaß es z.B. einen technisch-mathematischen, naturwissenschaftlich-ökologischen, berufsbildenden (mit Lehre im Berufsfeld), ökonomischen, fremdsprachlichen (mit dritter Fremdsprache) bzw. sozialhumanbildenden Zweig geben könnte oder einen Zweig Informatik & Kommunikation, Musik bzw. Kunst & Design.

Es wurde bereits darauf verwiesen, daß Österreich keineswegs einen Akademikerüberschuß hat, sondern daß die Kanalisierung in bestimmte Studienrichtungen nicht zufriedenstellend funktioniert. Dies scheint u.a. daran zu liegen, daß nach dem Maturaabschluß keine entsprechenden kurzen Grundstudien möglich sind. Die bestehenden Kollegstufen sind unzureichend und keineswegs mit dem Schultyp zu vergleichen, der in den angelsächsischen Ländern diese Lücke schließt: das **College**. Es erscheint daher wünschenswert, die halbherzige Kolleg-Lösung in Richtung eines College auszubauen, das

(a) einerseits vier- bis sechsemestrige Fachstudien anbietet, in denen fachspezifische, allgemeinbildende und fremdsprachliche Kenntnisse sowohl separat als auch in Kursen integriert vermittelt werden, deren Abschluß durch einen staatlich anerkannten Titel (Ingenieur, Bakkalaureus, Lizentiat usw.) bestätigt wird und zu einem graduatierten Studium an einer Universität berechtigt,

(b) andererseits „Sandwichkurse“ für Berufstätige in Form von ein- oder zweisemestriger Berufsbildung abhält. Gerade der Gesichtspunkt der Erwachsenenbildung wird in der Diskussion um unser Schulwesen sträflich vernachlässigt. Derzeit werden dafür nur 0,3% des Bildungsbudgets verwendet, was völlig im

Widerspruch zum allgemein geforderten „lebenslangen Lernen“ steht. In Anbetracht der immer kürzer werdenden Halbwertszeit des Wissens ist es wohl keine Frage, welche Bedeutung es bereits heute — und erst recht in Zukunft — hat. Zur Zeit arbeitet das Unterrichtsministerium mit über zehn Bundesverbänden der Erwachsenenbildung zusammen. Die Notwendigkeit der Erwachsenenbildung scheint es jedoch unumgänglich zu machen, sie vom Status eines abendlichen Hobbies zu befreien und ihr gleichberechtigten Stellenrang einzuräumen, so z.B. auf legistischem Weg durch Schaffen eines **Rechtes auf Erwachsenenbildung**, das u.a. die Freistellung vom Beruf durch die betroffenen Unternehmen genauso regelt wie den Abschluß derartiger Kurse staatlich anerkennt.

Als Träger solcher Colleges bietet sich der Staat zusammen mit den Sozialpartnern und ihren Erwachsenenbildungseinrichtungen an. Gerade bei berufsspezifischen Kursen muß jedoch besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, daß qualifizierte Vortragende den tatsächlichen „state of the art“ vermitteln. Das Problem liegt darin, daß Spitzenleute ohnehin im Beruf ausgelastet sind und dort mehr verdienen als in der Lehre.

Schließlich könnte auch an den Universitäten durch die Einführung von kürzeren Grundstudien ein früherer geregelter Abgang geschaffen werden, der zugleich Collegeabsolventen einen Zugang eröffnen könnte. Genauso wäre eine Öffnung der Universitäten für spezielle Erwachsenenbildung (z.B. universitäre Fortbildung für Krankenschwestern u.v.m.) wünschenswert.

Im gesamten Schulwesen müßten darüber hinaus die regionalpolitischen Aspekte der Schulbildung stärker als bisher berücksichtigt werden, vor allem in Hinblick darauf, ob Schulstandorte dazu da sind, um Strukturen zu erhalten oder zu verändern. Die vor allem aus ökonomischen Gründen bestehende Tendenz der Schließung kleiner Landvolkschulen beschleunigte den Verfall der sozialen, kulturellen und strukturellen Verhältnisse in den betroffenen Gemeinden. Die Errichtung zentraler Schulstandorte hat den Anteil der Fahrschüler beträchtlich erhöht, wobei in den meisten Fällen keine entsprechenden Begleitmaßnahmen für die Betreuung folgten. Dem Stadt-Land-Gefälle muß im Bildungswesen mehr Augenmerk geschenkt werden, damit eine möglichst breite Streuung des Bildungsangebotes möglich ist. Eine Dezentralisierung höherer Bildungseinrichtungen ist daher anzustreben. Regionalisierung der Bildungspolitik kann jedoch nicht bedeuten, Schultypen gegeneinander auszuspielen, wie es zur Zeit in der Diskussion um Hauptschul- und AHS-Standorte geschieht. Auch die Forderung, den Bundesländern die Schulhoheit über Schultypen und Lehrpläne zu übertragen (wie z.B. in der Bundesrepublik Deutschland) ist nicht zielführend, da dies nur zu sepa-

ratistischen Entwicklungen führen würde.

Auch die soziale Funktion der Schule selbst müßte einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. Der Zunahme der Fahrschüler und des Nachmittagsunterrichts sowie der Berufstätigkeit beider Elternteile sollte endlich dahingehend mehr Augenmerk geschenkt werden, die ganztägige Betreuung auf dem Schularbeit einzurichten, um die Schüler nicht in den unterrichtsfreien Stunden auf die Straßen zu schicken oder in andere Einrichtungen (z.B. Horte oder private Nachhilfe, die Eltern ungleich mehr kostet) abzuschicken. Die aus parteipolitischen Streitereien vorbelasteten Begriffe „Ganztagsschule“ und „Tagesheimschule“ werden ohnehin von der Realität überholt. Dabei wäre es schon aus ökonomischen Gründen sinnvoll, die nachmittags größtenteils leerstehenden Schulen entsprechend zu nutzen.

Die Schule als soziale Einrichtung müßte über Aufenthaltsräume zum Lernen verfügen, auch der Zugang zu den sportlichen Einrichtungen müßte ermöglicht werden. Die nachmittägliche Aufsicht durch die Lehrer, die das Spektrum der Gegenstände möglichst abdecken sollten, könnte mit Förderkursen gekoppelt werden. Warum soll der Schüler die Hausübung allein zu Hause machen, wenn er sie in der Gruppe, unter fachlicher Aufsicht und Hilfe, bei Nutzung der schulischen Einrichtungen wie Bibliothek und Computer erledigen kann? In der Schule kann damit der Zugang zur Information gefördert werden (ein wesentlicher Lernprozeß, der im Unterricht oft zu kurz kommt) sowie zugleich teure private Nachhilfe zu einem großen Teil vermieden werden. Darüber hinaus würde die soziale Integration der Schüler wesentlich gesteigert werden.

Aus dieser Vielzahl an Notwendigkeiten, die das gegenwärtige österreichische Bildungswesen zur Zeit noch nicht oder nur mangelhaft erfüllt, wird deutlich, was der bereits zitierte Helmut A. Gansterer im Trend (7/1988) anspricht: „Österreich hat, nach alten Maßstäben, zu viele Lehrer... Jeder Arbeitslose ist eine Tragödie. Jeder arbeitslose Lehrer ein Denkmal des Widersinns. Denn jeder zusätzlich beschäftigte Lehrer würde die alles entscheidende Kennzahl verbessern: Wie viele Schüler kommen auf einen Lehrer? Egal wie unser Bildungsangebot in Zukunft aussehen wird, ein wesentlicher Punkt seiner Verbesserung ist die Arbeit in kleinen Gruppen (die Zahl 9 ist gruppendynamisch am effektivsten).“

Eine deutliche Senkung der Klassenschnellerhöchstzahlen und Teilungsziffern ist daher unumgänglich. Es wird zwar häufig der mangelnde mündliche Ausdruck in Deutsch oder in den Fremdsprachen beklagt, er läßt sich aber auch mit Unterrichtsmethoden wie Partner- und Gruppenarbeit solange nur schwer verbessern, als eine Unterrichtseinheit von 45 bis 50 Minuten in Gruppen mit mehr

als 20 Personen abgewickelt werden muß. Das Unterrichtsministerium stellt in den Informationen zur AHS-Reform 1988 („Die neue Oberstufe“) fest: „(a) Der Unterricht in Kleingruppen schafft günstige Voraussetzungen für den Einsatz offener und aktivierender Lernformen (z.B. Projektunterricht). (b) Er ermöglicht es Lehrern und Lehrerinnen, sich allen Schülern zu widmen und auf die individuellen Fähigkeiten einzugehen. (c) Er fördert die aktive Mitarbeit aller, das selbständige Erarbeiten eines Stoffes, das eigenständige Lösen von Problemen. Selbständiges Arbeiten ist bekanntlich die intensivste Form des Lernens.“

Diese Argumentation wird für die Einrichtung der Wahlpflichtfächer verwendet, wo bereits fünf Anmeldungen zur Einrichtung eines Wahlpflichtgegenstandes führen können. Andererseits wird die Senkung der Klassenschnellerhöchstzahlen auf 25 und der Teilungsziffern auf noch weniger als nicht finanzierbar bezeichnet (davon wären aber alle Gegenstände betroffen, die als „Pflicht“ für wichtig erachtet werden). Gespart wird nicht nur bei den Lehreranstellungen, sondern auch bei der Lehrerfortbildung. Die Leiter der Arbeitsgemeinschaften betreuen diese „nebenberuflich“ als Hobby. Fortbildungsveranstaltungen, die länger als drei Tage dauern, werden kaum mehr bewilligt, weil dann die Unterrichtsstunden der sich fortbildenden Lehrer als bezahlte Supplierungen anfallen.

Es ist für einen gebildeten Menschen schwer verständlich, wenn der Finanzminister im Zuge der Budgetsanierung zusätzliche Ausgaben im Bildungsbereich vermeiden will. Erschütternd ist aber, wenn die zuständige Ministerin die Einsparungen im Schulwesen damit verteidigt, daß man auch im Kreise von mehr als 40 Mitschülern genug Schulbildung erhalten könne, um Unterrichtsministerin zu werden. Da irrt sie auf jeden Fall! Das Versagen, sich nicht durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit Gehör verschaffen zu können, trifft aber auch die untergeordneten Schulbehörden, die sich mit dem Status quo abfinden und bei den immer länger werdenden Wartelisten für Junglehrer Bewertungskriterien anlegen, die dem Image des Lehrberufs nicht gerade förderlich sind. In der Steiermark gibt es z.B. für die Tatsache, im Falle einer Anstellung Alleinverdiener zu sein und drei Kinder zu haben, 12 Punkte, während die Summe aller spezifischen Zusatzqualifikationen für die Unterrichtsfächer höchstens 8 Punkte einbringen kann. Damit wird das Bild vermittelt, daß Lehrern als soziale Versorgungsposten betrachtet werden und nicht die Qualität der Ausbildung der Kinder im Vordergrund steht.

Dazu kommt die Tatsache, daß die Interessenvertreter der Lehrer zum Großteil Mitglieder der Regierungsparteien sind und daher sehr schamgebremselt agieren. Es ist erstaunlich, wieviele Lehrer politische Ämter bekleiden und wie wenig Vor-

teile daraus unseren Schulen erwachsen. Für die Verbesserung unserer Schulen wäre es von essentieller Bedeutung, würden sich diese Politiker mehr ihrem Berufsfeld als ihrer Parteikarriere widmen. Dann würde ihnen vielleicht auffallen, daß „lebenslanges Lernen“ vor allem für „lebenslanges Lehren“ Voraussetzung ist und daher Lehreraus- und Lehrerfortbildung ebenfalls einer weitgehenden Reform bedürfen. Dabei geht es zunächst um die Demontage des „Lehrerkastensystems“, das von den Parias der Sonderschullehrer zu den Brahmanen der Höheren Schulen reicht. Dafür wäre eine einheitliche Lehrerausbildung an einer „Pädagogischen Universität“ nötig, in deren Rahmen Kurse für Volksschullehrer genauso abgehalten werden wie Kurse für Universitätslehrer, denn auch die „Gurus“ an den Universitäten sollten pädagogische Kenntnisse haben. Dabei könnten an den Universitätsinstituten „Fachdidaktische Abteilungen“ die fachliche Ausbildung koordinieren, während die pädagogischen Institute und Akademien die pädagogische Theorie und Praxis zu vermitteln hätten. Auch das Berufspädagogische Institut müßte in diese Pädagogische Universität integriert werden, um eine effiziente und einheitliche Lehrerfortbildung betreiben zu können, in der nicht aus Prinzip, sondern nur bei Notwendigkeit nach Schultypen getrennt werden sollte. Die Bedeutung der Lehrerfortbildung sollte damit untermauert werden, daß sie verpflichtend wird und mit finanziellem sowie beruflichem Weiterkommen verbunden werden sollte (Vorrückungen nicht als „erzessenes Recht“, sondern als „erarbeitetes Recht“ auf Belohnung). Eine Freistellung der Arbeitsgemeinschaftsleiter in einem entsprechenden Stundenausmaß ist als begleitende Maßnahme wohl auch dringend vonnöten. Aber auch diese Aspekte zeigen, daß gute und sinnvolle Schulbildung Mehrkosten verursacht. So sei noch einmal Gansterer erwähnt, der meint: „Die Politiker sollten wenigstens aus Egoismus eine radikale Besserstellung der Lehrer, Schüler und Studenten anstreben: um ihre Pension zu sichern. Wenn die nächste Generation geistig schwach aus den Schulen kommt, werden wir im Ruhestand an Eicheln knabbern und Käfer braten. Wenn die nächste Generation als brillante Elite aus den Schulen kommt, werden wir im Ruhestand als schneidige Greise im Mercedes fahren.“

Wenn werden wir Österreicher politisch mündig genug sein, um uns gegen die von (ein)gebildeten Politikern bescherte „normative Kraft des Faktischen“ zu wehren? Ist es nicht beschämend, daß sich selbst die Bildenden in ihrem eigenen Bereich nicht energischer für eine Offensive in der Bildungspolitik einsetzen? Als Betroffene haben wir uns veranlaßt gesehen, unsere Vorstellungen in die Diskussion einzubringen. Wenn die Schule ein Anliegen ist, der wird unsere Meinung teilen, daß engagiert zu unterrichten nicht ausreicht, es wird Zeit, sich für die Schule zu engagieren!

Felix Fuchs

„THE TIMES ARE A CHANGING“

Überfüllte Hörsäle, Personalnot einer Massenuniversität, fehlende Mobilität, die durch ein restriktives System noch zusätzlich behindert wird, international gesehen geradezu beschämende Budgetmittel, eine unsichere Zukunft angesichts der steigenden Akademikerarbeitslosigkeit und eine weiter sinkende Bereitschaft des Staates, Studenten sozial beizustehen, prägen das Bild der Universität unserer Zeit.

Der Öffnung der Universitäten Anfang der 70er Jahre folgte kein ausreichender materieller und personeller Ausbau, der die Erfordernisse der Zukunft erfüllen konnte. Als die Situation in den 80ern unerträglich wurde, war es zu spät. Die Regierung war immer weniger bereit, Budgetmittel für den Hochschulbereich zur Verfügung zu stellen. Im Gegenteil: Um das Budgetdefizit zu verringern, sah man umfangreiche Einsparungen im universitären wie auch sozialen Bereich vor. Die Finanzierungsmisere der Universitäten zu beseitigen, ist jedoch bis zum heutigen Tage noch nicht gelungen.

Statt dessen wird die Diskussion immer lauter und ernster, das Problem anders zu lösen: Nicht mehr Gelder sollen den Universitäten zur Verfügung stehen, sondern die gleichen Gelder weniger Studenten. Die Palette der Selektionsmechanismen ist breit gestreut und der Fantasie keine Grenzen gesetzt. Studiengebühren, numerus clausus, numerus selectus, Kautionen sind die Zauberwörter, mit denen man hofft, die wildgewordenen Geister der „Öffnung der Universität“ wieder einzufangen.

Daß der numerus clausus ein allzu untaugliches Mittel ist, braucht wohl nicht weiter diskutiert zu werden. Leider ist das den Damen und Herren noch nicht bewußt, die unlängst die Warteliste der Lehrer mit diesem völlig an der Realität und den Erfordernissen des Berufes vorbeigehenden System bestücken wollten. Hier zeigt sich nur die Hilflosigkeit der Behörden, die in diesem konkreten Beispiel leider schon – für die betroffenen Lehrer – gefährliche Züge annimmt. Mit Studiengebühren versucht man der großen Zahl von Karteileichen (ca. 20–30%) habhaft zu werden. Hierzu müßten jedoch die Gebühren die Höhe der Sozialleistungen (Familienbeihilfe, Fahrtkostenzuschuß...) übersteigen, um die Betroffenen vom Studium abzuhalten. Nach Schätzungen der Bundeswirtschaftskammer wäre hierzu ca. 2000,—/Monat notwendig. Für eine solche Summe spricht auch, daß eine kleinere Summe (Prof. Schilcher: „500,—“ öS könnte sich wohl jeder Studierende lei-

sten“) vom Verwaltungsaufwand aufgefressen werden würde. Daß der durchschnittliche Haushalt weitere 2000,— öS kaum verkraften würde, zeigt eine Schätzung von Sektionschef Dr. Höllinger eindrucksvoll. Einem derartigen numerus clausus muß man mit allen Mitteln entgegen treten.

Ich halte die Öffnung der Universitäten, die freie Studien- und Studienortwahl für eine außerordentliche Errungenschaft, die man nicht so ohne weiteres über Bord werfen sollte. Österreich liegt mit seinen ca. 4,5% Akademikeranteil noch weit unter dem vergleichbarer Staaten (BRD z.B. über 8%). Eine breite Schicht akademisch ausgebildeter Personen ist nicht nur gut, sondern notwendig für eine Gesellschaft. Die Realität ist leider eine andere: Die Politik der Sozialkürzungen macht es gerade den mittleren Schichten immer schwerer, ein oder mehrere Kinder auf eine Universität schicken zu können.

Die Universität ist leider auch immer mehr zu einem Ort geworden, der Jugendliche vor Arbeitslosigkeit bewahrt. Daß der Großteil der AHS-Maturanten ein Studium beginnt, ist bei einem Verhältnis von 106 Maturanten auf einen Arbeitsplatz kaum verwunderlich. Andererseits ist die Information der zuständigen Stellen (Arbeitsamt, BMfWF) teilweise so ungenügend, daß der Mittelschulabsolvent gar nichts anderes weiß, als die Hochschule zu besuchen, „bis ihm was besseres einfällt“. Eine gute Entwicklung nehmen vielleicht Initiativen diverser Institutionen, Lehrlingen das Studium und Maturanten die Lehre möglich und (im 2. Fall) schmackhaft zu machen. Hier wird endlich von einem Kastendenken abgegangen und unverständliche Hürden abgebaut. Probleme sehe ich aber besonders darin, Lehrberufe für Maturanten interessant zu machen. Im Moment ist das Image der Lehrberufe, gerade was Arbeitsbedingungen und Bezahlung betrifft, noch sehr schlecht. Das Prestigeproblem zwischen Studium und Lehre abzubauen wird sicher ein Schlüssel zur Lösung einer solchen „Umschichtung“ sein. Gerade diese Entwicklung zeigt, wie sehr wir alle umzudenken haben.

Budget ist eine in Zahlen gegossene Politik. Und diese Politik muß lauten: Möglichst hohe Bildung für möglichst viele Menschen. Ziel der Ausbildung kann und darf nicht nur sein, den Beruf am geschicktesten auszuüben und am Arbeitsmarkt bestmöglich zu bestehen. Bildung muß gesellschaftliche Zusammenhänge, vernetztes Denken und Humanität vermitteln und ein differenziertes und re-

flektiertes Handeln ermöglichen. Mit „knallharten“ Selektionsmechanismen und sozialen Barrieren läßt sich dieses Ziel sicher nicht erreichen. Bildung ist eine Investition des Staates für seine Zukunft. Und die muß es ihm wert sein.

Eine neue Zeit verlangt neue Konzepte — auch für das Bildungswesen. Dieses Konzept fehlt jedoch bisher. Gewisse Ziele, wie verstärkte Autonomie der Universitäten, Internationalisierung, Minimierung der Bürokratie, Studienverkürzung und Studienplanentrümpelung werden zwar erkannt, konkrete Vorschläge fehlen jedoch.

Wie soll ein österreichischer Student konkurrenzfähig sein, wenn seine Ausbildung teilweise veraltet, mit Theorie überladen ist und grundsätzlich notwendige Dinge, wie Fremdsprachen und EDV-Kenntnisse, nicht enthält? Anstatt praxisorientiert zu arbeiten und zu lernen, wird man mit Details vollgestopft, die am Ende des Studiums erstens veraltet und zweitens vergessen sind (siehe Medizin, techn. Studien).

Eine Qualitätssteigerung der Ausbildung erwarten wir uns auch von dem „Professor auf Zeit“. Anders als in Buseks Plänen möchten wir jedoch jeden Professor nur auf Zeit bestellen. Nach 5 Jahren müßte er/sie sich einer Prüfung unterziehen, ob sein Vertrag verlängert wird oder nicht. Wir versprechen uns davon mehr Anreize gerade für jüngere wissenschaftliche Kräfte, die Möglichkeit, schlechte Lehrer nicht mehr weiter verpflichtet zu müssen, und eine Eliminierung einer möglichen Beamtentalität. Der verstärkte Leistungsdruck und Konkurrenz werden sicher frischen Wind durch die Unis wehen lassen.

Eine weitere Herausforderung, der wir ebenfalls sehr unzulänglich, teilweise un-

geschickt begegnen, ist die sogenannte „Internationalisierung“ der Studien und Universitäten. Jeder redet davon, hält es für notwendig, aber keiner weiß genau, was es ist und wie man dort hinkommt. Erst der jüngste „Hals-über-Kopf-Entwurf“ des AHStG und UOG trieft von Wörtern wie „Internationalisierung“, „Mobilität“ und „Flexibilität“. Als konkreter Vorschlag konnte z.B. nur die Heranziehung von ausländischen Professoren bei Habilkommissionen gemacht werden. Aber nicht nur fehlender Mut bei der Umsetzung der Rahmenbedingungen, sondern auch konkrete Hindernisse stehen dem Studenten bei seinem Auslandsengagement im Wege.

Beginnen wir in Österreich: Um von einer inländischen Universität auf eine andere zu wechseln, muß man ein sogenanntes „Stehsemester“ in Kauf nehmen. Der Studierende, der einen Studienwechsel auf sich nimmt, wird also noch damit bestraft, daß er ein Semester keine Prüfung ablegen darf.

Im internationalen Bereich ist die Situation als schlechthin katastrophal zu bezeichnen. Dem Bild des mittelalterlichen Wanderstudenten, der sich auf verschiedenen Universitäten Europas sein Wissen holte, steht heute die fehlende Anrechenbarkeit der Prüfungen im Wege. Ein Jahr Auslandsstudium bedeutet heute gleichsam ein Jahr Studienverzögerung. Ein Faktum, vor dem in der heutigen „Zeit des schnellen Studiums“ viele zurückschrecken.

Ein weiteres Hindernis stellt der hohe Kostenaufwand dar. Das staatliche wie das private Stipendienwesen ist ziemlich unbefriedigend, kompliziert und viel zu gering für die Mehrkosten, die ein Auslandsstudium halt so mit sich bringt (Studienegebühren, Fahrtkosten...).

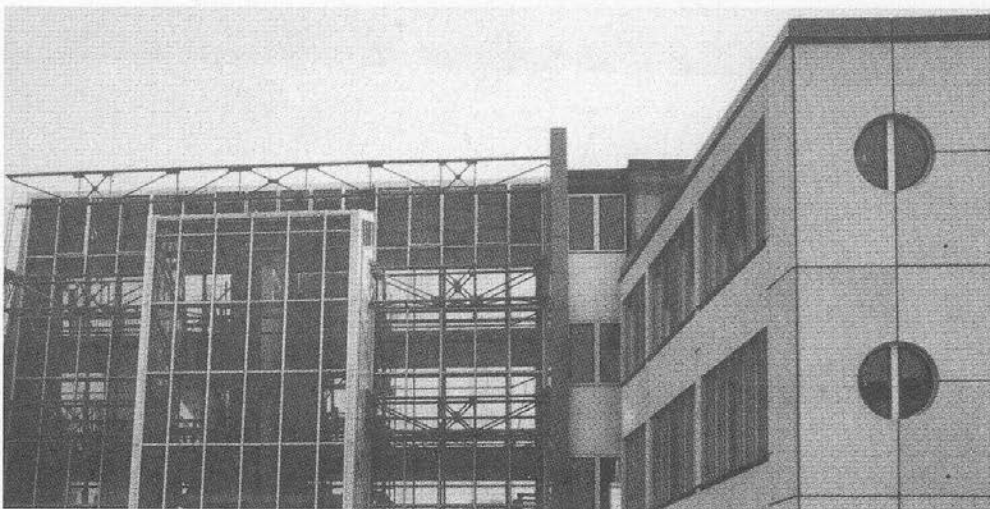
Ein Student, der heute im Ausland studie-

ren möchte, braucht zwei Dinge ganz besonders: Idealismus und Geld. Gerade letzteres steht dem „Auslandsaufenthalt zu Studienzwecken entgegen“. Hier müßten also gerade im finanziellen wie informativen Bereich starke Verbesserungen eintreten. Solange die einzelnen Studien allerdings international nicht kompatibel werden, wird man auf den Euro- oder gar Weltstudenten noch lange warten müssen. Im Augenblick ist aber zudem der Informationsbereich noch völlig unzureichend abgedeckt. Zuständige staatliche Stellen haben es bisher noch nicht geschafft, ein brauchbares Informationsnetz aufzubauen, das man für die Tausenden von Stipendien, Unterstützungen, Adressen... unbedingt braucht. Auch hier zeigt sich wieder, daß zwar viel geredet wird, sich viel an die Fäden geheftet wird, jedoch noch nicht einmal die Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Ich habe nur versucht, die universitären Probleme aus studentischer Sicht anzureißen. Sie sind in Wahrheit viel komplexer und tiefliegender. Die Zeit allerdings ist reif für eine umfassende Reform, die die Ansprüche, die an eine Universität unserer Zeit gestellt werden, auch erfüllen kann: Lehre und Forschung (gemeinsam, nicht getrennt) müssen wieder ihren wahren Stellenwert erreichen. Die Einbindung privater Gelder, um eine Finanzierung der Unis zu ermöglichen, ist notwendig, birgt aber auch viele Gefahren in sich.

Die Internationalisierung der Universitäten und des Studiums darf nicht zu einem bloßen Schlagwort verkommen. Große Investitionen sind nicht nur dafür notwendig. Und bei alledem dürfen die Studentinnen und Studenten nicht zu kurz kommen.

Es gibt viel zu tun. Wir sind bereit.



Neubauten der Technischen Universität Graz

CULTUR politicum

Heimo Widtmann

VORDENKEN UND NACHDENKEN — UNIVERSITÄTSKULTUR ZWISCHEN POLITISCHEN KRÄFTEN

Universitäten und die ihnen zugeordneten Freiräume sind öffentliche Räume.

Eine wichtige und stichhaltige Definition des „öffentlichen Raumes“ entwickelt Hans Paul Bahrdt:

„Eindeutige Definition der lokalen Situation als einer „öffentlichen“ bedeutet nicht, daß hier nur eine einzige positive Verhaltensweise in Frage kommt. Im Gegenteil: Die lokale Situation fordert zu einer Pluralität von Verhaltensweisen auf, erzwingt jedoch keine, sondern erlaubt die Wahl und macht es wahrscheinlich, daß eine Vielfalt von Verhaltensweisen verschiedener Menschen zustande kommt, die als abwechslungsreich erlebt werden kann. Allerdings ermuntert sie nicht zu jeder Art von Verhalten, sondern zu solchen, das der Öffentlichkeit auch angemessen ist, d.h. ihrer Forderung nach würdiger, distanzierter Selbstdarstellung nicht zuwiderläuft.

Distanzloses Verhalten, das anderswo genauso am Platze sein kann wie ein „Sichgehenlassen“, wird an einem öffentlichen Ort, wo sich ein jeder ein klein wenig auf dem Präsentierteller findet entmutigt. Wenn ein Raum dies leistet, definiert er eine soziale Situation eindeutig als „öffentlich“, soweit dies durch räumliche Gegebenheiten geschehen kann.“ (H. P. Bahrdt: *Humaner Städtebau*, Hamburg 1969, S. 153, 154.)

Der den Universitäten eigene öffentliche Raum ist aus diesem Grunde auch stets brauchbar für das Entstehen von Kultur. Das sonst in einer Stadt nicht vorfindbare Universitätsmilieu ist in hohem Maße von Gestimmtheit und von unwechselbarer Atmosphäre gekennzeichnet. So ergibt sich die Grundlage für die Entfaltung von differenzierten Formen immer neuer Kreativität.

Ältere, traditionsreiche Hochschulanlagen sind meist offen und flexibel konzipiert, sie schaffen ein Gefühl der Vertrautheit.

Neue Räume beinhalten demgegenüber vielleicht die Chance von mehr Möglichkeit, aber auch von neu zu lernender Mitbestimmung.

Universitäten werden so aber auch oft zu frühzeitigen Indikatoren für neue geistige Strömungen und für die damit verbundene komplexe Vielfalt gesellschaftlicher

und kultureller Entwicklungen:

Neue Tendenzen von Politik, Kunst oder Religion werden im öffentlichen Rahmen der Universitäten kritisch betrachtet, akzeptiert oder abgelehnt, geistreich verspottet oder unverhüllt bekämpft. (Man denke an das Jahr 1968!)

Die Scheidung der Geister wird an den Universitäten zur täglichen Realität. Mit Kraft und Phantasie werden jene Konflikte mitgetragen, die von Staat, Amtskirche oder einer in Paragraphen verliebten Hochschulbürokratie geschaffen werden. Immer wieder sind Universitäten dem Zugriff staatlicher oder amtskirchlicher Macht ausgesetzt. Und immer wieder auch werden die Zeichen gegen den Mißbrauch der Macht gerade an den Hochschulen gesetzt!

„Vordenken“ und „Nachdenken“ werden solchermaßen zu seitengleichen Bildern derselben Sache.

Einige Aussagen zum Thema mögen die folgenden aufgezeigten Wirklichkeiten verdeutlichen und veranschaulichen.

*

§ 1. (1) Die Universitäten sind berufen, der wissenschaftlichen Forschung und Lehre zu dienen und hierdurch auch verantwortlich zur Lösung der Probleme der menschlichen Gesellschaft sowie zu deren gedeihlicher Weiterentwicklung beizutragen.

Universitäts-Organisationsgesetz — UOG, 1975

„Die Technische Universität Dresden ist nicht nur ein traditionsreiches und international bekanntes Zentrum der Forschung, sondern zugleich eine wichtige Kaderschmiede der DDR für die Erschließung wissenschaftlichen Neulandes.“

Erich Honecker, ehemaliger Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR (Anlaß der Eröffnung des Parteilehrjahres 1977/78 in Dresden)

Mit der marxistisch-leninistischen Aus- und Weiterbildung der Doktoranden (Assistenten, Aspiranten und Forschungsstudenten) leistet die Sektion Marxismus-Leninismus einen Beitrag zur gesellschaftswissenschaftlichen Bildung und kommunistischen Erziehung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie hochqualifizierter Leitungskader. Im Mittel-

punkt dieser Ausbildungsrichtung steht das vertiefende Selbststudium der Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus und der Dokumente der SED, welches durch gezielte Lehrveranstaltungen unterstützt wird.

Aus der Festschrift „150 Jahre TU Dresden“ (1828—1978)

Wir haben die Wissenschaft nötig, wenn wir die Probleme der Zukunft bewältigen wollen. Wir dürfen sie auch nicht überschätzen, sie als Instrumentenkasten für alle Zukunftsrezepte betrachten, als Problemlöser für alle auftauchenden Schwierigkeiten. Manche Enttäuschungen, die in den 70er Jahren gewachsen sind, münden in einen Irrationalismus, der den wissenschaftlichen Fortschritt, ja die Vernunft schlechthin für die Wurzel allen Übels hält. Wir sollten demgegenüber einen kühlen Kopf bewahren und das schätzen und fördern, was die Wissenschaft mit Fug und Recht zu leisten vermag.

Modell Steiermark — Bilanz und Programm, 1986

Behördliche Schikanen in der Frühzeit der Gemeinde, aber auch knapp vor dem Ersten Weltkrieg machen es ebenso deutlich, wie die antisemitische Grundhaltung der Mehrheit der Grazer Studentenschaft, bzw. einzelner akademischer Funktionäre, die in den Umbruchtagen 1918/19 sich massiv des traditionellen Feindbildes erinnerten, handgreifliche Übergriffe auf jüdische Studenten und Lehrer signalisierten in diesem Milieu ein sehr frühes Eindringen nationalsozialistischer Agitation.

D. A. Binder: Das Schicksal der Grazer Juden 1938, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Band 18/19, Graz 1988

An den beiden Grazer Hochschulen kam es im Wintersemester 1937/38 fast täglich zu Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und vaterländischen Studenten. Beide Gruppen traten offensiv auf, trugen Farben bzw. Abzeichen ihrer Bewegung, und die vaterländischen Studenten waren absolut sicher und überzeugt, daß das politische Ringen mit ihrem Sieg enden würde:

E. Leitner: Politik und Hochschule, Wien 1978

So wie 1933 in Deutschland stand 1938 in Österreich auch in entscheidenden Positionen des geisteswissenschaftlichen

Lehrkörpers der Universitäten viele mit dem Deutschnationalismus und dem Rassismus eng verbundene Professoren von zum Teil sehr erheblichem internationalen Ruf dem Nationalsozialismus zur Verfügung.

1938, Europaverlag, Wien 1987

Die Listen gefährlicher Personen lieferte das Deutsche Konsulat. Insbesondere wurde die Universitätsszene genau beleuchtet und über die Professoren und Dozenten in Graz, die reichsdeutsche Staatsbürger waren, bezüglich ihrer Pro- oder AntinS-Einstellung genau buchgeführt.

Das gleiche galt speziell für die jüdischen Professoren der Grazer Höheren Schulen. F. J. Desput: Vom erlahmenden Widerstand zur „Völkserhebung“. In: *Politicum* 40, Graz 1988

Kommilitonen! Kommilitonen!

Gauleiter greifen mit geilen Späßen den Studentinnen an die Ehre. Deutsche Stu-

dentinnen haben an der Münchner Hochschule auf die Besudelung ihrer Ehre eine würdige Antwort gegeben, deutsche Studenten haben sich für ihre Kameradinnen eingesetzt und standgehalten... Das ist ein Anfang zur Erköpfung unserer freien Selbstbestimmung, ohne die geistige Werte nicht geschaffen werden können.

Unser Dank gilt den tapferen Kameradinnen und Kameraden, die mit leuchtendem Beispiel vorangegangen sind!

Es gibt für uns nur eine Parole: Kampf gegen die Partei! Heraus aus den Parteigebirgen, in denen man uns politisch weiter mundtot halten will! Heraus aus den Hörsälen der SS-Unter- und -Oberführer und Parteikriecher!

Es geht uns um wahre Wissenschaft und echte Geistesfreiheit! Kein Drohmittel kann uns schrecken, auch nicht die Schließung unserer Hochschulen.

Aus dem letzten Flugblatt der „Weißen

Rose“ (18. 2. 1943). In: Inge Scholl, *Die Weiße Rose*, Frankfurt a. M. 1955, S. 119, 120

„Die Universitätsseelsorge wird geordnet“, erklärte Weihbischof Krenn bei der Ankündigung der Veränderungen im Bereich der Hochschulpastoral. Die Darstellung der Ereignisse der letzten Monate soll illustrieren, wie diese „Ordnung“ bewerkstelligt wurde und wird. Überlegungen und Perspektiven in bezug auf die Zukunft der Gemeinde sind in diesem Artikel bewußt ausgespart.

Die verordnete Einrichtung einer diffusen „Universitätsseelsorge“ bedeutet den Tod der Hochschulgemeinde.

Eine geplante gleichmachende Einbeziehung verschiedener Gruppen vernichtet das Profil einer Gemeinde und degradiert sie zu einem Vereinshaus für verschiedene katholische Gruppierungen. Die Bevorzugung des „Opus dei“ bei der Betrauung der

Die Professoren und die Politik.

In einer sehr bekannten Stelle der Republik hat Plato den Philosophen und ihnen allein die Fähigkeit zur rechten Gestaltung und Regierung des Staats zugeschrieben. Kant hat, an diese Stelle anknüpfend, seine anders gerichtete Ansicht über das Verhältnis der Philosophen zum Staat ausgesprochen: „Daß Könige philosophieren oder Philosophen Könige werden, ist nicht zu erwarten, aber auch nicht zu wünschen, weil der Besitz der Gewalt das freie Urteil der Vernunft unvermeidlich verdirbt. Daß aber Könige oder königliche (sich selbst nach Gleichheitsgesetzen beherrschende) Völker die Klasse der Philosophen nicht schwinden oder verstummen, sondern öffentlich sprechen lassen, ist beiden zur Beleuchtung ihres Geschäfts unentbehrlich, und weil diese Klasse ihrer Natur nach der Rottierung und Clubverbündung unfähig ist, wegen der Nachrede einer Propaganda verdächtig.“

Setzen wir die Ausdrücke der Überschrift ein, so würde das also heißen: die Professoren, die Vertreter der Wissenschaft, sollen nicht Politik machen, wohl aber sollen sie sich Gedanken über den Staat und das Recht machen, und es ist von Wichtigkeit, daß diese Gedanken auch von den Politikern gehört werden. Ich halte dies für die richtige Lösung der Frage.

Die Gelehrten können und sollen nicht Politik machen. Sie können es nicht, wenn anders sie ihre Kräfte ihrem Beruf gemäß entwickelt haben. Ist ihr Beruf die wissenschaftliche Untersuchung und stellt dieser die Aufgabe, in immer erneuter Prüfung Gedanken und Theorien mit den Tatsachen zusammen zu

halten, um sie ihnen ganz anzupassen, so muß sich dabei ein Habitus theoretischer Indifferenz gegen das Für und Wider ausbilden, die Bereitwilligkeit, jeden andern Weg zu gehen, wenn er den Vorzug hat, zu einer den Tatsachen mehr angemessenen Gedankenbildung zu führen. Nun fordert jede praktische Tätigkeit, und mehr als jede andere die praktische Politik vor allem entschlossene Entschiedenheit des Willens, einen Weg zu gehen, den Weg, den man gewählt hat. Ob dieser Weg der an sich beste und nächste ist, ist nicht so wichtig, als daß man nicht zwischen zweien hin und her schwankt. Grade die Entschlossenheit wird aber durch lange fortgesetzte theoretische Tätigkeit geschwächt; diese erzeugt leicht eine gewisse Unentschlossenheit, eine Art Aboulie, eine Neigung zu zweifeln, nicht bloß vor der Entschließung, sondern auch nachher; man ist zu sehr gewöhnt, jede Sache von allen Seiten zu betrachten, das Recht der andern Seite zu sehen, an den Ausgangspunkten zurückzukehren, um zu sehen, ob sich auch nicht ein Fehler eingeschlichen habe. Alles das sind Tugenden des Theoretikers, aber sie werden zu Fehlern des praktischen Politikers, der vor allem den Mut der Entscheidung, der Konsequenz, ja der Einseitigkeit haben muß. Die Begriffe lassen sich immer neu bilden, die Wahrheit hat Zeit; nicht so die Wirklichkeit, die Gelegenheit zum Handeln ist ein Moment, und wie man ihn ergriffen hat, so muß man nun fortfahren; der Gedanke: du hättest es anders anfangen sollen, wirkt störend und lähmend. Daher sind es nicht die Männer mit starkem theoretischem Trieb, die dem geschichtlichen Leben die großen Wendungen geben und die Gestalt der Dinge erneuern, sondern

die Männer mit starkem Willen: die Luther, Bismarck stehen am Eingang neuer Epochen. Am Eingang der wissenschaftlichen Entwicklung der Neuzeit stehen Männer wie Erasmus, Galilei, Leibniz, Männer, die auch ihren Mut und ihre Kraft hatten, nur nicht den Mut und die Kraft der That. Andererseits bildet die politische Tätigkeit einen Habitus aus, der für den Theoretiker verhängnisvoll sein würde: den Opportunismus. Der praktische Politiker ist notwendig Opportunist: wo es sich um Erreichung praktischer Ziele handelt, wird es immer notwendig sein, mit den Umständen zu rechnen, in die Verhältnisse sich zu schicken, Kompromisse zu schließen. Prinzipien nur als bewegliche Maximen zu haben. Alles das sind für den Theoretiker vernichtende Vorwürfe: er hat es zu thun nicht mit der Gestaltung der Dinge, sondern mit der der Begriffe, nicht mit der Wirklichkeit, sondern der Wahrheit. Und darum muß er an diesem Punkt intransigent sein: ein Forscher, der sich durch die Umstände in seiner Gedankenbildung bestimmen läßt, der sich durch Rücksicht auf die Verhältnisse, sachliche oder persönliche, von seinen Prinzipien abbringen oder von den Konsequenzen etwas abhandeln läßt, der um des Friedens willen Kompromisse schließt, kurz wie ein Politiker handelt, verliert jeden Anspruch auf Beachtung: was wahr ist und notwendig zu denken, wollen wir von ihm hören, nicht was zur Zeit oder hier zu Lande zulässig ist oder opportun erscheint. Natürlich, auch bei dem Forscher können sich die Anschauungen und Überzeugungen ändern, nur dürfen es allein Gründe, nicht aber Ursachen oder Motive sein, wodurch die Änderung herbeigeführt wird.

Seelsorge gerade desjenigen Bereiches, in dem die meisten Fachuniversitäten Österreichs zu finden sind, läßt auch eine politische Strategie vermuten. Eine Auseinandersetzung mit dem „Werk Gottes“ und seiner Spiritualität, aber auch die Implikationen daraus ist vonnöten. Die Frage nach dem Kirchenbild, das hinter den getroffenen Maßnahmen steht, muß gestellt werden. Ebenso — und das im Jahr der Bischofssynode über die Laien — nach den Umgangsformen in der Kirche.

Das von der Katholischen Hochschulgemeinde Wien an Weihbischof Krenn übergebene Dossier mündet in die Bitte, Veränderungen und Erneuerungen in der Hochschulseelsorge „auf der Basis profunderen Kenntnis des Gegenwärtigen und des Gewordenen“ zu bedenken. Vor seiner Weihe hat der Bischof wiederholt versichert, zu Beginn seiner Amtszeit werde er ein Hörender sein...

Das vorangegangene Gespräch wurde unterbrochen und vertagt, als wir unsererseits Fragen an den neuernannten Bischof richten wollten. Zu einer Fortsetzung des Gespräches ist es in der Folge nicht gekommen, da Bischof Krenn keinen Termin für uns erteilen konnte.

O. Friedrich: *Herbst in Wien. In: Denken und Glauben, Zeitschrift der Katholischen Hochschulgemeinde, Graz 1987*

Die Großparteien aber, und hier vor allem die Bundes-ÖVP mit ihren Spitzenleuten Mock, Lichal und König, kümmern sich wenig um die Denker dieses Staates, wissen kaum etwas über die geistigen Vorgänge an den Universitäten. Weil dort geforscht wird, weil dort alles Wissen bündelweise zur Verfügung steht, sind Professoren, Studenten, Lehrer und Künstler wohl auch besonders mit den Veränderungen auf diesem Erdball konfrontiert. Manche Ansichten, die da auf Hochschul-

boden geäußert werden, sind übertrieben oder gar falsch. Aber meistens stellt sich nach Jahren heraus, daß dort an den Universitäten jene Trends geboren werden, die den Gang der Ereignisse bestimmen.

G. Sperl: *Das Kreuz mit der ÖVP*

In: *Die Steirische Wochenpost/16. 3. 1989*
Viele Wissenschaftler sind bereit, auch unentgeltlich Entscheidungen, Pläne und Methoden der Stadtverwaltung zu kommentieren. Voraussetzung dafür ist aber die Offenlegung aller Planungs- und Entscheidungsprozesse der Stadt gegenüber der Öffentlichkeit überhaupt und der Wissenschaft im besonderen. Die Schaffung von Beiräten zu den verschiedensten Bereichen und Themen erscheint sinnvoll, so lange sie nicht zu Alibivereinigungen der Politiker degenerieren.

Stadterneuerungskonzept: ÖVP-Stadtpartei Graz.

Das wäre die eine Seite der Sache: die Theorie macht ungeschickt für die Politik, die Politik verdirbt für die Theorie. Die andere Seite der Sache, die Kant an jener Stelle nicht minder betont, ist die, daß die Bildung philosophischer Begriffe über Staat und Recht allerdings notwendig ist, und daß die Politiker nicht gut tun, an diesen Begriffen achtlos vorbeizugehen. Das Geschäft der Philosophie ist nach Kant hier dies: Vernunftideen aus Prinzipien abzuleiten, an denen der Wert der wirklichen Institutionen zu messen, nach denen sie zu gestalten sind. So z.B. die Idee eines vollkommenen Rechtsstaats, so die Idee einer vollkommenen Rechtsgemeinschaft aller Staaten, womit der ewige Friede gegeben wäre. Es sind Zielpunkte, nach denen die Praktiker sich zu orientieren und die Richtungslinien zu nehmen haben.

Der Glaube an die Möglichkeit der philosophischen Konstruktion des Rechts ist im Verlauf des 19. Jahrhunderts, im Zeitalter des Historizismus, geringer geworden, als er im Zeitalter des Naturrechts war. Und doch wird man behaupten dürfen: ihren Einfluß auf die Praxis hat die Theorie auch in diesem Jahrhundert nicht eingeblüht. Standen an seinem Anfang die Praktiker unter dem Einfluß der Kantischen Philosophie, unter dem Einfluß des naturrechtlichen Liberalismus, mit seinen Ideen vom Rechtsstaat mit gesetzmäßiger Freiheit und Rechtsgleichheit aller Staatsbürger, so hat am Ende des Jahrhunderts eine neue Ideengruppe einen bedeutsamen Einfluß auf die Praktiker und die Rechtsbildung gewonnen, die sozialpolitische, die dem Staat die Aufgabe zuweist, nicht bloß formelle Rechtsgleichheit zu sichern, sondern die weitere: der sozial Schwächeren

durch Schutzbestimmungen und Sicherungen gegen die private Übermacht des Kapitals und durch positive Wohlfahrtsmaßnahmen sich anzunehmen. Ohne den Vorrang der Theorie hätte die Praxis schwerlich so wichtige Schritte gewagt, als in der deutschen Gesetzgebung der beiden letzten Jahrzehnte auf diesem Gebiet gethan worden sind. Übrigens wäre doch daran zu erinnern, daß die Zusammenschmiedung des deutschen Reichs durch Bismarck vorbereitet ist durch die Theoretiker, vor allem die Historiker, die den nationalen Einheitsgedanken dem Volk in Fleisch und Blut eingeführt haben.

Also das wäre das Verhältnis: Sache der Theoretiker ist es, aus der Vertiefung in die Betrachtung notwendige Gedanken zu schaffen, Begriffe und Gesetze dessen, was ist, und Ideen von dem, was sein soll, wobei denn philosophisches oder begriffliches Denken und historisches Erkennen sich die Hand zu reichen hätten. Sache der Praktiker ist es, daß sie, ausgestattet mit dem Blick für das Wirkliche und dem Augenmaß für das Erreichbare, die bestehenden Ordnungen der Dinge in der Richtung auf die Idee hin in Bewegung bringen: die Theoretiker gleichsam das Selbstbewußtsein des Volks in seiner höchsten Gestalt, die Praktiker dagegen der gesammelte Wille des Volks, der durch die That die Idee gegen die tausend Widerstände des Augenblicks verwirklicht. Die Wissenschaft als solche hat keine Tendenz. Aber die Wirklichkeit, sichtbar vor allem das geschichtliche Leben, hat allerdings eine Tendenz, und diese vermag der Forscher, der sich mit unbefangenen Sinn in die Betrachtung vertieft, zu erkennen, sicherer zu erkennen, als der in die Interessen und

Kämpfe des Augenblicks verflochtene Praktiker; natürlich hindert auch jenen nichts, die erkannte Tendenz, das Ziel, nach dem die Wirklichkeit sich streckt, mit dem eigenen Willen, auch mit leidenschaftlichem Willen zu ergreifen, man denke an Männer wie Plato und Fichte. Aber nicht ist es geraten, dem Philosophen auch das Geschäft der politischen Verwirklichung der Idee zu übertragen. Der Blick für das Nahe und die Kraft der Fernsicht wohnen nicht in demselben Auge. Es möchte dem Philosophen in der Politik gehen, wie es einst Thales dem Milesier ging, da er den Blick gegen den Himmel und die Sterne gerichtet, den Brunnen zu seinen Füßen nicht sah. Auch die stizilischen Erlebnisse Platos scheinen nicht zur Nachfolge zu ermutigen, und ebenso wenig die Erfolge der Gelehrten der Paulskirche von 1848.

So wird es also bei der Kantischen Trennung zwischen Politikern und Philosophen bleiben müssen; die Platonische Gleichsetzung ist unmöglich, unmöglich durch die Funktion: wer die tiefen und stillen Gedanken, die in der Volksseele schlummern, hören soll, darf nicht in das lärmende Getriebe der Tagespolitik gestellt sein; darf nicht ein zu zarbesaitetes Nervensystem, ja vielleicht nicht einmal ein allzu empfindliches Gewissen haben; und auch seine Fähigkeit, Menschen aller Art zu brauchen, darf nicht durch einen allzu zärtlichen sittlichen Geschmack eingeschränkt sein. Doch bleibt es wichtig, „daß Könige und Völker die Klasse der Philosophen nicht schwinden oder verstümmen, sondern öffentlich sprechen lassen“. (Paulsen 1902, S. 324–329).

Studierende nach Studienrichtungen an der Technischen Universität Graz

Studienrichtung	Studienjahr 1988/89			
	gesamt		davon	
		weibl. (%)		weibl. (%)
Architektur	1543	567 (36,7)	1507	563 (37,4)
Architektur-Doktorat			36	4 (11)
Bauingenieurwesen	1013	66 (6,5)	503	29 (5,8)
Bauingenieurwesen-Doktorat			281	11 (3,9)
Wirtschafts-Bauwesen			176	24 (13,6)
Vermessungswesen			53	2 (3,8)
Bauingenieurwesen-Doktorat				
Maschinenbau	2738	63 (2,3)	942	14 (1,5)
Maschinenbau-Doktorat			1271	28 (2,2)
Wirtschafts-Maschinenbau			399	20 (5,0)
Verfahrenstechnik			126	1 (0,8)
Maschinenbau-Doktorat				
Elektrotechnik	1821	44 (2,4)	1759	42 (2,4)
Elektrotechnik-Doktorat			62	2 (3,2)
Techn. Naturwissenschaften	1802	451 (25,0)	618	137 (22,2)
Technische Mathematik			450	58 (12,9)
Technische Physik			551	216 (39,2)
Technische Chemie			28	10 (35,7)
Sonstige			155	30 (19,4)
Techn. Naturwiss.-Doktorat				
Telematik	954	80 (8,4)	954	80 (8,4)
Telematik-Doktorat				
Aufbaustudien	271	57 (21,0)	108	15 (13,9)
Betriebs- u. Rechtswissenschaften			163	42 (25,8)
Technischer Umweltschutz				
Studium Irregulare	12	0	12	0
Total	10154	1328 (13,1)	10154	1328 (13,1)

Studierende nach Studienrichtungen

Studierende an der Karl-Franzens-Universität Graz

	WS 1989/90		
	Inskr. Hörer	Imm. Hörer	Erst-Imm.
Kath.-Theol. Fakultät	666	780	57
Rechtswissenschaftliche Fakultät	5010	5549	544
Sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	5316	6217	557
Medizinische Fakultät	3158	3465	258
Geisteswissenschaftliche Fakultät	7499	8692	664
Naturwissenschaftliche Fakultät	5123	5868	473
Summe:	26772	30571	2553
Ordentliche Hörer	23167	26318	2319
Außerordentliche Hörer	590	713	313
Gasthörer	119	155	3
Hörer anderer Universitäten	225	277	12
Insgesamt:	24101	27463	2647

Studenten an Österreichs Universitäten

Universität	1970/71		
	männlich	weiblich	gesamt
Wien	10.987	6.417	17.401
Graz	4.563	2.132	6.715
Innsbruck	4.996	1.396	6.282
Salzburg	1.786	876	2.654
Linz	1.507	219	1.726
TU Wien	6.120	391	6.511
TU Graz	3.791	187	3.978
Leoben	630	8	636
BK Wien	1.001	101	1.102
VM Wien	425	81	506
WU Wien	3.002	653	3.656
gesamt	38.817	12.459	51.276
	1986/87		
	männlich	weiblich	gesamt
Wien	27.163	31.533	50.696
Graz	10.736	11.340	22.086
Innsbruck	10.064	7.917	16.771
Salzburg	4.566	4.878	9.443
Linz	5.836	2.810	8.646
TU Wien	12.429	2.399	14.620
TU Graz	7.113	911	8.024
Leoben	1.622	138	1.760
BK Wien	3.601	1.384	4.985
VM Wien	1.162	1.122	2.304
WU Wien	9.786	6.401	16.187
Klagenfurt	1.164	1.599	2.763
gesamt	91.738	70.305	162.123

1986/87 vorläufige Zahlen; Klagenfurt erst ab 1972/73. Summen stimmen wegen Mehrfachinschriften an verschiedenen Universitäten nicht mit den einzelnen Zahlen überein.
Quelle: Wissenschaftsministerium.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung in OECD-Ländern

	Total R & D expenditure		R & D expenditure as a percentage of GDP			
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)
United States	109.775,0	459	2,77	1,98	0,37	0,42
Japan	40.064,4	332	2,81	1,88	0,57	0,36
Germany	19.983,6	327	2,70	1,98	0,37	0,35
France	14.571,1	264	2,26	1,32	0,34	0,60
United Kingdom	14.275,0	252	2,31	1,47	0,30	0,54
Italy	7.014,5	123	1,13	0,65	0,22	0,26
Canada	5.352,5	211	1,37	0,70	0,32	0,35
Netherlands	3.437,3	237	2,10	1,18	0,49	0,43
Sweden ¹⁾	2.946,5	353	2,79	1,98	0,68	0,13
Switzerland ²⁾	2.813,0	428	2,83	2,24	0,36	0,23
Australia	2.190,1	139	1,13	0,38	0,29	0,46
Spain	1.552,7	40	0,53	0,31	0,09	0,13
Belgium ³⁾	1.500,8	152	1,53	1,12	—	—
Austria	1.035,1	137	1,27	0,69	0,44	0,14
Norway	940,2	226	1,62	1,01	0,36	0,25
Yugoslavia	890,5	39	0,79	0,43	0,16	0,20
Finland	847,6	173	1,50	0,92	0,29	0,29
Denmark	785,3	154	1,25	0,69	0,30	0,26
New Zealand	335,3	102	1,01	0,35	0,20	0,46
Portugal ⁴⁾	202,1	20	0,40	0,12	0,10	0,18
Greece	201,7	20	0,34	0,09	0,07	0,18
Ireland	202,9	57	0,85	0,44	0,16	0,25
Iceland	23,7	98	0,75	0,12	0,22	0,41

(A) = Million US-\$ PPP¹⁾

(B) = Per capital US-\$ PPP¹⁾

(C) = Total

(D) = Business enterprise sector

(E) = Higher education sector

(F) = Public and private non-profit institutions

1) Purchasing power parities

2) Natural sciences and engineering only

3) 1986

4) 1983

5) 1984

Source: OECD/STIID data bank

FERNSEHEN ALS STIMULANS UND ZÜNDENDER FUNKE

Die jüngsten Ereignisse in Osteuropa haben mit Deutlichkeit nachgewiesen, daß die elektronischen Medien — und hier insbesondere das Fernsehen — in bestimmten Situationen das Weltgeschehen direkt und mitentscheidend beeinflussen. Ich will kurz darlegen, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit dies der Fall ist. Zuerst die Antithese, damit deutlich wird, was gemeint ist: Die Kommunikationswissenschaft spricht von einer „narkotisierenden Disfunktion“, die durch die neuen Medien bewirkt wird. Disfunktion darum, weil es nicht im Interesse unserer Gesellschaft liegt, wenn große Massen der Bevölkerung sich politisch teilnahmslos und untätig verhalten. Sie verhalten sich passiv, weil sie von der Flut der Informationen, denen sie sich aussetzen, eher betäubt als zur Aktivität angeregt werden. Vor allem aber auch darum, weil gar keine Möglichkeit bestünde, Information in Handlung umzusetzen, weil ja die dargestellten Ereignisse zumeist nicht im eigenen Aktionsraum, im eigenen Wirkungskreis stattfinden, also keine schicksalhafte Betroffenheit eintritt und in der Folge weder Möglichkeit noch Notwendigkeit irgendeines persönlichen Eingreifens besteht.

So degeneriert Fernsehen, wie das Bruno Kreisky einmal sarkastisch ausgedrückt hat, zur „Unterhaltung durch Weltgeschichte“ und die zahlreichen Ersatzbefriedigungen der fiktiven Programme rundum sorgen dafür, daß der Empfänger sich mit der Rolle des passiven Konsumenten zufriedengibt.

Nun hatten es aber die Menschen im Osten seit Jahrzehnten mit einer gänzlich anderen medialen Situation zu tun.

Mit einer, die auf Schönfärbung der herrschenden Ideologie, auf Ansporn zu besonderer Leistung, auf Erfolgsmeldungen über das Funktionieren des Systems und auf die Herabsetzung des politischen Gegners hinauslief. Alles, was das Funktionieren des eigenen Systems betraf, betraf aber zugleich auch die unmittelbare Erlebniswelt der Empfänger. Die täglichen Erfahrungen der Menschen stimmten jedoch mit der medial vorgetäuschten Wirklichkeit nicht überein und so wurden sich die Leute — mit Ausnahme der Profiteure des Systems — bewußt, permanente Zielscheibe einer lügenhaften Propaganda zu sein.

Die Machthaber hatten allerdings zu wenig ins Kalkül gezogen, daß der bewußten Herabsetzung des Gegners mediale Informationen entgegenstanden, die, eben von diesem Gegner stammend, via Fernsehen und Radio über die — sonst hermetisch abgeschlossen — Grenzen getragen

wurden. Da aber sah dieser Gegner ganz anders aus als ihn die heimische Agitation darzustellen suchte.

Mehrparteiensystem, Meinungsfreiheit, öffentliche Auseinandersetzung, Streikrecht usw. und zudem eine Warenwelt waren in Augenschein zu nehmen, von der man nur zu träumen wagte. So fand der Haß gegen dieses eigene System aus zwei verschiedenen medialen Quellen neue Nahrung.

Dennoch sind — wir wissen es — und die Menschen drüben haben es am eigenen Leib erfahren —, solange die Machthaber im Krenl mit eiserner Faust regierten, alle Versuche, die Fesseln durch Proteste und Aufstände zu sprengen, in Blut, Tränen und Kerker erstickt worden.

Die Erfahrungen allerdings, die man im Umgang mit der Exekutive gemacht hatte, blieben tief ins Gedächtnis geschrieben und haben die jüngsten Ereignisse mitentscheidend geprägt.

Als aus Moskau die Kunde von der Öffnung verkrusteter Strukturen drang — wieder waren es die Medien, die sie überbrachten — von einem gebilligten und gewollten Aufbruch in Freiräume, vom Mut zur Eigeninitiative, von einem gemeinsamen Haus Europa, in welchem die Völker über ihr Schicksal zu bestimmen hätten, gab es ein unvorstellbares Atemholen. Es gibt Berichte, daß die Menschen im Osten mit unläuglichem Staunen an den medialen Apparaten hingen, daß sie mit wachsendem Eifer die Aussagen der östlichen und westlichen Sender verglichen und daß erst allmählich aus Unglauben und Staunen ungeahnte Hoffnung erwuchs. Da aber zeigte es sich, daß in den gewaltsam verschlossenen Bewußtseinsgefäßen Überdruck herrschte, daß überall dort, wo die Ventile sich öffneten, explosive Kräfte frei wurden. Über das, was sich anschließend begab — und die Ereignisse sind ja bei Gott noch im Fluß — wird in Hinkunft viel gerätselt, geschrieben und von der historischen und politischen Wissenschaft geurteilt werden. Bei aller Zurückhaltung — wir haben ja kaum noch Distanz zu den Geschehnissen — drängen sich einige Feststellungen auf, die man nur mit nochmaligem Staunen aussprechen kann:

Da haben Menschen die Gunst und einmalige Chance der Stunde erkannt, haben sich, ohne von irgendwem aufgefordert zu sein, trotz herrschender Verbote und bewußt aller Gefährdungen, in Kirchen, auf Straßen und Plätzen gesammelt, haben die ihnen vorenthaltene Freiheit eingefordert; haben Sprechchöre erfunden, Transparente beschrieben, die Parole verbreitet, sich lieber schlagen zu lassen als selbst Gewalt anzuwenden, haben für ihre

Opfer Kerzen entzündet, haben Podeste errichtet, Mikrophone installiert, haben einen nach dem andern der alten Würdenträger an die Rampe gefordert und zur Kapitulation gezwungen. Ist hier eine neue gestaltende Kraft in die Weltgeschichte eingetreten, mit der man in Hinkunft wird rechnen müssen? Der mündige Bürger, der in der Not seiner Situation, mit der Macht seiner Meinung und der Übermacht seiner Masse zum Entscheidungsträger geworden ist?

Was aber hat bewirkt, daß in so atemberaubend kurzer Zeit ein ganzer Kontinent völlig verändert wurde, daß Weltgeschichte sich im Zeitraster tempo vollzog, daß bei aller Divergenz örtlicher Bedingungen in allen Staaten ein Grundmodell des Handelns angewendet wurde? War es nicht so, daß man angesichts der übertragene Fernsehbilder bisweilen nicht wußte, ob man nun eine Demonstration in der DDR, in der CSSR oder gar in Bulgarien miterlebte? Welcher Beschleunigungsfaktor war es, der den Funken von einem ins andere Pulverfaß überspringen ließ? Hatten die Polen nicht eben erst durch die Medien erfahren, daß in Ungarn sich neue Parteien gebildet hatten? Verfolgte man nicht mit Hochspannung in allen Ostländern, daß in Warschau ein bürgerlicher Ministerpräsident installiert wurde? Konnten die Tschechen und Slowaken nicht staunend an den TV-Schirmen verfolgen, daß die Machthaber in der DDR vor dem gewaltigen Ansturm des Volkes Zug um Zug kapitulierten? War es nicht symptomatisch, daß schließlich die Fernsehzentrale in Bukarest zur heißumkämpften Befehls- und Informationsstelle des Aufstandes wurde? Wir alle waren Zeugen einer Kettenreaktion, bei der Ereignisse von den Bildschirmen des Fernsehens im wahren Sinn des Wortes übertragen, nämlich von einem Staat in den anderen hinübergetragen wurden. Mit großer Deutlichkeit hat es sich gezeigt, daß die staatlichen Grenzen in unserer Welt fiktiv geworden sind und das Gesetz des Handelns in extremen Situationen in die Geschwindigkeitsabläufe unserer elektronischen Nachrichten- und Bildübermittlung gerät. Dergestalt, daß in den Schaltstellen der Weltpolitik keine Atempause bleibt, irgendwelche Strategien zu entwickeln, die rapid sich entwickelnden Situationen zu steuern.

Wir können es der Fügung danken, daß es den Machthabern in den Oststaaten während der spontanen Überraschlungen nicht möglich war, Gegenstrategien angesichts des Unerwarteten zu beraten und anzuwenden. Wir sollten allerdings nachdenklich sein, wenn wir künftige Weltgeschicke im Licht der eben erworbenen Erkenntnisse herannahen sehen.

Die Deutschen und die Deutschen

Das Jahr der Revolution ist vorüber. 1989 wird in die Geschichte eingehen als ein Jahr, in dem die europäische Ordnung, ja die ganze Szenerie der Weltpolitik sich verändert hat. Das zeitigt Wirkungen auf dem Büchermarkt — rasch veralten etliche Werke, die eben noch aktuell schienen und es wird nach anderen gegriffen, die nun brisant geworden Informationen zu liefern versprechen. Da schreibt etwa ein Berliner Politikwissenschaftler über den Konflikt zwischen den großen Blöcken und verortet darin die deutsche Frage:

Wlfrid Loth: Ost-West-Konflikt und deutscher Frage. Historische Ortsbestimmungen, dtv 11074, München 1989, DM 12,80.

Glücklicherweise ist das Buch historisch angelegt, sonst könnte es bereits den Weg in die Versammlung antreten. Aber so setzt es in der Nachkriegszeit an, bei den Handlungsmöglichkeiten, die den Deutschen auf dem Weg in die Gegenwart offenstanden. Daß die Zukunftsbetrachtungen von der Wirklichkeit überholt wurden, ist dem Autor wirklich nicht anzukreiden. Wer hätte es gewagt, vor einem Jahr ernsthaft über Wiedervereinigung nachzusinnen? Auch ein ehemaliger Mitspieler der großen Politik — Journalist, Staatssekretär, Vertreter der BRD in Ostberlin — gibt seine Befindlichkeitseinschätzungen ab, und auch das ist nunmehr als historischer Beleg zu lesen:

Günter Gaus: Deutschland im Juni. Eine Lektion über deutsch-deutsche Befindlichkeiten, dtv 11140, München 1989.

Ist es wirklich erst der Juni 1987 gewesen? Pfingstkreuzzüge unter den Linden am Monatsbeginn, der Besuch Präsident Reagans in Westberlin in der Monatsmitte, der Evangelische Kirchentag in Ostberlin in den letzten Tagen des Monats veranlassen zur Frage: „Wie stabil ist die DDR?“ Wir wissen es mittlerweile, aber wir haben in diesen letzten drei Jahren offenbar auch einiges übersehen. So mahnt Gaus zu Recht, wenn er — und das ja in Unkenntnis der Ereignisse der letzten Monate — schreibt: Es sei deutlich geworden, „daß schlechende, mähliche Veränderungen des eigenen, westlichen Systems... von der Mehrheit der Westdeutschen so gut wie gar nicht wahrgenommen werden; und daß Veränderungen im Osten nur in ihren dramatischen Formen, wie sie etwa in der Sowjetunion sichtbar werden, ins mehrheitlich bundesrepublikanische Bewußtsein dringen.“ — Verständnisschwierigkeiten, offensichtlich. Hilft uns da vielleicht ein Wörterbuch?

Martin Ahrends: Allseitig gefestigt. Stichwörter zum Sprachgebrauch der DDR, dtv 11126, DM 9,80, München 1989.

Der Sprachgebrauch hat sich mittlerweile ja verändert, aber nur ein bißchen. Die Floskeln und Abkürzungen werden sich noch eine Weile halten, und die engere Verflechtung von West und Ost wird einen erhöhten Verständigungsbedarf mit sich bringen. Da mag man ruhig nachblättern in diesem Wörterbuch, was denn etwa „abkündern“ heißen könnte oder „Uwubu“ oder „Winkelerment“. Nun gut, es sei verraten: „Abkündern“ ist die Tilgung eines Familienkredits durch die

Anschaffung von Kindern. „Uwubu“ ist „Ulrichs Wucherbude“, eine umgangssprachliche Bezeichnung für einen Exquisitladen, in dem es alles das gab, was es sonst nicht gab. Ein „Winkelerment“ ist ein Fährchen oder Tüchlein, das bei Großkundungen an jubelnde Massen verteilt wird. Anderes ist, bitte, nachzuschlagen. — Wenn schon die Verständigung so gut klappt, dann soll man auch reden miteinander:

Christine Lambrecht: Und dann nach Thüringen absetzen. Männer in der DDR — zwölf Protokolle, dtv 11127, München 1989.

DDR-Männer erzählen ihr Leben, ihre Wünsche, Leistungen, sexuellen Schwierigkeiten, Träume — und das wäre es auch schon. Es werden keine Schlüsse gezogen, keine Rahmenbedingungen geschildert, es sind einfach Berichte. Zwölf Männer hat die Autorin vor das Tonband bekommen. Arbeiter, Bauern, Arzt, Ingenieur, Pfarre, Dramaturg und so weiter. Wer das gerne liest, der mag es lesen.

Die deutsche Arbeiterbewegung

Selbst sympathisierende Bücher über die Arbeiterbewegung setzen im Schlußkapitel ein Fragezeichen: Ist sie am Ende die ruhmreiche Bewegung? So viel spricht für eine bejahende Antwort, daß selbst der Autor nur feststellen kann: sie darf sich nicht einfach aus der Geschichte verabschieden. Aus jener Geschichte, die er zuvor ausführlich beschreibt:

Arno Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen, dtv 11073, München 1979, DM 16,80.

Der Paderborner Soziologieprofessor beschreibt den Beginn der Arbeiterbewegung 1848, die Entwicklung im Kaiserreich und den Umbruch nach dem Ersten Weltkrieg, die Weimarer Republik, die Nazi-Diktatur und die Entwicklung bis in die 70er Jahre. Einen begrenzteren Zeitraum hat sich

Klaus Schönhoven: Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, dtv 4511, München 1979, DM 12,80

vorgenommen, und er beschreibt in sorgfältiger Weise die Enttäuschung der Hoffnungen nach dem Ersten Weltkrieg, die prekäre Stabilisierung in den zwanziger Jahren und dem Untergang der Republik in den frühen Dreißigern. Wie es für die Reihe „Deutsche Geschichte der neuesten Zeit“ kennzeichnend ist, folgen zahlreiche Dokumente, eine Übersicht über die Literatur und den Forschungsstand, eine Zeittafel und diverse Übersichten.

Zwischen Paris und Peking

Im Frühjahr des Jahres 1789 hat ein französischer Schriftsteller aufgezeichnet, was ihm auffiel in den Gassen und auf den Plätzen des revolutionären Paris:

Nicolas Edme Restif de la Bretonne: Revolutionäre Nächte in Paris, dtv klassik 2213, München 1989, DM 12,80.

Es sind authentische Erzählungen aus einer turbulenten Zeit, ein Sittengemälde der kleinen Leute ebenso wie der Aristokraten, Berichte demokratischer Begeisterung ebenso

wie von Hinterlist und Tötungswahn. — An das andere Ende der Welt führt ein exzellentes Geschichtsbuch:

John K. Fairbank: Geschichte des modernen China 1800—1985, dtv 4497, München 1989, DM 24,80.

Fairbank, Professor für chinesische Geschichte an der Harvard University, betont die geschichtliche Kontinuität der Herrschaft einer politischen Elite; die modernen Strukturen der kommunistischen Diktatur sind ihm Spiegelbilder alteschinesischer Sozialmodelle und Gruppen. Wer China verstehen will, muß Fairbank lesen.

Österreich — Rückblick und Ausblick

Österreichs Vergangenheit — zwischen den beiden Kriegen — ist Gegenstand der (überarbeiteten) Aufsatzsammlung von

Gerhard Botz: Krisenzonen einer Demokratie. Gewalt, Streik und Konfliktunterdrückung in Österreich seit 1918, Campus, Frankfurt — New York 1987, DM 48,—.

Der Salzburger Historiker versucht, aus den Fallstudien von Gewalttätigkeiten in der Ersten Republik, die er in einer strukturgebietlichen Perspektive verarbeitet, verallgemeinerbare Ansätze zu gewinnen, die — und darin ist er wohl allzu optimistisch — sogar prognostische Qualität besitzen sollen. — Der österreichischen Gegenwart wird detaillierter nachgespürt im 13. Band des ÖJF:

Österreichisches Jahrbuch für Politik '88, hrsg. von A. Khol, G. Ofner und A. Stirnemann, Verlag für Geschichte und Politik & Oldenbourg Verlag, Wien — München 1989.

Es gibt nichts Neues darüber zu sagen: Wer es bis jetzt nicht kennt, weiß nicht, was er vermisst hat, und wer es kennt, der schätzt es seit Jahren — es handelt sich um die wichtigste regelmäßige Quelle für politische Grundinformationen in diesem Land. Es werden Wahlen analysiert; die österreichische Europapolitik wird in mehreren Beiträgen eingehend und kontrovers behandelt; die Historikerkommission und das Bedenkjahr werden erörtert; Steuerreform, Privatisierung, Regionalpolitik und Folgen demographischer Veränderungen sind Themen der ökonomischen Beiträge; ideologische Fragen und Fragen der politischen Kultur, Medien- und Kulturpolitik, Sozial- und Bildungspolitik finden Platz; und schließlich auch noch Bilanzen der Regierungsarbeit der Großen Koalition. Die Chronik über die Geschehnisse des Jahres gibt den gewohnten Überblick. Wie gesagt: unverzichtbar. — Österreich, das sind wir den Europäern beizubringen bemüht, ist unverzichtbar für die EG. Welche Probleme sich damit verbinden und welche Folgen der EG-Beitritt Österreichs haben wird, erläutert

Hans-Henning Scharach: Europa ohne Sachertorte? Österreich und die EG, Styria, Graz-Wien-Köln 1989, DM 24,80.

Es ist ein kurzes, prägnantes Büchlein für jene, die sich rasch informieren wollen, allenfalls auch nur über ihr engeres Interessengebiet. Diesen Dienst leistet der Autor mit leichter Feder. M.P.

CHRONIK

1. Mai 1989
Das Kilometergeld wird auf vier Schilling angehoben.

8. Mai
Statistik: Der Staat gab 1988 insgesamt 8,9 Prozent des Bundesbudgets für Pensionszuschüsse aus.

10. Mai
Statistik: Der Drogenmißbrauch in Österreich sank seit 1981 um über 37 Prozent auf 4.963 Fälle im Jahr 1988.

12. Mai
In Jugoslawien wird Staatspräsident Janes Drnovsek gewählt.
ÖH-Wahlen: Etablierte als große Wahlverlierer. Grüne und Alternative siegen.
Vorläufiger Baustopp für das ungarische Donaukraftwerk an der Donau.
In Argentinien tritt Carlos Menem die Nachfolge von Raúl Alfonsín an.

15. Mai
Statistik: Lohnnebenkosten betragen in Österreich bereits 95 Prozent. Das ist ein internationaler Spitzenwert.

16. Mai
Statistik: Die Weltbevölkerung nimmt jährlich um 90 Millionen zu. Derzeitiger Stand: 5,2 Milliarden Menschen.
Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow leitet beim historischen Zusammentreffen mit Deng Xiaoping eine Aussöhnung zwischen China und der UdSSR ein.

19. Mai
Der VP-Bundesparteitag in der Wiener Hofburg steht unter dem Motto „Aufbruch und Erneuerung“. Der neue Bundesparteichef heißt Josef Riegler. Alois Mock wird Ehrenobmann.

20. Mai
In China wird das Kriegsrecht ausgerufen.

22. Mai
Der Kritikerpreis des Steirischen Herbstes geht an die Journalisten Kurt Wimmer und Ulrich Weinzierl.

23. Mai
BRD: Richard von Weizsäcker wird mit Rekordergebnis und ohne Gegenkandidaten als Bundespräsident wiedergewählt.

25. Mai
100-Jahr-Feier beim Grazer Roten Kreuz.
Der Kongreß der Volksdeputierten wählte Gorbatschow mit 97 Prozent zum Staatspräsidenten.

27. Mai
Jetzt ist es endgültig fix: Wien und Budapest wird der Zuschlag für die Weltausstellung 1995 erteilt.

28. Mai
Am Landesbauernrat wird das 90-Jahr-Jubiläum des Bauernbundes gefeiert.

29. Mai
Beginn der Eintragungsfrist für das Volksbegehren zur Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen. Es erreicht bundesweit 219.000 Unterschriften.

30. Mai
Jörg Haider im zweiten Anlauf zum Landeshaupmann von Kärnten gewählt.

1. Juni
Das neue steirische Smogalarmgesetz tritt in Kraft.

2. Juni
Der islamische Revolutionsführer Khomeini verstirbt im 89. Lebensjahr.
Das Land Steiermark kündigt die beiden Spitalsmanager Bosch und Moser mit 30. Juni 1990.

5. Juni
Statistik: Die Handelskammer Steiermark verzeichnet eine Zunahme von 900 Betrieben innerhalb der letzten Jahre.
Der „Puch G“ ist zehn Jahre alt. 75.000 dieser Fahrzeuge wurden bis dato in Graz erzeugt.
Bei den Wahlen in Polen erreicht die Solidarität im ersten Wahlgang einen überwältigenden Sieg.
China versinkt im Chaos. Es herrscht Bürgerkrieg. Die KP bleibt eisern, die Armee greift gegen Demonstranten mit allen Mitteln durch.

7. Juni
Eröffnung der „Technova“ auf dem Grazer Messegelände.

Fürst Karl Schwarzenberg bekommt den Europarats-

preis für Menschenrechte gemeinsam mit Lech Wałęsa.

Statistik: Der Anteil der Betriebspensionen beträgt in Österreich lediglich vier Prozent. In der BRD sind es 8,2 und in der Schweiz 22 Prozent.
Alle Transitstrecken Österreichs werden in das LKW-Nachfahrverbot ab 1. Dezember eingeschlossen.

11. Juni
Arbeiterkammerwahlen bringen in der Steiermark: Verluste für SP und ÖAAB (je minus drei Mandate). Freiheitliche legen fünf Mandate zu.

13. Juni
Marc Günther präsentiert als neuer Direktor des Grazer Schauspielhauses das neue Programm.
Statistik: Österreich erhöht seine Mittel für die Flüchtlingshilfe und stockt von 800 Millionen auf 1,1 Milliarden Schilling auf.

15. Juni
Im Raiffeisen-Verband tritt Hubert Schwab das Amt des verstorbenen Karl Kreml an.
39 Prozent der Österreicher sprechen sich in einer IMAS-Umfrage für eine Neutralität ihres Landes zwischen dem Osten und dem Westen aus. 36 Prozent sind für eine Anlehnung an den Westen.

19. Juni
FP-Landesparteichef Klaus Turek erklärt seinen endgültigen Rücktritt.
In Polen siegt die Solidarität auch im zweiten Wahlgang überlegen.
Für die Steiermark wird ein neues Wohnbauförderungsgesetz beschlossen.

24. Juni
„Steirischer Herbst“: Der „rostige Nagel“ wird im Stadtpark vergraben.
Leopold Staudtler ist neuer Dompropst der Diözese Graz-Seckau.

28. Juni
Neuwahlen in der Volksanwaltschaft: Evelyn Messner und Horst Schender einstimmig vom Nationalrat gewählt.

1. Juli
Das Styriarte-Festival, in diesem Jahr unter der Verantwortung von Christopher Widauer, wird eröffnet. Der thematische Schwerpunkt: Mozart.
Gerd Bacher wird neuer Herausgeber der „Presse“.
75-Jahr-Jubiläum des Flughafens Graz-Thalerhof.
Das ATB-Werk in Spielberg wird um 400 Millionen Schilling an den deutschen Bauknecht-Eigentümer Rothenburger verkauft.

5. Juli
Der neue Leiter der Staatsanwaltschaft Graz heißt Hermann Schnudler.

6. Juli
Der ehemalige KP-Parteichef Ungarns, Janos Kadar, stirbt.

7. Juli
Für Graz tritt eine neue Baumschutzverordnung in Kraft.
Der Grazer Gemeinderat beschließt die Privatisierung von 7.000 Gemeindewohnungen.
In der Causa Noricum werden gerichtliche Voruntersuchungen gegen Sinowatz, Blecha und Gratz eingeleitet.
Hans Schmid, Eigentümer der Werbeagentur GKG, hat zu 90 Prozent die Anteile der AZ erworben.

12. Juli
Eröffnung der Kulturveranstaltung „Poesie im Ausseerland“.

13. Juli
Statistik: „Krone“, „Kurier“ und „Kleine Zeitung“ sind weiterhin die größten Tageszeitungen.
Das SP-Organ „AZ“ feiert seinen 100. Geburtstag.

16. Juli
Herbert von Karajan verstirbt wenige Tage vor Beginn der Salzburger Festspiele 81-jährig an Herzversagen.

14. August
Die britische Regierungschefin Margaret Thatcher weiß auf Privatbesuch in der Steiermark.

19. August
In einem Bescheid des Wirtschaftsministeriums wird der KVA-Betrieb für das Vost-Werk in Donawitz wegen übermäßigem Dioxin-Ausstoß untersagt.
In Polen wird Tadeusz Mazowiecki als neuer Regie-

rungschef vorgeschlagen.

23. August
Die neueste Bevölkerungsstatistik errechnet die Lebenserwartung des Steirers mit 75 Jahren. Bis zum Jahr 2011 erfolgt im Bundesland eine Bevölkerungsabnahme von 93.000 Menschen.
Statistik: Gegenüber 760 Hausärzten im Jahr 1955 sind heute nur noch 696 in der Steiermark tätig. Die Verluste aufgrund der Algenpest werden von der italienischen Regierung mit 20 Milliarden Schilling beziffert.

25. August
Nach dem SP-Pressesprecher Walter Fabian werden jetzt auch Karlheinz Arai und Manfred Schilling im Zusammenhang mit der Kokain-Affäre in U-Haft genommen.
Statistik: In Graz besuchen 65 Prozent der Volksschulabgänger die 1. Klasse eines Gymnasiums. In Kärnten wird der Konkurs über die VP-„Neue Volkszeitung“ angemeldet.

28. August
Der ORF und der Verband der Zeitungsherausgeber einigen sich auf eine Radio-Liberalisierung und Verleger-Programme für die Bundesländer. Der ehemalige Ö3-Chef und Programmdirektor von „sat 1“ hat sich um eine Lizenz, für die Veranstaltung von Privatrundfunk, beworben.
In Salzburg tritt LH-Sv. Radlegger wegen seiner Freundschaft zu Schiedek zurück, der in den WEB-Skandal verwickelt ist.

31. August
Es wird mit 2.933.783 unselbständig Erwerbstätigen der absolut höchste Beschäftigungsstand in der Geschichte Österreichs verzeichnet.

2. September
Scharfe Kritik des Rechnungshofes am Drakenkauf. 135 Millionen Einsparungen wären möglich gewesen.
1989 pagelt es 650 Millionen Schilling Defizit für Österreichs Krankenkassen, die heuer 100-jährigen Bestand feiern.
Jetzt fix: Bei den Nationalratswahlen werden „Die Grünen Österreichs“ kandidieren.
Der 1.000ste Nachstrich-Katalysator wird in Graz in Betrieb genommen.
Bernad Eibisberger tritt als Chefredakteur der Zeitschrift „Klipp“ ab. Jürgen Lehner folgt.

10. September
Rechnungshof stellt Mängel in der Finanzgebarung des Milchwirtschafts-Katalysators fest.

15. September
Die FPÖ bringt ihr Volksbegehren gegen das Monopol des ORF ein. Landeshaupmann Josef Krainer wird mit 98 Prozent der Stimmen als VP-Parteichef wiedergewählt. Hirschmann erhält 95 Prozent, Cortolezis 91.
Der Verkauf der „Neuen AZ“ geht über die Bühne. Sie wird von Hans Schmid und der Birko-Holding übernommen, die SPÖ behält zehn Prozent.
Der Gemeindevereinsverband feiert sein 40-Jahr-Jubiläum.
In der Steirischen FPÖ wird Michael Schmid als neuer Obmann designiert.
In der „AZ“ wird die Chefredaktion von Sech an Robert Hochner übergeben.

18. September
MAN-Unternehmensgruppe steigt in die Steyr-LKW-Produktion ein.

20. September
In der Causa Noricum werden gerichtliche Vorverfahren gegen Finanzminister Ferdinand Lacina eingeleitet.

22. September
Hans Gross wird mit 58 Prozent in den Vorstand der Steirischen SPÖ gewählt. Peter Schachner wird als geschäftsführender Obmann eingesetzt. Gross soll bis Juni '90 als nomineller Vorstand agieren.

27. September
Das Kulturbudget des Bundes wird um 17 Prozent auf 693 Millionen Schilling aufgestockt.
Slowenien: Das Parlament in Laibach beschließt neue Verfassungen mit Möglichkeit zum Austritt aus dem Staatsverband.

28. September
Im US-Eis verstirbt der philippinische Ex-Präsident

Im Zusammenhang mit der Affäre St. Magdalen den Vorberühungen gegen Ex-Landeshauptmann Erwin Fröhnbauer eingeleitet.

Der Anteil österreichischer Firmen im Ausland stieg in den vergangenen zehn Jahren von 28 auf 36 Prozent.

Bischof Johann Weber ist 20 Jahre im Amt.

30. September

AK-Präsident Rechberger legt nach hitzigen Debatten seine Bezüge offen: 199.000 Schilling brutto. Niederösterreichs FP-Klubobmann und Ex-Verteidigungsminister Helmut Kränes tritt nach Meldungen über eine 100.000-Schilling-Wahlkampfspende zurück.

Eingung in der Koalition über die Erhöhung der Familienbeihilfe.

Endgültige Schließung des traditionsreichen Luxus-hotels „Steirerhof“ in Graz.

Leopold Maderthaler wird mit 206 von 214 Stimmen zum Nachfolger von Wirtschaftsband-Präsident Rudolf Sallinger gewählt.

2. Oktober

Diözese Graz-Seckau: Prälat Thiel verstirbt im 81. Lebensjahr.

Udo Proksch wird nach 19monatiger Flucht am Flughafen Wien-Schwechat enttarnt und verhaftet.

5. Oktober

Beginn der Diskussionen über 750.000 Schilling Abfertigung an Vizekanzler Riegler. Der im indischen Exil lebende Dalai Lama erhält den Friedensnobelpreis 1989.

40-Jahr-Staatsjubiläum in der DDR.

8. Oktober

Landtagswahl in Vorarlberg. ÖVP hält Mandatsstand (20). SPÖ verliert eines (jetzt 8). FPÖ bekommt drei dazu (jetzt 6). Grüne und KP verlieren den Einzug.

Die Gemeinderatswahlen in Salzburg bringen Verluste für ÖVP und SPÖ, Gewinne von 3,9 Prozent für Freiheitliche.

Manfred Schmid wird mit 87 Prozent als neuer FP-Landeschef gewählt.

Statistik: Österreich leistete 1988 rund 302 Millionen Dollar Entwicklungshilfe.

In Ungarn wird die „Neue Sozialdemokratische Partei“ als Nachfolger der alten KP gegründet. Rote Nelke statt roter Stern als Parteisymbol.

10. Oktober

Jetzt fix: Die Pensionen werden ab 1. 1. 1990 um drei Prozent erhöht.

41. Frankfurter Buchmesse eröffnet. Schwerpunkt: Frankreich.

JVP-Bundesobmann Othmar Karas steht wegen des Bezugs einer Invaliditätsrente im Kreuzfeuer.

13. Oktober

Präsentation des Zwischenberichtes für das „Modell Steiermark“.

Nach der Verstaatlichungsreform ist jetzt die ÖMV mit 44 Milliarden Schilling das umsatzstärkste Unternehmen Österreichs, gefolgt von der Voest-Alpine Stahl AG.

Konstituierung des Noricum-Ausschusses.

14. Oktober

Festival des „Steirischen Herbstes“ eröffnet. Motto: „Chaos und Ordnung“.

17. Oktober

Ein neuer 5.000-Schilling-Schein kommt auf den österreichischen Geldmarkt.

Robert Buchberger übernimmt von Simon Koiner die Führung des Raiffeisen-Landesverbandes.

Angelobung des neuen VP-Landesparlamentärs Candidus Cortolozis als Landtagsabgeordneter.

18. Oktober

In der DDR tritt Erich Honecker zurück. Sein Nachfolger ist Egon Krenz.

21. Oktober

Franz Vranitzky wird am SP-Parteitag mit 96 Prozent der Stimmen wieder zum Parteibobmann gewählt. In einer Kampfabstimmung beim Wiener VP-Landesparteitag verliert Erhard Busek gegen Wolfgang Petrik.

23. Oktober

Vom ungarischen Parlament wird die Republik Ungarn ausgerufen. Zulassung von Parteien gesetzlich verankert.

24. Oktober

Arztkanzlerpräsident Piaty verliert beim zweiten Umengang absolute Mehrheit. Neuer Präsident: Wolfgang Rottl.

26. Oktober

Staatsfeiertag: Waldheim warnt vor Politikerprivilegien. Der Weizner Gerald Hirtengraber wird Flüchtlingshochkommissar der UNO.

30. Oktober

Schlaffeiher der Landesausstellung in Judenburg. Nur 158.000 Besucher.

Weinlese 1989 bedeutet 2,7 Millionen Hektoliter, aber auch einen Rückgang um ein Viertel gegenüber 1988.

30. Oktober

In Spanien hält Ministerpräsident Felipe Gonzalez die absolute Mehrheit nur knapp.

Die Ruhebestimmungen für Österreichs Pensionisten werden gelockert.

Zweistündiger Streik in den Arbeitsämtern wegen Personalmangel.

DDR: Staatsmacht gibt Oppositionsforderung nach Meinungsfreiheit nach.

In Großbritannien tritt Schatzkanzler Nigel Lawson von den Konservativen zurück.

1. November

Das war ein Rekordsommer für Österreichs Fremdenverkehr: Von Mai bis Oktober wurden 72,4 Millionen Gästendurchgänge verzeichnet. Das ist das beste Ergebnis seit 1982 und um rund vier Millionen mehr als 1988.

Hofübergabe beim Steirischen Bauernbund. Auf Rupert Buchberger folgt Erich Pöhl. Er verzichtet auf sein Gehalt. Sein Stellvertreter: Hubert Schwab. Die Landesbahn führt eine Direktverbindung von Graz nach Weiz ein.

Die bekannte steirische Malerin Elga Maly verstirbt.

In Graz werden Smogpöckel zur Kennzeichnung schadstoffarmer Autos ausgegeben.

Statistik: In Österreich liegt der Anteil der Studienabrecher derzeit bei 45 Prozent.

1.731 Lehrstellen sind in der Steiermark momentan unbesetzt.

Die „Kleine Zeitung“, Österreichs größte Bundeslandzeitung, feiert ihren 85. Geburtstag.

Die ÖIAG-Schulpensionisten geben sich mit einer Abschlagszahlung zufrieden und verzichten auf weitere Ansprüche der 1987 gekündigten Zusatzrenten. Die Zahl aller Straftaten in Österreich stieg vom ersten Halbjahr 1987 bis zum ersten Halbjahr 1989 um rund 14 Prozent.

3. November

Einigung im Grazer Stadtsenat über Senkung des Wähleralters auf 17 Jahre.

Eine Kandidatur von Otto Habsburg für die ungarische Kleinlandwirtpartei ist aufgrund fehlender Staatsbürgerschaft nicht möglich.

5. November

Der Literaturpreis des Landes Steiermark geht an Matthias Mander.

Späthens für die Kinderchirurgie am LKH Graz.

LH Josef Krainer unterzieht sich einer Bandscheibenoperation, die ihn für rund einhalb Monate „außer Gefecht“ setzt.

6. November

Landesbudget 1990 weist an Schwerpunkten 50 Millionen Schilling an Familienförderung und Umweltabgabe aus. Nettodefizit: Eine Milliarde.

8. November

DDR: Bekanntgabe liberalisierter Reisebestimmungen. Nach 28 Jahren wird die Berliner Mauer geöffnet.

In Bulgarien wird Todor Schiwkow nach 35jähriger Amtszeit an der Spitze der KP von Peter Mladenov abgelöst.

Friedensreich Hundertwasser muß sich geschlagen geben. Streicher-Tafeln werden ab 1. 1. 1990 eingeführt.

Inauguration des neuen Uni-Rektors Kenner. Im Wintersemester 89/90 sind insgesamt 23.933 Hörer inskribiert.

Obst- und Weinbauvereine feiern 100jährigen Bestand.

Der Musikpreis des Landes wird an Niksa Bareza verliehen.

Statistik: Seit 1985 erfolgten 300.000 Parteiaustritte in Österreich.

Nach Protesten wird der „Joseph-Marx-Preis“ des Landes Steiermark für Musik in einen „Johann-Joseph-Fux-Preis“ umbenannt.

Österreich stockt seine Nahrungsmittelhilfe für Polen von 22 auf 40 Millionen Schilling auf.

17 der 18 angeklagten Manager im Noricum-Prozeß entziehen ihren Anwälten die Vollmacht und beantragen die Beistellung von Verfahrenshelfern.

11. November

Georg Schwarzenberger wird mit 94 Prozent der Stimmen zum Nachfolger von Alois Derfler als Chef des VP-Bauernbundes gewählt.

Axel Springer kauft 45 Prozent der Tiroler Tageszeitung. Kommerzialrat Joseph Moser bleibt Herausgeber und Vorsitzender der Chefredaktion.

Statistik: 1988 traten 35.000 Menschen aus der Kirche aus.

12. November

Nach der Öffnung der Berliner Mauer besuchen mehr als 2 Millionen Österreicher die BRD. Historisches Treffen der Bürgermeister Momper und Krack.

13. November

In der DDR wird Günther Maleda in einer Stichwahl zum neuen Präsidenten der Volkskammer gewählt.

Die Republik und die Stadt Wien kaufen den literarischen Nachlaß Ödon von Horvaths um sieben Millionen Schilling.

Der Hanns-Koren-Kultspreis 1989 geht an den Montanhistorischen Verein.

14. November

Bei den Frauen in der SPÖ wird Grete Meyer geschäftsführende Vorsitzende.

Nach elf Jahren nimmt Rudolf Sommer von der Beamtenengewerkschaftsspitze Abschied. Ihm folgt Siegfried Drol.

Der Smogalarmplan tritt in Kraft. Das Verkehrsamt der Stadt Graz erläßt auch eine Strafverordnung.

Das Afrosaitische Institut feiert 25-Jahr-Jubiläum. Bei der West-Alpine gibt es nach 15 Jahren in diesem Halbjahr erstmals wieder positive Bilanzen.

15. November

Fußball: Österreich besiegt in Wien die DDR mit 3:0 und hat damit die WM-Qualifikation geschafft. Ein zweites Kärntenurlaubsjahr ist ab 1. 1. 1990 fix.

Ungarn beantragt Mitgliedschaft im Europarat.

17. November

In den vergangenen zehn Jahren gewann der Schilling gegenüber allen anderen Währungen der Welt — abgesehen vom Schweizer Franken und vom japanischen Yen.

Der Steirische AAB hält eine Tagung zum Thema „Zwangsmitgliedschaft“ in Graz ab.

DDR: Regierungserklärung von Hans Modrow unter dem Eindruck eines praktisch völligen Staatsbankrotts.

19. November

40-Jahr-Feier des Bundes Steirischer Landjugend. Die Fusion des „Konsum“ mit der Gerngross-Gruppe ist beschlossen.

Auf dem 14. Parteitag der KP in Rumanien wird allen Reformen eine klare Absage erteilt.

21. November

Steirischer Würdigungspreis 1989 der Bildenden Kunst an Franz Xaver Ötzant vergeben.

Jubiläum 60 Jahre Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft.

Die Diskussionen rund um die Länderbank-Abfertigung von Bundeskanzler Vranitzky erreichen ihren Höhepunkt.

Salzburger Landeshauptmann Hans Katschthaler folgt Wilfried Haslauer auch als VP-Obmann.

24. November

Erneut Straßenblockade in Stainach gegen Transitverkehr. DDR: Parteiausschlußverfahren gegen Erich Honecker eingeleitet.

25. November

Am VP-Bundesparteitag wird das Programm der Ökosozialen Marktwirtschaft mit einer Stimmenthaltung angenommen.

Der neue Rektor der TU Graz ist Günther Schelling. In der CSSR treten KP-Parteichef Jakes und Premier Adamec nach Massendemonstrationen zurück.

Karel Urbanek übernimmt die Parteiführung. Neues Stärkeverhältnis im ORF-Kuratorium: Jetzt gibt es für SP und VP je 16 Mandate, für die Freiheitlichen zwei und für die Grünen eines.

AUTOREN DIESER NUMMER

Dipl.-Ing. Berghold BAYER
Geschäftsführer der Forschungsgesellschaft
Joanneum in Graz

Prof. Sebastian BENDA
Rektor der Hochschule für Musik und Darstellende
Kunst in Graz

Univ.-Prof. Dr. Hans-Joachim BODENHÖFER
Institut für Wirtschaftswissenschaften der
Universität Klagenfurt

Dr. Emil BREISACH
Präsident der Akademie Graz

Dr. Erhard BUSEK
Bundesminister für Wissenschaft und Forschung

Mag. Eva-Maria FLUCH
Mittelschullehrer

Felix FUCHS
Vorsitzender der Hochschülerschaft an der
Universität Graz

Univ.-Prof. Dr. Kurt FREISITZER
Institut für Soziologie der Universität Graz

Prof. Dipl.-Ing. Dr. Reinhard HABERFELLNER
Institut für Wirtschafts- und Betriebswissenschaften
der Technischen Universität in Graz

a.o. Univ.-Prof. Dr. Hans-Ludwig HOLZER
Institut für Geologie und Paläontologie der
Universität Graz

Hofrat Prof. Dr. Raoul F. KNEUCKER
Bundesministerium für Wissenschaft und
Forschung

Prof. Herbert KREJCI
Generalsekretär der Vereinigung österreichischer
Industrieller

Mag. Gerhard LEITNER
Mittelschullehrer

Dr. Lutz MUSNER
Europabeauftragter des Wissenschaftsministeriums

Mag. Wolfgang PICKL
Mittelschullehrer

Dr. Christian REISER
Außeninstitut der Universität Graz

Univ.-Prof. Dr. Josef SCHURZ
Institut für physikalische Chemie der Universität
Graz

Rainer URANSCHKEK
Geschäftsführer der Forschungsgesellschaft
Joanneum in Graz

Dr. Elisabeth WELZIG
Redakteurin der Kleinen Zeitung in Graz

Hinweise:

Die in den Kästen stehenden und kursiv gedruckten Zitate stammen aus den folgenden Werken: Friedrich Paulsen, Die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium, Berlin 1902; Manfred Eigen, Perspektiven der Wissenschaft. Jenseits von Ideologien und Wunschenken, Stuttgart 1988; Karl Jaspers, Erneuerung der Universität. Reden und Schriften 1945/46, Heidelberg 1986; Wolfgang Mantl, „Was ist aus der Universität geworden?“, in: Erhard Busek/Wolfgang Mantl/Meinrad Peterlik (Hrsg.), Wissenschaft und Freiheit. Ideen zu Universität und Universalität, Wien-München 1989, S. 11–45; Max Weber, „Wissenschaft als Beruf“, in: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1988, S. 582–613 (erstmalig 1919); Wilhelm von Humboldt: Der Litauische Schulplan (1809); in: Bildung und Sprache, 4. Aufl., Paderborn 1895.

Die Karikaturen stammen von Walter Titz und wurden der Broschüre von Elisabeth Welzig: PR-Arbeit an der Universität Stanford. Schlussfolgerungen für österreichische Universitäten, Graz 1989, entnommen. Die Fotos hat freundlicherweise das Außeninstitut der Karl-Franzens-Universität Graz zur Verfügung gestellt. Einige Bilder wurden dem von Freisitzer, Höflechner, Holzer und Mantl herausgegebenen Band: Tradition und Herausforderung. 400 Jahre Universität Graz, Graz: Akademische Druck- und Verlagsanstalt 1985, entnommen.